G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Walter Fabian
Empörung allein genügt nicht
Anmerkungen zum Majdanek-Urteil

Bastian/Eppler/Guha/Hansen/Havemann/Kade
Lafontaine/Lutz
Die SS-20 – Ursache oder Vorwand für die Stationierung neuer US-Atomraketen in Mitteleuropa?

Ulrich Albrecht
Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralismus (II)

Amerika-Kommission des französischen MRAP
Der geheime Krieg gegen die demokratische Bewegung in den USA

Daniel Ellsberg
Wir haben noch eine Chance, und darin liegt unsere Verantwortung

Helmut Hirsch
Das Märchen vom entsorgten Müll

7'81

Juli 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juli 1981

CHRONIK DES MONATS JUNI 1981 769

KOMMENTARE UND BERICHTE

Empörung allein genügt nicht
Erste Anmerkungen zum Majdanek-Urteil ..... *Walter Fabian* 772
NATO-Aufrüstung: US-Doppelspiel mit Tradition ..... *Bernd Greiner* 774
Von Japan lernen – warum nicht? ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 777

HAUPTAUFSÄTZE

Die SS-20 – Ursache oder Vorwand für die Stationierung neuer US-Atomraketen in Mitteleuropa? ..... *Bastioan/Eppler/Guha/Hansen/Havemann/Kade/Lafontaine/Lutz* 781
Die Instrumente einer neuen „Politik der Stärke" ..... *Martin Ax* 801
Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralismus (II)
Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik ..... *Ulrich Albrecht* 809
Der geheime Krieg gegen die demokratische Bewegung in den USA ..... *Amerika-Kommission des französischen MRAP (Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples)* 818
Wir haben noch eine Chance, und darin liegt unsere Verantwortung
Die Rolle von Wissenschaftlern und Intellektuellen bei der Vorbereitung oder Verhütung des Atomkrieges ..... *Daniel Ellsberg* 832
Staatliche Haushaltspolitik gegen kommunale Handlungsfähigkeit ..... *Dieter Eißel und Heinz Zielinski* 849
Das Märchen vom entsorgten Atommüll ..... *Helmut Hirsch* 862

MEDIENKRITIK

Liebe und Politik ..... *Günter Giesenfeld* 871

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Zum Japan-Problem
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 872

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomrakteten in Europa!" vom 23. Juni 1981 (Wortlaut) 874
Warum ich den Krefelder Appell unterstütze – Schreiben von Professor Helmut Gollwitzer an Oberst a. D. Josef Weber vom 25. April 1981 (Wortlaut) 875
Dieter Lattmann: Warum ich den Krefelder Appell unterstütze (Wortlaut) 876
Kölner Anzeigenaktion gegen NATO-Mittelstreckenraketen 877
„Verhandeln und Vertrauen schaffen – gerade jetzt". Eine Initiative von FDP-Mitgliedern (Wortlaut) 880
Antrag der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Bonn vom 15. bis 17. Juni 1981 zur Friedens- und Sicherheitspolitik (Wortlaut) 881
Resolution des Jungsozialisten-Bundeskongresses in Lahnstein vom 26. bis 28. Juni 1981 „für eine wirkliche Friedenspolitik" (Auszug) 882
Erklärung der DGB-Gewerkschaftsjugend für Entspannung, Abrüstung, Frieden (Wortlaut) 883
Erklärung der Klausurtagung der Gustav-Heinemann-Initiative in Bonn am 12. Juni 1981 zur Sicherheitspoltik (Wortlaut) 885
Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation „für ein atomwaffenfreies Europa" (Wortlaut) 887
„Frieden schaffen ohne Waffen". Aufruf zur zweiten bundesweiten Friedenswoche vom 15. bis 21. November 1981 (Wortlaut) 889
Appell des Obersten Sowjets an die Parlamente und Völker der Welt vom 23. Juni 1981 ... 892
Regierungsabkommen zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 23. Juni 1981 894

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 7/1981

Herausgegeben von

GERHARD KADE
WILFRIED FRHR. V. BREDOW · REINHARD KÜHNL · HERMANN RAUSCHNING
RUDOLF HICKEL · JUTTA MENSCHIK · HELMUT RIDDER
JÖRG HUFFSCHMID · REINHARD OPITZ · GERHARD STUBY
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE · GERHARD GOLLWITZER · KARL GRAF V. WESTPHALEN
HERMANN ETZEL · HANS RHEINFELDER · ERNST WOLF
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juni 1981

1. 6. – Bangladesch. Radio Bangladesch in Dacca meldet die Niederschlagung eines Militärputsches. Ein „Revolutionsrat" hatte nach der Ermordung von Präsident Zia Rahman am 31. 5. in der Stadt Chittagong eine Gegenregierung gebildet, die Auflösung des Parlaments angeordnet und alle Verträge mit Indien (insbesondere den Freundschaftsvertrag aus dem Jahre 1972) für nichtig erklärt. Nach der Niederschlagung des Putsches übernimmt Vizepräsident Abdus Sattar die Regierungsgeschäfte.

4. 6. – Naher Osten. In Ofira auf der Sinai-Halbinsel treffen sich der ägyptische Präsident Sadat und der israelische Ministerpräsident Begin zu einem Meinungsaustausch. Begins Pressesprecher erklärt, die Libanonkrise sei der „einzige dringliche Grund" für die Begegnung. – Am 7. 6. bombardieren israelische Kampfflugzeuge das irakische Kernforschungszentrum in Tuwaitha in der Nähe von Bagdad und zerstören eine dort befindliche (von Frankreich gelieferte) Reaktoranlage. Ein französischer Techniker kommt ums Leben. – Am 9. 6. bezeichnet der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien, der Schwede Sigvard Eklund, den Luftangriff als ein „schwerwiegendes Ereignis" und erklärt, das Forschungszentrum Tuwaitha unterliege im Rahmen des Kernwaffensperrvertrages der Überwachung durch die IAEO und sei in der Vergangenheit regelmäßig kontrolliert worden. Eklund weist damit die israelische Behauptung zurück, die irakische Anlage habe insgeheim dem Bau einer Atom-

bombe gedient. – Am 19. 6. verurteilt der UN-Sicherheitsrat einstimmig das israelische Vorgehen und fordert Israel auf, „seine Kernanlagen schnellstens den Sicherheitskontrollen der IAEO zu unterstellen". Dem Irak stehe „für die von ihm erlittenen Schäden" eine „angemessene Wiedergutmachung" zu.

9. 6. – U d S S R. In einer Tischrede zu Ehren des in Moskau weilenden algerischen Präsidenten Chadli Benjedid kritisiert Generalsekretär Breschnew die Haltung der USA in der Abrüstungsfrage. Die amerikanische Regierung, die das SALT-II-Abkommen eingefroren habe, verzögere unter verschiedenen Vorwänden den Beginn zweiseitiger Verhandlungen über diese Problematik, zu denen die Sowjetunion jederzeit bereit sei. – Am 12. 6. kündigt Breschnew gegenüber dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme „schnelle und wirksame" Gegenmaßnahmen für den Fall an, daß der Westen durch die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa das militärische Gleichgewicht zu seinen Gunsten verändern wolle. – Am 23. 6. richtet der Oberste Sowjet einen Appell an die Parlamente und Völker der Welt (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

9.–10. 6. – P o l e n. Das 11. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) tagt in Warschau, um den für Juli d. J. einberufenen Parteitag vorzubereiten. Es kommt zu heftigen und kontroversen Diskussionen über die Lage im Lande und über die Haltung von Mitgliedern der Parteiführung. Parteisekretär Kania erklärt zu einem Brief des ZK der KPdSU an das ZK der PVAP, dessen Text dem Plenum vorliegt: „Die Sorge und Beunruhigung der Bruderparteien über die Richtung der Entwicklung in Polen sind völlig begründet." Für die Verbündeten sei die Schwächung Polens eine Gefährdung ihrer gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Die „Linie der Verständigung", so äußert Kania, werde von der PVAP als „dauerhafte politische Orientierung" weitergeführt.

10. 6. – I r a n. Auf Weisung von Ayatollah Khomeini wird Präsident Bani Sadr als Oberbefehlshaber der Streitkräfte abgelöst. – Am 15. 6. richtet Bani Sadr, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, einen Brief an Khomeini, in dem es u. a. heißt: „Ich betone, daß ich meine Pflichten Dir gegenüber erfüllen werde, wie auch immer Du Dich verhalten wirst." – Am 21. 6. stellt das Parlament nach längerer Debatte fest, Präsident Bani Sadr sei „politisch unfähig", sein Amt weiter auszuüben. Die Parlamentsentscheidung fällt mit 177 gegen 1 Stimme bei 11 Enthaltungen und in Abwesenheit einer großen Zahl von Abgeordneten. Noch am gleichen Tag erläßt die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen Bani Sadr, der mit „Widerstand und Opposition gegenüber den legalen Institutionen der Iranischen Islamischen Republik" begründet wird. – Am 22. 6. verfügt Khomeini offiziell die Absetzung Bani Sadrs.

– I t a l i e n. Der amtierende Ministerpräsident Forlani (zum Rücktritt vgl. „Blätter", 6/1981, S. 643), der den Christdemokraten angehört, verzichtet auf die Neubildung der Regierung. Präsident Pertini beauftragt Giovanni Spadolini, den Vorsitzenden der Republikaner (PRI), dessen Partei bei einem Stimmenanteil von 3% mit nur 16 Abgeordneten und 6 Senatoren im Parlament vertreten ist. – Am 28. 6. stellt Spadolini sein neues Kabinett vor, dem neben 2 Vertretern der PRI, 15 der Christdemokraten (DC), 7 der Sozialisten (PSI), 3 der Sozialdemokraten (PSDI) und 1 Vertreter der Liberalen (PLI) angehören. Das Außenministerium übernimmt Emilio Colombo (DC).

11. 6. – B e r l i n (W e s t). Das Abgeordnetenhaus wählt den CDU-Landesvorsitzenden Richard von Weizsäcker mit 69 gegen 61 Stimmen bei 2 Enthaltungen zum neuen Regierenden Bürgermeister. Für Weizsäcker, dessen Partei über keine parlamentarische Mehrheit verfügt (vgl. „Blätter", 6/1981, S. 642), stimmen auch mehrere FDP-Abgeordnete.

– A b r ü s t u n g. Der Abrüstungsausschuß eröffnet in Genf seine Sommersession (vgl. „Blätter", 5/1981, S. 514). Im Rahmen des Ausschusses (40 Mitglieder) sind vier Arbeitsgruppen tätig, die sich u. a. mit der Formulierung eines umfassenden Programms zur Abrüstung sowie mit radiologischen und chemischen Waffen befassen.

14. 6. – F r a n k r e i c h. Im ersten Wahlgang für die vorzeitige Neuwahl der Nationalversammlung (vgl. „Blätter", 6/1981, S. 642), bei dem die absolute Mehrheit für einen Kandidaten erforderlich ist, erhalten die regierenden Giscardisten (UDF) und Gaullisten (RPR) 19,2 bzw. 20,8% der Stimmen; auf die Sozialisten (PS) entfallen 37,5% und auf die Kommunisten (PCF) 16,2%. – Am 21. 6. findet der zweite Wahlgang statt, zu dem u. a. Sozialisten und Kommunisten ein Wahlbündnis eingehen. In der neuen Nationalversammlung (491 Abge-

ordnete) erhalten die Sozialisten mit 285 (1978: 116) Mandaten die absolute Mehrheit. Es entfallen auf die PCF 44 (86), auf die RPR 83 (150) und auf die UDF 64 (122) Mandate. (Zu den Wahlen vom 12./19. März 1978 vgl. „Blätter", 4/1978, S. 387.) – Am 22. 6. beginnen Verhandlungen zwischen Sozialisten und Kommunisten über eine Regierungszusammenarbeit, die mit einem politischen Abkommen zwischen beiden Parteien beendet werden (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). – Am 23. 6. gibt Ministerpräsident Mauroys (SP) die Zusammensetzung des umgebildeten Kabinetts bekannt, dem auch vier Vertreter der Kommunisten angehören. Charles Fiterman, Sekretär des KP-Zentralkomitees, übernimmt als Staatsminister das Verkehrsressort. – Am 24. 6. erklärt US-Vizepräsident Bush in Paris, wo er mit Präsident Mitterrand zusammentrifft, die Regierungsbildung in Frankreich gebe Anlaß zur Besorgnis. Eine ähnliche Stellungnahme des State Department in Washington wird von Außenminister Cheysson am 25. 6. zurückgewiesen.

14.–16. 6. – China/USA. Der amerikanische Außenminister Haig hält sich auf Einladung von Außenminister Huang Hua in Peking auf; damit besucht erstmalig seit dem Amtsantritt von Präsident Reagan ein ranghoher amerikanischer Politiker die Vokksrepublik China. An den Gesprächen nimmt auch Verteidigungsminister Geng Biao teil, mit dem Haig über die Lieferung amerikanischer Militärgüter verhandelt. Haig bezeichnet seine Mission in Peking in einer Presseerklärung als „ungewöhnlich erfolgreich". Auf einer Pressekonferenz in Washington meint Präsident Reagan am 16. 6., China und die USA seien „keine Verbündeten", sondern „politische Freunde" mit gemeinsamen Interessen.

15. 6. – Afghanistan. In Kabul beginnt ein Kongreß, an dem 940 Delegierte teilnehmen und auf dem sich eine „Nationale Vaterländische Front" konstituiert. Die neue Vereinigung, so heißt es, solle „alle Klassen und Schichten" der afghanischen Gesellschaft umfassen.

24. 6. – Hamburg. Mit den 69 SPD-Stimmen gegen die 51 Stimmen der CDU wird Klaus von Dohnanyi, bisher Staatsminister im Auswärtigen Amt, durch die Bürgerschaft zum Senator gewählt und anschließend zum Ersten Bürgermeister bestimmt. (Zum Rücktritt von Bürgermeister Hans Ulrich Klose, ebenfalls SPD, vgl. „Blätter", 6/1981, S. 643.)

25. 6. – DDR. Auf der konstituierenden Sitzung der am 14. 6. neugewählten Volkskammer (500 Abgeordnete) werden Parlamentspräsident Horst Sindermann, der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und Ministerpräsident Willi Stoph in ihren Ämtern bestätigt (vgl. „Blätter", 11/1976, S. 1195). In der Zusammensetzung von Staatsrat und Ministerrat kommt es zu Veränderungen.

27.–29. 6. – China. Während der 6. Plenartagung des Zentralkomitees der KP Chinas in Peking wird die Ablösung des Parteivorsitzenden Hua Guofeng bekanntgegeben; die Nachfolge übernimmt Hu Yaobang, bisher Generalsekretär. Zum 60. Jahrestag der Partei wird dam 30. 6. ein umfangreiches Dokument veröffentlicht, das auch eine Neubewertung der Rolle Mao Zedongs enthält.

29. 6. – UdSSR/BRD. Auf Einladung von Generalsekretär Breschnew kommen der SPD-Vorsitzende Brandt und sein Stellvertreter Wischnewski nach Moskau. Die beiden SPD-Politiker erhalten u. a. Erläuterungen und Modifizierungen zu dem sowjetischen Vorschlag eines Moratoriums für Mittelstreckenwaffen in Europa. Brandt übermittelt eine mündliche Botschaft von Bundeskanzler Schmidt, die von Breschnew beantwortet wird.

29.–30. 6. – EG. In Luxemburg findet der Europäische Rat statt, dem die Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften angehören. Auf der Tagesordnung stehen neben Fragen der Wirtschaft die Lage in Afghanistan, im Libanon, in Kampuchea und in Namibia. Der britische Außenminister, Lord Carrington, ab 1. Juli d. J. Vorsitzender des EG-Ministerrates, wird beauftragt, einen Plan der Gemeinschaft zu Afghanistan mit der sowjetischen Regierung zu erörtern.

30. 6. – Israel. Stimmenverluste für den regierenden Likud-Block unter Ministerpräsident Begin und starke Gewinne für die Arbeiterpartei unter Shimon Peres sind das Ergebnis der Parlamentswahlen. Der Likud-Block bleibt aber mit 48 Sitzen stärkste Fraktion in der Knesset, vor der Arbeiterpartei mit 47 Sitzen.

– Irland. Mit 81 gegen 78 Stimmen bei 5 Enthaltungen wählt das Parlament in Dublin den bisherigen Oppositionsführer Garret Fitz Gerald (Fine Gael) zum neuen Ministerpräsidenten. FitzGerald bildet ein Minderheitskabinett, dem 11 Mitglieder der Fine-Gael-Partei, sowie 4 Labour-Minister angehören.

Empörung allein genügt nicht

Erste Anmerkungen zum Majdanek-Urteil

Bei aller Empörung über das Urteil im Majdanek-Prozeß muß man sich darüber klar sein: um „Sühne" des ungeheuerlichen Verbrechens, an dessen Ausführung wahrscheinlich tausend oder mehr NS-Schergen aktiv beteiligt waren, konnte es in diesem fünfeinhalbjährigen Verfahren gegen ganze neun jämmerliche Figuren in keinem Fall gehen. Und natürlich erst recht nicht um „Wiedergutmachung". Weder Sühne noch Wiedergutmachung sind Begriffe, die gegenüber dem Leiden der Gemordeten und der wenigen Überlebenden angebracht sein können. Und nach „Rache" schreit niemand, auch nicht oder schon garnicht diejenigen, die für den Rest ihres Lebens durch Majdanek oder Auschwitz oder eine der anderen Vernichtungsstätten gezeichnet sind. Angesichts der einengenden Rechtsvorschriften war auch keine „Gerechtigkeit" zu erwarten, sondern allenfalls eine Annäherung an das rechtlich Mögliche.

Aber auch nach diesen „realistischen" Maßstäben bedeutet das Urteil der Düsseldorfer Richter einen tiefen Schock für Millionen von Menschen in unserem Lande und in vielen anderen Ländern; wer seit jenem schwarzen Dienstag (30. Juni 1981) das Echo in vielen Zeitungen und an vielen Rundfunkstationen verfolgt hat, der kann daran nicht zweifeln. Und in der Tat: schon allein das Mißverhältnis zwischen den Strafanträgen und den Urteilen mußte Betroffenheit und Ratlosigkeit auslösen. Gewiß, man kann sich vor dem Faktum beugen, daß nur noch jene NS-Verbrecher bestraft werden dürfen, denen Mord oder Beihilfe zum Mord im Einzelfall mit hundertprozentiger Sicherheit nachgewiesen werden kann – und daß dieser Nachweis nach fast vierzig Jahren außerordentlich schwer zu erbringen ist, wird niemand bestreiten. Aber auch in diesem engen Rahmen hatten die Richter Raum für die Entscheidung, ob die auf der Anklagebank verbliebenen Täter oder Gehilfen waren. Was sie veranlaßt hat, nur einen einzigen Täter (Frau Ryan) zu erkennen und vier weitere Angeklagte, gegen die die Staatsanwaltschaft doch wohl mit guten Gründen Lebenslänglich beantragt hatte, nur zu zeitlich begrenzten Freiheitsstrafen (z.B. dreieinhalb oder vier Jahre statt Lebenslänglich!) zu verurteilen, dafür fehlt mir jedes Verständnis, und ich glaube auch nicht, daß ich es verstehen werde, wenn wir eines Tages die elfstündige „Urteilsbegründung" gelesen haben werden. Was man davon bisher vernommen hat, das deutet daraufhin, daß die Düsseldorfer Richter sich mit erstaunlichem „Einfühlungsvermögen" mit den seelischen Motiven dieser NS-Verbrecher beschäftigt haben.

Das Resultat ist nun, daß von den ursprünglich sechzehn Angeklagten fünf freigesprochen wurden: vier nämlich schon im April 1979 und einer jetzt. Und von den „Verurteilten" laufen einige schon wieder frei herum und die etwas härter Bestraften werden mit Gewißheit zum frühest möglichen Termin begnadigt werden. Und nun denke man mal einen Augenblick, um nur *ein* Gegenbeispiel zu nennen, an die Erbarmungslosigkeit, mit der dem zu fünfzehn Jahren verurteilten

Dichter Peter Paul Zahl die rechtlich mögliche Verkürzung seiner Strafzeit verweigert wird.

Zurück zum Majdanek-Prozeß. Die Fragen, die hier zu stellen sind, greifen ja weit über das Urteil hinaus. Warum haben diese NS-Verfahren nicht viel, viel früher stattgefunden? Dafür sind nicht die Düsseldorfer Richter haftbar zu machen, sondern die deutschen Politiker, die vor allem zwischen 1950 und 1958 kostbare Jahre verstreichen ließen, ehe endlich wenigstens die Zentralstelle zur Aufklärung der NS-Verbrechen in Ludwigsburg eingerichtet wurde. Und dieses Zögern hatte natürlich politische Gründe: in jener Periode des Koreakrieges, des Kalten Krieges, der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und ihrer Eingliederung in das westliche Bündnis hatten weder Adenauer, Globke und Compagnie noch die „Alliierten" Interesse an der Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit – in den Armen lagen sich alle, denen die Vereinigung aller „nationalen" Kräfte das dringendste Anliegen war. Welcher Anstrengungen hat es bedurft, bis es unserem unvergessenen Freund Fritz Bauer und wenigen anderen progressiven Juristen und Politikern gelungen war, endlich den Auschwitz-Prozeß in Gang zu bringen!

Eine genaue vergleichende Analyse zwischen dem Auschwitz- und dem Majdanek-Prozeß wird wohl die ungeheuren Schwierigkeiten und Schwächen des Düsseldorfer Verfahrens besonders deutlich herausstellen. Hier und heute sei nur an die Exzesse der Mehrzahl der Verteidiger erinnert – an ihre schamlosen Attacken auf Zeugen und Sachverständige, an ihr „Prinzip", nicht nur ihre Mandanten zu verteidigen (was ihre Pflicht war) sondern das verbrecherische System zu verniedlichen und indirekt zu rechtfertigen, dem einzelne von ihnen ja höchst aktiv gedient hatten; daß z.B. ein Anwalt namens Stolting, der im Dritten Reich Todesurteile wegen Schwarzhandel gefällt hat und das heute noch für richtig hält („Ich würde in einer entsprechenden Situation wieder genauso handeln") ungehindert vor den Gerichten der Bundesrepublik plädieren darf, das interessiert in unserem Lande keine Anwaltskammer und keine andere Instanz. Und was soll man von einem Staatsanwalt Dieter Ambach erwarten, der zwei Tage nach dem Düsseldorfer Urteil im Fernsehen kaltblütig erläuterte, es habe sich da bei dieser Urteilsfindung um eine „rein juristisch-technische Angelegenheit" gehandelt? Da muß man sich doch nicht wundern, daß in Düsseldorf auch kein moralischer Beitrag zu der so oft beschworenen „Bewältigung der Vergangenheit" geleistet wurde. Übrigens auch nicht von der Prozeßberichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen; wenn da nicht der unermüdliche Heiner Lichtenstein und einige wenige andere Journalisten gewesen wären, dann hätten wir lange Zeit überhaupt nicht gewußt, was und wie da in Düsseldorf verhandelt wurde. Und vergessen wir auch nicht das empörende Verhalten der strickenden oder Kreuzworträtsel lösenden Angeklagten, die so rührend von jener Frau Jürgens umsorgt wurden, die dann – auf Vorschlag der SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen – aus der Hand von Bundespräsident Carstens das Bundesverdienstkreuz entgegennehmen durfte . . .

War also der Majdanek-Prozeß sinnlos? Nein, das war er nicht. Viele Schulklassen konnten, meist gut vorbereitet, so anschaulich wie sonst nirgends den Tätern und den Opfern ins Auge schauen. Und den Historikern ist in diesem Prozeß wie in den vorhergegangenen viel Material geliefert worden, das sie nun aufzuarbeiten haben werden. Es sind auch noch andere Folgerungen zu ziehen. Die „Aktion Sühnezeichen" und das „Komitee der Auschwitz-Überlebenden in Israel" fordern von der Bundesregierung eine Gesetzesinitiative, die künftig eine wirksame Bestrafung der Propagandisten der „Auschwitz-Lüge" und anderer bewußter Geschichtsfälschungen möglich machen

soll; der Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerich, verlangt das Gleiche und erklärt: „Umso notwendiger ist es, dem Neonazismus entschieden entgegenzutreten." Wir werden da nicht nur zustimmen – wir werden noch entschlossener als bisher Widerstand leisten gegen alle Formen des Neonazismus. Empörung allein genügt nicht – wir müssen unsere Aufgaben als Antifaschisten noch ernster nehmen als bisher. Und wir werden noch mehr als bisher tun müssen, um vor allem dem polnischen und dem jüdischen Volk zu beweisen, daß dieses Urteil nicht „im Namen des Volkes" gesprochen wurde. Nach polnischen Berechnungen wurden in Majdanek 360000 Menschen umgebracht; die meisten von ihnen waren Polen. Gerade die Verständigung mit dem polnischen Volk, vor allem mit denen, die Majdanek und all die anderen Schrecken auf polnischem Boden überlebt haben (ich habe in den letzten Jahren mit einigen von ihnen lange Gespräche geführt), hat durch das Düsseldorfer Urteil einen schweren Rückschlag erlitten. Umso größer – um es zum Schluß noch einmal zu sagen – sind die Aufgaben aller Antifaschisten und Friedenskämpfer in der Bundesrepublik.

Walter Fabian

NATO-Aufrüstung: US-Doppelspiel mit Tradition

„Man muß natürlich berücksichtigen, daß jede Ankündigung des vorgeschlagenen politischen Kurses von der Sowjetunion für ihre Friedenskampagne ausgebeutet werden könnte und in gewissen Teilen der freien Welt so lange gegenteilige psychologische Wirkungen zeigen würde, bis der notwendige Ausbau der eigenen Kräfte erreicht ist. Daher sollte bei jeglicher Bekanntgabe der Politik und der Art der in Angriff genommenen Maßnahmen der grundsätzlich defensive Charakter betont werden und sollte Sorge dafür getragen werden, so weit wie möglich unerwünschte Reaktionen des In- und Auslandes zurückzuhalten." – „Die gegenwärtige Weltlage spricht . . . gegen erfolgreiche Verhandlungen mit dem Kreml – da die Bedingungen einer Übereinkunft in wichtigen offenen Fragen die gegenwärtigen Realitäten widerspiegeln würden und daher unannehmbar, wenn nicht gar katastrophal für die Vereinigten Staaten und den Rest der freien Welt wären."

Diese Sätze sind ausnahmsweise nicht den Senatsprotokollen über die Anhörungen Außenminister Haigs oder des „Abrüstungs"beauftragten Eugene V. Rostow entnommen, sondern stammen aus einem zentralen Dokument amerikanischer Kalte-Kriegs-Strategie nach 1945, dem 1950 verabschiedeten Memorandum Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrats der USA (NSC-68*)) In diesem und zahllosen anderen Planungsdokumenten geht es u. a. darum, wie die Politik des kalkulierten Kriegsrisikos („am Rande des Abgrunds") und der atomaren Hochrüstung einer kriegsmüden Öffentlichkeit verkauft werden kann – gerade in Westeuropa.

Der Ausgangspunkt aller Überlegungen stand unverrückbar fest: die Aufrüstung muß unter *allen* Umständen durchgesetzt und die UdSSR in den ausschlaggebenden Sektoren mit einer kriegsentscheidenden militärischen Überlegenheit konfrontiert werden. „Ohne eine überlegene Anhäufung militärischer Macht . . . ist eine Politik der Eindämmung, die in Wirklichkeit eine Politik kalkulierten und allmählichen Zwangs ist, nicht mehr als eine Politik des Bluffs." (NSC-68)

*) Vgl. Bernd Greiner/Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980; hier: Dokument 26, S. 229–242. D. Red.

Mit dieser Orientierung konnte man selbstverständlich nicht – darin stimmten alle mit „Streng geheim" klassifizierten Einschätzungen überein – an eine unvorbereitete Öffentlichkeit treten. Also wurde der Weg *bewußter Täuschung* beschritten: in einem ersten Schritt galt es, einen militanten Antikommunismus zu mobilisieren (die diversen „Lieber tot als rot"-Kampagnen sind der wohl bekannteste Teil dieser psychologischen Kriegsführung) und die Abrüstungsvorschläge der UdSSR als Danaer-Geschenk und sinistre „Friedenskampagne" darzustellen. Solches konnte nur dann überzeugend gelingen, wenn man es verstand, die amerikanische Politik, Verhandlungen umstandslos scheitern zu lassen, der UdSSR zuzuschreiben. Als besonders beliebtes Mittel sollte sich alsbald die sogenannte „Junktims"-Politik (Reagan nennt es heute „Linkage") herausstellen, also das Verfahren, den Erfolg von Abrüstungsvorschlägen abhängig zu machen von der Erfüllung gegenstandsfremder, willkürlich austauschbarer und von der UdSSR a priori nicht erfüllbarer Forderungen (von innerer „Liberalisierung" der Sowjetunion bis zur deutschen Einheit auf kapitalistischer Grundlage und in den Grenzen von 1937).

Zugleich sollte nicht darauf verzichtet werden, den eigentlichen Inhalt der eigenen Politik der Öffentlichkeit in kleinen Dosierungen zu verabreichen und sie allmählich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. „Der *Rückgriff auf Gewalt* ... muß sich der überwältigenden Mehrheit als eine *unentrinnbare* Ausnahme von der grundlegenden Idee der Freiheit darstellen." Das amerikanische Volk wird aufgefordert werden müssen, „einige der Vorteile aufzugeben, die es mit der Zeit in Verbindung mit seinen Freiheiten gebracht hat." (NSC-68; Hervorh. v. Verf.) Der damalige Marineminister Matthews führte diese Logik konsequent weiter, als er davon sprach, die USA würden mit ihrer „Friedenspolitik" zu den „ersten ‚Friedensaggressoren'" werden.

In den 50er Jahren ging die Rechnung dieser Doppelstrategie weitgehend auf – offenbar Grund und Versuchung genug für die Reagan/Haig-Regierung, es noch einmal zu versuchen. Es ist inzwischen hinreichend klar, daß die USA nicht daran denken, auch nur einen Deut vom Ziel militär-strategischer Überlegenheit abzurücken: die inneramerikanischen Debatten, das Auftreten dieser Regierung und die eingeleiteten rüstungspolitischen Maßnahmen lassen keinen anderen Schluß zu. Wer ernsthaft verhandeln will, spricht nicht vor Aufnahme der Gespräche davon, Kompromisse bei der Rüstungskontrolle seien „ein Sieg des Kreml" (so der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Lawrence Eagleburger, gegenüber dem „Stern". (Vgl. „Stern", 27/1981 v. 25. 6. 1981, S. 164–169). Schließlich: welchen vernüftigen Grund soll es eigentlich geben, mit einer Macht zu verhandeln, die gerade das letzte Kapitel ihrer Geschichte schreibt (so Reagan über die UdSSR während des Thatcher-Besuchs in den USA)?

Die amerikanischen Vorstellungen und Maßnahmen laufen im Kern allesamt auf den in NSC-68 in „klassischer" Weise formulierten Punkt hinaus: die „Bedingungen einer Übereinkunft in wichtigen offenen Fragen" würden „die gegenwärtigen Realitäten widerspiegeln" und sind für die USA eben darum „unannehmbar", weil man erneut in grenzenloser Überschätzung eigener Mittel und Möglichkeiten prinzipiell nicht bereit ist, die zeitgenössischen weltpolitischen Realitäten anzuerkennen – ob in den Ost-West-Beziehungen, der Dritte-Welt- oder Bündnispolitik.

Wenn es allein nach den USA ginge, würden die Mittelstreckenraketen in Westeuropa *unter allen Umständen* stationiert. Jüngst zitierte die „International Herald Tribune" (IHT) einen (ungenannten) Regierungsvertreter mit den Worten: „Wir haben einen Stationierungsplan, der in

keinem Bezug zu den Abrüstungsgesprächen steht." (IHT v. 27./28. 6. 1981) Nichts anderes sagte Reagan am 27. Mai 1981 in einer Rede vor Absolventen der Militärakademie West Point oder – gänzlich der Arroganz der Macht verpflichtet – der neue „Abrüstungs"beauftragte Eugene V. Rostow: „Im Moment kenne ich niemand, der wüßte, worüber wir überhaupt zu verhandeln wünschen. Vielleicht trifft unsere Beamten die plötzliche Erleuchtung." (DVZ v. 2. 7. 1981)

Aber: verständnislos wie immer stehen die amerikanischen Regierungsvertreter vor dem Problem „unerwünschter Reaktionen des In- und Auslandes." Sichtbar widerwillig (das Eagleburger-Interview im „Stern" spricht Bände) geht man also daran, die Kehrseite der Strategie der Aufrüstung in die Tagespolitik einzubringen, nämlich die Täuschung der Öffentlichkeit. (Allein in dieser Hinsicht macht der vielstrapazierte Begriff „Doppelschluß" Sinn). Mobilisierung des Antikommunismus (Reagans Endzeit-Vision oder Schmidts Trauma: „Ich habe Angst vor den Russen!") und krampfhafte Versuche, alle sowjetischen Angebote (ungeprüft!) als Teil einer böswilligen „Friedenskampagne" abzuwehren, gehören zum Standardrepertoire; gleichermaßen die ständigen Fälschungen von Statistiken über das militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, die allein den bereits in NSC-68 formulierten Zweck verfolgen, die USA als „defensive Macht" auszuweisen.

Die vergangenen Wochen und Monate gaben auch lehrreichen Anschauungsunterricht in Sachen Junktimspolitik. Ständig wurden und werden neue verhandlungsboykottierende Vorbedingungen aus der Tasche gezogen: mal stand eine vorgebliche sowjetische Einmischung in El Salvador der Aufnahme von Abrüstungsgesprächen im Weg (bis sich das diesbezügliche „Weißbuch" des Außenministeriums als plumpe Fälschung herausgestellt hatte), mal waren es Manöver im Westen der UdSSR, mal die von den USA gezielt hochgespielten Spekulationen über eine sowjetische Intervention in Polen etc. etc.

Unverkennbar ist darüber hinaus die zweite Grundlinie derartiger „Öffentlichkeitsarbeit" – das Bestreben also, trotz aller defensiven Legitimierung die Offensive nicht zu kurz kommen zu lassen. Krieg – ob konventionell oder atomar – muß als Risiko bewußt einkalkuliert und die Öffentlichkeit mit dieser Möglichkeit vertraut gemacht werden. Die Minister Haig und Weinberger stehen in der vordersten Front derer, die unentwegt für einen möglicherweise „unentrinnbar(en) . . . Rückgriff auf Gewalt" (wie in NSC-68 formuliert worden war) trommeln. Und nicht zuletzt das Beispiel Frankreich zeigt, daß von der traditionellen Forderung nach Aufgabe innenpolitischer Freiheiten ebenfalls keine Abstreiche gemacht werden. Am deutlichsten äußerte sich bisher Johannes Steinhoff, ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel. Zu der Regierungsbeteiligung französischer Kommunisten meinte er gegenüber dem „Hamburger Abendblatt" (29. 6. 1981): „Wenn das Beispiel Schule macht und andere Länder, etwa Italien, folgen, fürchte ich um den inneren Zusammehalt der NATO. Es geht nicht an, daß im Bündnis jedes Land glaubt, à la carte essen zu können, das heißt, zu Sonderkonditionen Mitglied zu sein. . . . Ich finde, das, was wir den Amerikanern zumuten, hat sowieso schon die Grenze des Erträglichen erreicht."

Trotz aller Anstrengungen stößt die amerikanische Doppelstrategie mehr denn je auf Widerstand – innerhalb der Bevölkerung, der Parteien und auch einiger Regierungen Westeuropas. Mit diesem „Problem" befaßte sich am 20./21. Juni 1981 ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiertes deutsch-amerikanisches Seminar in Bonn, an dem u.a. Helmut Schmidt und Lawrence Eagleburger teilnahmen. Der Bericht der „International Herald Tribune" (27./28. 6.) über dieses

Seminar ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich: amerikanische Teilnehmer bestätigten noch einmal, daß sie für solche begriffliche „Feinheiten" wie „Doppelbeschluß" nicht zu haben sind und es vorziehen, unverblümt zum Kern der Sache zu kommen und über Aufrüstung statt „Nach"rüstung zu sprechen. Einzig und allein wegen des europäischen Drucks habe die Reagan-Regierung die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Verhandlungen Ende dieses Jahres angedeutet – nach dem Urteil der „FAZ" im klaren Bewußtsein darüber, „daß diese Verhandlungen zur Erfolglosigkeit verurteilt würden." (FAZ v. 20. 6. 1981) Ziel sei nach wie vor, „Moskau zu isolieren . . ., um Zeit für die NATO-Aufrüstung *vor* neuerlichen Gesprächen zu gewinnen." (IHT v. 27./28. 6. 1981) Hervorh. v. Verf.)

Die anwesenden bundesdeutschen Regierungsvertreter plädierten für ein taktisch geschickteres Vorgehen, ohne am grundsätzlichen Ziel der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu rütteln. Ihre Vorschläge liefen darauf hinaus, sich ausreichend Zeit zu nehmen, „um die europäische Besorgnis über neue Sprengköpfe in Europa zu beruhigen, die NATO-Politik der öffentlichen Meinung zu verkaufen und um schließlich und endlich die US-Raketen nach Europa hereinzuholen." (IHT v. 27./28. 5. 1981) Stärker als bei den Amerikanern wurde Wert darauf gelegt, relevante Teile der Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Aufrüstung zu überzeugen (auch die jüngsten Leitartikel der „FAZ" liegen voll auf dieser Linie; vgl. FAZ v. 1. 7. 1981). Derweil würde ein „geduldiges Spiel auf Zeit in Rüstungskontrollfragen die NATO befähigen, mit den Raketen voranzukommen . . ." (IHT v. 27./28. 6. 1981)

Die BRD soll in diesem – auch auf die kleineren NATO-Länder gemünzten – Manöver offenbar den europäischen Schlüsselpart spielen. Helmut Schmidts ganz auf Harmonie getrimmter US-Besuch, das Beschwören deutsch-amerikanischer Gemeinschaftlichkeit und gemeinsamer „Werte" war wohl der Auftakt dieses „Spiels auf Zeit", um die Öffentlichkeit einzulullen. Nicht anders sind auch die seitherigen ideologischen Initiativen der Bundesregierung zu interpretieren. Mit allen Mitteln soll gegen die Einsicht zu Felde gezogen werden, die Erhard Eppler während des Juso-Bundeskongresses am 27./28. 6. 1981 noch einmal präzise formulierte: die USA haben kein Verhandlungsinteresse, weil ihnen einzig und allein die Stationierung der neuen, zielpräzise einsetzbaren Waffen die Option auf einen „begrenzten" und „siegreich führbaren" Atomkrieg eröffnet. Eine Begrenzung sowjetischer Mittelstreckenraketen ist demgegenüber sekundär – schließlich wurden diese Systeme so lange unwidersprochen akzeptiert, wie man sie nicht zur Legitimation der Einführung eigener, qualitativ neuer Raketen benötigte.

Schließlich stellt sich die Frage, wie die USA konstruktiv an künftige Rüstungskontrolle herangehen wollen, wenn die bisherigen Abkommen – SALT II *und* SALT I – bei ihnen auf gleichermaßen „grundsätzliche Ablehnung" („Süddeutsche Zeitung" v. 1. 7. 1981) stoßen? Wer, wie Eugene V. Rostow es forderte (vgl. SZ v. 1. 7. 1981), die Truman-Doktrin des Jahres 1947 und damit den Beginn der Hochphase des Kalten Krieges zur Richtschnur der Politik nimmt, für den sind Verhandlungsangebote in der Tat „nicht mehr als eine Politik des Bluffs." (NSC-68)

Bernd Greiner

Von Japan lernen – warum nicht?

Seit einiger Zeit ist Japan in aller Munde. Der gräfliche Bundeswirtschaftsminister meint, die westdeutschen Arbeiter sollten

von den japanischen richtig arbeiten lernen. Der „Spiegel" spricht von der „Auto-Großmacht Japan". Deren Exportoffensive verschlägt amerikanischen und westeuropäischen Konzernen den Atem und die Freude an Freihandel und Marktwirtschaft. Erich Honecker dagegen placiert in Japan große Bestellungen, darunter 10000 „Mazda"-Autos für die DDR – vorbei die Tage deutsch-deutscher Entspannung *vor* dem „Nach"rüstungsbeschluß, da die DDR 10 000 VW-„Golf" in der Bundesrepublik orderte. – Die Bundesrepublik, die Japans Ministerpräsident Senko Suzuki im Juni besuchte, könnte von Japan durchaus etwas lernen: nämlich Souveränität und Gelassenheit in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Als der Verfasser dieses Beitrags sich im September 1961 in Tokio aufhielt, war die Bonner Politik kurz zuvor mit dem Mauerbau in Berlin „gekrönt" worden. Aus diesem Anlaß begründete ihm ein japanischer Journalist die unterschiedlichen Wege Tokios und Bonns folgendermaßen: „Japan ist in seiner 2600jährigen Geschichte 1945 zum ersten Male vernichtend und als einziges Land der Welt atomar geschlagen worden; entsprechend groß und tiefgreifend war der Eindruck auf das japanische Volk. Die Deutschen dagegen haben kurz hintereinander zwei Weltkriege verloren und sind dem Atomschlag um Dreimonatsbreite entgangen; deshalb hat die Niederlage von 1945 bei ihnen nicht zu einer radikalen und dauerhaften Abkehr von der militärischen Seh- und Denkweise geführt."

Wer dieser verhaftet ist, wird hier natürlich prompt einwenden, daß die Bundesrepublik viel direkter als Japan einer „Bedrohung" seitens der Sowjetunion ausgesetzt sei: Die Bundesrepublik grenzt, ungeschützt durch ein natürliches Hindernis, an den Warschauer Pakt, während Japan ein Inselreich ist. Dieser Unterschied sticht in der Tat ins Auge. Aber die Japaner – sofern sie zu Panik neigen – könnten sich durchaus ebenfalls „bedroht" fühlen: Es ist noch nicht allzu lange her, daß ihre vielhundert Millionen chinesischen Nachbarn als wütende Feinde der sogenannten „freien Welt" galten. Und die Sowjetunion unterhält fast ein Drittel ihrer Armee im Fernen Osten, zwar hauptsächlich Chinas wegen, aber auch auf Sachalin und auf den umstrittenen Kurilen-Inseln in Sichtweite der japanischen Nordinsel Hokkaido.

Doch für Japan ist das Meer, was für uns das Land ist. Deshalb ist darauf hinzuweisen, daß die sowjetische Pazifik-Flotte, deren Hauptquartier in Wladiwostok nur 700 Kilometer von der japanischen Hauptinsel Hondo entfernt liegt, mit 785 Einheiten der japanischen Marine hoch überlegen ist. Letztere hat eine Küstenlinie von 27 000 Kilometern zu verteidigen – nebenbei: das Dreiunddreißigfache der nur 811 Kilometer Ost- und Nordseeküste der Bundesrepublik. Auch werden, nach japanischen Angaben, von den 9 300 Kampfflugzeugen der Sowjets 2060 in Ostasien eingesetzt. Und ein Drittel der sowjetischen Mittelstreckenraketen ist seit jeher in Sibirien stationiert, von wo aus sie auch Japan treffen können. Dies gilt auch für die neuen SS-20-Raketen, die von Bonn zur Rechtfertigung der „Nachrüstung" hochgespielt werden – während Japan offenbar mit ihnen leben kann.

Verfolgen wir also einmal die beiden Wege: Japan hat 1947 in seine Verfassung bewußt einen „Antikriegsartikel" aufgenommen – die Bundesrepublik dagegen begann ihren Weg damit, daß Adenauer schon 1949 – weniger als fünf Jahre nach der Bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht – dem Westen deutsche Soldaten anbot. Japan überschritt bisher nicht beträchtlich den Rahmen von rund 200 000 Mann, davon 150 000 Landtruppen, den die Sowjets 1951 für seine „Selbstverteidigungskräfte" empfohlen hatten: Heute unterhält es rund 241 000 Soldaten (davon 155 000 im Heer) – bei einer Bevölkerung von 116 Millionen. Damals – in Verbindung mit der berühmten „Stalin-Note" vom März

1952, die ein bündnisfreies Gesamtdeutschland anbot – war ebenfalls von etwa 200 000 Soldaten die Rede, die eine gesamtdeutsche Nationalarmee umfassen sollte. Aber die Bundesrepublik verwarf diese Wiedervereinigungs-Chance zugunsten einer „Politik der Stärke" im Verein mit den Westmächten und stellte bis heute eine Bundeswehr von rund 500 000 Mann auf (davon 340 000 im Heer) – bei einer Bevölkerung von rund 60 Millionen. Das heißt: Bei einer halb so großen Bevölkerung unterhält die Bundesrepublik doppelt so viele Soldaten wie Japan!

Der Unterschied ist besonders auffällig bei den (aktiven und bestellten) Kriegsschiffen der beiden Marinen: Der Jahresbericht „The Military Balance 1980–1981" des Londoner Instituts für strategische Studien führt 157 japanische, aber 237 westdeutsche Einheiten auf. Dabei hat die japanische Flotte, wie bereits erwähnt, das Dreiunddreißigfache der westdeutschen Küstenlinie zu schützen, und als rohstoffarmes Industrie-Inselreich ist Japan noch stärker als die Bundesrepublik auf Seeverbindungen angewiesen.

Japan beherbergt rund 50 000 amerikanische Soldaten, die Bundesrepublik rund zehnmal soviel fremde Truppen. Als die Bundesrepublik den USA und England mehr als ein Jahrzehnt lang einen hohen Devisentribut für deren Stationierungstruppen leistete, zahlte Japan wenig oder nichts. Japan hält zwar an seinem Sicherheitsvertrag mit den USA fest, aber realistischerweise glauben 59% der Japaner (nach einer „Asahi"-Umfrage) *nicht*, daß die USA im Falle eines Krieges zu ihren Verpflichtungen stehen und Japan verteidigen werden.

Japan hat nicht nur auf Atomwaffen verzichtet – es verwehrt auch den USA deren Stationierung oder Lagerung auf seinem Territorium. Die Bundesrepublik hat zwar auch auf Atomwaffen verzichtet, hat sich aber zu einem riesigen Atomwaffendepot der USA gemacht. Schließlich wurde bereits erwähnt, daß es auch im Fernen Osten sowjetische Mittelstreckenraketen und neuerdings SS-20-Raketen gibt. Aber im Gegensatz zu Bundeskanzler Schmidt hat kein japanischer Ministerpräsident durch vorschnelles alarmistisches Gerede über regionale „Disparitäten" die USA eingeladen, sein Land zu einer Abschußrampe für weitreichende Mittelstreckenraketen gegen die Sowjetunion – und damit zu einem atomaren „Blitzanzieher" – zu machen.

Bisher hat Japan jährlich nicht mehr als 1% seines Sozialprodukts für militärische Zwecke aufgewandt – die Bundesrepublik dagegen lange Zeit einen durchschnittlich viermal höheren Anteil. Heute, wo das westdeutsche Sozialprodukt sinkt, während das japanische (um 5% 1980) weiter wächst, verzehrt die Bundeswehr immer noch 3,3% des Sozialprodukts.

Daß Rüstungslasten die Wirtschaftskraft schwächen, ist keine neue, aber eine selten ausgesprochene Erkenntnis. Der Bundesrepublik wurden die Rüstungslasten bewußt zu diesem Zwecke auferlegt, wie englische Diplomaten schon 1952 gestanden; auch US-Präsident Eisenhower hat sich (Chruschtschow gegenüber) in diesem Sinne geäußert. Es gibt dafür auch einen guten rechts-sozialdemokratischen Zeugen: 1966, als die Bundesrepublik in ihre erste – noch harmlose – Wirtschaftskrise eintrat, berichtete der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, daß ihm, als er bei Beginn der Wiederbewaffnung „verschiedene Stellen im Ausland" fragte, ob es nicht auch die Hälfte tue, geantwortet wurde: „Es handelt sich darum, daß die Exportfähigkeit Deutschlands in einem Maße steigt, daß wir schwindlig werden. Wir müssen euch ebensogut das Bleigewicht der Rüstungslasten um den Hals legen wie uns."

1967 demonstrierte Professor Fritz Baade, langjähriger Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und ebenfalls Sozialde-

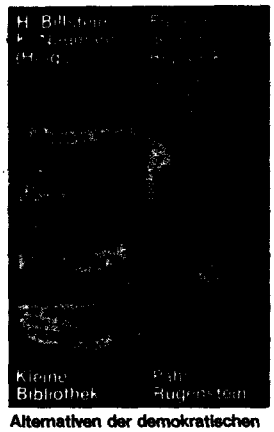
mokrat, an einem Vergleich Bundesrepublik/Japan, daß der Wohlstand nur blüht, wenn die Rüstung maßhält. Baade betonte: „Die militärischen Investitionen sind nicht nur die unproduktivsten von allen, sie verhindern auch produktive Investitionen." Das Tempo des japanischen Wachstums führte Baade auf die Tatsache zurück, daß Japan dank seinem niedrigeren Militäranteil am Sozialprodukt viel größere nutzbringende Investitionen machen konnte.

Schon ein Jahr später, 1968, verdrängte Japan als Wirtschaftsmacht die Bundesrepublik vom zweiten Platz in der „freien Welt" und vom dritten in der ganzen Welt. Letztes Jahr schrieb der ehemalige US-Präsident Nixon: „Wirtschaftswissenschaftler haben geschätzt, daß das japanische Bruttosozialprodukt von gegenwärtig einer Billion Dollar um gut 30% kleiner wäre, wenn Japan in den letzten beiden Jahrzehnten 6% seines Sozialprodukts für Verteidigungszwecke ausgegeben hätte." Daraus spricht kaum verhüllter Neid: Die USA, die mit ihrem hohen Militäranteil – heute wieder 6% – weite Bereiche ihrer Wirtschaft „krankgerüstet" haben, verfolgen mit ihrem Drängen nach höheren Rüstungsausgaben Japans zweifellos auch die Absicht, es wirtschaftlich zu schwächen – so wie sie die Bundesrepublik bereits geschwächt haben.

„Finnlandisierung" ist in Bonn ein schmutziges Wort. Es ist vor allem ein törichtes Wort, denn auch Finnland prosperiert (mit 5,5% Wachstum 1980) und hat nicht – wie die Bundesrepublik – Truppen aus sechs fremden Staaten auf seinem Boden; es ist nicht „deutschlandisiert". Wie wäre es dann wenigstens mit einer gewissen „Japanisierung" der Bonner Außen- und Sicherheitspolitik? Das hieße: Die Bundesrepublik würde endlich souverän werden und Gelassenheit an die Stelle eines Alarmismus setzen, der sie seit jeher – im Wahn, bei den USA „Schutz" zu finden – für kostspielige und riskante amerikanische Zumutungen anfällig gemacht hat. Schwarz sehen kommt bekanntlich teuer zu stehen.

Helmut Wolfgang Kahn

Soeben erschienen



Alternativen der demokratischen Bewegung
Kleine Bibliothek Band 210
257 Seiten, DM 14,80

Militär, Rüstung und Abrüstung in der Bundesrepublik
Ein Handbuch
Kleine Bibliothek Band 208
286 Seiten, DM 14,80

Die SS-20 – Ursache oder Vorwand für die Stationierung neuer US-Atomraketen in Mitteleuropa?

„Ich habe in doppelter Weise mein Regierungsamt an den sogenannten Doppelbeschluß geknüpft. Zum einen hat jeder in der Bundesrepublik Deutschland schon seit längerer Zeit verstanden, daß ich es nicht verantworten könnte und deshalb zurücktreten müßte, wenn die erste Hälfte des Doppelbeschlusses aufgegeben würde, nämlich die Absicht, entsprechend der auf östlicher Seite unternommenen Vorrüstung mit SS-20-Raketen und Backfire-Bombern durch die Amerikaner nachzurüsten. Und zum anderen habe ich für die ganze Welt klargemacht, daß ich es nicht verantworten könnte, wenn mit der zweiten Hälfte des sogenannten Doppelbeschlusses nicht Ernst gemacht werden würde . . ."

Bundeskanzler Helmut Schmidt, Stellvertretender Vorsitzender der SPD („Frankfurter Rundschau" v. 30. 6. 1981)

„. . . wir müssen der Friedensbewegung immer sagen: Sagt das zunächst der Sowjetunion, die hat mit der SS-20 angefangen!"

Horst Ehmke, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion („Das Parlament" v. 6. 6. 1981)

„. . . von der Sache nicht ablenken lassen, um die es allein geht: um den Abbau der Sowjetischen SS-20."

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Vorsitzender der FDP („Deutsche Volkszeitung" v. 26. 3. 1981)

„Wenn Herr Brandt von einer Nulloption spricht in dem Sinne, daß die Sowjets ihre installierten Mittelstreckenraketen demontieren, zerstören, den ursprünglichen Zustand wiederherstellen, dann glaube ich, daß bei ihm Wunschtraum und Phantasie seinen Verstand verdrängt haben, daß Helmut Schmidt demgegenüber wenigstens einen etwas größeren Wirklichkeitssinn aufweist."

Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 6. 7. 1981)

„Vergessen Sie nicht, es waren die Sowjets, die das Problem verursacht haben. Dann können die doch nicht erwarten, daß wir auf diese Herausforderung mit der Entwicklung und Stationierung von Waffen antworten, die nicht besser sind als ihre".

Lawrence S. Eagleburger, Westeuropa-Verantwortlicher der Reagan-Administration (Gegenüber dem „stern" v. 25. 6. 1981)

Ungeachtet der bereits vor der fatalen „Nachrüstungs"-Entscheidung der NATO bekundeten und jetzt anläßlich des Brandt-Besuches in Moskau erneut sinnfällig gewordenen Bereitschaft der Sowjetunion, über die SS-20 wie über alle die jeweils andere Seite beunruhigenden Aspekte des „eurostrategischen Gleichgewichts" – mit dem Ziel eines Rüstungsabbaus zu verhandeln, wurde und wird immer wieder in erster Linie die sowjetische SS-20 Mittelstreckenrakete für die NATO-Entscheidung und zugleich für das Ausbleiben von Verhandlungen verantwortlich gemacht. Die oben zitierten Politikeräußerungen

aus jüngster Zeit lassen erkennen, daß angesichts des fortschreitenden Zerfalls der Legitimationsbasis für die geplante Stationierung der neuen US-Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles in Mitteleuropa in NATO-Kreisen die unbeirrte und verstärkte Instrumentalisierung des „SS-20-Arguments" im Sinne des klassischen Feind- und Bedrohungsbildes von der „russischen Gefahr" als wirksames Mittel gegen die wachsende Friedensbewegung erscheint.

Wir haben deshalb zur Versachlichung der Diskussion eine Reihe besonders aussagekräftiger Stellungnahmen zur Fragwürdigkeit des „SS-20-Arguments" zusammengestellt, darunter auch solche, die bereits früher erschienen, aber unverändert gültig sind. D. Red.

Gert Bastian
Die SS-20 eignet sich nicht als Erstschlag-Waffe

Auf der internationalen Konferenz „Nuclear War in Europe", die vom „Center for Defense Information" in Washington mit dem Niederländischen Institut für Konfliktforschung an der Universität Groningen vom 22.–24. April 1981 in Groningen durchgeführt wurde, hielt Generalmajor a. D. Gert Bastian das nachstehend im Wortlaut wiedergegebene Referat, in dessen Zentrum die Frage nach der Rolle der SS-20 steht. (Die Überschrift stammt von der Redaktion.)

Das Thema dieser Konferenz „Nuclear War in Europe" läßt erkennen, welch entscheidender Wandel in der Beurteilung möglicher nuklearer Kriegsformen bereits eingetreten ist.

Über Jahrzehnte hinweg hat der „general nuclear war" – gleichgültig ob von vornherein als solcher beabsichtigt oder nach blitzschneller Eskalation aus einem „limited nuclear war" entstanden – als die einzig vorstellbare, wegen der Unkalkulierbarkeit von Risiken und Folgen allerdings äußerst unwahrscheinliche Form eines nuklearen Krieges gegolten.

Mit der Verfügung über neuartige nukleare Systeme tritt jedoch die Gefahr eines auf Europa begrenzbaren und mit solch besserer Kalkulierbarkeit nicht mehr im bisherigen Ausmaß unwahrscheinlichen Nuklearkrieges mehr und mehr in den Vordergrund.

Wenn man auf diese Entwicklung hinweist, wird man in der Regel darüber belehrt, daß der Einsatz von Nuklearwaffen ja doch immer schon fester Bestandteil aller militärstra-

tegischen Konzepte der NATO und sicher auch des Warschauer Paktes gewesen ist. Das ist natürlich auch richtig. Dennoch sind entscheidende Veränderungen im nuklearen Kriegsführungsdenken des Westens unverkennbar. Ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der strategischen Konzepte macht das deutlich.

Solange die unangefochtene Überlegenheit der USA im Bereich der Nuklearwaffen eine Strategie der massiven Vergeltung erlaubte, brauchte ein diese Vergeltung provozierendes Verhalten der östlichen Führungsmacht kaum befürchtet werden.

Als jedoch die Drohung mit einer „massiven" Vergeltung wegen des sich abzeichnenden Gleichstandes an nuklearer Zerstörungsfähigkeit zwischen den Supermächten an Glaubwürdigkeit zu verlieren begann, machte die inzwischen verbesserte Fähigkeit der NATO zur konventionellen Verteidigung – wobei auch die Aufstellung der Bundeswehr eine wichtige Rolle spielte – die Ablösung der bisherigen Vorstellungen durch eine Strategie der flexiblen Reaktion und damit eine weiterhin wirksame Abschreckung möglich.

In diesem neuen strategischen Konzept wurde auch ein Ersteinsatz von Nuklearwaffen der NATO nicht ausgeschlossen, sollte ein mit überlegenen Kräften vorgetragener Angriff der Warschauer Pakt-Staaten eine krisenhafte Entwicklung der Landschlacht zur Folge haben. Doch ganz unabhängig davon, daß plausible Gründe für einen solchen Angriff zu keiner Zeit erkennbar gewesen sind, war die NATO jetzt auch konventionell stark genug, um selbst einer großangelegten Aggression ohne Einsatz von Nuklearwaffen standhalten zu können.

Es beweist ja keineswegs das Gegenteil, wenn in den jährlichen NATO-Übungen das Kriegsgeschehen regelmäßig mit weniger günstigem Verlauf simuliert wurde. Dienten diese Übungen mit dem zugrunde gelegten, wechselhaften Geschehen bis hin zum Einsatz von Nuklearwaffen doch in erster Linie der Verbesserung in der Zusammenarbeit der Stäbe und im Gebrauch der komplizierten Verfahren, nicht der Überprüfung vorstellbarer Kriegsbilder.

Freilich blieb immer noch unberechenbar, ob sich nicht die andere Seite bei einer erfolglosen Angriffsoperation zum Ersteinsatz nuklearer Waffen entschließen würde. Doch die auf jeder Stufe einer Aggression eindrucksvolle Fähigkeit der NATO zur angemessenen Reaktion machte auch diese Annahme wenig wahrscheinlich, solange kein Zweifel an der Entschlossenheit der westlichen Schutzmacht möglich war, die verfügbaren Machtmittel soweit erforderlich auch einzusetzen.

Ganz anders stellt sich demgegenüber die Lage heute dar. Deuten doch neue Überlegungen darauf hin, daß das strategische Potential der USA nicht mehr mit der bisher vorausgesetzten Selbstverständlichkeit für den Schutz außeramerikanischer Interessen zur Verfügung steht. In Verbindung mit der Absicht, das eurostrategische Nuklearpotential erheblich zu vergrößern, und im Hinblick auf manche Vorstellungen von einer besseren Berechenbarkeit der Risiken und Folgen eines mit verfeinerten Nuklearwaffen ausgetragenen „limited nuclear war" wächst deshalb die Gefahr, daß bei einem Versagen der Abschreckung ein Krieg in Europa von einem recht frühen Stadium an als „nuclear war in Europe" ausgetragen werden würde.

Bei dieser Überlegung kann auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß es sich bei den als Antwort des Westens auf die sowjetische SS-20 deklarierten Mittelstreckensystemen Pershing II und Cruise Missile um eine völlig neuartige Waffengeneration handelt, deren Einsatzkriterien der NATO Möglichkeiten der nuklearen Kriegsführung eröffnen, wie sie die SS-20 dem Osten keineswegs erschließt.

Der Unterschied liegt einmal darin, daß die Sowjetunion mit noch so vielen SS-20-Raketen zwar die europäischen Verbündeten der USA vernichtend treffen, jedoch die nukleare Gegenmacht selbst nicht entscheidend schwächen kann. Während die USA mit den zur Stationierung in Europa vorgesehenen Systemen in die Lage versetzt werden, der Sowjetunion ganz ohne Rückgriff auf das amerikanische strategische Nuklearpotential Schäden kriegsentscheidenden Ausmaßes anzudrohen oder zuzufügen.

Darüberhinaus wird die Chancengleichheit zwischen Ost und West auch noch durch ein anderes Merkmal der jeweiligen landgestützten Mittelstreckenwaffen beeinträchtigt werden; nämlich durch ihre unterschiedliche Eignung zum Erstschlag.

Obwohl die technische Leistungsfähigkeit der SS-20 noch nicht eindeutig geklärt zu sein scheint, kann diesem Potential des Ostens eine Fähigkeit zum Erstschlag nämlich nicht zugesprochen werden. Muß doch ein Erstschlag nur dann befürchtet werden, wenn mit ihm so entscheidende Vorteile errungen werden können, daß der Angegriffene sie auch mit einem Vergeltungsschlag nicht mehr ausgleichen kann. Oder wenn es möglich erscheint, eben dieses Vergeltungspotential in seiner Wirkung so zu reduzieren, daß die von ihm ausgehenden Schäden berechenbar werden.

Schließlich kann auch die unzureichende Überlebensfähigkeit bestimmter Systeme den „Besitzer" zu dem Gedanken verführen, einem möglichen Entwaffnungsschlag der Gegenseite durch ihren frühzeitigen Einsatz zuvorkommen zu müssen.

Das alles trifft jedoch auf das sowjetische SS-20-Potential nicht zu. Mit ihm kann weder das Territorium der westlichen Supermacht erreicht, noch deren Fähigkeit zur Kriegsführung entscheidend beeinträchtigt oder gar das westliche Vergeltungspotential drastisch reduziert werden. Auch ist anzunehmen, daß Beweglichkeit und Reichweite der SS-20 im großflächigen Stationierungsgebiet eine Bereithaltung erlauben, die nach Art und Auflockerung eine hohe Überlebensfähigkeit garantiert. Ein Zwang zum frühzeitigen Einsatz dieser Waffen, um ihrer drohenden Vernichtung zuvorzukommen, besteht für die Sowjets daher nicht.

Im Westen jedoch müssen solche Überlegungen nach einer Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf dem europäsischen Festland und auf den britischen Inseln zu eher gegenteiligen Ergebnissen führen.

Erstens, weil diese Systeme den USA die bereits erwähnte Möglichkeit verschaffen, die Sowjetunion von Europa aus in ihren empflindlichsten Regionen zu treffen und damit die Fähigkeit der östlichen Führungsmacht, Krieg zu führen, erheblich zu schwächen. Vor allem natürlich dann, wenn sich die militärischen Ziele, auf welche die neuen Waffen vorwiegend gerichtet werden – soweit verlegbar – vor einer Mobilmachung noch auf den im Frieden eingenommenen Plätzen befinden.

Zweitens, weil sich aus der geringen Überlebensfähigkeit dieser landgestützten Systeme des Westens in den engen Stationierungsräumen zumindest in den Augen der Sowjets ein regelrechter Zwang zum Einsatz in einem Erstschlag ergibt, sobald in einer Zeit höchster Spannung ein Versagen der Abschreckung nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Dabei ist es recht unerheblich, ob die NATO einen Erstschlag tatsächlich plant, oder ob sie das nicht tut. Entscheidend ist allein, daß die offenkundigen Merkmale dieses Potentials auf der Gegenseite zu dieser Befürchtung Anlaß geben müssen. Eine Wirkung, wie sie von den weitgehend überlebensfähigen und deshalb auch zu einem Vergeltungsschlag geeigneten strategischen und eurostrategischen Systemen der NATO keinesfalls ausgeht.

Es ist deshalb unrealistisch zu glauben, die Sowjetunion würde in den zur Stationierung in Europa vorgesehenen landgestützten Mittelstreckensystemen lediglich die Antwort der NATO auf die SS-20-Aufstellung sehen, nur weil der Westen sein Vorhaben mit diesem Zusammenhang begründet.

Wahrscheinlicher ist, daß die Sowjetunion in der „Nachrüstung" der NATO den Beweis für eine einschneidende Veränderung im nuklearen Kriegsführungsdenken des Westens erblickt und sich deshalb zu ebensolchen Veränderungen im militärstrategischen Konzept der Warschauer-Pakt-Staaten entschließt.

Bedenklichstes Ergebnis solcher Veränderungen könnte sein, daß ein sowjetischer pre-emptive strike gegen die Stationierungsräume der Pershing II und Marschflugkörper in einer Zeit verschärfter Spannung wahrscheinlicher wird. Aber auch wenn die Sowjets darauf verzichten sollten, sich dieses landgestützte Potential der NATO bei drohender Kriegsgefahr durch einen vorwegnehmenden Entwaffnungsschlag vom Hals zu schaffen, muß befürchtet werden, daß bei einem Versagen der Abschreckung ein Krieg in Mitteleuropa nicht ohne diese Waffen ausgetragen werden würde und deshalb in einem sehr frühen Stadium zum „nuclear war in Europe" eskalieren würde.

Wegen der besonderen Gefährlichkeit der neuen nuklearen Waffengeneration des Westens für die östliche Kiregsmaschinerie wird diesem Potential in der Beurteilung beider Seiten zwangsläufig eine zentrale Bedeutung zukommen. Es wird deshalb nahezu unvermeidbar in das Kriegsgeschehen einbezogen werden, ganz gleich, welche Seite der anderen mit einem Ersteinsatz von Nuklearwaffen zuvorkommt.

In dem Maße jedoch, in dem nicht mehr damit gerechnet werden kann, daß nach einem Versagen der Abschreckung ein Krieg in Mitteleuropa ohne alsbaldigen Einsatz von Nuklearwaffen geführt und beendet werden würde, muß sich das Interesse der Europäer an einer so gearteten Verteidigung ihrer Existenz verlieren und anderen Lösungen ihres Sicherheitsstrebens zuwenden.

Wären doch vor allem in den hochentwickelten und darum extrem empfindlichen Staaten Mitteleuropas Verwüstungen einzukalkulieren, die zum Verlust der Fähigkeit führen müßten, als organisierbare Gemeinwesen fortzubestehen.

Es liegt auf der Hand, daß ein solches Ergebnis die Frage, wer schließlich „Sieger" bleiben würde, unwesentlich macht. Deshalb sollen die voraussichtlichen Auswirkungen einer „nuclear war in Europe" auf die Fähigkeit der Supermächte zur Fortsetzung der Kriegsführung und auf deren letztendliches Ergebnis hier auch nicht näher untersucht werden.

Doch soll unterstrichen werden, daß alle Überlegungen im Zusammenhang mit eben dieser Kriegsform nur zu dem Ergebnis führen dürfen, ein auf Europa beschränkter Nuklearkrieg muß auch in Zukunft ausgeschlossen bleiben!

Was immer die andere Seite im Frieden tut, im Westen dürfen Nuklearwaffen niemals zum „Führen" eines Krieges entwickelt und bereitgestellt werden. Sie haben wie bisher auch in Zukunft einzig und allein dem Zweck zu dienen, einen Nuklearkrieg mit der Vergeltungsdrohung unmöglich zu machen und in ihrer technischen Auslegung auch unmißverständlich nur diesem Zweck zu entsprechen, solange keine allgemeine Ächtung von Nuklearwaffen ihren Besitz entbehrlich macht.

Jede andere Art der nuklearen Rüstung rückt den „nuclear war in Europe" in gefährliche Nähe. Sie liegt deshalb nicht im Interesse der Europäer, die sich ihr widersetzen müssen, soll Europa nicht eines Tages zum nuklearen Schlachtfeld werden.

Erhard Eppler „Pershing" und „Cruise Missiles": „Das hat mit den SS-20 gar nichts zu tun."

Auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten in Lahnstein widerlegte Erhard Eppler, Mitglied des Präsidiums der SPD, auf eindrucksvolle Weise die These, derzufolge die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa nur eine „Nachrüstung" aufgrund sowjetischer „Vorrrüstung" sei, und die eigentliche Bedrohung folglich von der SS-20 ausgehe. Eppler erklärte dazu:

Was hat sich eigentlich in den letzten zwei Jahren verändert, wenn es um den Frieden geht? Es hat sich nicht verändert die Bedrohung Westeuropas und der Bundesrepublik durch Mittelstreckenraketen. Seit beinahe 20 Jahren bedrohen 600 sowjetische Mittelstreckenraketen – SS-4 und SS-5 – mit Sprengköpfen – jeder etwa das 70fache der Hiroshima-Bombe – Westeuropa und die Bundesrepublik. Seit etwa 20 Jahren könnte die Sowjetunion mit einem Zehntel ihrer Kapazität an Mittelstreckenraketen diese Republik auslöschen.

Das war so, als Kiesinger anfing von Entspannung zu reden, 1967, das war so, als die Ostverträge abgeschlossen wurden, und das war auch so, als Willy Brandt zurücktrat und Helmut Schmidt Kanzler wurde. Das war immer so, nur wurde darüber nicht geredet.

Und warum wurde damals nicht darüber geredet, und warum wird heute über die SS-20 geredet? Was ist eigentlich die zusätzliche Gefährdung, unter der wir leben? Nicht, daß man diese Republik auslöschen könnte mit Mittelstreckenraketen. Vielleicht, daß man mit der SS-4 und der SS-5 bis Bordeaux schießen könnte und jetzt mit der SS-20 bis Lissabon, was auch für uns keine unmittelbare Veränderung bedeutet. Vielleicht, daß man genauer zielen kann, und daß also nicht nur große Städte, sondern auch militärische Ziele, wie Raketenstellungen oder Flugplätze, genauer getroffen werden können. Vielleicht ist es auch die Zahl der SS-20. Ich habe nie richtig begriffen, warum die Sowjetunion, als sie, was verständlich ist, ihre alten Schlitten modernisieren wollte – und das tun die anderen ja auch, bei einem anderen Rhythmus – daß sie dann nicht signalisiert hat, wir werden für jede SS-20 mit 3 Sprengköpfen 3 von den alten Raketen abziehen, was sie übrigens am Anfang dann teilweise getan haben. Aber es wäre vernünftig gewesen, von vornherein dies klarzumachen: Wir wollen hier keine zusätzliche Schlagkraft aufstellen, sondern wir wollen modernisieren.

Übrigens, die Vereinigten Staaten haben sich zu keiner Zeit besonders über diese sowjetischen Mittelstreckenraketen erregt. Die ganzen 60er Jahre nicht, die ganzen 70er Jahre nicht, sie waren an diesem Thema, sogar als es um SALT ging, kaum interessiert. Das war nicht ihr Thema. Warum sind sie eigentlich jetzt so scharf darauf, eine angebliche Gegenmaßnahme gegen diese Mittelstreckenraketen durchzusetzen? Das hat mit den SS-20 gar nichts zu tun. Es gibt überhaupt keine logische Verbindung zwischen der Aufstellung der SS-20 auf der einen Seite und der „Pershing" und „Cruise Missiles" auf der anderen Seite.

Jedermann weiß inzwischen, daß die SS-20 zwar die „Pershing" erreichen und vernichten kann, daß aber die „Pershing" bisher keine einzige jetzt stationierte SS-20 erreichen kann, weil sie viel zu tief im russischen Raum, hinter der Wolga, vor dem Ural

stationiert sind und also von einer Rakete mit 1800 km Reichweite gar nicht erreichbar sind. D.h., man sagt uns, wir brauchen als Gegenmaßnahme gegen die SS-20 die „Pershing", obwohl zwar die SS-20 hier eine wunderbare Zielscheibe hat, auch wenn sie beweglich wird, während umgekehrt diese „Pershing" der SS-20 gar nichts tun kann. Wo bleibt da die Logik?

Und, liebe Freunde, wenn es so ist, daß alles, was in diesem Rüstungsschachspiel geschieht, einen Sinn haben soll und immer der jeweils andere glaubt, daß die Züge des anderen einen Sinn haben, dann müssen wir uns doch überlegen, was für einen Sinn dies alles aus dem Blickwinkel der anderen haben kann.

Wenn man also eine Rakete aufstellt, von der man weiß, daß sie wahrscheinlich einem ersten Schlag der SS-20 nicht gewachsen ist, also in der Fachsprache keine Zweitschlagswaffe ist; die gleichzeitig aber die Hauptwaffe des Gegners gar nicht treffen kann: Wozu ist sie dann da? Da entsteht der Verdacht, die gehört in einen völlig anderen Zusammenhang als die SS-20.

In den letzten Jahren hat sich durch rüstungstechnische Neuerungen die Strategiedebatte verändert. Während man noch vor drei bis vier Jahren ziemlich sicher war, daß Atomkrieg nicht begrenzbar ist, daß der, der als erster schießt, als zweiter stirbt, wird genau dieses jetzt von vielen Strategen bezweifelt. Mit immer kleineren Sprengköpfen, die inzwischen fast schon die konventionellen Sprengköpfe erreichen, mit kleineren, immer zahlreicheren Sprengköpfen und immer zielgenaueren Raketen beginnt jetzt die Diskussion darüber, ob nicht doch ein Atomkrieg führbar, begrenzbar, ja sogar gewinnbar sein könnte. Und genau in diesen Zusammenhang gehören die „Pershings" und die „Cruise Missiles".

Heute wird bei den Fachleuten darüber diskutiert, ob nicht durch die Verbesserungen in der Rüstungstechnik – wo übrigens die Amerikaner den anderen immer noch um viele Jahre voraus sind –, ob nicht durch die Veränderungen in der Rüstungstechnik die Prämie auf den ersten Schlag wieder so zunimmt, daß jeder Angst hat, daß der andere von dieser Prämie Gebrauch macht, daß also im Spannungsfall jeder die Angst haben muß, daß zuerst der andere losschlägt, weil er sich davon wieder einen Vorteil verspricht. Dadurch geraten natürlich die Nerven auf beiden Seiten in einen Spannungszustand, der möglicherweise menschliches Vermögen übersteigt. Wenn jeder weiß vom anderen, daß er auch weiß, daß der erste Schlag mit ganz gezielten Raketen den anderen zwar nicht vernichten, aber weitgehend entwaffnen kann, dann, fürchte ich, ist es unendlich viel schwieriger als heute, einen Atomkrieg zu verhindern. Und wenn dann noch hinzukommt, daß in der Bundesrepublik Raketen stationiert werden, die bei einer Vorwarnzeit von fünf Minuten (300 Sekunden) die Befehlszentralen im Kreml und anderswo treffen könnten, dann wird natürlich diese Spannung noch um einiges erhöht, weil in einem solchen Fall politische Entscheidungen nicht mehr möglich sind. Es hat in den letzten Jahren mehrfach Fälle gegeben, wo die amerikanischen Computer den Anflug sowjetischer Raketen fälschlich gemeldet haben. Da die Vorwarnzeit noch eine gute halbe Stunde betrug, hat man diese Computerfehler noch mit menschlicher Vernunft ausfindig machen können. Wie wird das auf der anderen Seite bei einer Vorwarnzeit von fünf Minuten? Das sind Vorwarnzeiten, die menschliches Reaktionsvermögen – wenn es vernünftig sein soll – übersteigen.

Und deshalb bin ich der Meinung, daß eine Stationierung vor allem der „Pershing" in der Bundesrepublik die strategische Lage nicht quantitativ, sondern qualitativ verändert. Man kann darüber streiten, ob schon die SS-20 in den Kontext hineingehört, daß man einen Atomkrieg wieder begrenzbar und führbar machen kann. Es gibt Gründe,

die dagegen sprechen, weil die SS-20 die Zentren in Amerika nicht treffen kann. Aber daß die „Pershing II" und „Cruise Missiles" da hineingehören, scheint mir sicher. Und wenn nun darüber nachgedacht wird, wie man einen Atomkrieg doch begrenzbar, führbar und gewinnbar machen kann, dann ist es kein Wunder, wenn auch darüber nachgedacht wird, wie man ihn regional begrenzbar macht. Wenn ich richtig sehe, gibt es heute unter den Strategen und Politikern eine schreckliche Form von Hoffnungslosigkeit, nämlich die Hoffnungslosigkeit: Wir werden den dritten Weltkrieg, den Atomkrieg, wohl doch nicht verhindern können. Wenn man davon ausgeht, fragt man sich natürlich: Wenn wir ihn schon nicht verhindern können, was wir gerne möchten, wie können wir ihn dann so führen, daß wir ihn überleben und vielleicht andere nicht? Und deshalb ist der auf Europa begrenzte Atomkrieg keineswegs etwas, worüber wir nicht nachzudenken hätten. Nun sagen alle, alle Sozialdemokraten, Ihr auch, Helmut Schmidt auch, wir müssen so rasch wie möglich zu Verhandlungen kommen über Abrüstung bei den eurostrategischen Waffen. Nur, wenn man über Verhandlungen redet, dann muß man sich nicht so sehr auf Papiere stützen, sondern dann muß man die Interessen der Verhandelnden analysieren, wenn man mit der Wirklichkeit zu tun haben will. Und wie sehen die Interessen aus? Daß die Sowjetunion ein Interesse daran hat, daß nicht in der Bundesrepublik Raketen stationiert werden, mit denen man in fünf Minuten den Kreml ausschalten kann, liegt auf der Hand. Deshalb drängen die natürlich auch auf Verhandlungen, und das ist ernst. Einfach aus ihrer Interessenslage heraus. Aber die andere Frage ist, welches Interesse haben eigentlich die Vereinigten Staaten an diesen Verhandlungen? Sie haben sich 20 Jahre lang nicht erregt über die sowjetischen Mittelstreckenraketen, die Europa bedrohen. Und jetzt erwarten wir von ihnen, daß sie auf die Chance der „Pershing" in Deutschland verzichten und auf die „Cruise Missiles" in Westeuropa, wenn die Sowjets weniger Mittelstreckenraketen aufstellen? Ist das realistisch? Es ist doch klar, daß das Interesse der Vereinigten Staaten, außerhalb ihres Territoriums zum erstenmal seit 1962 Raketen zu stationieren, die in ganz kurzer Zeit die Zentren des Gegners treffen können, daß das Interesse viel größer ist als das am Abbau von Mittelstreckenraketen, über die sie sich nie ernsthaft aufgeregt haben, die nur Europa bedrohen. Ich habe in Berlin deshalb gegen diesen Beschluß gestimmt, weil ich der Meinung war, hier werden die Interessen der Weltmächte völlig falsch eingeschätzt. Der Beschluß ging davon aus, wir müssen die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zwingen, und sagte nichts darüber aus, wie wir das Interesse der anderen Seite, der Vereinigten Staaten, an diesen Verhandlungen stärken. Auch der ganz unbezweifelbare Wille der Bundesregierung, die Amerikaner an diesen Verhandlungstisch zu bringen, wird so lange wenig nutzen, wie die Interessen so sind, wie sie sind. Der Herr Rostow, der ja zuständig ist für diese Dinge, ist ja nicht irgendwer, hat ja jetzt vor dem Senat gesagt – etwas flapsig –, er wisse gar nicht, worüber man da verhandeln solle. Der versteht gar nicht, wie man „Pershing" gegen SS-20 austauschen kann. Deshalb gibt es kein Verhandlungskonzept da drüben und deshalb hören wir jeden Tag wieder etwas anderes darüber, wann man vielleicht anfängt zu verhandeln. Jedenfalls eines ist klar, man fängt sehr viel später an mit Verhandlungen, als das die Delegierten in Berlin geglaubt haben.

Ein NATO-Beschluß reicht nicht aus, sondern verhandelt wird von den Amerikanern ernsthaft nur über den Abbau oder die Verhinderung der Stationierung von Mittelstreckenraketen, wenn sie befürchten müssen, daß in Westeuropa, von Holland über die Bundesrepublik bis vielleicht nach Italien, eine Bewegung entsteht, die stark genug ist, diese Stationierung dann zu verhindern, wenn die Amerikaner so weiter machen wie bisher.

Und ich möchte hinzufügen, eine Friedensbewegung, die stark genug ist, dies zu ver-

hindern, unabhängig davon, wer in dieser Republik regiert. Und deshalb verstehe ich eigentlich nicht, warum der Bundeskanzler, dem ich seinen Willen zu Verhandlungen voll abnehme und der ja auch im Hintergrund eine ganze Menge tut, um die Amerikaner dahin zu drängen, warum der nicht diese Friedensbewegung als eine etwas unbequeme Unterstützung seiner Verhandlungsabsicht betrachtet.

Anton-Andreas Guha
SS-20: Eher Schauermärchen als seriöse Informationen

In seiner Untersuchung über die Problematik der atomaren Mittelstreckenwaffen, die im Oktober 1980 unter dem Titel „Der Tod in der Grauzone" als Taschenbuch erschien (Frankfurt/M. 1980), beschreibt Anton-Andreas Guha die Widersprüchlichkeit der zum Thema SS-20 umlaufenden Angaben (S. 75–78):

Es handelt sich . . . (bei SS-4 und SS-5, d. Red.) um restlos veraltete Waffen mit einem obendrein geringen Abschreckungswert, die aber als Vergeltungswaffen durchaus vorstellbar sind.

Anders dagegen die berühmt-berüchtigte SS-20, das Nachfolgemodell für die SS-4 und SS-5. Dieser Raketentyp, ausgestattet angeblich mit einem Dreifachsprengkopf (MIRV), wobei jeder Teilsprengkopf einzeln verschossen werden kann, besteht im Grunde aus den beiden ersten Stufen der SS-16, einer feststoffgetriebenen Interkontinentalrakete, die aber nicht in Serie ging; nach Ansicht einiger westlicher Experten deshalb, weil die sowjetischen Techniker die Schwierigkeiten des Feststoffantriebs nicht befriedigend gelöst haben, im Gegensatz zu den amerikanischen Technikern. Daher sei die SS-16 auch dem SALT-II-Abkommen geopfert worden. Als Hauptindiz gilt die Entwicklung und Einführung der ebenfalls flüssigkeitsgetriebenen SS-18 – der vorläufig modernsten sowjetischen Interkontinentalrakete – nach der Erprobung der SS-16. Feststoffantrieb verleiht Raketen einen weitaus höheren, möglicherweise entscheidenden militärischen Wert, da die Geschosse dadurch praktisch permanent einsatzbereit gehalten werden können, während dies bei Raketen mit flüssigem Treibstoff nicht der Fall ist.

Das hochgekühlte Gemisch, vorwiegend aus Wasserstoff, muß nach etlichen Stunden wieder abgetankt und neu gekühlt werden, da sonst die Explosionsgefahr zu hoch würde. Eine umständliche Prozedur, wie auch das erneute Auftanken, das Stunden dauert. Flüssigkeitsgetriebene Raketen sind daher nicht ständig einsatzbereit. Entsprechend ist die Einsatzbereitschaft des Waffensystems insgesamt ebenfalls nur eine partielle. Nur ein Teil der Raketen ist einsatzbereit, während der Rest ab- oder aufgetankt wird, ein Nachteil, der vor allem in einer hochakuten Spannungssituation wirksam wäre.

Trotz der offenkundigen Schwierigkeiten mit dem Feststoffantrieb der dreistufigen SS-16 gilt die SS-20 als Feststoffrakete ohne entsprechende Probleme. Eine nähere Begründung für diese Annahme findet sich in der westlichen Fachliteratur nicht, in der im übrigen die Angaben über die technischen Daten dieser Raketen weit auseinandergehe[1]). Von zwölf Beschreibungen sind keine zwei deckungsgleich, was den Grad

1) Friedhelm Reich, „SS-20, eine Datenanalyse", in: Wehrtechnik, Nr. 8/1979, S. 14ff.

an Glaubwürdigkeit dieser Angaben nicht eben als hoch erscheinen läßt. Unterschiede ergeben sich schon bei der Längenangabe: Sie schwanken zwischen 11 m und 25 m, setzen sich fort bei der Reichweite (von 2700 km bis 7500 km), der Stärke des Einzelsprengkopfes (von 50 KT bis 600 KT, also eine Differenz von 1200 Prozent) bis zur Trefferwahrscheinlichkeit (von CEP 100 m bis CEP 740 m). Woher die Autoren – von den deutschen sind Lothar Ruehl (ZDF, „Die Zeit"), Adelbert Weinstein (FAZ), Graf Brockdorff („Die Welt") und Hubertus Hoffmann (VZ, Organ der CDU/CSU) zu nennen –, ihre Angaben; die sie der Öffentlichkeit als gesicherte verkaufen, beziehen, geben sie nicht an. Wenn sie nicht blanke Spekulationen sein sollen, drängt sich die Vermutung auf, daß sie ab und zu „Überlegungen" irgendeines Militärs aufgreifen.

Seriös ist das alles nicht, zumal wenn man bedenkt, mit welcher Vehemenz und zweifelsfreien Bestimmtheit die Debatte über die bedrohliche Wirkung der SS-20 in der westlichen und speziell in der deutschen Öffentlichkeit geführt worden ist. Die als absolut sicher behaupteten Daten über diese Rakete trugen ja nicht unwesentlich zum „Nachrüstungsbeschluß" der NATO bei.

Dabei steht nicht einmal fest, ob die SS-20 tatsächlich einen dreifachen MIRV-Sprengkopf trägt. In einer technisch sehr kompetent anmutenden Analyse kommt Friedhelm Reich (Pseudonym) zu dem Ergebnis, daß die SS-20 keine drei jeweils einzeln lenkbaren Sprengköpfe tragen könne, da die Nutzlast zu gering sei angesichts der erwiesenen technologischen Rückständigkeit der Sowjets, Sprengköpfe mit hohem KT-Wert und geringem Gewicht zu bauen[2]). Denn der Apparat im Raketenkopf, der nach Brennschluß der letzten Stufe die nuklearen Sprengköpfe über jedes der drei verschiedenen Ziele tansportieren und über ihnen einzeln absetzen soll (post-boost-vehicle oder bus), hat ja selbst schon ein erhebliches Gewicht. Dieser Apparat ist aber ausschlaggebend für die Treffgenauigkeit der Rakete. Das Londoner IISS ermittelt für die SS-20 eine Nutzlast von 545 kg. Fast exakt genausoviel müßte Reich zufolge allein schon der bus wiegen, ein Analogieschluß übrigens nach der modernen amerikanischen, der sowjetischen überlegenen bus-Technologie. Andererseits haben drei Sprengköpfe von je 50 KT ein Gesamtgewicht von 408 kg[3]), was bedeutet, daß die SS-20 eine Nutzlast von nahezu einer Tonne transportieren müßte: das aber dürfte kaum möglich sein. Vollends unwahrscheinlich dürften nach dieser Berechnung Sprengköpfe sein von je 300 KT (Ruehl), 500 KT (Hoffmann) oder gar 600 KT (Brockdorff).

Reich führt ein weiteres Indiz an, indem er auf den früheren Chef des vereinten Generalstabs (JCOS) der USA, General George S. Brown, verweist, der meint, daß die SS-16 einen Einfachsprengkopf trage, allerdings mit einem bus zur Erhöhung der Treffgenauigkeit. Nach Reich ist es daher, unter Berücksichtigung aller verfügbaren, wenngleich im einzelnen keineswegs abgesicherten, Daten wahrscheinlich, daß auch die SS-20 nur einen Einfachsprengkopf von 50 bis 75 KT trägt, der dafür aber relativ zielgenau ist. Dafür spräche auch, daß die Sowjets etwa 400 solcher Raketen in Dienst stellen wollen (als Ersatz für die SS-4 und SS-5), womit sie alle nur denkbaren Ziele in Europa, die außerhalb der Reichweite ihrer Kurzstrecken- und kürzeren Mittelstreckenraketen liegen, treffen könnten, ein erhebliches Quantum an Verlusten durch Feindeinwirkung und „Rohrkrepierer" berücksichtigt. Andernfalls ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß die SS-20 zwar einen Dreifachsprengkopf trägt, dessen Gefechtsköpfe aber nicht unabhängig und einzeln ins Ziel gelenkt werden können.

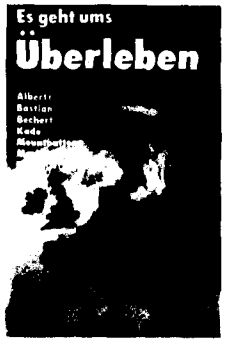
2) Ebd.
3) Sowjet War Machine, London 1978, S. 220.

Es geht ums Überleben

Bücher für den Frieden

Es geht ums Überleben

Warum wir die Atomraketen ablehnen.
Herausgegeben von Karl D. Bredthauer und Klaus Mannhardt.
Beiträge von Heinrich Albertz, Gert Bastian, Karl Bechert, Gerhard Kade, Lord Louis Mountbatten, Alfred Mechtersheimer, Martin Niemöller u. a.
Mit Abbildungen und Karikaturen
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 224. 182 Seiten, DM 9,—



Manfred Bosch

Nie wieder!

Literarische und publizistische Texte gegen den Krieg
Von der Jahrhundertwende bis heute. Mit zahlreichen Fotos und Illustrationen. Kleine Bibliothek Band 215. 210 Seiten, DM 12,80

Frieden oder Krieg

Sowjetische Antworten auf die amerikanische Herausforderung
Aktuelle Stellungnahmen aus der Bundesrepublik. Eine Dokumentation.
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 227. 112 Seiten, DM 9,—

Bernd Greiner / Kurt Steinhaus (Hrsg.)

Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?

Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation. Kleine Bibliothek Band 202. 229 Seiten, DM 14,80

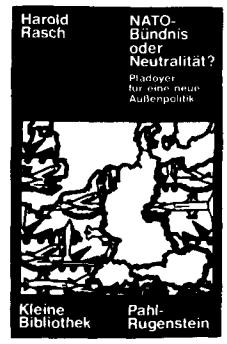
Heinz Becker / Otmar Leist (Hrsg.)

Militarismus in der Bundesrepublik

Ursachen und Formen
Mit Abbildungen. Kleine Bibliothek Band 225. 140 Seiten, DM 9,—

Generale für den Frieden

General Wolf Graf von Baudissin, Bundesrepublik — General Francisco da Costa Gomes, Portugal — Brigadegeneral Michael Harbottle, Großbritannien — General Georgios Koumanakos, Griechenland — Admiral John Marshall Lee, USA — General M. H. von Meyenfeldt, Niederlande — General, Senator Nino Pasti, Italien — Admiral Antoine Sanguinetti, Frankreich.
Mit Porträtfotos, Leinen mit vierfarbigem Schutzumschlag. 376 Seiten, DM 36,—



Harold Rasch

NATO-Bündnis oder Neutralität?

Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207. 137 Seiten, DM 12,80

Gerhard Kade

Die Bedrohungslüge

Die Legende von der »Gefahr aus dem Osten«
Mit umfangreichem Dokumentarmaterial
2. Auflage, Kleine Bibliothek Band 147. 294 Seiten, DM 12,80

Renate Janßen

Frauen ans Gewehr?

Im Gleichschritt marsch...
Mit einem ausführlichen Dokumentenanhang
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 184. 140 Seiten, DM 7,—

Winfried Schwamborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

7. Auflage. Kleine Bibliothek Band 18. 162 Seiten, DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051

Die Vermutung, daß der Öffentlichkeit eher Schauermärchen als seriöse Informationen über die SS-20-Rakete vermittelt werden, liegt jedenfalls sehr nahe.

Daher verwundert es auch nicht, daß die Angaben über die bereits installierten Abschlußgestelle und die schon einsatzfähigen SS-20-Raketen teilweise aus dem Bereich des Abenteuerlichen, bestenfalls Spekulativen geholt werden. Den Vogel schoß „Die Welt" ab, die diese Raketen „ausschließlich" gegen die Bundesrepublik gerichtet sah, und eben wieder Lothar Ruehl, der die Behauptung aufstellte, im Juli 1979 seien nach offizieller Bewertung von NATO-Experten 108 dreifach nachladefähige Startsysteme mit 324 Raketen und 972 Sprengköpfen einsatzbereit stationiert gewesen[4]). Dieser Übertreibung mochte sich nicht einmal Bundesaußenminister Genscher anschließen, der sonst alle sowjetischen Schreckgespenster zu beschwören pflegt; er nannte Anfang November 1979 im FDP-Pressedienst „über 100 sowjetische SS-20 Raketen mit über 300 atomaren Sprengköpfen". Andere glaubwürdige Quellen bleiben auch noch unter diesen Angaben

Karl-Heinz Hansen
Nach Breschnews Moratoriumsangebot ist eine Rechtfertigung der „Nachrüstung" mit der SS-20 nicht mehr möglich

In der sicherheitspolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 26. Mai 1981 hielt der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen eine (in Heft 6/1981 der „Blätter" im Wortlaut dokumentierte) Rede. Zur SS-20 erklärte Hansen im Bundestag:

Die Aufstellung von zusätzlichen landgestützten Raketen und Marschflugkörpern in amerikanischer Hand in Europa ist militärisch nicht zu rechtfertigen. Als direkte Gegenwaffe gegen die sowjetischen SS-20 sind sie ungeeignet, weil sie diese nicht erreichen können. Landgestützt sind sie leicht verwundbar und bieten lediglich zusätzliche Ziele für die Raketen der anderen Seite. Die einzig sinnvolle militärische Antwort auf die SS-20 wäre die Stationierung modernisierter Mittelstreckenwaffen auf U-Booten. Diese Maßnahme ist aber überflüssig, weil das vorhandene seegestützte Potential der NATO das Gleichgewicht des Schreckens nach der bisher geltenden Doktrin von der gesicherten gegenseitigen Zerstörung, um einen möglichen Angreifer von der Selbstmordoption abzuhalten, immer noch vollauf gewährleistet. Die Gegenwaffen gegen die SS-20 gibt es also schon.

Zur Recht wird somit die militärische Notwendigkeit der Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen von Politikern, Friedensforschern und Militärs bestritten. Die Kritiker reichen von George F. Kennan, dem die Berechnungsmehoden eines Kräftevergleichs, „vom schlichten Betrug nicht mehr weit entfernt" zu sein scheinen, über Carl Friedrich von Weizsäcker bis zu amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und deutschen Generalen und Admiralen, ja sogar bis hin zu dem Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte, dem US-General Kroesen. Wenn das so ist,

4) Brauch/Dragsdahl/Rusman, Gründe zur Unterstützung des Appells für ein nukleares Waffenmoratorium (Manuskript), November 1979, S. 8.

müssen andere, politische Gründe für das Drängen der USA, ihre neuen Raketen auf europäischem Boden aufzustellen, maßgebend sein.

Wenn die Ankündigung der Produktion und möglichen Stationierung solcher Waffen das Ziel hatte, die Sowjetunion zum Verhandeln zu zwingen, so ist dieser Zweck erreicht. Nach seiner Rückkehr aus Moskau hat der Bundeskanzler am 7. Juli 1980 folgendes erklärt:

„Breschnew und seine Kollegen der sowjetischen Führung haben ganz genauso Angst vor einem Krieg wie wir hier. Sie möchten nicht das Risiko eines Krieges laufen und wissen auch, daß aus einem Rüstungswettlauf Schlimmeres entstehen kann. Deswegen auch hatte ich schon im vorigen Jahr vorausgesagt, die Russen würden bereit sein, zu verhandeln; nur wann und unter welchen Bedingungen, das konnte ich nicht vorhersehen. Jetzt hat sich unter dem Eindruck all dieser vielfältigen Bemühungen gezeigt, sie sind jetzt bereit, zu verhandeln, sind sogar bereit, sofort zu sprechen."

Die Sowjetunion hat seither mehrfach Verhandlungen angeboten. Vor allem hat die Sowjetunion Anfang dieses Jahres ein Moratorium über die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen und Verhandlungen ohne Vorbedingungen vorgeschlagen. Sie hat damit das aufgegriffen, was der Bundeskanzler 1980 öffentlich angeregt hatte. Danach wäre es ohne zusätzliches Risiko möglich, für eine bestimmte Zahl von Jahren auf die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in Ost und West zu verzichten.

Der Bundesaußenminister hat diesen Vorschlag Breschnews umgehend ungeprüft zurückgewiesen. Da hierzulande einige sich zur Recht besorgt fragen, wieviel Zeit für Verhandlungen noch bleibt, weil niemand weiß, ob die erkennbare Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion auch nach Breschnew fortdauern wird, könnte sich diese Zurückweisung des Moratoriumsangebots als großer historischer Fehler in der Geschichte des Versuchs einer Entspannungspolitik erweisen, nur vergleichbar mit der ebenso brüsken Ablehnung von Friedensangeboten der UdSSR 1952 durch Konrad Adenauer.

Ob es damals für Deutschland eine Chance der Entwicklung eines anderen Weges – nämlich ohne Aufrüstung – gegeben hätte, wissen wir nicht, aber daß wir es heute nicht wissen können, wird für immer die historische Schuld Adenauers bleiben.

Außerdem werden sich alle diejenigen, die die Notwendigkeit einer sogenannten Nachrüstung mit der fortlaufenden Stationierung von SS-20-Raketen begründet haben, spätestens nach der Ablehnung dieses Moratoriumsangebots eine neue Begründung ausdenken müssen. Das Ereignis „Afghanistan", das nach dem sogenannten Doppelbeschluß stattfand, reicht dazu wohl nicht aus.

Robert Havemann
Was sollte der Sinn eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa sein?

Der Beitrag von Robert Havemann, den die „Frankfurter Rundschau" am 20. September 1980 unter der Überschrift „Vom kurzen Krieg und vom Ende des dreißigjährigen Friedens" zuerst veröffentlichte, erscheint in seiner Abwägung vermeintlicher und tat-

sächlicher Gefahren unverändert aktuell. Nachstehend der Wortlaut des Beitrags (dessen Verfasser im vergangenen Monat an Helmut Schmidt appelliert hat, „nicht als ein Kanzler der Amerikaner, sondern als ein Kanzler der Deutschen" zu handeln. Vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 23. 6. 1981):

Vor 350 Jahren, von 1618 bis 1648, tobte in Deutschland der Dreißigjährige Krieg. Als der Westfälische Friede ihn beendete, lebten in Deutschland noch etwa drei Millionen Menschen. Wir haben, seit es das atomare Patt gibt, Frieden in Europa, einen unheimlichen Frieden der Furcht und des Schreckens, der nur dauert, weil ihn das atomare Patt erzwungen hat. Es bedeutet, daß jeder Angriff nicht nur den Angegriffenen vernichtet, sondern auch den Angreifer dem unvermeidlichen Untergang ausliefert. Wenn dieser dreißigjährige Frieden endet, wird ein Krieg kommen. Er wird zwar nur kurz sein, aber er wird weniger Lebende hinterlassen als der Dreißigjährige Krieg vor 350 Jahren. Und diese Wenigen werden auch alle dem Tod geweihte, dahinsiechende unglückliche Opfer der großen Katastrophe sein, in der alle Hoffnungen auf eine menschlichere zukünftige Welt dann wohl für immer untergegangen sind.

Aber noch besteht die Möglichkeit, diese Katastrophe von uns abzuwenden. Dazu ist es erforderlich, daß alle endlich die ganze Größe der uns drohenden Gefahr begreifen und es lernen, diese Gefahr ernsthaft zu fürchten.

Die Hiroshima-Bombe hatte die Sprengkraft von 20 000 Tonnen Trinitrotoluol (TNT), eine mittlere Wasserstoffbombe hat die Sprengkraft von 20 Mio. Tonnen TNT, also von tausend Hiroshima-Bomben. Dies entspricht etwa der Sprengkraft aller Bomben und Granaten, die alle kriegführenden Mächte insgesamt während des ganzen Zweiten Weltkrieges zur Explosion gebracht haben. Von dieser Art von Bomben gibt es heute schätzungsweise 50 000 bis 100000.

Eine interkontinentale Rakete kann bis zu zehn und mehr solcher Bomben um die halbe Erde herum mit großer Treffsicherheit an ihre Ziele befördern. Sie benötigt zum ballistischen Flug für eine Entfernung von 20 000 km etwa 45 Minuten, für 10 000 km entsprechend 22,5 Minuten. Die Zeit für das Auftanken der Rakete beträgt wenigstens 30 Minuten, vielleicht aber auch länger. Da wahrscheinlich bereits das Auftanken zahlreicher interkontinentaler Raketen vom Gegner durch Satellitenbeobachtung erkannt werden kann und da es von der Auslösung des Angriffsbefehls bis zur Erreichung des Ziels also bis zu 60 Minuten dauert, kann in dieser Zeit der Gegner gleichfalls die meisten seiner Raketen starten. Das Ergebnis eines solchen Angriffs wäre also die gegenseitige Vernichtung. Damit läuft ein Angriff mit Interkontinentalraketen auf Selbstmord hinaus. Hierauf beruht der dreißigjährige Friede des atomaren Patts.

Der amerikanische Plan, die europäischen NATO-Staaten mit neuen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite auszurüsten, verfolgt nun das Ziel, dies atomare Patt aufzuheben und damit die Entscheidung über Krieg und Frieden, ohne einen vernichtenden sowjetischen Gegenschlag befürchten zu müssen, doch in die Hand zu bekommen. Dieser amerikansiche Plan hat eine sehr einfache Logik:

Die bisherigen Mittelstreckenraketen der NATO hatten eine Reichweite von knapp tausend Kilometern. Von ihren Standorten in West-Europa aus konnte man also mit diesen Raketen keinen wirksamen Angriff gegen Ziele in der Sowjetunion unternehmen. Die neuen Mittelstreckenraketen aber, mit denen nach dem NATO-Beschluß vom Dezember 79 die westeuropäischen Verbündeten der USA ausgerüstet werden sollen, die Pershing II und die Cruise Missiles, haben eine Reichweite von 5000 Kilometer. Die Fluggeschwindigkeit der Pershing II ist die gleiche wie die der Interkontinental-Raketen. Bei ihrer großen Reichweite und Fluggeschwindigkeit können sie alle

militärisch wichtigen Ziele in der Sowjetunion von europäischen Basen aus in höchstens zehn Minuten erreichen. Da es sich um Feststoffraketen handelt, sind sie jederzeit sofort startbereit. Da sie nicht ortsfest stationiert sind, sind auch ihre jeweiligen Standorte in der kurzen Zeit, die im Falle ihrer überraschenden Starts zur Verfügung steht, nicht mehr rechtzeitig auszumachen. Wie aus einer erst vor kurzem veröffentlichten neuen strategischen Konzeption der US-Regierung hervorgeht, sind die sowjetischen Ziele, die mit diesen Mittelstreckenraketen angegriffen werden sollen, nicht mehr wie bisher die großen Städte und Industriezentren der Sowjetunion, sondern „militärisch wichtige Objekte und Leitungszentren". Es ist ganz klar: Mit Hilfe dieser Raketen sollen im ersten Schlag die Basen der sowjetischen Interkontinental-Raketen zerstört werden. In den knapp zehn Minuten, die die Pershing II bis zur Erreichung ihrer Ziele benötigt, wäre selbst im günstigsten Fall nicht einmal das Auftanken auch nur einer einzigen Interkontinentalrakete beendet. Die für diese Raketen zu weit im Osten liegenden Basen sowjetischer Interkontinentalraketen würde man gleichzeitig von Alaska aus angreifen. Nach diesem Überfall mit den Mittelstreckenraketen wäre also die Sowjetunion den amerikanischen Interkontinentalraketen wehrlos ausgeliefert. Die einzige Antwort, zu der die Sowjetunion noch fähig wäre, wäre der Abschuß ihrer eigenen Mittelstreckenraketen gegen die NATO-Staaten. Europa würde sich in einen mit tödlicher Radioaktivität verseuchten Trümmerhaufen verwandeln. Die einzige Gefahr, die danach auch den USA noch drohen würde, bestünde in der giftigen Wirkung dieses radioaktiven Niederschlags, der aus den Wolken der Atompilze auf die ganze Erde herabregnen würde. Aber es ist anzunehmen, daß sich die Leute in den USA, „auf die es ankommt", längst auch gegen diese Gefahr wirksamen Schutz durch Luft- und Wasseraufbereitungsanlagen geschaffen haben.

Das Recht zur Ausrüstung der NATO mit diesen neuen Mittelstreckenraketen wird aus der Tatsache hergeleitet, daß die Sowjetunion ihrerseits entsprechend weitreichende Mittelstreckenraketen besitzt und von ihren Standorten aus jederzeit die westeuropäischen NATO-Staaten angreifen kann. Man bezeichnet deshalb den unter stärksten Druck der USA zustande gekommenen NATO-Beschluß vom Dezember 79 als „Nachrüstungsbeschluß", als ob man auf diese Weise in der NATO nur nachvollzieht, was die Sowjetunion im Bereich des Warschauer Paktes bereits getan hat. Angeblich gleicht man nur den militärischen Vorteil, den sich die Sowjetunion verschafft hat, auf diese Weise wieder aus. Es ist ganz offensichtlich, daß diese Darstellung des Sachverhalts nur der Irreführung der Weltöffentlichkeit dient. Was sollte der Sinn eines sowjetischen Angriffs auf West-Europa sein, solange die Sowjetunion von der NATO nicht ernsthaft bedroht wird? Die Sowjetunion hätte nicht den geringsten Vorteil davon, wenn Europa sich in eine Atom-Wüste verwandelt. Mit einer solchen Wahnsinnstat würde sie nur ihre eigene Existenz aufs Äußerste gefährden. Die einzige Macht, die sich ihrem Selbstverständnis entsprechend politischen und ökonomischen Vorteil von einem präventiven Angriff mit Mittelstreckenraketen versprechen kann, sind allein die Vereinigten Staaten von Amerika. Europa wäre nur der Schutzschild, hinter dem die USA in sicherer Entfernung jenseits des Atlantik das Ende der Tragödie abwarten.

Nehmen wir an, die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion beziehungsweise zwischen der NATO un d dem Warschauer Pakt werden zwar begonnen, verlaufen aber ergebnislos. Die USA beginnen damit, ihre Raketen in Italien, der Bundesrepublik, England, Norwegen und den Beneluxstaaten zu stationieren. Wie lange kann dann die Sowjetunion dieser Vorbereitung eines ihr Leben bedrohenden Überfalls tatenlos zusehen? Darf sie überhaupt – und nicht nur im eigenen Interesse – tatenlos zusehen? Oder, um ganz gerecht zu sein, wäre es vielleicht doch denkbar, daß die USA zwar nach einer militärisch starken Position streben (wer tut das nicht?), aber doch

nur um ihrer Sicherheit willen, rein zur Defensive und ohne die Absicht, den nuklearen Krieg zu riskieren?

Es gibt Politiker in der Bundesrepublik, die ihre verbale Zustimmung zum NATO-Beschluß mit diesem „guten Glauben an die Friedfertigkeit der USA" vor ihrem Gewissen zu rechtfertigen versuchen und die Zweifel, mit denen ihr Verstand sie beunruhigt, ersticken möchten. Es mag sogar sein, daß ihnen das tatsächlich gelingt. Aber sollten diese Politiker sich nicht doch sagen, daß man diesen „guten Glauben an die Friedfertigkeit der USA" unmöglich bei den politisch und militärisch Verantwortlichen der Sowjetunion voraussetzen oder selbst nach noch so schönen Reden und Beteuerungen erwarten kann. Wäre nicht eine solche Gutgläubigkeit im höchsten Maße leichtfertig? Die Sowjetunion hat es mit zwanzig Millionen Toten bezahlen müssen, daß Stalin an die Nichtangriffserklärung Hitlers geglaubt hatte. Mit wieviel Millionen Toten müßte sie womöglich den Glauben an die Friedfertigkeit der USA bezahlen, die vor ihren Augen in Europa eine Atomstreitmacht aufbauen, mit deren Hilfe sie die Sowjetunion praktisch ohne eigenes Risiko vernichten können?

Wenn man die Konsequenz dieser Zusammenhänge zu Ende denkt, kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen das Leben einiger hundert Millionen Europäer auf dem Spiel steht. Ich bin überzeugt davon, daß die Sowjetunion zu jedem, selbst sehr weit gehenden Schritt bereit ist, der zum Abbau der Spannungen in Europa, zur Beendigung der militärischen Konfrontation und zur radikalen Abrüstung führt. Und daß sie hierbei keine einseitigen militärischen Vorteile für sich erstrebt, sondern ausschließlich von ihrem Streben nach Sicherheit vor einem nuklearen Überfall geleitet wird. Darüber hinaus liegen Entspannung und friedliche Zusammenarbeit heute mehr denn je auch ökonomisch im Interesse der Sowjetunion. Es scheint mir, daß der Schlüssel zur Lösung des europäischen Problems, mehr als wir heute ahnen, hier in Deutschland liegt.

Gerhard Kade
Die SS-20 kann keine strategischen Funktionen erfüllen

Bereits im Vorfeld der Brüsseler NATO-Beschlüsse vom Dezember 1979 setzte jene Kampagne der Irreführung ein, die bis auf den heutigen Tag anhält. Mit einem eigens für diesen Zweck geschaffenen Rechtfertigungsjargon wird seit Monaten gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung die Legende von einer sowjetischen Überlegenheit verbreitet. Immer wieder trifft man dabei auf die Behauptung, der Westen müsse nachrüsten, weil er der sowjetischen Mittelstreckenrakete SS-20 nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hätte. Rechtfertigt also die SS-20 die in den Brüsseler Beschlüssen vorgesehene Stationierung von annähernd 600 Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa?

Die sowjetische Mittelstreckenrakete SS-20 gehört zu der Gruppe der weitreichenden nuklearen Gefechtsfeldwaffen. Mit ihrer Einführung wurde im Jahre 1976 begonnen, übrigens ohne daß die NATO damals Grund sah, eine Störung des Gleichgewichts zu beklagen.

In vieler Hinsicht handelt es sich bei der SS-20 um eine wesentlich verbesserte Variante der inzwischen mehr als zwanzig Jahre alten Raketentypen SS-4 und SS-5: Die SS-20 ist mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattet, sie ist mobil, hat eine wesentlich

höhere Treffgenauigkeit; ihre Reichweite liegt geringfügig über der der SS-5 (4000 km gegenüber 3700 km). Wir haben es hier mit einem Modernisierungsvorgang zu tun, wie er im Prozeß der technischen Weiterentwicklung der Nuklearpotentiale beider Seiten seit jeher üblich gewesen ist.

Da nun der NATO-Beschluß immer wieder der Öffentlichkeit als „Modernisierungsbeschluß" präsentiert wird, da – übrigens auch in seriösen Publikationen – für beide Typen von Mittelstreckenwaffen, für SS-20 ebenso wie für Pershing II und die Marschflugkörper, der Begriff „eurostrategische" Waffen benutzt wird, stellt sich für viele die Frage, ob es sich hier nicht um einen für den Prozeß des Wettrüstens charakteristischen, wenn man so will (leider) ganz normalen Vorgang handelt, also in der Tat um ein „Nachrüsten".

Daß ein solcher Eindruck entstehen konnte, ist jedoch nichts anderes als das Ergebnis eines geschickt inszenierten Etikettenschwindels, wobei die Vokabeln „Modernisierung", „eurostrategische Waffen" und „Nachrüstung" eine zentrale Rolle bei der Verschleierung des wahren Tatbestandes zu spielen haben.

Seit der politischen Lösung des sog. Kuba-Krise (Rückzug der vorgeschobenen US-Nuklearraketen aus der Türkei und Italien gegen Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba) stützte sich das nukleare Gleichgewicht auf zwei klar voneinander unterscheidbare Waffensysteme, die strategischen Nuklearwaffen (Interkontinentalraketen) und die nuklearen Gefechtsfeldwaffen. Eine „Grauzone" existierte nicht, wenn auch die vorgeschobenen Systeme (Forward-Based-Systems) der Amerikaner bis heute erkennen lassen, auf welcher Seite das Streben nach Überlegenheit zu suchen ist.

Mit der Einführung der SS-20 ändert sich an diesem Zustand nichts. Diese Rakete kann keine strategischen Funktionen erfüllen. Sie wird stufenweise die veralteten Raketen SS-4 und SS-5 ersetzen, so daß das Potential an weitreichenden nuklearen Gefechtsfeldwaffen im europäischen Teil der Sowjetunion konstant bleibt. Die Sowjetunion selber hat mehrfach betont, daß sie nach diesem Grundsatz in den letzten 10 Jahren verfahren ist.

Eine neue Situation würde entstehen, wenn der NATO-Beschluß realisiert würde. Mit Reichweiten von knapp 2000 km (Pershing II) und 2500 km (Marschflugkörper) handelt es sich um Nuklearwaffen, die von europäischen Territorium große Teile des europäischen Gebiets der Sowjetunion erreichen können; diese Waffen haben also strategische Funktionen zu erfüllen, sind für einen begrenzten Nuklearkrieg gedacht. Der ständig wiederholte Versuch, ihre Einführung mit der SS-20 zu rechtfertigen, gehört in die Reihe der Roßtäuscher-Tricks, mit denen hier und anderswo im NATO-Bündnis eine friedensgefährdende Hochrüstungspolitik gegen die Interessen der Völker durchgesetzt werden soll.

Oskar Lafontaine
Schon seit 10 Jahren hat der Westen der SS-20 überlegene Raketen

Der Landesvorsitzende der SPD Saar und Oberbürgermeister von Saarbrücken Oskar Lafontaine hat sich im Juni 1981 mit einem Brief an die saarländischen SPD-Mitglieder gewandt. Darin heißt es zu der Frage, ob die sowjetischen SS-20-Raketen das Ost-

West-Gleichgewicht erschüttern und ob sie dem westlichen Mittelstreckenpotential überlegen sind:

Zur viel diskutierten Frage des NATO-Doppelbeschlusses noch einmal die wichtigsten Argumente:

1. Sowohl hinsichtlich der Zahl als auch der Qualität der Atom-Waffen sind die Amerikaner der Sowjetunion deutlich überlegen. Die Sprengköpfe geben den Ausschlag, nicht die Trägersysteme.

2. Auch im Bereich der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa ergibt sich ein zahlenmäßiges Gleichgewicht und hinsichtlich der Qualität ist die westliche Waffentechnologie auch hier überlegen.

Der bekannte sachkundige Journalist Theo Sommer hat in der „Zeit" 1981 folgende Zahlen angegeben:

USA		*UdSSR*	
1. 1. 1980		*1. 1. 1980*	
Trägerwaffen, insgesamt	*2283*	*Trägerwaffen, insgesamt*	*2504*
Interkontinentalraketen	*1054*	*Interkontinentalraketen*	*1398**
(Ersatzraketen ohne Silos)	*200*	*(Ersatzraketen ohne Silos)*	*genaue Zahl unbekannt*
U-Boot-Raketen	*656*	*U-Boot-Raketen*	*950*
Langstreckenbomber	*348**	*Langstreckenbomber*	*156*
Sprengköpfe	*9200*	*Sprengköpfe*	*6000*
** außerdem „eingemottet" in Arizona*	*225*	** davon sind 68 SS-9 und 70 SS-11 nicht einsatzbereit; sie werden modernisiert*	

und schreibt erklärend dazu:

„Genaugenommen handelt es sich beim nuklearen Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten um ein grobes ‚Gleichgewicht der Ungleichgewichte' (s. Graphik).

Es setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen, quantitativen wie qualitativen. Die Amerikaner sind bei den schweren Langstreckenbombern überlegen – 348 (dazu 221 in Reserve oder ‚eingemottet') gegenüber 156. Die Sowjets haben mehr Landraketen – 1398 gegenüber 1054; die Zahl ihrer Unterseebootraketen (950) übertrifft die der U.S. Navy (656). Sowjetische Raketen sind überdies schwerer, haben also ein größeres Wurfgewicht und können schwere Nutzlasten tragen – stärkere Sprengköpfe oder mehr davon. Die US-Raketen sind dafür treffsicherer, und die US-Unterseebootflotte ist der des Admirals Gorschkow technisch und seemännisch noch immer weit überlegen. Vor allen Dingen jedoch: Amerika ist zwar bei der Zahl der Trägerwaffen im Hintertreffen (2283 : 2504), hat aber für seine nuklearstrategischen Waffen über fünfzig Prozent mehr Sprengköpfe: 9200 gegenüber 6000. Auf diesem Gebiet werden die Russen auch noch einige Jahre hinterherhinken. (Dem westlichen Arsenal wären übrigens im Ernstfall noch vier britische Raketen-U-Boote mit 144 Sprengköpfen hinzuzuzählen, ferner 18 Mittelstreckenraketen und 80 U-Boot-Raketen der Franzosen, letztere mit je sechs Gefechtspitzen.)"

Die oft beschworene Qualität der 1976 eingeführten SS-20 (Fesstoffantrieb, Mobilität und drei Sprengköpfe) hatte der Westen durch die Polaris-Raketen 1964 bereits eingeführt. Bereits 1971 stellte der Westen mit der Poseidon-Rakete eine Waffe, die insbe-

sondere bei der Sprengkopftechnik (10–14 Sprengköpfe) der SS-20 überlegen ist. Die neue Rakete Trident – die Amerikaner installierten davon im Jahre 1980 48 Stück – hat 8 Sprengköpfe und eine Zielgenauigkeit, die mit 100m angegeben wird.

Mittlerweile ist eine zweite Auflage der Trident in Produktion, die noch „besser" sein soll und auch von den Engländern übernommen wird. Die USA haben Mitte Juni das Atom-U-Boot Ohio, das bis zu 20 Trident II Interkontinentalraketen aufnehmen kann, auf Probefahrt geschickt. Die Franzosen erweitern ihre U-Boot-Waffen und verbessern deren Qualität (Mehrfachsprengköpfe).

Die Amerikaner haben beschlossen, auch seegestützte Cruise Missiles einzuführen, also die Waffe, die Bundeskanzler Schmidt beispielsweise als Äquivalent zur SS-20 einführen wollte. Das heißt, die Rüstung auf See läuft im Westen auf vollen Touren, ohne daß bei uns eine öffentliche Diskussion darüber stattfindet. Die neuen Waffensysteme Pershing II und Cruise Missiles sind Waffentechniken, die es bisher nicht gibt. Insbesondere die Pershing II ist eine Präzisionswaffe (Zielgenauigkeit 10–40m), der der Osten auf absehbare Zeit nichts wesentliches entgegenzusetzen hat. Der nachgesteuerte Sprengkopf der Pershing II explodiert erst in der Erde und hat weniger als 1 KT Sprengkraft. (Eindringfähig bis 12 m in verbunkerte Stellungen).

Daher ist weder von der Zahl her (Anzahl der atomaren Sprengköpfe des Westens) noch von der Qualität der westlichen Waffen der Begriff „Nachrüstung" für das Vorhaben, Cruise Missiles und Pershing II in Europa zu stationieren, gerechtfertigt.

Dieter S. Lutz
Wer rüstet eigentlich nach?
Vergleich der euronuklearen Macht

„Lücke schließen", „nachrüsten" – so die Argumente für NATO-Anstrengungen bei nuklearen Mittelstreckenraketen. Wie aber steht es um die Überlegenheit des Warschauer Pakts? Dieter S. Lutz vom Hamburger Friedensforschungsinstitut hat, unmittelbar bevor die NATO ihren Beschluß zur „Nachrüstung" faßte, die beiderseitigen Potentiale verglichen. Wir dokumentieren die Zusammenfassung seiner Untersuchung, die in dem Band von Gert Krell/Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980, erschienen ist. (Hier wiedergegeben in der vom „Vorwärts" am 22. 11. 1979 veröffentlichten Fassung, für den Wiederabdruck vom Verfasser geringfügig überarbeitet.)

Fassen wir (eine vergleichende Analyse der Potentiale von NATO und Warschauer Pakt – WVO –) zusammen, so ist zu betonen, daß die WVO im Bereich der euronuklearen Waffensysteme mit kurzer und mittlerer Reichweite zweifelsfrei weder eine numerische Überlegenheit besitzt noch einen qualitativen Vorsprung. Auch im Bereich der euronuklearen Systeme mit größeren Reichweiten läßt sich die These einer Unterlegenheit der NATO nur halten, wenn die höhere Qualität der modernen Jagdbomber der NATO und vor allem die SACEUR assignierten (das heißt: dem Alliierten Oberkommando Europa zugeordneten) US-Raketen des Typs Poseidon C 3 – willkürlich – unberücksichtigt bleiben. Mehr noch: Es kann im Gegenteil nicht ausgeschlossen werden, daß die WVO dem fortschreitenden quantitativen und qualitativen Standard der NATO glaubt, mit Umrüstungsmaßnahemen begegnen zu müssen.

Dennoch wird die Diskussion um die Modernisierungsmaßnahmen der NATO, insbesondere um die Stationierung von Pershing II und/oder den Marschflugkörpern in Europa von der Öffentlichkeit als Diskussion um eine „Antwort", also um eine „Reaktion" auf die sowjetischen Neuerungen im Mittelstreckenbereich geführt. Die Genesis beider Waffensysteme läßt jedoch eine Legitimation mit der sowjetischen SS-20 nicht oder nur eingeschränkt zu: Von der Erprobung der SS-20 erfuhr der Westen erstmals im Jahre 1975 durch den amerikanischen Aufklärungssatelliten Big Bird. Die Entwicklung der Pershing II hatte jedoch bereits im Jahr voher, nämlich 1974, begonnen.

Die ersten erfogreichen Flugtests mit der amerikanischen Tomahawk (moderner Marschflugkörper) liegen im Jahre 1976, was gleichfalls auf langjährige Entwicklungs- und Forschungsarbeiten vor diesem Zeitpunkt schließen läßt. Ein den amerikanischen Cruise Missiles neuer Generation vergleichbares System der UdSSR zeichnet sich darüber hinaus nicht ab. Wenn überhaupt, so wird die Sowjetunion mit hoher Wahrscheinlichkeit einen ähnlichen hohen technologischen Stand nicht vor Ablauf von zehn Jahren erreichen können. Von einem „Nachrüsten" des Westens im Sinne eines Aktions-Reaktions-Schemas kann also nicht gesprochen werden.

Wenn dennoch öffentlich der Umbau der Pershing I zu einer weitreichenden strategischen Waffe und die Entwicklung und Einführung einer gänzlich neuen hochtechnologischen Cruise Missile mit der Dislozierung (Einführung) neuer Mittelstreckenwaffen der UdSSR legitimiert wird, so handelt es sich um den typischen Fall einer expostfacto Rationalisierung (einer nachträglichen Begründung). Neue Waffensysteme werden – weil Forschungs- und Produktionskapazitäten brachliegen oder einfach weil entsprechende wissenschaftliche und technologische Standards erreicht sind – entwickelt und produziert. Ihre militärische Funktionsbestimmung erfolgt nachträglich. Zur Legitimation gegenüber der Öffentlichkeit bedient man sich in der Regel des „Lückenarguments" – so auch in diesem Fall: Die gegenwärtige Diskussion wird in den entsprechenden Medien unter Schlagzeilen geführt wie: „Die Abschreckungslücke der NATO", „Europas Raketenlücke", „Lücke im atomaren Konzept".

Wichtiger noch als die Analyse der Ursachen für die derzeitigen beziehungsweise für die sich abzeichnenden Umrüstungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind jedoch die Schlußfolgerungen für die kooperativen Rüstungssteuerungs- und -begrenzungsmaßnahmen (arms control) zwischen Ost und West. In Europa und besonders in der Bundesrepublik werden die Rüstungsbegrenzungsgespräche einschließlich der euronuklearen Ebene derzeit unter dem Motto diskutiert: „Erst rüsten, dann verhandeln". Verhandlungsfähigkeit setzt nach dieser Devise Verhandlungsmasse voraus. In die entsprechenden Waffen der NATO müßten aber erst noch diejenigen Waffensysteme aufgenommen werden, die man zur Disposition stellen könnte.

Nach dem dargelegten Kräfteverhältnis läßt sich diesem Argumentationsgang keinesfalls folgen. Dies ist um so mehr zu betonen, als wir in der Gewichtung der beiderseitigen Modernisierungsmaßnahmen das erhebliche Ungleichgewicht im Verhältnis der Gesamtzahlen an strategischen Nuklearsprengköpfen, die ja immer auch taktisch beziehungsweise eurostrategisch einsetzbar sind, noch nicht einmal berücksichtigt haben. Dieses Ungleichgewicht liegt derzeit bei etwa 10000 zu 7000 Sprengköpfen zugunsten der USA. Die Forderung nach Einbeziehung der TNF (euronuklearen Waffen) in die Kooperative Rüstungssteuerung, sei es im Rahmen von MBFR, SALT oder als selbständige TALT-Gespräche, muß deshalb unverzüglich gestellt und beantwortet werden.

Die Instrumente einer neuen „Politik der Stärke"

Eine Zwischenbilanz der laufenden amerikanischen Rüstungsprogramme

Von Martin Ax

Wenn es um die Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage geht, wird auch in den „Blättern" immer wieder auf die zur Zeit laufenden oder geplanten großen Rüstungsprogramme der USA Bezug genommen. Angesichts des Umfangs und der Vielfalt der momentanen Aufrüstung sind diese Programme allerdings kaum noch im einzelnen zu überblicken. Deshalb sollen im folgenden einmal Stand und Perspektiven der wichtigsten dieser Rüstungsprojekte kurz zusammengefaßt werden, um das Verständnis dieser Diskussion zu erleichtern.

Die meisten der hier besprochenen Großprojekte, daran sei erinnert, sind schon vor Jahren, spätestens unter Carter, konzipiert worden; die Reagan-Administration hat sie teilweise noch beschleunigt oder konkretisiert.

Atomare Angriffswaffen[1])

Die Entwicklung im nuklearen Bereich ist geprägt von einer Tendenz zu immer zuverlässigeren, auch auf große Entfernungen zielgenauen Waffen, die für immer mehr Aufgaben verwendet werden können, insbesondere auch für Einsätze gegen relativ kleine militärische Ziele. In den 70er Jahren ist dieser Trend mit einer ständigen Modernisierung bestehender Waffensysteme in die Praxis umgesetzt worden. Die Genauigkeit der Interkontinentalrakete Minuteman III zum Beispiel wurde durch ein neues Lenksystem auf 200 Meter durchschnittliche Zielabweichung verbessert (vorher 350 Meter); und 300 Raketen dieses Typs erhalten zudem bis Ende dieses Jahres neue, verbesserte Sprengköpfe[2]).

In den 80er Jahren wird diese Entwicklung nun mit der Einführung gänzlich neu konstruierter Waffensysteme fortgesetzt. Dazu zählen:

Trident U-Boot-Programm: Kernstück dieses Programms ist die neue strategische U-Boot-Rakete[3]) Trident C-4, auch Trident I genannt. Sie trägt acht un-

1) Als Quellen dienen vor allem: Stockholm International Peace Research Institute, World Armaments and Disarmament (im folgenden SIPRI Yearbook) 1979, S. 9ff. und Kap. 7; SIPRI Yearbook 1980, Appendix A; International Institute for Strategic Studies (IISS), Strategic Survey 1979, S. 34 f.; IISS, Strategic Survey 1980/81; IISS, Military Balance 1980/81, S. 3.

2) Zur Bedeutung dieser Verbesserungen: Les Aspin, Wie stark sind die USA?, o. O. 1980, S. 7ff.

3) Abkürzung SLBM – Submarine Launched Ballistic Missile.

abhängige Sprengköpfe[4]) und erreicht die gleiche Zielgenauigkeit wie ihre Vorgängerin Poseidon – aber bei doppelter Reichweite (ca. 7 500 Kilometer). Das Trident-Projekt läuft seit Mitte der 70er Jahre; bis 1982 werden zwölf ältere U-Boote auf die Trident I umgerüstet. Dazu kommen mindestens elf neue, größere Boote der Ohio-Klasse, die je 24 dieser Raketen tragen können und „so schnell wie möglich" fertiggestellt werden sollen; das erste dieser Schiffe ist in der Erprobung und wird in diesem Jahr seinen Dienst aufnehmen. Zehn U-Boote des ältesten Typs sollen dafür ausgemustert werden, um die Bestimmungen des SALT-Vertrags einzuhalten. Kosten des Gesamtprogramms: Mindestens 30 Mrd. Dollar[5]).

Eine noch modernere U-Boot-Rakete, Trident II, ist bereits in der Entwicklung; sie soll zehn weiter verbesserte Sprengköpfe über 9 000 Kilometer tragen können und Ende der 80er Jahre einsatzbereit sein.

Cruise Missiles: In diesem und den kommenden Jahren laufen die ersten Beschaffungsvorhaben für die viel diskutierten Marschflugkörper oder Cruise Missiles an – kleine, relativ langsam fliegende Lenkwaffen für atomare Bewaffnung. Ihre technischen Vorzüge[6]): Wegen geringer Größe und niedriger Flughöhe sind sie von herkömmlicher Flugabwehr schwer abzufangen, sie sind billig, und vor allem: ihr elektronsiches Navigationssystem ist mit einer Endphasenlenkung ausgestattet, die das Ziel im Flug erfaßt und automatisch anfliegt. Damit soll eine Zielgenauigkeit von 30 Metern erreicht werden können – für Atomwaffen ein absoluter Volltreffer. Ihr politischer Nachteil: Die Einführung dieser Technologie im großen Stil wird einen neuen Schub des Wettrüstens auslösen und für mögliche künftige SALT-Verhandlungen neue Schwierigkeiten bringen. – In verschiedenen Versionen sind Cruise Missiles bisher geplant:

– Von Flugzeugen gestartet: Die US Air Force will von 1981 an rund 3 400 luftgestützte Cruise Missiles (ALCM)[7]) mit je einem Sprengkopf anschaffen, um zunächst 150 B-52 Bomber damit auszurüsten. Diese ALCM fliegen rund 2 000 Kilometer weit mit einer Geschwindigkeit unterhalb der Schallmauer; eine „fortgeschrittene" Version für höhere Geschwindigkeiten ist in der Entwicklung. – Die Reagan-Administration ist außerdem entschlossen, den bisher umstrittenen neuen Langstreckenbomber, den Nachfolger des B-52, jetzt bauen zu lassen. Zur Wahl stehen zur Zeit eine vergrößerte Version des FB-111 oder eine verkleinerte des von Carter gestoppten B-1; eine Entscheidung darüber war ursprünglich für Juni angekündigt, bei Redaktionsschluß aber noch nicht bekannt.

– Von Schiffen gestartet: Die Navy hat im Frühjahr Tests mit seegestützten Cruise Missiles (SLCM)[8]) erfolgreich abgeschlossen, die von U-Booten und

4) MIRV = Multiple Independently targetable Reentry Vehicle.
5) Diese und alle folgenden Kostenangaben sind heutige Schätzungen, die sich im Laufe der Zeit in dem bei Rüstungsprojekten üblichen Maß erhöhen werden.
6) Zur Technik auch: SIPRI Yearbook 1978, S. 44ff.
7) ALCM = Air Launched Cruise Missile.
8) SLCM = Sea Launched Cruise Missile.

Überwasserschiffen aus gestartet werden und nukleare Sprengköpfe tragen können; zwischen 1982 und 1985 sollen nun rund 600 davon angeschafft werden. Damit werden die USA dann erstmals den Rahmen von SALT II verlassen, ohne allerdings formal gegen den Vertrag zu verstoßen: Im „Protokoll" des SALT-II-Vertrags wird die Stationierung dieser SLCM verboten; die Laufzeit des Protokolls ist allerdings bis zum 31. Dezember 1981 begrenzt.

– Von Land gestartet: Landgestützte Cruise Missiles (GLCM)[9]) sollen in Europa stationiert werden im Rahmen der neuen *Mittelstreckenwaffen:* Entsprechend dem „Nachrüstungsbeschluß" sollen ab 1983/84 insgesamt 108 Pershing-II-Raketen (Reichweite 1 800 Kilometer) und 464 GLCM in europäischen NATO-Staaten stationiert werden, davon alle Pershing II und 96 GLCM in der Bundesrepublik. Mit der Einführung dieser neuen Waffen werden die sogenannten taktischen Atomwaffen in Europa von ihrer technischen Qualität her den strategischen Waffen angenähert – mit all den Konsequenzen, die im Zusammenhang mit diesem Beschluß schon ausführlich dargestellt worden sind[10]).

Neutronenwaffe: Mit Billigung einer Mehrheit im Repräsentantenhaus hat im Juni die Produktion der letzten, bisher nicht freigegebenen Teile der sogenannten Neutronenwaffe begonnen, die als Sprengkopf für die Mittelstrekkenrakete Lance (120 Kilometer Reichweite) und als Atomgranate für 203-mm-Geschütze hergestellt wird[11]). Wahrscheinlich wird diese Atommunition wegen ihrer politischen Sprengkraft zunächst in Einzelteile zerlegt in den USA eingelagert; sie könnte dann im „Ernstfall" innerhalb von Stunden nach Europa geflogen werden. Mit Verhandlungen über die Stationierung dieser Waffen in Europa schon in Friedenszeiten will Reagan sich offensichtlich Zeit lassen.

Die Neutronenwaffe ist das bisher bekannteste Beispiel für die technologische Entwicklung im Bereich der nuklearen Sprengköpfe, die ebenfalls immer mehr verfeinert, immer kontrollierbarer und immer besser für bestimmte Einsatzzwecke „maßgeschneidert" werden. Ein anderes Beispiel dafür ist eine nukleare Sprengbombe[12]) mit der gegenteiligen Wirkung der Neutronenwaffe, nämlich großer Sprengwirkung und geringer Strahlung; sie ist ebenfalls konzipiert worden und soll angeblich schon als Munition für die Pershing II im Gespräch sein.

MX Interkontinentalrakete: Das größte amerikanische Rüstungsprojekt überhaupt wird die neue Interkontinentalrakete[13]) MX sein, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als Nachfolger der Minuteman das Arsenal der landgestützten Raketen modernisieren und den angeblichen sowjetischen Vor-

9) GLCM – Ground Launched Cruise Missile.
10) Siehe zum Beispiel Gert Bastian, Warum ich die Nachrüstung ablehne, „Blätter", 2/1980, S. 246ff.
11) „Süddeutsche Zeitung" v. 6. 6. 1981, S. 7; 13. 6. 1981, S. 2.
12) Sogenannte „Reduced Residual Radiation"-Waffe oder auch „Earth Penetrator"; siehe Herwig Pickert, Neue Waffentechnologien, Waffenarten und Kampfmittel, in: „Soldat und Technik" 6/1980, S. 304.
13) ICBM – Inter-Continental Ballistic Missile.

sprung auf diesem Gebiet einfangen soll. Die neue Rakete, wahrscheinlich 1986 einsatzbereit, soll zehn MIRVs bis auf 100 Meter an ihr Ziel heranbringen, mit der doppelten Genauigkeit der modernsten Minuteman also. Der beschriebene Trend zu größerer Exaktheit im Raketenbau wird damit konsequent fortgesetzt.

Wichtiger ist jedoch, daß die MX zugleich schon eine Gegenmaßnahme gegen eben diesen Trend sein soll: Als erste amerikanische ICBM kann sie mobil stationiert werden, wodurch sie weniger leicht von den ja ebenfalls genaueren sowjetischen Raketen ausgeschaltet werden könnte. Das genaue Wie dieser mobilen Stationierung ist jedoch umstritten: Die Carter-Administration hat sich 1979 dafür entschieden, jede MX-Rakete zwischen 23 verbunkerten Abschußplätzen hin- und herfahren zu lassen; bei 200 geplanten Raketen erfordert das 4 600 Bunker mit rund 5 000 Kilometer Verbindungswegen oder gar -tunnels, zu bauen im Great Basin, einer riesigen Hochebene in Utah und Nevada. Zweifel bestehen jedoch inzwischen daran, ob der Vorteil an „Unverwundbarkeit" bei dieser Stationierungsmethode die damit verbundenen Schwierigkeiten aufwiegen würde, die da sind: Enorme Kosten (Schätzungen differieren heute zwischen 50 und 100 Mrd. Dollar), Probleme der Infrastruktur und der Umweltbelastung und Widerstand der betroffenen Bevölkerung, nicht zuletzt der in Utah beheimateten Mormonen-Kirche. Die neue Administration hat deshalb eine Überprüfung dieses Plans eingeleitet[14]). Zur Debatte stehen verschiedene Modifikationen (zum Beispiel Verteilung der Basen auch auf andere Bundesstaaten, Streckung oder Reduzierung des Programms), aber auch alternative Modelle sind wieder ausgegraben worden (zum Beispiel Stationierung auf See oder in der Luft, gänzlich andere Rakete); in Frage kommt außerdem ein Schutz der Basen durch moderne Raketen-Abwehr-Systeme. Alle diese Modelle werfen mehr oder weniger große Probleme für Rüstungskontrollverhandlungen auf; ihre Auswahl kann deshalb auch als Indiz dafür gelten, welchen Wert die USA noch auf solche Verhandlungen legen. Eine Vorentscheidung des Pentagon ist für Juli angekündigt.

Modernisierung in Europa: Zusätzlich zu all dem sind die USA bereit, bis Anfang der 90er Jahre 64 Trident-I-Raketen mit MIRV-Technologie an Großbritannien zu verkaufen, dessen gegenwärtige Regierung vier, vielleicht sogar fünf neue U-Boote damit bestücken will; Kostenpunkt für die Briten: Über 20 Mrd. Mark[15]). Wegen dieser Kosten ist das Projekt allerdings auch bei Militärs umstritten: Noch im letzten Jahr hat London zugesagt, daß die konventionelle Rüstung deswegen nicht zurückgeschnitten werden soll – was nach den jüngsten Umstrukturierungsplänen aber doch der Fall ist[16]).

Frankreich hat ebenfalls eine umfassende Modernisierung seiner „Force de frappe" angekündigt; dazu gehören unter anderem eine neue französische

14) Zum Stand der Diskussion z. B.: „Süddeutsche Zeitung" v. 16. 5. 1981, S. 5; 18. 5. 1981, S. 4; 23. 6. 1981, S. 7.
15) Siehe John Nott, Modernisierungsbeschlüsse für britischen Nuklearbeitrag, in: „NATO-Brief", 2/1981, S. 3ff.; zum Trident-Verkauf speziell: „Department of State Bulletin", October 1980, S. 48f.
16) SZ v. 26. 6. 1981, S. 6; 27. 6. 1981, S. 1.

U-Boot-Rakete mit Mehrfachsprengköpfen, zwei neue Flugzeugträger und die Weiterentwicklung der französischen Neutronenbombe[17]). Die neue Regierung in Paris will diese Modernisierung fortsetzen, wenn auch vielleicht mit kleineren Änderungen.

Auch die weitere Entwicklung der strategischen Atomwaffen, zumindest der amerikanischen, über die beschriebenen Programme hinaus bis in die 90er Jahre ist in ihren Ansätzen bereits erkennbar. Ein wichtiges Element des technologischen „Fortschritts" wird dabei sein, daß auch die Sprengköpfe ballistischer Raketen mit einer Endphasenlenkung ausgestattet werden, wie sie heute die Cruise Missiles erhalten und wie sie von konventionellen Waffen schon länger bekannt ist. So werden als Nachfolger der MIRVs die MARVs (Manoeuvrable Reentry Vehicles) entstehen, steuerbare Mehrfachsprengköpfe, die wie die Cruise Missiles Zielgenauigkeiten von wenigen Metern möglich machen sollen – nun aber auf interkontinentalen Reichweiten von 10 000 bis 15 000 Kilometern. Möglicherweise wird die Trident II schon mit MARV-Technologie ausgerüstet; und möglicherweise wird die MX eines Tages darauf umgerüstet. Ein weiteres Element künftigen Wettrüstens werden vermutlich die Cruise Missiles bleiben, deren Technologie, wie schon angedeutet, noch vielfältige Möglichkeiten der Weiterentwicklung bietet. Und im Flugzeugbau wird weiter versucht werden, Bomber vor der Erfassung durch Radar zu „tarnen"[18]).

Im Zusammenhang mit künftigen sicherheitspolitischen Tendenzen sei auch noch daran erinnert, daß die Volksrepublik China im letzten Jahr erstmals eigene Interkontinentalraketen erfolgreich getestet hat[19]); der Aufbau eines chinesischen nuklear-strategischen Potentials, das sich in erster Linie gegen die UdSSR richten würde, kann bis zum Jahr 2000 die bisherige „strategische Balance" endgültig aus den Angeln heben.

Andere rüstungspolitische Entwicklungen

Vielfältig sind die amerikanischen Projekte und die technologischen Trends auf anderen Gebieten der Rüstung. Hier seien zunächst einige aufgeführt, die mit der nuklearen Aufrüstung unmittelbar zusammenhängen:

Kontrolle und Kommunikation: Immer perfektere strategische Waffen erfordern immer perfektere Hilfsmittel wie Kontroll- und Überwachungssysteme oder Navigationshilfen. Ein Beispiel für diese Perfektionierung ist das NAVSTAR Global Positioning System, das Mitte der 80er Jahre fertig sein soll: Mit Hilfe von 24 Satelliten macht es die Bestimmung des Standorts und der Geschwindigkeit von Flugkörpern und Schiffen auf wenige Meter genau möglich[20]). Auch diese Entwicklung wird weitergehen; so suchen die USA, dies

17) „Time" v. 21. 7. 1980, S. 6ff.; „Europäische Wehrkunde", 3/1981, S. 134.
18) Während des amerikanischen Wahlkampfs machte diese Technik Schlagzeilen; siehe „Der Spiegel", 36/1980.
19) Ausführlich dazu: „Soldat und Technik", 7/1980, S. 369.
20) Pickert, a.a.O., (Anm. 12), S. 367.

als weiteres Beispiel, immer noch nach der besten Technik für den Funkverkehr mit getauchten U-Booten[21]). Die Folgen dieser Entwicklung: Die sogenannte „elektronische Kriegführung" wird als Element des Wettrüstens noch mehr an Bedeutung gewinnen, ebenso wie die Aufrüstung des Weltraums mit militärischen Satelliten und, als nächsten Schritt, mit Anti-Satelliten-Waffen. So zielt die in den USA mit hohem finanziellen Aufwand vorangetriebene Entwicklung von Laser-Waffen[22]) in erster Linie auf die Satellitenabwehr ab.

U-Boot-Abwehr: Vor allem das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI warnt seit Jahren vor amerikanischer Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der U-Boot-Abwehr, vor allem der Ortung und Entdeckung getauchter U-Boote[23]); hier haben die USA einen erheblichen Vorsprung vor der Sowjetunion. Immer freinere Meßgeräte und eine immer stärkere Integration der verschiedensten Überwachungssysteme zu einem ozeanüberspannenden Netz machen „Fortschritte" auf diesem Gebiet möglich, die auch den strategischen U-Booten der UdSSR gefährlich werden können. Da diese Boote im Rahmen des Abschreckunskalküls wesentlich für die sowjetische Sicherheit sind, wäre die Perfektionierung solcher Abwehrsysteme ein wichtiger, wenn nicht gar der entscheidende Schritt zu einer neuen strategischen Überlegenheit der USA.

Raketen-Abwehr: Raketen-Abwehr-Raketen (ABM)[24]) sind seit den 60er Jahren bekannt. Damals wurden sie jedoch als relativ teuer und ineffektiv angesehen, ihre Verwendung wurde im SALT-I-Vertrag erheblich eingeschränkt: 100 Systeme sind jeder Seite danach erlaubt, die USA haben diese Möglichkeit noch nicht einmal ausgenutzt. Aus zwei Gründen feiert die ABM-Idee heute ein Comeback. Zum einen ist zur Zeit die sicherheitspolitische Debatte in Amerika, wie das Beispiel MX zeigt, beherrscht von der Suche nach „unverwundbaren" landgestützten Raketen, und aktiver Schutz der Abschußrampen durch ABM ist ein Mittel zu höherer „Überlebensfähigkeit" solcher Raketen. Zum anderen macht die Perfektionierung präzisionsgesteuerter Waffen die Entwicklung effektiverer ABM-Systeme möglich. Schon der Bau der 100 erlaubten Systeme scheint unter diesen Bedingungen erwägenswert zu sein[25]), und auch die Kündigung des ABM-Vertrags erscheint bei den derzeitigen politischen Kräfteverhältnissen durchaus möglich. Im Zusammenhang mit der Entscheidung über die MX wird die Administration auch in Sachen ABM die ersten Weichen stellen.

Daß das amerikanische Aufrüstungsprogramm für die 80er Jahre daneben auch die „rein" konventionellen Streitkräfte umfaßt, versteht sich fast von selbst. Auf der Wunschliste stehen da zum Beispiel die Verbesserung von

21) SIPRI Yearbook 1979, S. 389ff.
22) 1982 rund 50 Mio. Dollar (SZ v. 16. 6. 1981, S. 5); zur militärischen Bedeutung des „Space Shuttle": SZ v. 13. 4. 1981, S. 4.
23) So unter anderem: SIPRI Yearbook 1979, S. 427ff.
24) ABM – Anti-Ballistic Missile.
25) So IISS, Strategic Survey 1980/81, S. 16f.; zu technischen Einzelheiten: „Soldat und Technik", 5/1981, S. 231ff.

Ausbildung und Kampfbereitschaft, die Vergrößerung von Munitions-, Ersatzteil- und Betriebsstoffvorräten und die beschleunigte Beschaffung neuer Panzer und Kampfflugzeuge. Dazu kommen relativ großzügige Gehaltserhöhungen für Soldaten; damit will Reagan vor allem mehr Freiwillige gewinnen, um die umstrittene Wiedereinführung der Wehrpflicht noch abzuwenden. Intensiv weiterverfolgt wird auch das von der ganzen NATO 1978 beschlossene „Langfristige Verteidigungsprogramm", das mit Blick auf die 90er Jahre durch eine Fülle von Maßnahmen auf Gebieten wie Führung, Kommunikation, Logistik, See- und Luftstreitkräfte vor allem die militärische Zusammenarbeit zwischen den NATO-Streitkräften verbessern soll[26]; das müssen die anderen NATO-Mitglieder allerdings mitbezahlen.

Aus der Fülle nicht-nuklearer Rüstung sollen hier noch zwei Aspekte hervorgehoben werden, die erhebliche politische Bedeutung haben:

Chemische Waffen: Im letzten Jahr hat der Kongreß in Washington, allen Bemühungen um eine Abrüstung chemischer Waffen zum Hohn, die ersten Mittel für den Bau neuer Fabrikationsanlagen für chemische Kampfstoffe bewilligt und damit den Start freigegeben für ein Produktionsprogramm, das bis 1990 angeblich acht Milliarden Mark verschlingen soll[27]. Das Projekt verdient auch bei uns mehr politische Beachtung; denn produziert wird ein neues, „binäres" Nervengas[28], das wesentlich ungefährlicher zu lagern und handhaben ist als die bisher üblichen. Damit wird es für die USA auch interessant, noch größere Mengen chemischer Waffen als bisher in Europa, also vor allem in der Bundesrepublik, einzulagern.

Weltweite Militärpräsenz: Nicht zuletzt ist hier das Bemühen der USA zu erwähnen, ihre militärische Präsenz weltweit, also auch auf der südlichen Halbkugel, zu verstärken. Dies betrifft zum einen die sogenannte Schnelle Eingreiftruppe[29], die vor allem für Einsätze in der Golf-Region gedacht ist und deren Aufbau seit Ende 1979 vorangetrieben wird. Geplant sind neben dem, im einzelnen noch umstrittenen, Aufbau einer Kommandostruktur für diese Truppe unter anderem die Entwicklung eines neuen Transportflugzeugs, der Bau von Spezialfrachtern für schwere Waffen und die Einlagerung von Gerät im Raum des Indischen Ozeans. Der weitere Ausbau des Stützpunkts Diego Garcia, die Suche nach Hafenrechten im Oman, in Somalia und Kenia sind in diesem Rahmen zu sehen. An die 200 000 US-Soldaten sind für Einsätze der Schnellen Eingreiftruppe vorgesehen[30]. Zum anderen betrifft das die forcierte Aufrüstung der Marine: Reagan hat sich zum Ziel gesetzt, die Navy bis zum Jahre 1990 von derzeit 450 auf 600 Schiffe aufzustocken, darun-

---

26) Siehe Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr 1979, S. 128ff.

27) So „Der Spiegel", 41/1980, S. 256ff.

28) Es besteht aus zwei ungiftigen Komponenten, die sich erst nach dem Abschuß oder Abwurf zu einem giftigen Kampfstoff vermischen.

29) RDF – Rapid Deployment Force.

30) IISS, Strategic Survey 1980/81, S. 17ff.

ter 15 Flugzeugträgergruppen statt derzeit 12[31]). Dieses Flottenbauprogramm ist im Gegensatz zu den anderen Großprojekten im wesentlichen eine Entscheidung der Reagan-Administration, die die auch unter Militärs verbreitete Skepsis gegenüber großen Überwasserschiffen vom Tisch zu wischen versucht, um mit einer unübersehbaren maritimen Machtdemonstration das Image der USA als Weltmacht aufzupolieren.

Militärstrategische Hintergründe

Alle diese laufenden oder geplanten Rüstungsvorhaben zusammengenommen bilden das gigantische Aufrüstungsprogramm der USA, das größte in Friedenszeiten, das uns in den 80er Jahren bevorsteht und dessen geplante Größenordnung Reagan im März enthüllt hat: Bis 1986 will er insgesamt rund 1,5 Billionen Dollar für Verteidigung ausgeben; in dieser Zeit soll der Verteidigungshaushalt von gut 170 Mrd. Dollar 1981 auf sage und schreibe 367,5 Mrd. Dollar 1986 ansteigen, er würde dann 35% des Bundeshaushalts ausmachen statt derzeit 25%[32]). Auch wenn man diese Zahlen nicht allzu wörtlich nimmt, so zeigen sie doch sehr drastisch, was auf Amerika und die Welt zukommt.

Die Begründungen des neuen Präsidenten für diese „Neuordnung der nationalen Prioritäten" klangen zunächst sehr pauschal: Die USA müßten, so in etwa die Aussagen im Wahlkampf, nach Jahren der Vernachlässigung ihrer militärischen Mittel jetzt auf allen Gebieten die militärische Stärke wieder aufbauen und vergrößern, um so ihre Stellung in der Welt zu festigen und insbesondere ihr Verhältnis zur Sowjetunion wieder auf eine vernünftige Basis zu stellen. Inzwischen sind jedoch auch schon erste Konturen der Militärstrategie dieser Administration sichtbar geworden: Sie geht offenbar von der Annahme aus, daß die militärische Konfrontation mit der Sowjetunion eher auf konventionellem als auf atomarem Gebiet stattfindet und daß sie eher auf den Weltmeeren und an den Rohstoffquellen entschieden wird als in Europa[33]); deshalb die Forderung nach maritimer Überlegenheit, deshalb die Bereitschaft, großzügig Geld in die konventionelle Rüstung zu pumpen. Steht damit der endgültige Abschied vom Konzept atomarer Abschreckung bevor?

Daß dieses Konzept sowieso nicht mehr das ist, was es eigentlich sein sollte oder sein könnte, das hat schon im letzten Jahr die Diskussion um die von Carter unterzeichnete „Presidential Directive 59" gezeigt, die einen vorläufigen Höhepunkt in der Entwicklung amerikanischer Militärstrategie bildet[34]). Danach soll, kurz gesagt, der Trend zu immer exakteren Atomwaffen dazu benutzt werden, diese Waffen noch mehr als bisher auf „begrenzte", militärische Ziele zu richten. Der Haken dieser Entwicklung in Theorie und Praxis der Atomrüstung: Atomwaffen erscheinen dabei immer weniger als bestenfalls

31) „Time" v. 16. 3. 1981, S. 20.
32) Ebd.
33) So unter anderen: SZ v. 21. 4. 1981, S. 6; 8. 4. 1981, S. 8.
34) Siehe Achim Maske, Einstimmung auf den atomaren „Erstschlag"?, „Blätter" 9/1980, S. 1031ff., und Stellungnahmen von Mechtersheimer und Baudissin, ebd., 10/1980, S. 1268ff.

zur Abschreckung taugliche Massenvernichtungswaffen und immer mehr als ganz „normale" Waffen, als „große Artillerie" sozusagen. Auch die atomare Kriegführung rückt ins Blickfeld der Strategen.

Nimmt man den in Reagan personifizierten neuen Schwenk der USA zur Außenpolitik der offenen Konfrontation als weiteres Indiz, so läßt sich sagen: Die Wahrscheinlichkeit, daß die in den 80er Jahren gebauten Waffensysteme nicht nur das Wettrüsten anheizen und alle Versuche von Rüstungsbegrenzung zunichte machen, sondern daß sie eines Tages auch eingesetzt werden – diese Wahrscheinlichkeit ist beträchtlich gestiegen.

Dies bestätigt nur, daß es heute wahrscheinlich wichtiger ist denn je, gegen die Aufrüstung zu protestieren und sich ihr zu widersetzen. Dieser Beitrag sollte jedoch auch illustriert haben, daß diese Aufrüstung heute einen beispiellosen Umfang angenommen hat. Und das bedeutet: Dem Widerstand gegen Bau und Stationierung neuer Waffensysteme kommt gegenwärtig eine besondere Bedeutung im Kampf gegen die weitere Aufrüstung zu. Auf die Dauer muß er zu einem Kampf für Alternativen zur Politik der Aufrüstung und der Konfrontation insgesamt werden.

Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralisierung (II)*)

Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik

Von Ulrich Albrecht

5. Hauptelemente des Vorschlags

Der Vorschlag besteht aus zwei Hauptelementen, die hintereinander gewürdigt werden sollen: in Europa soll eine rüstungsmäßig besondere Zone eingerichtet werden, in dieser Zone soll es keine Kernwaffen geben; und in der Folge ist die in dieser Zone gemachte äußere Politik an die Neutralitäts-Option gebunden.

*) Vgl. „Blätter", 6/1981, S. 659–671. D. Red.

Der Neutralisierungs-Vorschlag ist ein zunächst beschränktes politisches Konzept, in begrenztem Umfang zu einer Lösung der regierungsamtlich durch Blockbindung und Aufrüstung beantworteten Sicherheitsproblematik beizutragen. Der Vorschlag ist ein reformistisches Konzept – er basiert auf der Annahme, daß es – wenn nicht auf Dauer, so doch im Hinblick auf die ersten Schritte – Entscheidungsspielräume vor systematischen Änderungen (etwa der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Interessen) gibt, ja daß sich hierfür sogar innersystemische Interessen ansprechen lassen.

Der Vorschlag richtet sich nicht hauptsächlich gegen westliche Kernwaffen, er zielt auch geographisch nicht hauptsächlich auf Westeuropa. Er trachtet auf die Beseitigung aller Kernwaffen im Raum der „Freien Zone" – mag dies auch in westlicher Sicht, bei der dortigen Stützung der Abschreckung auf Kernwaffen, als Asymmetrie empfunden werden. Da die Sowjetunion eine europäische Macht ist, die USA hingegen dies nicht sind, ist geographische Ausgewogenheit in dem Sinne, daß ein quadratkilometergleiches Areal in Ost und West kernwaffenfrei gemacht werden müsse, keine billige Forderung – es bleibt einer vernünftigen politischen Debatte überlassen, eine solche Ausgewogenheit zu bestimmen. Dieser Vorschlag geht von der Vorstellung aus, daß ein fairer Kompromiß gefunden ist, wenn ganz Europa – also bis hin zum Ural auf sowjetischer Seite – von Kernwaffen freigehalten wird.

Zusammenfassend seien die tragenden Elemente des Konzepts und die Ergebnisse der Durchsicht der verschiedenen Ausprägungen des Neutralismus-Konzepts nochmals vorgetragen.

Es wird vorgeschlagen, einen bestimmten Raum in Europa aus dem Rüstungswettrennen zwischen Ost und West herauszunehmen. Geeigneter als die Beschränkung auf die beiden deutschen Staaten erscheint dafür langfristig der gesamteuropäische Raum, bis hin zum Ural (der Labour-Vorschlag von 1980 fordert eine nuklearfreie Zone „von Portugal bis Polen").

In dieser Zone soll die Verteidigung nicht mit Kernwaffen erfolgen.

Folge dieses Entschlusses ist notwendig eine weitgehende Neutralisierung der atomfreien Zone im Ost-West-Konflikt, auch wenn die bisherigen Bündnisverpflichtungen beibehalten werden sollen.

Um die Politik in Richtung dieser Option in Bewegung zu bringen, würde ein begrenzter einseitiger Schritt der Bundesrepublik genügen. Man male sich einmal aus, was sich ereignen würde, wenn die Bundesregierung den gleichen Schritt vollzieht, den die (sozialdemokratisch geführten) NATO-Staaten Norwegen und Dänemark seinerzeit vollzogen haben: in Friedenszeiten keine Kernwaffen auf ihrem Territorium zu dulden. Im Augenblick entstünde – vertikal durch Europa – eine im Nichtkrieg atomwaffenfreie Zone, die am Nordkap einsetzt, über die skandinavischen Staaten, die Bundesrepublik, die beiden Neutralstaaten Schweiz und Österreich hin zum Mittelmeer läuft, wo sie mit Jugoslawien endet.

Die beiden Militärblöcke hätten in Europa keine „atomare Berührung" mehr.

Weitaus gewichtiger wären jedoch die militärischen und politischen Folgen. Das Gesamtgebäude der NATO würde verschoben, wenn nicht gar seiner bisherigen Konzeption beraubt.

Besonders von den USA wäre enormer Widerstand gegen eine solche Politik zu erwarten. Dies weniger, weil die Rückverlagerung der Kernwaffen logistische Probleme aufwürfe (die wären lösbar) oder weil die Bundesrepublik entgegen US-Konsens verführe (Frankreich oder Griechenland haben ein gleiches getan).. Es droht vielmehr für die US-Politik der Verlust einer einzigartigen Position in Deutschland, die Amerikaner würden zu einer Schutzmacht wie die anderen Truppen in der Bundesrepublik auch. – Welche Sanktionen ergriffen würden, bleibt offen, aber es ist mit einer Auseinandersetzung von erheblicher politischer Schärfe zu rechnen, sollte die Bundesrepublik den vorgeschlagenen Schritt wagen.

6. Leistungen des Konzepts

Erstes Funktionskriterium, weil den Anstoß zu der gesamten Befassung mit diesem Konzept abgebend, ist die Art der Konfliktaustragung der beiden Großmächte in unserer Zeit. Dieser Gesichtspunkt ist der klassischen Neutralitätsdebatte fremd, er gibt jedoch für die Neutralitäts-Option der Blockfreien und der westeuropäischen Neutralen den Ausschlag. Im Nichtkrieg ist die Konfliktaustragung der Großmächte auf militärischer Ebene bestimmt durch das Wettrüsten, die rivalisierende, exzessive Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln. Auch wenn es, so der vorgegebene Zweck des Wettrüstens auf beiden Seiten, infolge der Abschreckung nicht zum Kriege kommt, erfüllt dieser Prozeß weitreichende strategische Funktionen: in der Sicht amerikanischer Politikplaner gab es ein interssantes Nebenziel, nämlich durch einen Rüstungswettlauf die ökonomisch schwächere UdSSR möglicherweise in die Knie zu zwingen, zumindest durch einen massiven Ressourcenabzug für die Rüstung die Sowjetbürger zu Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Regierung anzuhalten. Vergleichbare zitierfähige Äußerungen aus dem Munde sowjetischer Akteure sind verständlicherweise nicht bekannt, jedoch ist begründet spekuliert worden, daß auf sowjetischer Seite aus Gründen der Herrschaftskonsolidierung, der Sicherung des Primats des Militärs die Herausforderung zum Wettrüsten nicht völlig unfreiwillig angenommen worden ist[12]). – Auf ideologischer und politischer Ebene ist das Muster der Konfliktaustragung der beiden Großmächte im Nichtkrieg gleichfalls durch Akkumulationsmuster bestimmt – beide Seiten suchen dritte Länder auf ihre Position zu ziehen, nicht weil dies militärisch unbedingt nötig wäre (im Kernwaffenzeitalter sind in militärischer Sicht konventionell gerüstete Mittel- und Kleinstaaten eher unattraktive Allianzparnter), sondern um dem ideologischen und politischen Anspruch eine möglichst breite, legitimationsstiftende Basis zu geben. Das

12) Vgl. als seriösen Beitrag in dieser Richtung: Bernd Bonwetsch, Kalter Krieg als Innenpolitik. Überlegungen zu innenpolitischen Bedingungen des Ost-West-Konfliktes nach 1945, in: Aus Verfassungs- und Sozialgeschichte. Festschrift für Eberhard Naujoks, Hrsg. F. Quartal/W. Sekler, Sigmaringen 1980.

Versagen weiterer Mittäterschaft wäre, dies ein Nebenertrag des Neutralismus-Vorschlags, der ungehemmten Fortsetzung des ideologischen Krieges gen Osten, wenigstens in der amerikanischen Steigerung, sicher abträglich. Zugleich entließe eine künftige Neutralismus-Option die Bundesrepublik aus der bündnispolitisch begründeten Rücksichtnahme in der Handelspolitik: das gemeinsame wirtschaftliche Wohlergehen, zumindest der USA und der Bundesrepublik, ist gewissermaßen ein militärisch begründetes Allianzziel, dient es doch dem gemeinsamen Gut, der Verteidigung; durch Aufhebung solcher Treuepflichten entstünde ein größerer handelspolitischer Spielraum für das westdeutsche Kapital.

Die Art der Konfliktaustragung liefert ein zweites, subtileres Kriterium für die Neutralismus-Option, welches im sinkenden Gebrauchswert der modernsten militärischen Rüstung liegt. Diese Formulierung erscheint paradox, dient doch in offizieller Sicht gerade der Rüstungswettlauf dazu, immer effizientere, tödlichere Waffen hervorzubringen. Quantitativ betrachtet, gilt jedoch das Say'sche Theorem der Ökonomen auch hier: ebenso, wie nach der fünten oder sechsten Scheibe Brot der subjektive *und* objektive Nutzen weiteren Brotgenusses für den Verzehrenden abnimmt, weil er satt wird, erbringt die Erhöhung des overkill von 50 auf 60 (der Gegner kann mit dem eigenen Arsenal 50 mal ausgelöscht werden) einen abnehmenden Grenznutzen – die Hinzufügung weiterer overkill-Kapazitäten bleibt heute militärisch ohne Gebrauchsnutzen, in der Sicht der Soldaten hat das Wettrüsten die Rüstungstechnik heute über jenen Punkt hinaus getrieben, bis zu dem sie handwerklich davon Gebrauch machen können. Es ist einzuräumen, daß das Argument überspitzt ist, dennoch bleibt ein wahrer Kern: die abnehmende militärische Zweckhaftigkeit des Rüstungswettrennens.

Der sinkende Gebrauchsnutzen der modernsten Rüstung hat paradoxe Folgen: im herkömmlichen Sinne für einen Sieg im Kriege ist sie nicht nutzbar, sie dient vorrangig der wechselseitigen Abschreckung zwischen der Situation der Abschreckung, immerhin dem Nicht-Kriege, um dem tatsächlichen Einsatz von Kernwaffen entwickelt sich eine immer größere Lücke. Zwar gibt es mancherlei Versuche, durch die Einführung miniaturisierter Kernwaffen, durch strahlungsverstärkte Sprengsätze („Neutronenwaffe") usf. diese Lücke zu stopfen. Selbst skeptische Militärs räumen jedoch ein, daß nach der Zündung einer solchen Kernwaffe niemand im Zielgebiet einen Meßstab haben wird, um höheren Orts zu melden, es handele sich um ein Kleingeschoß oder ein mittleres Kaliber – es ist sehr viel wahrscheinlicher, daß ein erster Nukleareinsatz massiv und rasch eskaliert, als daß die Führungen beider Seiten nach dem Austausch einiger Kernwaffenschläge zu den Höflichkeiten der Diplomatie zurückkehren. Im Ergebnis ausgedrückt: die moderne Kernwaffentechnik macht den Krieg als Mittel der Konfliktaustragung zwar (leider) nicht obsolet, sie verschiebt aber die Bedeutung dieses Mittels. Die Eskalationsskala wird breiter, das Eskalationstempo möglicherweise höher. Staaten, die von vornherein auf Kernkriegsmittel als Option verzichten, erscheinen zunehmend als „sicherer" vor einem nuklearen Vergeltungsschlag als solche,

die im Verein mit einer der beiden Kernwaffengroßmächte sich an der Nuklearrüstung beteiligen.

Für die Allianzoption von Mittel- und Kleinstaaten ergibt sich eine Umkehrung des Bündnisarguments. Früher gingen solche Staaten Bündnisse ein, um durch additiven Zuwachs an Militärpotential einer Kriegsgefahr besser begegnen oder einen Krieg mit Aussicht auf Sieg führen zu können. Neutral blieb man, durchaus auch zeitlich beschränkt, wenn eben dieser Schritt den größeren Nutzen versprach.

Im Kernwaffenzeitalter hat sich dieser Bündniszwang zunächst verstärkt. Einige Klein- und Mittelmächte, die nicht über Atombomben verfügen, suchten aus freien Stücken aus Furcht vor diesen Waffen das Bündnis mit einer entsprechend gerüsteten Großmacht. Nunmehr scheint sich der Vorteil der Teilhabe an Kernwaffen im Bündnis ins Negative zu verkehren. Die Vernichtungsdrohung ist mittlerweile so absolut geworden, daß besonders der Kleinstaat nunmehr einen geringeren Nutzen von ihr hat: zu seinem Schutz werden die Raketen nicht in Marsch gesetzt, er kann umgekehrt nicht bewirken, daß sie auf seinen Wunsch hin eingesetzt werden. Ja, die Allianzführer sehen sich genötigt, den Kernwaffeneinsatz, wenn überhaupt, dann nicht für den Bündniszweck, sondern heute ausschließlich im nationalen Interesse zu entscheiden. Direkter formuliert: die amerikanische Nukleargarantie verliert mit der Zunahme der absoluten Zerstörungswirkung für die Bundesrepublik wie für jeden anderen Allianzpartner an Glaubwürdigkeit. Schärfer noch: falls es je zum amerikanischen Kernwaffeneinsatz kommt, so heute ausschließlicher aufgrund eines amerikanischen Interessenkalküls und mit abnehmender Einflußchance zugunsten etwa von seiten der Bundesrepublik vorgetragener Erwägungen. Mit Bezug auf die Neutralismus-Option formuliert: die Zweckhaftigkeit eines deutschen Rückzugs aus der amerikanischen Nukleargarantie wird von Tag zu Tag größer.

Die Art der Konfliktaustragung, wie sie real besonders in der Dritten Welt beobachtet wird, gibt weitere Argumente zugunsten einer Neutralitäts-Option ab. Außerhalb Europas hat es in der „Nachkriegszeit" eine breite Entwicklung in den Formen militärischer Konfliktaustragung gegeben: innerstaatliche Bürgerkriege, nichterklärte Kriegführung, Stellvertreterkriege, langwierige Guerillakriege, weiträumige Interventionen der Großmächte und Mischformen finden sich im Katalog der rund 150 „Kriege", die die einschlägige Statistik erfaßt. Solche Kriege, d.h. der massenhafte Einsatz von Gewalt zwecks bestimmter begrenzter Ziele, sind zum einen in Europa unwahrscheinlich. Zum anderen würden sie auch nach Ausbruch von Feindseligkeiten eine erhebliche Mobilisierungsphase ermöglichen, nach der dann wie bislang die Wirtschaftkraft oder andere innere Faktoren der Konfliktbeteiligten zum ausschlaggebenden Faktor für den Sieg werden. Neutralität würde in einem derartigen, unwahrscheinlichen Fall mithin kein gravierendes Hindernis bilden. Weiter würde Neutralität die Art der Konfliktaustragung in akzeptabler Weise begrenzen, nämlich auf den Nicht-Kernwaffenkrieg.

Fragt man nach der wahrscheinlichsten Art der Konfliktaustragung, so ergibt sich für die Mittelmacht Bundesrepublik ein weiteres Argument für die Neutralismus-Option. Als Mittel der Konfliktaustragung haben sich auch in den Industriestaaten der Zugriff auf die Energiezufuhr, im minderen Maße auf Zulieferungen von Rohstoffen, auf indirekte Mittel der wirtschaftlichen Penetration, auch die Subversion und der Terrorismus in den Vordergrund geschoben, mit denen ein neutraler Staat zumindest ebenso gut fertig wird wie ein bündnisintegriertes Land.

Für die Umwelt der Bundesrepublik hätte eine Neutralismus-Option deutlich eine positive Sicherheitsfunktion. Historisch gesehen ist Deutschland als Zentralmacht immer versucht gewesen, den Kranz seiner Nachbarstaaten, die meist eine Klasse kleiner ausfielen als das Reich selber, zu beherrschen. Die historische Wurzel des Neutralismus europäischer Kleinstaaten rührt daher (Schweiz, Belgien, Luxemburg, Österreich). Mit der Option hin zum Neutralismus würde die Bundesrepublik ostentativ darauf verzichten, unter amerikanischem Nuklearschirm ihre militärische Suprematie in der europäischen NATO zwecks einer mehr oder minder offenen Domination der kleineren Bündnismitglieder umzusetzen. Es würde die Sicherheit dieser Staatengruppe erhöhen, wenn ihr Wohl nicht nur nicht von amerikanischen Vorstellungen, sondern auch von Bonner Präferenzen in der Militärpolitik entkoppelt würde.

Das Neutralismus-Konzept und die Disengagement-Idee sind zuvörderst gebildet worden, um eine Alternative gegen die wachsende Kriegsgefahr aufzubauen. Zugleich sind diese beiden Vorschläge gegenüber den folgenden Konzepten dadurch unterschieden, daß sie am engsten an die vorfindlichen Strukturen anknüpfen. Damit soll nicht behauptet werden, daß sie „realistischer" sind. Realistischer sind, streng genommen, eher der Vorschlag einer totalen einseitigen Abrüstung oder die Idee einer rein defensiven Militärpolitik. Die in diesem Abschnitt vorgelegten Konzepte sind allenfalls realitätsnäher, indem sie an bestehende Bewußtseinsstände anknüpfen und die Frage des Bundesbürgers, was passiere, wenn eine Aggression erfolge, eher in gewohnten Kategorien beantworten.

Die Pakteinbindungen der Bundesrepublik und der DDR hatten in der Vergangenheit auch den Zweck, diese beiden Länder durch ihre Nachbarn sowie die beiden Vormächte USA und UdSSR zu kontrollieren. Schließlich war in diesem Jahrhundert zweimal von diesem Land ein Weltkrieg ausgegangen. Die Neutralismus-Option könnte, so eine mögliche Befürchtung, die Kriegsgefahr steigern. Es sei ein Vorteil, wenn heute Sicherheitspolitik nicht mehr national, sondern im Verbund von Staaten gemacht werde.

Beide Aussagen brauchen nicht im Gegensatz zu stehen. Disengagement und Neutralismus sind nicht auf die Bundesrepublik allein oder mit dem Zusatz DDR beschränkt; der Vorschlag (s.u.) zielt darauf, daß eine Staatengruppe in Europa in diese Richtung optiert. Das würde auch verhindern, daß eine neutralistische Bundesrepublik – so eine andere Befürchtung – eine ihrem wirt-

schaftlichen Potential voll entsprechende militärische Verteidigung aufbaut und zu einer militärisch noch dominanteren Stellung aufsteigt, als sie diese heute als größte Militärmacht in Westeuropa schon einnimmt.

Ein weiterer Einwand gegen die Neutralismus-Option richtet sich auf das Verhältnis der Sowjetunion zu den sozialistischen Staaten in Osteuropa. Eine Neutralisierung Polens heute würde, so die Befürchtung, zu einer sowjetischen Intervention führen.

Zum sicherheitspolitischen Stellenwert des Neutralismus-Konzepts ist sicher einzuräumen, daß es nicht oder wenig geeignet ist, abschreckend zu wirken und Kriege zu verhindern. Dem bösen Anschlag ist es verletzlicher ausgesetzt als die nukleare Abschreckung – nur zweifeln die Autoren, daß dieser böse Anschlag heute irgendwo geplant wird.

Das Neutralismus-Konzept negiert nicht die Konflikte um uns herum und auch in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Es stellt jedoch den Versuch dar, die äußeren Konflikte auf eine begrenzte Form der Auseinandersetzung zu deeskalieren, und es schließt besonders den Einsatz von Atomwaffen für nationale Zwecksetzungen aus. Das Neutralismus-Konzept ist somit keinesfalls ein pazifistisches Konzept. Krieg kann es geben, wenn die Bundesrepublik angegriffen wird. Aber dieses Risiko wird um der beschriebenen Vorteile willen in Kauf genommen. Die Autoren erachten es im Europa der 80er Jahre als gering.

Gleichfalls einzuräumen ist, daß das (militärische) Konzept des Neutralismus über sich hinausweist, besonders gesellschaftspolitisch. Es ist schwer vorstellbar, daß die gleichen Herrschaftssynthesen, die Westeuropa bislang trugen, diese andere Verteidigungskonzeption mittragen werden. Das mit der Neutralismus-Option neuartige Verhältnis zur Vormacht Amerika bringt sicher neue Gruppen in den Vordergrund. Hier weist das Neutralismus-Konzept Möglichkeiten zu einer weitgehenden Dynamisierung der europäischen Politik auf, über die sich allerdings nur spekulieren läßt.

Das Verhältnis der Optionen I und II zueinander

Der Disengagement-Vorschlag (Option I) führt in der Konsequenz nicht notwendig zur Neutralismus-Konzeption (Option II). Theoretisch ist vorstellbar, daß eine einmal eingerichtete verdünnte Zone in Europa langfristig stabil bleibt und die ihr angehörenden Staaten weiterhin loyale Mitglieder in ihren Paktsystemen bleiben.

Politisch gedacht, ist dies jedoch ganz unwahrscheinlich. Optiert die Bundesrepublik wie die skandinavischen Staaten auch nur für Atomwaffenfreiheit in Friedenszeiten, verliert die europäische NATO als Träger der Abschreckungsstrategie weitgehend an Wert: nuklear gerüstet wären dann lediglich Flankenregionen (die südeuropäischen NATO-Mitglieder) oder rückwärts gelegene Kleinstaaten (Benelux) auf dem europäischen Festland. Ein Disengagement würde einen tiefgreifenden Wandel der NATO auslösen; nur ist

dies kein Einwand gegen das Konzept. Das Bündnis muß längst mit seinen Wandlungs- und Anpassungskrisen zurechtkommen. Die Befürworter des Disengagement müssen aber angeben können, in welche Richtung der Stein rollen soll, den sie mit ihrer Initiative lostreten wollen. In der Folgelogik der Gründe, die für das Disengagement angegeben wurden, ist die Neutralismus-Option die korrekte Weiterung des Konzepts. Neutralismus ist die außenpolitische Grundeinstellung der Angehörigen einer militärisch verdünnten Zone, die sich im ersten Schritt für ein Ausklinken aus der weiteren Hochrüstung entschlossen haben und die nun diesem negativen ersten Schritt einen weiteren mit einer positiven Setzung folgen lassen müssen, zumindest über die Zeit.

Für die Fristen des Vorschlags sind zunächst die Aussagen der Bündnisverträge in Ost und West ein Bezugspunkt. Der Nordatlantikvertrag ist nach Ablauf der 20-Jahre-Frist (1969) per Jahresfrist kündbar (Art. 13); der Warschauer Vertrag ist sogar noch schneller auflösbar. – Als Schlußfolgerung ergibt sich, daß der Vorschlag kurzfristig umsetzbar und realisierbar ist.

Die Diskussion des Vorschlags ist heute möglich und notwendig zugleich, gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, weil durch den Brüsseler Nachrüstungsbeschluß erstmals eine Teilung der atomaren Strategie angelegt erscheint: die USA könnten künftig einen Nuklearkrieg in Europa auslösen und führen, ohne eigenes Territorium dafür zu benutzen, und sie gewinnen dadurch größere Spielräume in der Dritten Welt.

Beim Neutralisierungs-Vorschlag handelt es sich im Kern nicht um ein starres Konzept, sondern eher um eine Skala abgestufter und graduell verwirklichbarer Maßnahmen: diese können reichen von einem Veto zur Ausstattung mit bis hin zu einer mit Kernwaffen bewaffneten Neutralität. Auch ist die geographische Breite des Konzepts in Europa diskutierbar. Damit erscheint dieser Vorschlag als in hohem Maße den Bedürfnissen der politischen Kompromißfindung entgegenkommend.

7. Äußere Konsequenzen (Ost/West-Bündnisse, Dritte Welt)

Ein prinzipieller Einwand gegen Neutralitätspolitik könnte lauten, die – auch vorsichtige – Lösung der Bundesrepublik oder gar Westeuropas aus den Bindungen an die USA würde das komplizierte Gleichgewicht zwischen Ost und West aufheben. Für die westliche Position käme es zu einer nicht hinnehmbaren Schwächung; andererseits ginge die Bundesrepublik des amerikanischen Nuklearschirms verlustig. Gerade der Tatbestand, daß die wirksamsten Waffen heute den Großmächten vorbehalten sind, habe ja in der Vergangenheit zur Blockbildung beigetragen, weil auch zu neutralen Positionen neigende Kleinstaaten im Zweifelsfall lieber den garantierten Schutz einer nuklearen Vormacht gesucht hätten.

An eine absolute Neutralität ist aber zunächst nicht gedacht. Das Kräftegleichgewicht zwischen West und Ost würde im Krisenfall nicht verschoben. Da beide Großmächte an der Erhaltung des Status quo in Europa interessiert

sind, müßte ein solcher Vorschlag mit den politischen Zielen beider Seiten vereinbar sein – besonders mit den sowjetischen, da ein solches begrenztes Abkoppeln den Sicherheitsinteressen der europäischen Macht Sowjetunion entgegenkommen würde. Andererseits bliebe die Bundesrepublik fraglos als Gesellschaftssystem, mit ihren politischen Orientierungen Teil des Westens. Ihr Verhältnis zur westlichen Vormacht USA wäre nur ein politischeres, als die Bündnisstrukturen dies derzeit erlauben wollen. Der Blick auf die faktische Integration der westeuropäischen „Neutralen" würde es erlauben, den Alltag einer solchen geänderten Bündnissituation zu umreißen.

Schließlich: das Bild vom „Gleichgewicht" suggeriert eine sehr viel statischere Situation, als tatsächlich der Fall ist. Am dramatischsten sollte die neuere Entwicklung der chinesischen Politik wirken: zuvor mächtigster Verbündeter der UdSSR, beobachten wir heute (so Andreas Buro) „die Einbindung Chinas auf amerikanischer Seite". Zumindest erfolgt eine Verschiebung im internationalen Kräfteverhältnis zuungunsten der UdSSR – die andererseits geeignet ist, in Moskau neue Überlegungen hinsichtlich Westeuropas auszulösen, vielleicht gar eine Wiederbelebung der alten Neutralisierungs- und Zonenkonzepte.

Als weiteres ähnliches Neutralitätshindernis dürften vor allem die Bindungen der Bundesrepublik in der EG geltend gemacht werden. Die Nichtbeteiligung der Schweiz an der EG (dem Europarat ist das Land erst 1963 beigetreten), Österreichs und Schwedens wird hauptsächlich mit dem Neutralitätsprinzip begründet. Dem widerspricht allerdings nicht, daß der EG-Raum insgesamt eine neutrale Zone oder Teil davon werden könnte, wie dies der Labour-Vorschlag vorsieht. Die EG insgesamt könnte sehr wohl sich als neutral erklären oder mindere Stufen von Neutralisierung anstreben. Schließlich gibt es historische Präzedenzfälle: Luxemburg blieb nach seiner Neutralisierung 1867 bis 1914 Mitglied des Deutschen Zollvereins. Mitgliedschaften in europäischen Assoziationen sind Formalgründe – sie lassen sich sehr wohl politisch handhaben.

Der geheime Krieg gegen die demokratische Bewegung in den USA

Ein dokumentarischer Bericht

Von der Amerika-Kommission des französischen MRAP (Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples)

Während die Bemühungen der amerikanischen Regierung, die Führungsrolle in der Welt militärisch auszubauen, die Schlagzeilen der Presse beherrschen, finden die innenpolitischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten – nach Watergate – nur geringe Aufmerksamkeit. Die Amerika-Kommission des französischen „Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples" hat kürzlich in einem Sonderheft der Zeitschrift „droit et liberté" (Paris 1981) über „Ghettos et prisons d'Amerique" berichtet. In einer umfassenden Dokumentation wird das Ausmaß politischer, rassistischer und sozialer Diskriminierung in den USA sichtbar gemacht. Wir veröffentlichen im folgenden erstmals in deutscher Sprache aufschlußreiche Teile der französischen Studie. Der Pahl-Rugenstein Verlag bereitet zu diesem Thema für das Frühjahr 1982 eine Buchpublikation vor. D. Red.

Das FBI-Programm COINTELPRO

„Die Geschichte der vom FBI praktizierten Spionage- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die schwarze Befreiungsbewegung begann bereits mit der FBI-Gründung im Jahre 1919. J. Edgar Hoover persönlich startete eine Kampagne gegen Marcus Garvey, der daraufhin als ‚unerwünschter Ausländer' deportiert wurde. Taktiken, die aus der Spionagebekämpfung bekannt sind, wurden gegen schwarze Führer und Sprecher wie Paul Robeson und Richard Wright eingesetzt und sind vielleicht auch für Wrights geheimnisvollen Tod in Paris verantwortlich. Als Schwarze in der Kommunistischen Partei aktiv wurden, ging das FBI dazu über, die Rassengleichheit innerhalb der Partei zu unterminieren und dort den Rassismus zu fördern." (aus: „Say NO to the FBI", veröffentlicht vom Center for Constitutional Rights, Abschnitt über Maßnahmen des FBI gegen die schwarze Befreiungsbewegung.)

Das FBI führte sein „Counterintelligence Program" – kurz COINTELPRO – von 1956 bis 1971 durch. Es handelte sich dabei um eine geheime, aber massive Maßnahme der amerikanischen Regierung gegen die innenpolitische Opposition: gegen die Kommunistische Partei, linke Gruppen und Organisationen, Pazifisten, Schwarze, Studenten und andere demokratische Bewegungen.

Die vom Senat nach Watergate eingeleiteten Untersuchungen haben ergeben, daß vom FBI viele ungesetzliche Handlungen begangen wurden. (Heute bereitet der Senat die Verabschiedung einer neuen FBI-Charta vor, um damit Handlungen zu legalisieren, die zur Zeit von COINTELPRO als illegal galten.)

William C. Sullivan, ehemaliger Mitarbeiter des FBI-Direktors, hat COINTELPRO vor dem Senatsausschuß für Kirchenfragen als „eine rüde, harte und schmutzige Angelegenheit" bezeichnet. Sullivan wußte, wovon er sprach: er hatte seinerzeit die Kriegführung gegen die demokratischen Kräfte der USA koordiniert.

Im Jahre 1956 gab J. Edgar Hoover, der Direktor des FBI, seine Zustimmung zu COINTELPRO. Dieses erste Programm richtete sich dem Namen nach gegen die Kommunistische Partei der USA und lief unter der Bezeichnung „COINTELPRO-CPUSA", seine Ziele waren jedoch erheblich weiter gesteckt. Es richtete sich nicht nur gegen die Kommunistische Partei, sondern in gleicher Weise gegen demokratische Organisationen wie zum Beispiel das gegen den McCarthyismus gerichtete „National Committee to Abolish the House Un-American Activities Committee" sowie gegen die führenden Männer verschiedener weiterer öffentlicher Organisationen.

In der Folgezeit ging das FBI mit COINTELPRO gegen andere Ziele vor, so vor allem gegen „schwarze nationalistische Haßgruppen" (diese Bezeichnung stammt vom FBI) und gegen die Neue Linke. Seit 1960 gehörte zu COINTELPRO auch ein Kampfprogramm gegen die puertorikanische Unabhängigkeitsbewegung, und im Jahre 1966 startete das FBI die „Operation Hoodwink" gegen die Kommunistische Partei und scheute sich nicht, sich dabei der Mitarbeit des organisierten Verbrechens zu bedienen.

Als Teil ihrer umfassenden Versuche, oppositionelle Gruppen zum Schweigen und führende Oppositionelle unter ihre Kontrolle zu bringen, haben Regierungsbehörden ihre Agenten ganz speziell auf die Organisationen von Minderheiten und auf einzelne ihrer Mitarbeiter angesetzt, um deren weitere Entwicklung und Einflußnahme zu verhindern.

Als die schwarze Bevölkerung beispielsweise in den 60er Jahren begann, in den größten amerikanischen Ghettos (Watts, Detroit, Newark) offen gegen die schlechten Wohnungen, die fehlenden Arbeitsplätze, gegen die Benachteiligung im Bildungswesen und andere Begleiterscheinungen des Rassismus zu protestieren, die ihre soziale Existenz seit der Sklaverei bestimmt haben, und als sie Gleichheit mit den übrigen Bürgern im wirtschaftlichen, politischen und schulischen Bereich forderte, begegnete man diesen Forderungen mit brutaler Gewalt und Unterdrückungsmaßnahmen. Durchgeführt wurden diese Maßnahmen von Polizei und Militär, so als wären die Angehörigen von Minderheiten, die nur danach strebten, ihre Lebensbedingungen zu verändern, eine feindliche Invasionsarmee, die man durch bewaffneten Angriff bekämpfen und zerschlagen müßte. Unparteiische Beobachter haben die Explosionen in den Städten immer als Reaktion der Minderheiten auf wirkliche

Mißstände gesehen. Und doch wurden auf örtlicher und nationaler Ebene keinerlei systematische und überzeugende Versuche unternommen, die Prioritäten der Gesellschaft neu zu ordnen, um so die zugegebenermaßen unmenschlichen und ungerechten Existenzbedingungen der Minderheiten zu verbessern. Schwarze Gruppen gehörten zu den ersten amerikanischen Minderheiten, die sich für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassenunterdrückung in der Bewegung organisierten, die später als Bürgerrechtsbewegung bekannt wurde.

Von offizieller Seite reagierte man örtlich und auf nationaler Ebene auf die Proteste und den passiven Widerstand gegen die weiße Vorherrschaft mit der Entwicklung, Anwendung und immer raffinierter werdenden Praxis illegaler, verfassungswidriger und repressiver Spionagetaktiken, um dadurch die betreffenden Organisationen und ihre Führer in Mißkredit zu bringen und zu vernichten. Offizielle Dokumente aus dem Federal Bureau of Investigation (FBI) des US-Justizminsteriums belegen, daß die Regierung bereits im Jahre 1967 ein Programm startete, dessen Ziel es war, „. . . die Aktivitäten schwarzer nationalistischer Haßorganisationen und Gruppen, ihrer Führer, Sprecher, Mitglieder und Sympathisanten aufzudecken, zu unterbrechen, fehlzuleiten, in Mißkredit zu bringen oder auf andere Weise zu neutralisieren, sowie ihrem Hang zu Gewalt und Unruhe entgegenzuwirken . . . Die Anstrengungen der verschiedenen Gruppen, ihre Kräfte zu konsolidieren und neue oder jugendliche Mitglieder aufzunehmen, müssen durchkreuzt werden."

Und eine Gruppe wurde bereits als „schwarz und nationalistisch" eingeordnet, wenn ihre Mitglieder in der Mehrzahl Schwarze waren.

Abgesehen von den Gruppen mit schwarzer Mitgliedschaft, die zur Zielscheibe von Überwachungsmaßnahmen wurden, gab es Dossiers von über fünftausend Schwarzen, die angeblich eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellten.

Schwarze, die das Opfer von Überwachung, Erpressung, Abhörmaßnahmen und häufig auch von Festnahmen und strafrechtlicher Verfolgung wurden, kamen aus den verschiedensten Lagern – von Anhängern Gandhis bis hin zu entschiedenen Gegnern des amerikanischen Systems. In vielen Fällen handelte es sich einfach um Leute, die sich über Ungerechtigkeit und Rassismus in ihrer Umgebung beklagt hatten.

Ein direktes Ergebnis der CONINTELPRO-Aktivitäten und anderer Geheimdienstmaßnahmen bestand darin, daß schwarze US-Bürger durch Abhörmaßnahmen, geöffnete Post und sonstige illegale Praktiken ständig überwacht und damit zur Zielscheibe politischer Unterdrückung wurden. (Lennox Hinds, Illusions of Justice, veröffentlicht von der School of Social Work an der Universität von Iowa, S. 50ff.).

„Hauptzielscheibe der politischen Kampfmaßnahmen des FBI war die Black Panther Party. Gegen Ende des Jahres 1968 verschickte das FBI an sämtliche Außenstellen ein Communiqué, in dem dazu aufgerufen wurde, ‚die Black

Panther Party außer Gefecht zu setzen'. Im Verlauf der nächsten vier Jahre kam es dann zu den Maßnahmen, die vom Geheimdienstausschuß des Senats als ‚geheimes Programm zur Vernichtung der Black Panther Party' bezeichnet wurden: das FBI begann mit der Inszenierung eines massiven Programms geheimdienstlicher Maßnahmen gegen die Panther, das mit Gewaltanwendung und illegalen Handlungen verbunden war. Erfolgreiche Gemeinschaftsprogramme der Panther wie ihr Frühstücksprogramm für Schulkinder und die Black-Panther-Zeitung wurden gewaltsam unterbrochen und sabotiert. Telefonleitungen wurden angezapft, und es wurden Spitzel eingesetzt, um die Organisation zu infiltrieren und dort Uneinigkeit und Spaltungen hervorzurufen. Und schließlich ist die Ermordung Fred Hamptons der brutale Beweis dafür, daß auch Mord als Mittel zur Zerschlagung der Bewegung eingesetzt wurde.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die vom FBI angewandten Methoden, mit denen in allen Bereichen gegen die schwarze Befreiungsbewegung vorgegangen wurde, waren und sind in einem Maße gewalttätig, verfassungswidrig und illegal, daß sie das Gesetz verhöhnen, zu dessen Schutz die FBI-Beamten sich eidlich verpflichtet haben." („Say NO to the FBI", veröffentlicht vom Center for Constitutional Rights, New York; Abschnitt über Maßnahmen des FBI gegen die schwarze Befreiungsbewegung.)

COINTELPRO-Techniken

Die folgende Darstellung der COINTELPRO-Techniken basiert auf dem Senatsbericht Nr. 94–755 (Final Report of the Select Committee to study Governmental operations with respect to Intelligence Activities), Buch III, S. 33ff.:

„Das Arsenal der Techniken, die in der geheimen Kriegführung des FBI gegen innenpolitische Gegner eingesetzt wurden, umfaßte den gesamten Bereich von trivialen Maßnahmen bis zu lebensgefährlichen Aktionen. Über ein Viertel aller genehmigten Aktionen diente dem Ziel, die Fraktionsbildung innerhalb der Gruppen zu fördern und den Kampf der Gruppen untereinander anzufachen. Etwa die gleiche Anzahl von Maßnahmen wurde zu Propagandazwecken unternommen. Andere Techniken sahen das Eingreifen der Behörden auf Bundes-, Staats- und örtlicher Ebene im Sinne einer selektiven Strafverfolgung vor und bedienten sich (zum Teil mißbräuchlich) offizieller Maßnahmen. Nachteilige Informationen wurden Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten zugespielt, Arbeitgeber wurden benachrichtigt, Beispiele für ‚kommunistische Infiltration' oder Unterstützung der bekämpften Gruppen wurden veröffentlicht, und es wurden Organisationen, die den bekämpften Gruppen feindlich gegenüberstanden, dazu benutzt, Versammlungen der Zielgruppen zu sprengen oder in anderer Weise gegen sie vorzugehen.

A. Propaganda

Die Propagandamaßnahmen des FBI im Rahmen von COINTELPRO basieren

auf der Absicht, gegen das gesprochene und geschriebene Wort ebenso wie gegen Unterricht und Zusammenkünfte vorzugehen. Gewisse Ideen sind gefährlich, und wenn man nicht verhindern kann, daß sie geäußert werden, dann sollten ihnen vom FBI gebilligte Äußerungen entgegengestellt werden. Drei grundlegende Techniken wurden dabei eingesetzt: Zeitungs- und Zeitschriftenartikel wurden kopiert und an Gruppenmitglieder und potentielle Sympathisanten in der Absicht verschickt, sie von ihrem falschen Verhalten zu überzeugen; für ‚freundliche' Medien wurden Artikel geschrieben, und es wurden ihnen Informationen geliefert, um die Zielgruppen ‚anzuprangern'; und Broschüren und Flugblätter wurden geschrieben, gedruckt und verteilt, auf denen das FBI nicht als Quelle angegeben war.

Versand von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln

Die Dokumente zeigen, daß immer wieder Artikel und Zeitungsausschnitte (natürlich anonym) an Gruppenmitglieder verschickt wurden. Jüdische Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden offenbar mit Zeitungsausschnitten überschwemmt, in denen über die schlechte Behandlung der Juden in der Sowjetunion berichtet wurde. Ebenso erhielten jüdische Anhänger der Schwarzen Panther Artikel der Panther-Zeitung zugeschickt, in denen antisemitische Formulierungen auftauchten . . .

Es dürfte genügen, hier ein einziges Beispiel näher zu beschreiben, weil es sehr deutlich den Zweck aufzeigt, der mit dem Propagandaversand von Zeitungsartikeln verbunden war. Fünfzig Kopien eines Artikels mit dem Titel ‚Rabbi in Vietnam erklärt, Rückzug sei keine Lösung', der als ‚hervorragender Artikel zur Unterstützung der amerikanischen Außenpolitik in Vietnam' bezeichnet wurde, verschickte man an nicht näher aufgeführte Professoren und Mitglieder des Vietnam Day Committee, ‚die ansonsten keiner subversiven Organisation angehören'. Die Absicht dieser Briefaktion bestand darin, die Empfänger ‚davon zu überzeugen, daß die amerikanische Außenpolitik in Vietnam richtig ist'. . .

‚Freundliche' Medien

Viele Propagandamaßnahmen des FBI bestanden darin, daß Informationen oder Artikel ‚freundlichen' Medien zur Verfügung gestellt wurden, bei denen die Gewähr gegeben war, daß sie die Rolle des FBI bei der Veröffentlichung nicht erwähnten . . .

Das FBI benutzte die Nachrichtenmedien in zweifacher Weise: es wurden Artikel und Dokumentationen placiert, in denen die Zielgruppen ungünstig dargestellt waren, und man ließ nachteilige Informationen durchsickern, um Einzelne in Mißkredit zu bringen . . ."

In einigen Fällen schob das FBI Reportern Informationen unter, ohne daß diese es bemerkten; in vielen Fällen arbeiteten die Journalisten jedoch mit dem FBI zusammen und sagten zu, über die Mitwirkung des FBI bei der Themenwahl

oder als Informationsquelle nichts verlauten zu lassen. Einige Reporter gingen noch weiter und boten freiwillig an, das FBI bei seinen geheimen Aktionen zu unterstützen. In einem der bekanntesten Fälle versorgte das FBI einen bereitwilligen Reporter mit Informationen, um auf diese Weise einem politisch aktiven Mann zuzusetzen und die Öffentlichkeit gegen ihn aufzubringen. Außerdem initiierte das FBI Telefon- und Leserbriefkampagnen, um das Auftreten progressiver Persönlichkeiten in Rundfunk und Fernsehen zu verhindern.

Vom FBI hergestellte Broschüren und Flugblätter

„Gelegentlich verfaßte, druckte und verteilte das FBI seine eigene Propaganda, meist in der Absicht, seine Gegner lächerlich zu machen, statt wie sonst mit ‚ernster' Propaganda gegen sie vorzugehen." (Natürlich waren diese Erzeugnisse anonym und so aufgemacht, als seien sie innerhalb der Linken entstanden.)

B. Maßnahmen zur Förderung von Uneinigkeit und Fraktionsbildung

„Ungefähr 28 % der COINTELPRO-Aktivitäten des FBI dienten dem Ziel, die Mitglieder der verschiedenen Gruppen gegeneinander aufzubringen und die Gruppen dadurch zu schwächen, oder Gruppen zu trennen, die sich sonst miteinander verbündet hätten, und sie gegenseitig zu Feinden zu machen. Zu den dabei angewandten Techniken gehörten Briefe (mit Zeitungsausschnitten oder Artikeln und Rundschreiben, die das FBI verfaßt hatte) an Gruppenmitglieder, in denen eine führende Persönlichkeit der Gruppe oder eine verbündete Organisation kritisiert wurden. Außerdem wurden Agenten eingesetzt, um strittige Fragen hochzuspielen, und es wurden vom FBI organisierte Splittergruppen gebildet, um der betreffenden Organisation Mitglieder abspenstig zu machen. Feindschaft zwischen Gruppen wurde gefördert – bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen, und es wurden Spitzel eingesetzt."

Anonyme Briefe

Das FBI förderte die Fraktionsbildung und brachte progressive Gruppen und Organisationen gegeneinander auf. Unter Ausnutzung bestehender Meinungsverschiedenheiten verschickte das FBI provozierende anonyme Briefe und Dokumente in der Absicht, die Uneinigkeit zu vertiefen und eine Atmosphäre des Mißtrauens zu schaffen. Ziel dieser Taktik war es, offene Feindschaft und Konfrontation hervorzurufen. Besondere Anstrengungen wurden vom FBI unternommen, um das Bündnis der beiden wichtigsten Organisationen der Neuen Linken – der Studenten für eine demokratische Gesellschaft (SDS) und der Black Panther Party – zu zerschlagen. Das FBI schickte zum Beispiel ein anonymes Schreiben an die Zeitung der Panther, in dem die SDS-Mitglieder diffamiert wurden, die sich ehrlich für die Forderungen der Schwarzen und ihre Bürgerrechte einsetzen. Dieses Schreiben sollte feindse-

lige Gefühle gegenüber den SDS-Studenten erwecken und die Zusammenarbeit mit progressiven weißen Amerikanern verhindern. In diesem Schreiben hieß es unter anderem:

„Seit wann müssen wir Schwarzen uns dem Diktat der weißen SDSler unterwerfen? . . .

Wir sind es verdammt leid, daß die weißen Schweine uns brutal behandeln, uns unsere Rechte verweigern und mit uns umgehen, als wären wir Tiere. Wir sagen: Schluß mit dem SDS und seinen weißen intellektuellen Touren, die doch nur die Herrschaft der Weißen über die Schwarzen verewigen . . .

Der verdammte SDS ist eine Organisation, die nur auf dem Papier steht und an verbalem Durchfall leidet und außer ständigem Reden nichts für uns getan hat. Und die paar Idioten, die sich Weathermen nennen, rennen nur in der Gegend herum wie Kinder, wenn Halloween gefeiert wird . . .

Sie nennen sich Revolutionäre, aber seht euch genau an, wer sie sind. Die meisten von ihnen kommen aus Familien, die sogar nach weißen Maßstäben wohlhabend sind. Sie meinen, sie würden uns Schwarzen helfen, aber ihre vergeblichen, fehlgeleiteten und vor allem weißen Anstrengungen trüben nur das klare Wasser der Revolution.

Es ist die Zeit gekommen, mit allen nichtschwarzen Gruppen radikal zu brechen, ganz besonders mit diesem SDS, und uns darauf zu besinnen, daß wir eine rein schwarze Revolution mit Schwarzen für Schwarze machen.

Power!

Legt die Schweine um!!!!"

Auf diese Weise nährte das FBI nationalistische und anti-weiße Gefühle bei den schwarzen Jugendlichen, um sie zu der sektiererischen Einstellung zu bewegen, die Revolution sei ausschließlich eine schwarze Angelegenheit. Dem FBI war völlig klar, daß eine solche Einstellung zu einer Niederlage der Bewegung führen muß.

Einsatz von Agenten, um strittige Fragen hochzuspielen

„Der Einsatz von Agenten mit dem Ziel, ideologische Meinungsverschiedenheiten in einer Organisation auszunutzen, geht auf die Anfänge von COINTELPRO zurück. Im Rahmen der Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei der USA werden in einem Dokument Agenten erwähnt, deren Auftrag es war, die in der Partei entstandene Diskussion nach der Anti-Stalin-Rede Chruschtschows zu verschärfen.

Agenten wurden auch eingesetzt, um Risse in anderen Organisationen systematisch auszuweiten. So wurde einer dieser Agenten angewiesen, die Vermutung zu äußern, der Führer einer SDS-Fraktion finanziere seinen Drogenkonsum aus Gruppenmitteln, und ein weiteres prominentes SDS-Mitglied habe an einer Schule Gelder unterschlagen. Die Außenstelle des FBI berichtete

daraufhin, aufgrund der Aktionen dieses Agenten sei es ‚bei verschiedenen SDS-Treffen der letzten Zeit zu handgreiflichen Auseinandersetzungen und Beschimpfungen' gekommen. Außerdem hätten Angehörige der einen Fraktion andere SDS-Mitglieder ‚schon am frühen Morgen angerufen, sie bedroht und den Versuch unternommen, sie vom Besuch von SDS-Zusammenkünften abzuhalten'.

In einem anderen Fall wurde ein Agent dazu veranlaßt, unter den Mitgliedern der Gruppe, der er angehörte, ‚die Frage aufzuwerfen', ob der Führer der Gruppe, ein dreißigjähriger Junggeselle, ‚nicht vielleicht ein Bisexueller oder ein Homosexueller sei'. Die Außenstelle war der Meinung, diese Frage werde ‚sich schnell zu einem Gerücht entwickeln' und könne ‚ernste Konsequenzen im Hinblick auf die Führungsqualitäten und Wirksamkeit' des Betreffenden nach sich ziehen".

Fiktive Organisationen

Das FBI plante auch, fiktive Clubs der Kommunistischen Partei zu organisieren. Diese Gruppen sollten aus FBI-Informanten bestehen und deren Aufgabe sollte es sein, ihre von der Parteilinie abweichende Meinung öffentlich zu äußern, verleumderische Gerüchte über führende Parteimitglieder zu verbreiten und den Eindruck zu erwecken, es gebe eine Spaltung in den Reihen der Mitgliedschaft (Memorandum der New Yorker Außenstelle an die FBI-Zentrale, 9. Juli 1964).

Im Namen nicht existierender Organisationen verschickte das FBI außerdem Briefe und Protesterklärungen. So wurden zum Beispiel Rundbriefe eines sogenannten „Komitees für die Verbreitung sozialistischen Gedankengutes in Amerika" verschickt, in denen mindestens für die Dauer von zwei Jahren die Kommunistische Partei der USA scharf angegriffen wurde (Memorandum von F.J. Baumgardner an W.C. Sullivan, 5. Januar 1965).

Durch die Veröffentlichung des Church Commission Reports wurde enthüllt, daß das FBI mindestens zwei maoistische Gruppen in der Absicht gründete, linke Organisationen und Gewerkschaften zu spalten („Counterspy", Frühjahr 1976, S. 28).

Das FBI rief auch eine rechtsextreme Terroristengruppe ins Leben, deren militante Angriffe sich gegen die Antikriegsbewegung in Kalifornien richteten. Zu ihrer Tätigkeit gehörten Bombenanschläge, Verwüstungen von Wohnungen und Büros der Kriegsgegner und Todesdrohungen; außerdem wurde von Mitgliedern dieser Gruppe eine junge Frau angeschossen („International Herald Tribune" v. 12. 1. 1976).

Diffamierung von Zielpersonen als Agenten

Um führende und andere Mitglieder öffentlicher Organisationen in Mißkredit zu bringen, verbreitete das FBI Gerüchte über ihre angebliche Agententätigkeit, wodurch politisch noch unreife junge Amerikaner in die Irre geführt werden sollten.

In einem dieser Fälle wollte das FBI die Vorsitzende des Student Mobilisation Committee an der Universität des Staates South Carolina in Verruf bringen. Die Polizei nahm zwei Mitglieder dieser Organisation fest, und nach einem vorher verabredeten Zeichen erhielten die Polizisten (in Anwesenheit der beiden Festgenommenen) vom Funker folgende Mitteilung: „(Name der Vorsitzenden) hat gerade angerufen. Sie möchte, daß Sie Kontakt mit ihr aufnehmen. Sie hat gesagt, Sie hätten ihre Telefonnummer".

In einem weiteren Fall „wurde ein führendes Mitglied der Black Panther Party (BPP) zusammen mit vier weiteren Parteimitgliedern von der örtlichen Polizei festgenommen. Die vier anderen Mitglieder wurden wieder freigelassen. In Absprache mit der Zentrale setzte die FBI-Außenstelle dann das Gerücht in Umlauf, der führende Vertreter der Panther sei ‚als letzter freigelassen worden', weil er ‚mit der Polizei zusammenarbeite und mit dem Police Department von Los Angeles die Abmachung getroffen habe, Informationen über die Panther zu liefern'".

Das reichte dem FBI jedoch noch nicht. Als der Betreffende freigelassen wurde, erhielt er einen anonymen Telefonanruf, in dem ihm mitgeteilt wurde, seine Festnahme sei von einem rivalisierenden Führungsmitglied der Panther veranlaßt worden.

C. Einsatz gegnerischer Gruppen

„Mit seinen Bemühungen um eine Fraktionsbildung verfolgte das FBI die Absicht, Einzelne oder auch Gruppen voneinander zu trennen, die sonst als Verbündete zusammengearbeitet hätten. Von dieser Technik gab es noch eine Variante: Organisationen, die den Zielgruppen bereits feindlich gesonnen waren, wurden dazu veranlaßt, sie direkt anzugreifen".

D. Belieferung von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten mit diffamierenden Informationen

„Obwohl diese Technik in relativ wenigen Fällen zur Anwendung kam, führte sie von allen COINTELPRO-Aktionen zu den erschütterndsten Ergebnissen. Informationen aus dem persönlichen Lebensbereich, zum Teil ausdrücklich für COINTELPRO-Zwecke gesammelt, wurden weiterverbreitet, entweder direkt durch einen anonymen Brief oder Anruf an die Familienmitglieder der Zielperson, oder indirekt durch Weiterleitung der betreffenden Informationen an die Medien".

Ein Beispiel: Das FBI schickte einen anonymen Brief an den weißen Ehemann einer ebenfalls weißen Frau, die an führender Stelle in der Frauenorganisation „Women's International League for Peace and Freedom" (WILPF) tätig und außerdem Mitglied der antirassistischen Organisation ACTION war, der schwarze und weiße Mitglieder angehörten. Ziel des Briefes war, einen Ehekrach hervorzurufen, „der dazu führen wird, daß ACTION ein Mitglied und WILPF eine wertvolle Führungskraft verliert, wodurch beiden Organisationen ein entscheidender Schlag versetzt wird". Der Brief war von einer fiktiven

Schwarzen verfaßt, die „Mr. B." darüber informierte, daß seine Frau mit den schwarzen Männern der Organisation ACTION schlafe. Vier Monate später berichtete die FBI-Außenstelle der Zentrale, man habe ein „greifbares Ergebnis" erreicht: die Zielperson und ihr Mann hatten sich nach einer Reihe ehelicher Auseinandersetzungen scheiden lassen.

Ein ähnlicher anonymer Brief wurde vom FBI-Büro in St. Louis an die Frau eines der führenden Mitglieder einer schwarzen Organisation geschickt. In dem Brief wurde der Mann (X) beschuldigt, mit mehreren Frauen seiner Organisation zu schlafen. Das FBI beabsichtigte mit diesem Brief, „Abneigung und möglicherweise ein dauerhaftes Mißtrauen zwischen X und seiner Frau" hervorzurufen. Auf diese Weise würde der Mann „nicht mehr so viel Zeit für die Arbeit in seiner Organisation aufwenden können".

E. Kontakte mit Arbeitgebern

Regelmäßig informierte das FBI Firmenchefs über die politischen Meinungen und Aktivitäten ihrer Arbeiter und Angestellten und belieferte Kreditinstitute mit Informationen über politisch unerwünschte Einzelne und Organisationen, die daraufhin nirgendwo einen Kredit aufnehmen konnten.

F. Einsatz und Mißbrauch staatlicher Maßnahmen

„In diese Kategorie, die insgesamt 9% aller genehmigten Projekte umfaßt, fallen staatliche Maßnahmen (Hinzuziehung von Behörden auf Bundes-, Staats- und Ortsebene zu Festnahmen, Verhören, Razzien, Durchsuchungen, Ausweisungen usw.); Eingriffe in laufende Gerichtsverfahren (zum Beispiel Maßnahmen gegen Anwälte, die ‚subversive Personen' vor Gericht verteidigen); Behinderung von Wahlkandidaten und politischen Amtsträgern; sowie die Praxis, Politiker und Untersuchungsausschüsse – manchmal ohne deren Wissen – in die Maßnahmen gegenüber Zielpersonen und -gruppen mit einzubeziehen". . . .

Der Große Bruder sieht dich an

Am 28. April 1971 befahl J. Edgar Hoover dem FBI, die Aktion COINTELPRO „aus Sicherheitsgründen" und wegen der „heiklen Natur des Programms" einzustellen. Dies bedeutete jedoch nicht, daß das FBI seinen Kampf gegen amerikanische Oppositionelle aufgegeben hätte. Hoover stellte ganz klar fest, „in außergewöhnlichen Umständen" müßten bestimmte Operationen auch weiterhin durchgeführt werden. Und der Justizminister hörte 1976 plötzlich auf, die Aktion COINTELPRO zu verurteilen und bedauerte „nur gewisse Aspekte" des Programms.

Es gibt Gründe genug zu der Annahme, daß das Programm nicht eingestellt wurde, sondern nur einige formale Veränderungen erfolgten. Selbst die Church Commission bestätigt diese Annahme in ihrem Bericht: „. . . COINTELPRO existierte jahrelang nur auf einer Ad-hoc-Basis, bevor die verschiedenen Programme formal ausgearbeitet waren, und es kann durchaus sein,

daß Aktivitäten vom Typ COINTELPRO auch heute noch durchgeführt werden, allerdings unter der Rubrik ‚Ermittlungen'" (Schlußbericht des Select Committee, 23. April 1976, S. 12).

Narda Zaccino, ein Reporter der „Los Angeles Times", berichtete am 22. September 1975, ein FBI-Beamter habe zugegeben, daß dieser Typ von Aktionen auch weiterhin durchgeführt werde. Und der Geheimdienstausschuß des Senats konnte im Laufe seiner Nachforschungen auch den Titel herausfinden, unter dem die Oppositionsbekämpfung neuerdings betrieben wird: „Intensive Ermittlungen". Wenn der Ausschuß mehr als nur den Namen herausgefunden hat, dann war davon während der öffentlichen Hearings jedenfalls nicht die Rede, wenn man von den offiziellen Erklärungen absieht, die sich auf die Notwendigkeit bezogen, diese Arbeit fortzusetzen. („Counterspy", Frühjahr 1976, S. 31).

Das FBI war und ist auch nicht die einzige Regierungsbehörde, die einen regelrechten Krieg gegen die demokratischen Kärfte Amerikas führt. Nach dem FBI sind die CIA und die Armee die beiden wichtigsten Unterdrückungsapparate auf nationaler Ebene.

Auf Anordnung des Präsidenten L. Johnson im Jahre 1967 begann die CIA mit einer großangelegten Spionageaktion innerhalb der Vereinigten Staaten. (Nach dem Gesetz, durch das die CIA im Jahre 1947 ins Leben gerufen wurde, war dies illegal.) Johnson erteilte der CIA den Auftrag, Beweise dafür zu liefern, daß die amerikanische Opposition gegen den Vietnamkrieg ihren Ursprung nicht in der amerikanischen Wirklichkeit hatte, sondern Teil einer „internationalen kommunistischen Verschwörung" war. Das daraus resultierende „Unternehmen CHAOS" entwickelte sich zum größten innenpolitischen Spionageprogramm der CIA.

Im Juli 1968 verschickte die CIA-Zentrale an alle örtlichen CIA-Stationen ein Fernschreiben, in dem es hieß: „Wie viele von Ihnen wissen werden, ist die Zentrale mit einem heiklen Dringlichkeitsprogramm befaßt, das ausländische Kontakte zu US-Bürgern und Organisationen der ‚Radikalen Linken' betrifft. Zu dieser Kategorie gehören radikale Studenten, Aktivisten der Antikriegsbewegung, Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, schwarze Nationalisten, Anarchisten und verschiedene Vertreter der ‚Neuen Linken'".

Die Church Commission gab dazu die folgende Erläuterung: „Die Aktion CHAOS diente dem Ziel, alle verfügbaren Informationen über Auslandsverbindungen der Rassen-, Antikriegs- und sonstiger Protestbewegungen in den USA zu sammeln und auszuwerten.

Das CHAOS-Büro war an der Ausarbeitung von etwa einem halben Dutzend wichtiger Berichte beteiligt, die für höhere Regierungsstellen bestimmt waren. Alle diese Berichte kamen zu dem Schluß, daß auswärtige Elemente in den verschiedenen Protestbewegungen keine bedeutende Rolle spielten. Dieses wiederholt festgestellte negative Ergebnis stieß auf die anhaltende Skepsis des Weißen Hauses unter zwei Regierungen, und jedesmal wurden von dort weitere Untersuchungen angefordert. Als Reaktion auf diese Skepsis

wurde die Aktion CHAOS noch weiter auf Amerikaner ausgedehnt, um das Vertrauen des Weißen Hauses in die Ergebnisse der Untersuchungen zu verstärken".

Die verschiedenen Zweige des militärischen Geheimdienstes begannen Anfang der 60er Jahre mit der Ausspionierung amerikanischer Oppositioneller. Als die Bürgerrechtsbewegung und die Antikriegsbewegung weiter anwuchsen, wurde diese Überwachung verschärft, und das Pentagon arbeitete Pläne aus, nach denen Truppenbewegungen durchgeführt, 10 000 Soldaten in 25 Großstädten stationiert und repressive Maßnahmen gegen die demokratischen Kräfte der USA eingeleitet werden sollten.

Am 1. Februar 1968 beschloß das Pentagon einen Aktionsplan gegen die „innere Unruhe" und „oppositionelle Elemente". Dieser Plan ging von der Annahme aus, daß die Amerikaner, die in den verschiedenen Protestbewegungen mitarbeiteten, dies „im Interesse ausländischer Mächte und zum Schaden der Vereinigten Staaten von Amerika tun".

Gleichzeitig arbeitete das Pentagon das sogenannte „Washingtoner Frühjahrsprojekt" aus, eine Strategie massiver Unterdrückung, die sich gegen den von Dr. King für April 1968 geplanten „Marsch der Armen" richtete. Dr. King wurde jedoch ermordet, bevor er seinen Plan verwirklichen konnte. In allen Teilen des Landes gingen Ghettos in Flammen auf.

Die Armee beschloß, eine ständige Gruppe ins Leben zu rufen, um Unterdrükkungsmaßnahmen wirksamer organisieren und koordinieren zu können. Die Räume dieser Gruppe im Souterrain des Pentagons wurden bezeichnenderweise „Domestic War Room" (etwa: Innenpolitische Kriegführung) genannt.

Gegen Ende der 60er Jahre hatte sich der militärische Geheimdienst der Armee zur zweitgrößten politischen Polizei im Innern der USA entwickelt – nach dem FBI. Die Abteilung für Gegenspionage-Analysen im Armeeministerium beschäftigte für ihre Operationen in den USA mehr Personal als für alle übrigen Gegenspionage-Operationen im Ausland (einschließlich Südostasien) zusammengenommen. Christopher Pyle, ein ehemaliger Nachrichtenoffizier der Armee, erklärte in enthüllender Weise, die Armee habe „den für einen Polizeistaat benötigten Apparat bereits zur Verfügung".

Schlußfolgerungen

Rassistische und politische Unterdrückung von nichtweißen Amerikanern ist so alt wie die Vereinigten Staaten selbst, und die Ungleichheit der Rassen ist eine grundlegende Prämisse der amerikanischen Verfassung. Die politische Unterdrückung weißer oppositioneller Amerikaner war – auch wenn sie zeitweise ein gewaltiges Ausmaß erreichte – immer in gewissem Sinne zu rechtfertigen, indem man erklärte, linke Ideen und Forderungen seien den patriotischen Interessen „aller Amerikaner" entgegengesetzt. Aber die Tatsache, daß sogar Mitglieder des „Establishments" bespitzelt wurden, daß das Weiße Haus die CIA zur Manipulation von Präsidentenwahlen benutzte, sowie der

Mißbrauch und die kriminellen Handlungen der Geheimdienste, haben inzwischen bei jedermann Besorgnis ausgelöst. Die berüchtigte Watergate-Affäre und die Hearings bei der Amtsenthebung Nixons haben einen ersten Eindruck von den durch die Regierung organisierten Mißbräuchen und illegalen Handlungsweisen sowie von ihrem riesigen Umfang vermittelt. Ehemalige Geheimdienstagenten begannen zu reden, und Amerika war schockiert, jetzt die Beweise dafür zu hören (Vermutungen hatte es bereits seit langem gegeben), daß die CIA sich in die Angelegenheiten anderer Völker einmischte, Regierungen ins Wanken brachte, führende Politiker des Auslands ermordete und die Bürger des eigenen Landes bespitzelte. Es kam zur Bildung verschiedener Untersuchungsausschüsse.

Der Church-Ausschuß hat mit seinem Bericht vielleicht am umfassendsten die illegalen und kriminellen Handlungsweisen der US-Regierung durch ihre verschiedenen Dienste, FBI, CIA, Armee usw. enthüllt. Trotzdem ist dieser Bericht in seinen mehreren Bänden nur ein recht unzureichendes Dokument. CIA und FBI haben selbst wichtige Teile zensiert. Der Church-Ausschuß hat die Beteiligten an diesen illegalen und kriminellen Akten gegen amerikanische Bürger dadurch geschützt, daß er ihre Namen verschweigt. (Man ruft die Polizei, wenn man seine Rechte schützen will. Aber wen ruft man, wenn die Polizei und andere Regierungsbeauftragte selbst die Verbrecher sind?)

Der Church Report und die anschließenden Enthüllungen sind sehr unvollständig. Als ein Beispiel sollen nur die COINTELPRO-Maßnahmen gegen die Black Panther Party angeführt werden. Es wurden lediglich 53 000 Seiten COINTELPRO-Material freigegeben. Ein FBI-Beamter hat jedoch ausgesagt, das FBI besitze zwischen 1,5 und 2 Millionen Seiten Material allein über die Schwarzen Panther.

Der Church-Ausschuß war ebenso wie andere Regierungsausschüsse lediglich so etwas wie eine kosmetische Operation. Sie sollten das Verhältnis der Regierung zu den Bürgern nicht verändern. Ihr Ziel bestand einerseits darin, sich als Gegner dieser Art von Unterdrückung auszuweisen, und andererseits in dem Versuch, das amerikanische Volk und den Rest der Welt davon zu überzeugen, daß es sich bei diesem „Mißbrauch der Macht" um Aktionen Einzelner gehandelt habe und „daß man der amerikanischen Regierung noch immer vertrauen kann". Die Strategie ist alt: Man bildet einen Ausschuß. Studiert das Problem. Veröffentlicht einen umfangreichen Bericht. Dann wird die Bevölkerung überzeugt sein, daß der Kongreß sich um die Sache kümmert und daß in dieser Sache etwas getan wird – während die Berichte in den Regalen verstauben.

„Es besteht die Gefahr, daß jetzt, nachdem Watergate vorbei ist und die offiziellen Untersuchungen über die Tätigkeit der Geheimdienste abgeschlossen sind, das Land sich einlullen läßt und glaubt, eine bloße Katalogisierung der Mißbräuche der Vergangenheit habe das Problem auch für die Zukunft gelöst. Das ist nicht der Fall; Enthüllungen sind noch keine Reformen"[1]).

1) M. H. Halperin, J. Berman, R. Borosage, C. Marwick, The Lawless State, Penguin Books, 1976, S. 239.

Der polizeistaatliche Apparat, der während der Regierungszeit Nixons perfektioniert wurde, ist nie aufgelöst worden. Die Bedeutung der Enthüllungen liegt darin, daß sie aufzeigen, in welchem Ausmaß diese Maschinerie des Polizeistaats innerhalb der administrativen Apparate existiert (und in den Gremien, die jetzt als Sündenbock herhalten müssen). Auch Carters Ruf nach „nationaler Sicherheit" unterschied sich in keiner Weise von den Äußerungen früherer Regierungen. Wieder soll sie als Gummiband fungieren und die „amerikanischen Interessen" gegenüber den berühmten „ausländischen Mächten" zusammenhalten.

„Für die Vereinigten Staaten hat der Kriegszustand nie aufgehört. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA die Rolle Englands als Garant einer stabilen Welt. Der offenen Kriegführung folgte die Zeit des permanenten Kalten Krieges . . . Die Kriegsvollmachten des Präsidenten wurden nie aufgehoben, die Institutionen der Kriegszeit nie aufgelöst . . . Die ‚nationale Sicherheit' ist ein Begriff, dem man sich nicht entziehen kann . . . Wer die Macht hat, eine Bedrohung der ‚nationalen Sicherheit' zu definieren, hat auch die Macht, für führende Politiker des Auslands ebenso wie für die Bürger im eigenen Lande die Grenzen akzeptablen Verhaltens festzulegen. Die Präsidenten der Nachkriegszeit haben nicht nur das Recht in Anspruch genommen, nationale Sicherheit zu definieren, sondern diese Definition auch politisch durchzusetzen – oft genug durch geheime Maßnahmen. Die Möglichkeit, geheime Maßnahmen zu treffen, verstärkte den Machtanspruch des Präsidenten und erlaubte es gleichzeitig den Regierungen, ständig in das politische Geschehen im In- und Ausland einzugreifen . . . Daraus entwickelte sich ein geheimer Machtbereich der Regierung, der über die Mittel verfügte, die Opposition im In- und Ausland zu beobachten und im Bedarfsfall auch zu zerschlagen"[2]).

Als Präsident Carter sich selbst zum „Vorkämpfer der Menschenrechte" ernannt hatte, mußte er alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die öffentliche Aufmerksamkeit von der geheimen und offenen Kriegführung gegen die amerikanische Opposition abzulenken. Das war einer der Hauptgründe dafür, daß er zu einem so glühenden Verteidiger der Oppositionellen und Dissidenten in weit entfernten Ländern wurde.

Um seiner ehrgeizigen Rolle als „Führer der Freien Welt" nachzukommen, hatte Carter erklärt, die Zeit der Regierungsmißbräuche sei vorbei, und von nun an würden die demokratischen Rechte der Amerikaner respektiert. Aber wie schon in anderen Bereichen, in denen Carter Schwierigkeiten hatte, Wort und Tat auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, schlug seine Regierung eine Charta für die Tätigkeit der Geheimdienste vor, mit der die sogenannten „Mißbräuche" legitimiert, nicht aber korrigiert werden sollten.

Wozu hatte Lyndon B. Johnson die CIA im Jahre 1967 aufgefordert? „Beschaffen Sie alle Informationen, aus denen hervorgeht, daß die amerikanische Opposition unter Einfluß und Kontrolle einer auswärtigen Macht steht."

2) Ebd., S. 5.

Wir haben noch eine Chance, und darin liegt unsere Verantwortung

Die Rolle von Wissenschaftlern und Intellektuellen bei der Vorbereitung oder Verhütung des Atomkrieges

Von Daniel Ellsberg

Als Experte für Atomkriegsplanung – er war an der Ausarbeitung der Operationspläne für die strategische Kriegsführung der USA auf höchster Ebene beteiligt und diente vier verschiedenen US-Präsidenten – kennt Daniel Ellsberg wie wenige andere die amerikanische Atomrüstung und ihre möglichen Konsequenzen. Weltbekannt wurde Ellsberg 1971 durch seine mutige Entscheidung, die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon an die Öffentlichkeit zu bringen. Die „Pentagon-Papers" spielten eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit für die Beendigung des US-Krieges in Vietnam.

Am 24. April 1981 sprach Daniel Ellsberg erstmals in der Bundesrepublik, auf einer Veranstaltung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zum Auftakt der diesjährigen Friedenswochen in Münster. Der amerikanische Text seines Vortrags erscheint demnächst in den „Englisch-Amerikanischen Studien" (Vierteljahreszeitschrift im Pahl-Rugenstein Verlag) Die „Blätter" veröffentlichen im folgenden, von Ellsberg autorisiert, die wichtigsten Passagen seines Münsteraner Vortrags über „Scientists and war-making" in deutscher Übersetzung. D. Red.

Wenn ich mich zum Thema (Natur-)Wissenschaftler und Kriegsplanung äußern soll, dann erscheint es angebracht, erst einmal nach dem zu fragen, was Daniel Ellsberg überhaupt von den (Natur-)Wissenschaftlern weiß. Schließlich bin ich als Wirtschaftswissenschaftler ausgebildet worden, und über die Zugehörigkeit dieser Disziplin zum Bereich strenger Wissenschaft kann man durchaus geteilter Meinung sein. Immerhin habe ich meine Ausbildung jedoch in Harvard, Cambridge und einigen anderen Orten erhalten, so daß ich mich selbst für einen Intellektuellen halten oder wenigstens versuchen kann, ein solcher zu werden. In dieser Eigenschaft wurde ich als Sozialwissenschaftler von angesehenen Organisationen eingestellt, die zur amerikanischen Regierung gehörten, und von einem bestimmten Punkt ab führte mich eine schnelle und steile Karriere dahin, daß ich in Vietnam als professioneller Konterrevolutionär für die US-Regierung im Rahmen des Befriedungsprogramms tätig war, nachdem ich zuvor einige Jahre in der atomaren Kriegsplanung gearbeitet hatte. Vielleicht finden Sie das gerade Gesagte schwer verständlich, ich jedenfalls kann es auch nur schwer verstehen. Als amerikanischer Wissenschaftler und Intellektueller, der gerade fünfzig geworden ist, habe ich viel

Zeit damit verbracht, mich – wie viele andere Amerikaner – nach Ablauf der 60er Jahre zu fragen: Wie konnte es dazu kommen, daß meine Regierung Vietnam mit viermal so viel Bomben belegt hat, wie im Zweiten Weltkrieg abgeworfen wurden? Aber darüber hinaus bin ich einer derjenigen Amerikaner, die sich die Frage stellen müssen: Wie konnten wir, wie konnte ich das tun? Denn ich war einer der Beteiligten.

Wie konnten wir, wie konnte ich das tun?

Ich habe noch nie vor einem deutschen Publikum gesprochen. Über eins bin ich mir jedoch im Klaren: Es muß hier Menschen geben, die vielleicht zehn Jahre älter sind als ich und die sich früher, zur Zeit des Zweiten Weltkrieges genau die gleichen Fragen gestellt haben. Ein Erbe meiner Ausbildung zum Intellektuellen besteht in dem sehr starken Bedürfnis, die Wirklichkeit zu verstehen, in der ich lebe, und in dem Versuch, sie zum Besseren zu verändern. Als ich 1969 begann, die 7000 mit dem Vermerk „Top Secret" versehenen Seiten der Pentagon-Papiere zu kopieren, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da war das ein Akt des Widerstands. Aber schon damals war ich ebenso wie heute der Ansicht, daß man diesem Krieg nicht nur Widerstand entgegensetzen, sondern daß man ihn auch verstehen muß. Und ich bin noch immer der Meinung, daß die Entwicklung hin zur Selbstvernichtung der Menschheit – eine Entwicklung, an der weltweit ein so großer Teil der Wissenschaftler und Intellektuellen aktiv beteiligt ist – nicht nur Widerstand erfordert, sondern endlich auch verstanden werden muß. Und ich hoffe, dazu einen kleinen Beitrag leisten zu können.

Als ich im Jahre 1969 die Pentagon-Papiere dem Senat vorlegte, hatten wir bereits 3,2 Mio. Tonnen Bomben über Vietnam abgeworfen, zweieinhalb mal so viel wie im Zweiten Weltkrieg. Es war höchste Zeit, sich der Antikriegsbewegung anzuschließen. Aber es wurden noch weitere vier Mio. Tonnen Bomben über Vietnam abgeworfen, bevor dieser Krieg zu Ende war. Während dieser Prozeß ablief, wurde mir klar, daß es falsch war, diesen Krieg zu führen, und die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung außerhalb des Establishments war 1969 zu der gleichen Schlußfolgerung gelangt. Das galt sogar für sehr viele führende Mitglieder der Rand Corporation, der ich damals angehörte, und die wissenschaftliche Forschungsarbeiten für das Verteidigungsministerium ausführt. Ich kenne keinen von den 500 hauptberuflichen Mitarbeitern, der 1969 den Vietnamkrieg unterstützt hätte. Sollte es Anhänger des Krieges wirklich gegeben haben, dann haben sie jedenfalls nichts von ihrer Einstellung verlauten lassen und dürften auch nur sehr wenige gewesen sein. Und doch arbeiteten sie alle für den Krieg. Im Pentagon hieß es 1968, es gebe in Washington nur drei Leute, die noch Befürworter des Vietnamkrieges seien, nämlich Präsident Lyndon Johnson, sein Berater für nationale Sicherheitsfragen Walt W. Rostow, und der Außenminister Dean Rusk. Und das war durchaus kein Witz, sondern entsprach ungefähr den Tatsachen. Aber der Krieg wurde weitergeführt. Mir ist zur Frage der Motive vieles durch ein Buch klargeworden, das Raul Hilberg über die Vernichtung der europäischen Juden

geschrieben hat. Das Werk basiert auf Nazi-Unterlagen und ist ein sehr wichtiges Buch, umfangreich und voller Details, und beginnt mit den Worten: „Dies ist kein Buch über die Juden. Es ist ein Buch über das Volk, das die Juden vernichtete, ein Buch über Deutsche. Es handelt nicht von allen Deutschen, es handelt von den Zehntausenden, die am Vernichtungsapparat in irgendeiner Weise direkt beteiligt waren: an der Erfassung der Juden, ihrer Aussonderung, ihrem Abtransport (auf diesem Gebiet war Eichmann tätig), an den Konzentrationslagern, den Gaskammern und so weiter." Zehntausende. Welches waren ihre Motive? Der Hauptteil des Buches untersucht, wie sie ihre Arbeit erledigt haben, und erst das Schlußkapitel ist der Frage gewidmet, welche Gründe für sie dabei maßgebend waren. Wenn ein Amerikaner, der mit Regierungsarbeit zu tun hatte, das Kapitel las, dann stieß er unweigerlich auf eine Liste von Argumenten, die ihm allesamt bekannt waren. Zum Beispiel: Wenn ich das nicht mache, dann macht es ein anderer, und der ist vielleicht grausamer als ich. Wenn ich das nicht mache, dann komme ich an die Ostfront und sterbe dort. Man wird mich verhaften, wenn ich dies nicht auch noch tue. Ich werde degradiert, ich werde es in meiner Organisation zu nichts bringen. In Dingen der nationalen Sicherheit haben die Leute an der Spitze, die Führer des Staates zu entscheiden. Was kann ich schon dagegen tun? Wenn die Informationen mich nicht überzeugen, dann liegt das sicher daran, daß ich nicht alle Informationen habe. Die da oben werden schon wissen, warum das für unser Land getan werden muß. – Ich begriff, daß alle diese Argumente, die ich eins nach dem anderen wiedererkannte, der Grund dafür waren, daß Menschen auch weiterhin ihre Arbeit in einem Krieg verrichteten, an den sie längst nicht mehr glaubten. Auch 1937/38 gab es eine Periode, in der die große Mehrheit des deutschen Generalstabs Hitlers Politik für gefährlich und geradezu verrückt hielt und von ihrem Mißerfolg überzeugt war, und doch wurde sie von Leuten vom Fach in die Praxis umgesetzt. Und nach 1944 war natürlich jedem von Speer abwärts (und zweifellos auch Hitler) klar, daß der Krieg verloren war, und doch wurde er weitergeführt. Jedem, der mit diesen Dingen zu tun hatte, war das auch in den Vereinigten Staaten nur allzu vertraut.

Viele Leute befürchten, daß die neuen Nationen Atomwaffen in die Hand bekommen. Man hat Angst davor, daß diese Waffen in die falschen Hände gelangen und schließlich gegen Menschen eingesetzt werden. Ich bestreite das nicht. Aber ich halte die Lage für viel beunruhigender, weil ich weiß, in welcher Weise die Führer meines eigenen Landes diese Waffen eingesetzt haben, und sie haben sie insgeheim eingesetzt – seit Nagasaki mindestens ein Dutzend mal. Und dieses Beispiel könnte, so fürchte ich, von anderen nachgeahmt werden. Ich bin nicht besorgt über politische Führer vom Typ Idi Amin, sondern über solche, die zu Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden. Und das bedeutet ganz einfach, daß wir uns in einer noch verzweifelteren Lage befinden, als es den Anschein hat. Was bedeutet es nun, wenn man sagt, diese Waffen seien eingesetzt worden? Für die meisten Physiker, die an den Bomben arbeiten, gilt folgendes: Sie wissen, daß die Waffen, die sie vorberei-

Neuerscheinungen

Harold Rasch
NATO-Bündnis oder Neutralität?
Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207
137 Seiten, DM 12,80

Heinz Becker/Otmar Leist (Hrsg.)
Militarismus in der Bundesrepublik
Ursachen und Formen
Mit Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 225
140 Seiten, DM 9,–

Lew Besymenski
Die Schlacht um Moskau 1941
Kleine Bibliothek Band 216
Ca. 240 Seiten, DM 14,80

Autorenkollektiv
Deutschland im zweiten Weltkrieg
Band 4: August bis Ende 1943
Mit zahlreichen Abbildungen, Karten und Bildtafeln
Großformat, Leinen mit Schutzumschlag
680 Seiten, DM 48,–

Gustav Seeber/Heinz Wolter
Die preußisch-deutsche Reichgründung 1870/71
Mit 32 Bildseiten und 50 Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 217
160 Seiten, DM 14,80

Waltraud Bergmann u. a.
Soziologie im Faschismus 1933—1945
Texte und Darstellungen
Kleine Bibliothek Band 221
205 Seiten, DM 16,80

Peter Hinrichs
Um die Seele des Arbeiters
Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871—1945
Kleine Bibliothek Band 211
319 Seiten, DM 19,80

Konstanze Wetzel
Gewerkschaftsbewegung und Persönlichkeitsentwicklung
Mit einem Vorwort von Reinhard Kühnl
Studien zur Kritischen Psychologie Band 26
238 Seiten, DM 18,–

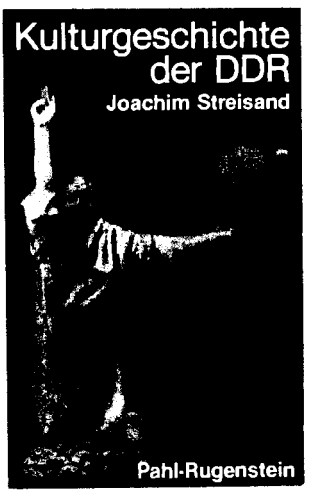
Georg Feuser / Wolfgang Jantzen (Hrsg.)
Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie I
Mit Beiträgen von G. Feuser, U. Grüne, U. Holste, H. Kammering, U. Roth, L. Toresini, E. Weimann
Studien zur Kritischen Psychologie Band 28
210 Seiten, DM 15,–

Harald Werner
Erfahrung, Erkenntnis und Motivation in der Arbeiterbildung
Zur kritisch-psychologischen Theorie des Lernens
Studien zur Kritischen Psychologie Band 29
120 Seiten, DM 15,–

Johanna Hund (Hrsg.)
Unterm Rad des Fortschritts?
Technik, Umwelt, Gesellschaft
Kleine Bibliothek Band 213
193 Seiten, DM 12,80

Wolfram Grüber
Sozialer Wohnungsbau in der Bundesrepublik
Der Wohnungssektor zwischen Sozialpolitik und Kapitalinteresse
StadtPlan 4
196 Seiten, DM 14,80

Oswaldo Puccio
Ein Vierteljahrhundert mit Allende
Erinnerungen seines Privatsekretärs
48 Fotos, Leinen mit Schutzumschlag
432 Seiten, DM 19,80



Joachim Streisand
Kulturgeschichte der DDR
Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen
Kleine Bibliothek Band 220
245 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein
Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051

ten, Instrumente des Völkermordes sind. Dieses Wort benutzen sie zwar nie, aber sie würden es auch nicht ablehnen, wenn man Völkermord im Sinne der UNO definiert als „absichtliche Vernichtung der Gesamtheit oder eines Teils einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe als solcher". Und dieses „als solche" bedeutet ganz präzise, daß die betreffende Gruppe nicht als Angreifer im bewaffneten Kombattantenstatus auftritt.

Mitteleuropäische Städte liegen etwa eine Megatonne voneinander entfernt

Atomwaffen eignen sich nicht für eine Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten. Lassen Sie mich das sofort am Beispiel Europas ausführen. Es gibt in Europa kaum eine Gegend, in der die Ortschaften mehr als eine Kilotonne voneinander entfernt sind. Lassen Sie mich erklären, wie das zu verstehen ist. Eine Kilotonne entspricht tausend Tonnen und ist als Einheit seit der Atombombe von Hiroshima in Gebrauch. Damals hatte eine Atombombe – nehmen wir die Nagasaki-Bombe, die größer und moderner war – eine Sprengkraft, die 20 000 Tonnen TNT entsprach. Das ist zwar nur ein sehr kleiner Bruchteil von den insgesamt abgeworfenen zwei Millionen Tonnen, aber diese 20 000 Tonnen oder 20 Kilotonnen befanden sich in einer einzigen Bombe und wurden von einem einzigen Flugzeug transportiert. Heute verfügen die USA über 22 000 Atomwaffen von etwa dieser Größe – die sogenannten taktischen Atomwaffen. Eine solche Bombe verfügt über einen genügend großen Explosionsradius, um in der Gegend, über der sie abgeworfen wird, alles zu töten, und sie klopft vorher auch nicht an die Türen, um nachzusehen, ob die Betroffenen Uniform tragen oder nicht; ob jung oder alt, Kranke oder Zivilisten – im Abwurfgebiet werden alle ohne Unterschied getötet.

Ich will damit sagen, daß es außerordentlich schwierig ist, Waffen dieser Größenordnung in Europa einzusetzen. Und auf europäischem Boden allein haben wir bereits rund 7000 solcher Waffen stationiert. Es ist schon sehr schwierig, eine einzige dieser Bomben einzusetzen, ohne nicht nur Menschen zu treffen, die sich im Freien aufhalten, sondern ganze Dörfer und Ortschaften oder sonstige Bevölkerungszentren, da wegen der großen Besiedelungsdichte die Ortschaften auch dann betroffen sind, wenn die Bombe direkt zwischen sie fällt. Mitteleuropäische Städte liegen etwa eine Megatonne weit auseinander. Das bedarf einer Erklärung, daher will ich auf drei Punkte besonders hinweisen, die für das Verständnis wichtig sind und zugleich die Notwendigkeit des Widerstandes unterstreichen. Ich möchte dazu noch weiter zurückgehen als Hiroshima. Seit etwa 1940 hat sich die Welt grundlegend verändert. Eine dieser Veränderungen besteht in der Weiterentwicklung der Atombombe zur Wasserstoffbombe. Die Bezeichnungen A-Bombe, Atombombe und Kernspaltungsbombe sind mehr oder weniger Synonyme für den Bombentyp von Hiroshima und Nagasaki. Die H-Bombe, Wasserstoffbombe, thermonukleare oder Fusions-Bombe beruht auf einem anderen physikalischen Prinzip und ist aus anderem Material zusammengesetzt. Sie war erst gegen Ende der 50er Jahre einsatzreif, also mehr als ein Jahrzehnt nach Hiroshima. Die Welt, in der wir heute leben, wird ganz entscheidend von der Wasserstoffbombe geprägt,

nicht von der Atombombe. Und zu meinen, die Risiken, denen wir uns gegenüberstehen, würden sich in der Größenordnung von Hiroshima bewegen, hieße die inzwischen stattgefundene Entwicklung gründlich mißzuverstehen. Man kann sagen, daß die Wasserstoffbombe etwa tausendmal stärker ist als eine Atombombe. Natürlich gibt es bei beiden verschiedene Abstufungen, die sich überschneiden. Inzwischen gibt es auch kleine Wasserstoffbomben, die tatsächlich wesentlich kleiner sind als die Hiroshima-Bombe. Typische Wasserstoffbomben sind jedoch sehr groß, weil es einfacher ist, eine große H-Bombe herzustellen. Und das bedeutet, wenn neue Nationen in den Besitz von Wasserstoffbomben gelangen (Südafrika dürfte gerade dabei sein, und Israel ist wahrscheinlich schon weit in dieser Richtung fortgeschritten, wenn es sie nicht auch schon besitzt), dann werden diese frühen H-Bomben große Bomben sein. Der Haupttyp, der zum Abwurf aus der B 52 zu Beginn der 60er Jahre vorgesehen war, war eine Wasserstoffbombe von 24 Megatonnen. Diese neue Einheit mußte für die Wasserstoffbomben eingeführt werden: statt 20 000 Kilotonnen sagen wir jetzt 20 Megatonnen und meinen damit 20 Millionen Tonnen TNT. Damit ist die Wirkung der Nagasaki-Bombe erneut vertausendfacht worden, die ihrerseits zweitausendmal so stark war wie die größte Bombe des Zweiten Weltkrieges, eine englische Zehntonnenbombe mit der Bezeichnung „Blockbuster". Sie hieß „Blockbuster", weil sie nicht nur ein einzelnes Haus, sondern einen städtischen Häuserblock auf einen Schlag zerstörte. Als ich in Vietnam war, wurden die B-52-Bomber zum Abwurf von rund 30 Bomben zu jeweils 750 Pfund eingesetzt, was weniger als einem Zwangzigstel dieser Größenordnung entspricht. Und das reichte bereits, um einen jedesmal einen Satz machen zu lassen, wenn einige Meilen entfernt eine solche Bombe explodierte, und ein Reihenabwurf dieser Bomben ähnelte einem kleinen Erdbeben. Eine Zehntonnenbombe ist wesentlich größer. Die Nagasakibombe hat bereits das Zweitausendfache an Sprengkraft. Und die Anfang der 60er Jahre von den B 52 transportierten Bomben waren wiederum um das Tausendfache größer. Erst kürzlich hat sich ein Sprengkopf von seiner Trägerrakete gelöst – er ist allerdings nicht explodiert, sondern wurde nur einige hundert Meter weit fortgeschleudert. Wir wissen nicht, wie viele Sicherheitsvorrichtungen versagt haben, als das passierte. Aber der Sprengkopf explodierte nicht. Es handelte sich um einen Sprengkopf von neun Megatonnen (neun Millionen Tonnen TNT). Wäre er explodiert, dann wäre mehr Sprengkraft freigesetzt worden als im Vietnamkrieg und im Zweiten Weltkrieg zusammengenommen, oder anders gesagt, die Sprengkraft von viereinhalb zweiten Weltkriegen! Und wir verfügen über zehntausend strategische Waffen zusätzlich zu den 22 000 sogenannten taktischen Waffen. Die Typhoon ist eine solche strategische Waffe, die für den interkontinentalen Einsatz bestimmt ist. Sie ist eine der größten Bomben, während die meisten unserer Waffen bei kleinerer Wirkung über größere Zielgenauigkeit verfügen. Aber die Russen verfügen ebenfalls über zahlreiche Raketensprengköpfe von jeweils 20 Megatonnen.

Die Frage ist, was wir tun können angesichts einer solchen Entwicklung, an der zur Zeit zwei Seiten – die USA und die UdSSR – beteiligt sind, eine Zahl,

die sich bald erhöhen dürfte. Die Tatsache, daß die heutige Bedrohung sich nicht mehr in den Größenordnungen des Zweiten Weltkrieges oder mehrerer Vietnamkriege ausdrücken läßt, veranlaßt mich zu der Annahme, daß ich in einer Gesellschaft lebe, die eine Katastrophe vorbereitet. Wieviel Zeit haben wir noch in einer Welt, in der 50 000 Wasserstoffbomben existieren? Denn fast alle der 30 000 amerikanischen Raketen sind mit Wasserstoffbomben bestückt, und auch die über 20 000 russischen Raketen tragen fast alle thermonukleare Sprengköpfe. Was nicht bedeutet, daß es sich dabei nur um große Bomben handelt. Es gibt eine große Vielfalt der Typen, bis hinunter zu den kleinsten Systemen, die „nur" über einige tausend Tonnen Sprengkraft verfügen. Nancy Reagan würde das sicher eine niedliche kleine Atombombe nennen. (Das ist ein amerikanischer Witz: während der Wahlkampagne gab Nancy Reagan zu, sie trage zu ihrem Schutz eine niedliche kleine Pistole, die ihr Mann ihr geschenkt habe.) Die Neutronenbombe jedenfalls, die als niedliche kleine Atombombe einzustufen ist, verfügt über eine Sprengkraft von nur tausend Tonnen. Das ist wirklich klein: es ist die Sprengkraft von nur hundert Bomben vom Typ „Blockbuster", und man kann sie aus einem Geschützrohr vom Kaliber 20 cm abfeuern. Es sind jedenfalls nur tausend und nicht 20 Millionen Tonnen TNT. Und doch handelt es sich nach meiner Meinung um die gefährlichste Waffe, die seit der H-Bombe entwickelt worden ist, da sie gerade wegen ihrer Kleinheit auch in Gebieten zwischen Ortschaften eingesetzt werden kann. Und vielleicht verstehen Sie jetzt, was ich meine, wenn ich sage, daß in Europa die Städte durchschnittlich eine Megatonne voneinander entfernt sind. Setzt man eine Bombe ein, deren Sprengkraft unter einer Megatonne (einer Million Tonnen) liegt, und placiert sie genau zwischen zwei größere Städte, dann kann es sein, daß beide Städte vom größten Teil der Wirkung verschont bleiben. Bei über einer Megatonne Sprengkraft wird eine der beiden Städte auf jeden Fall zerstört, auch wenn die Bombe genau in die Mitte fällt. Das heißt, diese Waffen lassen sich in Europa nicht einsetzen, ohne ganze Städte auf einen Schlag zu zerstören. Aus dem Blockbuster ist längst ein Citybuster geworden, und rechnet man den Fall-out hinzu, dann zerstört eine Bombe bereits eine ganze Region, denn je nach Wind und Wetterlage wird der bei der Bodenexplosion entstehende Fall-out sämtliche Menschen in einem Gebiet töten, das tausende von Quadratkilometern umfaßt.

Wie sollen diese Waffen eingesetzt werden? Wie ich schon sagte, die meisten Wissenschaftler sagen sich, daß sie solche Waffen, die gegen die Bevölkerung gerichtet sind und unvermeidlich zum Völkermord führen, nur entwickeln, um im Sinne einer Abschreckung ihren Einsatz zu verhindern. In Kurzfassung lautet dieses Argument: Ja, ich arbeite an Waffen, die dem Völkermord dienen, aber nur, um den Völkermord zu verhindern. Natürlich verwenden sie dabei nicht diese Ausdrücke. Sie arbeiten an Waffen, mit denen Sie hier verteidigt werden sollen und nicht Amerika. Nicht gegen einen atomaren Angriff – dagegen ist natürlich keine Verteidigung möglich. Auch nicht zur Vergeltung nach einem atomaren Angriff, denn dafür gab es bereits vor einer Generation genug Waffen. Sie wollen Sie hier vor einem nichtatomaren Angriff

schützen, und zwar dadurch, daß die angedrohte „Schrecklichkeit" (um eins von Hitlers Worten zu verwenden) der Vergeltung einen solchen Angriff per Abschreckung verhindert, oder, wenn das nicht klappt, dann soll der Krieg mit den kleinstmöglichen Waffen gewonnen werden, um die Verluste in Ihrem Land so gering wie möglich zu halten.

Ein einziges Poseidon-U-Boot kann sämtliche sowjetischen Großstädte atomar treffen

Lassen Sie mich erklären, wie ich das meine. Ein einziges Poseidon-Unterseeboot, von denen die USA 31 besitzen, führt genügend Sprengköpfe mit, um jede Stadt der Sowjetunion mit mehr als 100 000 Einwohnern mit einem Sprengkopf zu bedrohen, der die dreifache Sprengkraft der Hiroshimabombe besitzt. Es gibt 218 sowjetische Städte von dieser Größenordnung. Ein einziges U-Boot verfügt über 224 Sprengköpfe. Die NATO hat übrigens, soweit ich weiß, 2 bis 4 Poseidon-Unterseeboote für NATO-Zwecke zu ihrer Verfügung. Ich weise darauf hin, daß jedes einzelne davon jede russische Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern bedroht. Die russische Seite verfügt nicht über genügend Möglichkeiten der U-Boot-Abwehr, um eines dieser Unterseeboote vernichten zu können. Wir haben 31 Poseidon- und zusätzlich 10 Polaris-Unterseeboote, die jeweils 160 Ziele treffen können. Und fast dreißig dieser U-Boote sind fortwährend im Einsatz. Hinzu kommen die Raketen, die in den USA stationiert sind. Da gibt es die Minuteman, die jetzt von den Russen bedroht werden, und deshalb brauchen wir die MX, und so weiter. Die Marschflugkörper sollen eingeführt werden. Und alle diese Waffen, die Minuteman, die Schiffe usw. – all das hat nichts mit der Abschreckung eines Angriffs auf die Vereinigten Staaten zu tun, absolut nichts. Wenn sie morgen allesamt abgeschafft würden, abgesehen von den U-Booten, der Hälfte der U-Boote oder gar einem Zehntel der U-Boote, dann hätten wir immer noch mehr als genug, um nach einem solchen Angriff einen Vergeltungsschlag führen zu können. Und das gilt ebenso für Europa. Warum also Marschflugkörper, warum die Pershing, die Neutronenbombe und all die neuen Waffen, die man angeblich benötigt? Wir benötigen sie, um für den Fall eines nichtatomaren Angriffs mit der Entfesselung des Atomkrieges drohen zu können, mit dem Beginn eines Atomkrieges und allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Der Gedanke des Selbstmordes ist als Grundlage der Verteidigung politisch nicht sonderlich attraktiv. Deshalb konnte vor dreißig Jahren eine solche Politik nur beschlossen werden, weil man sich der Hoffnung hingab, bei einer Verteidigung Deutschlands durch uns, die NATO-Verbündeten, bliebe der Einsatz dieser Waffen auf unsere Seite beschränkt und werde nur in einer Richtung erfolgen, also keinen entsprechenden Gegenangriff auf Deutschland auslösen. Als diese Pläne zuerst ausgearbeitet wurden, verfügten nur die USA über strategische interkontinentale Waffen. Und als die Russen sie auch hatten, da hatten wir mittlerweile die taktischen Waffen mit kurzer Reichweite, von denen die Neutronenbombe die jüngste Version darstellt. Die Russen hatten diesen Waffentyp erst einige Jahre später. Daher konnte man sagen: Wenn man sie ein-

setzt, dann zum Völkermord und nicht zum Selbstmord. Die Gegenseite kann nicht zurückschlagen. Und damit lebten die Leute, vermutlich in der Annahme, man werde die Drohung nie wahrzumachen brauchen und könne auf diese Weise gewährleisten, daß es zu keinem Atomkrieg kommen werde. Als ich in diesem Bereich arbeitete, war ich jedenfalls der Meinung, ich würde durch eine derartige Abschreckung helfen, den Atomkrieg überhaupt zu verhindern.

Die USA wollen ihre Überlegenheit zurückerobern

In dem Maße, wie die Russen vergleichbare Bestände nuklearer Waffen einführten, ergab sich die Frage, wie es zu verhindern sei, daß ein solcher Krieg zum Selbstmord anstatt „nur" zum Völkermord führen würde. Vielleicht würden die Russen ja nicht kneifen, nachdem sie den Gleichstand erreicht hatten. Lange Zeit bestand die Antwort auf den russischen Atomwaffenbesitz darin, daß man sagte, unsere Überlegenheit werde dazu führen, daß der Schlagabtausch unilateral bleiben, also nur die andere Seite treffen werde. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dies eine sehr simple Annahme ist. Die Neutronenbombe ist als Waffe gedacht, mit der wir unseren Vorsprung gegenüber den Russen behaupten, so daß wir ihnen sagen können: Wenn ihr mit nichtatomaren Streitkräften angreift, dann werden wir eure Panzer vernichten, und dabei erwarten wir, daß ihr nicht zurückschlagt, selbst wenn ihr das könntet. Denn wenn ihr zurückschlagt, dann werden wir das Niveau der Auseinandersetzung anheben. Dafür sind die Pershings und die Marschflugkörper da. Und auch dabei hoffen wir, daß ihr nicht entsprechend zurückschlagt. Dafür gibt es zwei Gründe: Unsere Pershings und Marschflugkörper haben so relativ kleine Sprengköpfe, daß wir versuchen werden, eure Städte nicht zu treffen, was uns auch weitgehend gelingen wird. Heute können wir das noch nicht garantieren, da unsere Sprengköpfe zu groß dafür sind. Nach diesem großen Schlag werdet ihr noch immer eure Städte haben. Wenn ihr mit euren Mittelstreckenraketen SS-4 und SS-5 zurückschlagt oder mit der SS-20 mit ihren großen Sprengköpfen und ihrer relativen Ungenauigkeit, dann werdet ihr unsere Städte treffen. Ihr könnt das tun, wir werden euch nicht daran hindern. Aber wenn ihr das tut, dann werden wir gleichzeitig eure Städte treffen. – Natürlich hört sich auch diese Drohung nicht gut an, wenn die Fähigkeit der Russen zur Eskalation zu jedem Zeitpunkt ebenso groß ist wie unsere eigene, was heute ungefähr der Fall ist. Daher ist die diesen neuen Waffen zugrundeliegende Idee, die Überlegenheit zurückzuerobern, die wir vor rund 20 Jahren besaßen. Und wenn ich sage vor zwanzig Jahren, dann meine ich die Zeit der Berlinkrise von 1961, die zweite große Berlinkrise, als Präsident Kennedy den Amerikanern den Bau von Fall-out-Schutzräumen bis zum Ende des Jahres empfahl, weil die Möglichkeit eines atomaren Krieges bestehe. Damals besagten die Prognosen, die Russen würden noch im gleichen Jahr über mehrere hundert Raketen verfügen, denen auf unserer Seite nur vierzig gegenüberstehen würden. Sie würden daher in der Lage sein, nicht nur unsere Raketen, sondern auch unsere gesamte Bomberstreitmacht mit diesen mehreren hun-

dert Raketen am Boden zu zerstören. Wir hatten zweitausend Interkontinentalbomber und eintausend taktische Bomber, die Rußland von vorgeschobenen Basen aus erreichen konnten – etwas, das die Russen nicht haben. Und wir hatten vierzig Raketen, außerdem 48 weitere seegestützte Raketen und zusätzlich hundert hier in Europa stationierte Mittelstreckenraketen. Aber das alles konnte von ein paar hundert russischen Raketen zerstört werden. Das habe ich als Wissenschaftler und Intellektueller geglaubt und habe daher in den Jahren 1958, 1959 und 1960 Tag und Nacht gearbeitet, um die Russen daran zu hindern, diese Raketen einzusetzen. Ich wollte einen etwaigen Angriff abschrecken, und aus diesem Grunde schien es mir annehmbar zu sein, Pläne auszuarbeiten, um mit amerikanischen Waffen Menschen zu vernichten, wenn sich das als notwendig erweisen sollte, und wenn es die beste und einzige Möglichkeit darstellte, den Atomkrieg hinauszuzögern, ihn durch Abschreckung zu verhindern und ihn nicht stattfinden zu lassen.

Ich sage dies, nicht um mich zu entschuldigen, sondern um nur zu erklären, wie ich heute mein damaliges Handeln verstehe. Und die Russen verfügten damals in Wirklichkeit lediglich über vier Interkontinentalraketen und nicht über 100 oder gar 1000, was eine der Prognosen vorausgesagt hatte. Vier Raketen von 1960 bis 1962 – gegenüber unseren 3000 Bombern, 40 Atlas-Raketen usw. und hunderten sonstigen Raketen hatten sie 190 Bombenflugzeuge. Noch 1961 hatten wir im Hinblick auf die strategische Schlagkraft so etwas wie das Monopol. Nicht nur die Überlegenheit, sondern das Monopol. Das ist der zweite Punkt, mit dem ich Ihnen erklären wollte, warum Ihre und meine politischen Führer so lange an einer derart verhängnisvoll erscheinenden Politik festgehalten haben.

Geheime US-Drohungen mit Atomwaffeneinsatz

Die Situation schien relativ sicher zu sein – relativ im Hinblick auf eine Invasion oder dergleichen, weil die Waffen nicht eingesetzt zu werden brauchten. Gleichzeitig haben wir jedoch mit ihrem Einsatz gedroht, nicht in Europa – außer Berlin – sondern in anderen Gebieten, in denen wir wirkliche Kriege führten. Immer wenn sich amerikanische Truppen – ich war selbst von 1954 bis 1957 bei den Marines – eingeschlossen und der Gefahr des Überranntwerdens gegenüber sahen (das war 1950 in Korea der Fall, 1968 in Vietnam, oder unsere Alliierten sahen sich in einem Gebiet eingeschlossen, wo wir ihnen keine Hilfe bringen konnten, wie im Fall der Franzosen 1954 bei Dien Bien Phu, oder bei der Beschießung der Insel Quemoy durch chinesische Artillerie im Jahre 1958, und auch Berlin konnte als belagertes Gebiet aufgefaßt werden, dem wir nur schwer Hilfe bringen konnten), haben wir in jedem dieser Fälle insgeheim mit dem einseitigen Beginn des Atomkrieges gedroht. Das war damals für die Öffentlichkeit stets ein Geheimnis, ebenso wie auch jener von mir erwähnte zweite Aspekt – die Umstellung von der Atombombe auf die Wasserstoffbombe – ein Geheimnis geblieben ist. Die amerikanische Öffentlichkeit wäre überaus beunruhigt gewesen, hätte sie gewußt, was unsere Waffen wirklich bedeuten und was wir mit ihnen anstellen. Wir haben sie einge-

setzt, nicht zur Abschreckung, sondern in der gleichen Weise, wie eine Pistole eingesetzt wird, mit der einen jemand in einer dunklen Seitenstraße bedroht – unabhängig davon, ob sie abgefeuert wird oder nicht. Diese Waffen sind nicht gegen Menschen abgefeuert worden, aber nicht etwa, weil meine Präsidenten bei ihren Drohungen vor einem Weltkrieg zurückgeschreckt wären – der stand in keinem dieser Fälle unmittelbar zur Debatte –, sondern weil die Russen angesichts der amerikanischen Überlegenheit zum Nachgeben tendierten. Zum Teil auch deswegen, weil unsere Forderungen recht gemäßigt waren: Überrennt unsere Marines nicht; nehmt Quemoy nicht ein. Das waren keine großen und ehrgeizigen Ziele, und so gaben die Russen nach, wie etwa in der Kubakrise des Jahres 1962 – selbst wenn sie einen ziemlichen Preis dafür zahlen mußten wie im Jahre 1958, als sie ihre chinesischen Freunde zurückbeorderten.

So kann man jedoch auf die Dauer nicht mit einer Supermacht umgehen. Dadurch daß wir die Drohung in dieser Weise eingesetzt haben, mußte sich eines Tages eine Situation ergeben, in der beide Supermächte reichlich mit Atomwaffen ausgerüstet waren. Das war der Preis des Erfolges von 1962 und früher: statt der vier Interkontinentalraketen des Jahres 1962 sind es heute 1400 in der bereits erwähnten Größenordnung. Und die Welt ist für mein Land wesentlich unsicherer geworden, und für die Russen ebenfalls. Und die Weigerung, dieses Wettrennen einzustellen – und mein Land, ich meine damit seine offiziellen Vertreter, weigert sich, das zu tun – läßt sich auch nicht in Geld ausdrükken, sondern besteht darin, daß der Tag in immer weitere Ferne rückt, an dem mein Land damit beginnt, sich von diesen Waffen abzuwenden. So bleibt es bei dem Irrweg, daß die Supermächte insgeheim mit diesen Drohungen fast routinemäßig arbeiten, und daß andere Länder ebenfalls nach diesen Waffen streben, unserem Beispiel folgen und ihre Gegner bedrohen, die nicht über Atomwaffen verfügen. Man beachte, daß sämtliche erwähnten Drohungen – ich könnte einige weitere anführen, das würde nur etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen – gegen Länder gerichtet waren, die nicht über Atomwaffen verfügten. Bis zu einem gewissen Grade war das sogar ein weiser Entschluß und jedenfalls sicherer, als wenn man sie direkt gegen die Sowjetunion gerichtet hätte. Trotzdem, die betroffenen Länder waren Verbündete der UdSSR, und wir haben unsere strategische Überlegenheit dazu benutzt, diesen kleineren Drohungen Nachdruck zu verleihen und die Russen an Vergeltungsmaßnahmen zu hindern. Die Einführung der Marschflugkörper und die Installation von Marschflugkörpern, Pershings und Neutronenbomben in Europa dient dem Zweck, diese Überlegenheit erneut zu erlangen. Es geht nicht darum, einen Gleichstand mit der Sowjetunion zu erreichen, sondern darum, jene Überlegenheit wieder herzustellen, die dazu notwendig ist, auch weiterhin über die Drohungen zu verfügen, mit denen Carter im letzten Jahr und Reagan bis jetzt gearbeitet haben.

Wenn Sie meine bisherigen Ausführungen über die Politik der Drohungen auf dem Hintergrund dessen sehen, was ein thermonuklearer Krieg heute bedeutet, dann kann ich Sie als künftige Wissenschaftler oder als Bürger vielleicht

dazu veranlassen, den Ausdruck „Dritter Weltkrieg" nicht mehr zu verwenden. Vielleicht fragen Sie sich, ob ein solches Ereignis noch diese Bezeichnung verdient, ob es wirklich ein weiteres dieser tausend historischen Phänomene sein würde, zu denen es in den letzten paar tausend Jahren immer wieder gekommen ist. Ist der nächste globale atomare Krieg einfach ein weiteres Ereignis in einer Folge vergleichbarer historischer Vorkommnisse? Ich glaube, eine solche Auffassung ist das Ziel einer an uns vorgenommenen Gehirnwäsche, die uns außerdem daran hindern soll, diesen Krieg als das zu sehen, was er sein wird: die totale Vernichtung fast der gesamten Bevölkerung und sämtlicher Städte auf der nördlichen Halbkugel. Der Wind wird den Fall-out auf der nördlichen Halbkugel halten, auf der sich auch die meisten Ziele befinden.

Warum hat man solche Waffen akzeptiert?

Lassen Sie mich nun zur dritten historischen Tatsache kommen, die ich zur Frage der Ziele hier anführen will. Wie kommt es, daß die Generale, die in der Welt ein so großes Ansehen wegen ihrer militärischen Kompetenz genießen, eine Politik akzeptiert haben, die nach ihren eigenen Worten zur unterschiedslosen Zerstörung führen und mit Sicherheit eine ebensolche unterschiedslose Zerstörung in umgekehrter Richtung nach sich ziehen wird? Eine Politik also, die den Völkermord ebenso wie den Selbstmord einschließt. Wie ist es dazu gekommen? Warum haben sie solche Waffen akzeptiert?

Ich will Ihnen dazu die noch fehlenden Informationen liefern. Im Jahre 1942 geschah in England etwas, das nur wenigen Engländern oder Amerikanern oder sonst jemandem bekannt ist. Damals beschlossen die Engländer unter Churchill, sich als Hauptmittel ihrer Kriegführung einer Politik zu bedienen, die in den 20er Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von einigen Mitgliedern des englischen und amerikanischen Oberkommandos der Luftwaffe vorgeschlagen worden war. Diese hohen Militärs argumentierten folgendermaßen: Nichts könnte schlimmer sein als ein erneuter Stellungskrieg, wie er schon einmal zum Tode einer ganzen Generation unserer jungen Männer geführt hat. Besser ist es, schnell und entschieden eine relativ kleine Anzahl von Zivilisten umzubringen und dadurch den schnellen Zusammenbruch der Heimatfront zu bewirken. Dies kann mit Flugzeugen erreicht werden. Das Flugzeug wird damit zur Lösung des Problems, ob man einen Krieg durch Abschreckung verhindern oder ob man ihn führen soll – vorausgesetzt, man verfügt über die Luftüberlegenheit. Das Flugzeug ermöglicht es, wenn man einmal dazu entschlossen ist, die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten aufzuheben. Das Wort Zivilisation hatte zwar immer etwas mit der Elektrizität und mit einer Senkung der Kindersterblichkeit und so weiter zu tun gehabt, aber es war auch immer mit dieser Unterscheidung verbunden: Wir führen Kriege, aber wir verschonen die Zivilbevölkerung. Diese Unterscheidung mußte fallen, wenn man das Flugzeug einsetzte. Das Flugzeug machte keinen Unterschied mehr zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung, und wenn das Flugzeug die Lösung war, dann mußte die Lösung im Tö-

ten von Menschen bestehen. War das noch Krieg? Früher hatte man das Töten von Zivilisten zu politischen Zwecken als Terrorismus bezeichnet, man nennt es auch noch immer so, außer wenn es im Rahmen der offiziellen Politik geschieht. Als diese Politik nun vorgeschlagen wurde, da geschah das aus den gleichen Gründen, die auch von revolutionären Gruppen angeführt werden, wenn sie eine derartige Taktik vor sich selbst rechtfertigen.

1942 wurden Arbeiterwohngebiete insgeheim von den Engländern als Ziele für nächtliche Bombenangriffe ausgewählt. Der britischen Öffentlichkeit sagte man, die Bomber flögen auch weiterhin Angriffe gegen Fabriken und militärische Anlagen. Als die Deutschen sich über zunehmende Opfer unter der Zivilbevölkerung beklagten, hieß es dann im Parlament: Die Flüge finden nachts statt; einige Bomben verfehlen ihre Ziele; schließlich werden die Flugzeuge beschossen; wir sind auch nicht vollkommen; natürlich werden einige Zivilisten getroffen, aber das ist nicht beabsichtigt und bewegt sich in einem vertretbaren Rahmen; wir können das auch nicht reduzieren, wenn wir weiterhin die Fabriken bombardieren wollen. Und schließlich: die Deutschen haben den Krieg begonnen, und seht mal, was sie mit Rotterdam gemacht haben usw. Nun hatten die Deutschen das tatsächlich mit Rotterdam und Coventry und Warschau gemacht. Es ist aber auch eine geschichtliche Tatsache, die Sie auch als Deutsche vermutlich nicht kennen werden, daß nämlich keine der Kontinentalmächte strategische Bombenangriffe als Hauptmittel der Kriegsführung eingesetzt hatte. Kein Land mit einer großen stehenden Armee hatte es der Luftwaffe erlaubt, sich der Kontrolle des Heeres zu entziehen und sich einen eigenen, unabhängigen Auftrag zu verschaffen. Nur die USA und Großbritannien hatten Langstreckenbomber entwickelt, mit denen man weit hinter den Linien gegen die Zivilbevölkerung vorgehen konnte. Und wir haben das bereits vor Hitlers Machtergreifung getan, nicht erst in der Reaktion auf Hitler. Die Luftwaffe war es, die sich so die Kriegsführung beim nächsten Mal vorstellte. Hitler hatte solche Bomber nicht, und Rußland, Japan, Italien und Frankreich hatten sie ebenfalls nicht. Als Hitler England bombardieren wollte, mußte er warten, bis er die Küstengebiete erobert hatte, um dann von dort aus Mittelstreckenbomber zu diesem Zweck einzusetzen. Ich will die sonstigen Unterschiede hier nicht anführen; der wesentliche Punkt ist jedoch, daß Hitler dies als isolierte Maßnahme und grundsätzlich als eine Ausweitung der Kriegsführung einsetzte, während es für die Engländer zur Hauptmethode wurde, einen Krieg zu führen und zu gewinnen. Eine Stadt wurde nicht mehr eingeschlossen, sondern wurde bereits angegriffen, während die eigenen Truppen noch tausende von Meilen von der Stadt entfernt waren. Ein oder zwei Jahre lang waren die Amerikaner auch weiterhin der Meinung, es sei möglich, nur Fabriken zu treffen. Also nannte man die britische Methode Mord. Die Öffentlichkeit tat das nicht, da sie von der Kontroverse überhaupt nichts wußte. Aber es handelte sich um Engländer, und deshalb hielten wir es für eine falsche Methode der Kriegsführung. Die Amerikaner, die davon wußten, erklärten, es sei Massenmord, Terrorismus, Vernichtung, barbarisch, unzivilisiert und völlig unmöglich. Bis sie entdeckten, daß auch ihre Flugzeuge

gar nicht in der Lage waren, nur Fabriken zu treffen. So begann man denn, Städte zu bombardieren, und die Ziele waren Arbeiterviertel, da sie enger zusammenlagen und kleiner und armseliger waren als jemals etwas zuvor in der fünftausendjährigen Geschichte der Zivilisation.

Wie Wissenschaftler im Zweiten Weltkrieg lernten, Feuerstürme zu erzeugen

Mit der Atombombe wurde es möglich, mit einem einzigen Flugzeug das zu tun, wozu man früher tausend Flugzeuge benötigt hatte. Aber wir hatten tausend Flugzeuge, und wir haben sie vor Kriegsende heimlich für diese Zwecke eingesetzt. Was ist in Dresden geschehen und vorher in Hamburg? In Tokio führte der im März 1945 durch hochexplosiven Sprengstoff verursachte Feuersturm zu 145 000 Toten. Das ist eine Zahl, wie sie auch für Dresden genannt wird, und sie liegt höher als die Zahl der unmittelbaren Opfer von Hiroshima und Nagasaki zusammengenommen. Das wurde durch die Erzeugung eines Feuersturms erreicht. Und hier muß wieder von der Wissenschaft gesprochen werden. Leute wie ich, Wirtschaftswissenschaftler ebenso wie Physiker, wurden während des Krieges zur Kriegsforschung herangezogen, und wenn ich zehn Jahre jünger und im gleichen Beruf tätig gewesen wäre, wäre ich vielleicht mit dabei gewesen. Sie hatten die Frage zu klären, wieviel von einer gegebenen Menge Napalm und weißem Phosphor benötigt wurden, um einen Feuersturm zu erzeugen. Nur wenige Leute wissen, was ein Feuersturm ist. Bei einem Feuersturm handelt es sich um einen oder zunächst auch mehrere kleine Brände, die sich so weit ausdehnen, daß durch die aufsteigende Luft ein Unterdruckgebiet erzeugt wird. Dadurch werden in der Umgebung Winde erzeugt, die sich auf das Zentrum des Brandes konzentrieren und dort eine eigene Wetterzone schaffen. Hier hat man sich also schließlich natürlicher Prozesse bedient, um Temperaturen zu erzeugen, wie sie auf der Oberfläche der Sonne herrschen. Alles in diesem Gebiet wird vernichtet, unter anderem durch Hitze und Sauerstoffmangel. Freeman Dyson, einer der führenden Quantenphysiker der Welt, der sich hauptsächlich mit der Entwicklung von Atomwaffen beschäftigt hat, berichtet in seiner Autobiographie, er sei im Krieg auf diesem Gebiet tätig gewesen. Er war einer der Analytiker, deren Aufgabe es war, Möglichkeiten ausfindig zu machen, um jederzeit Feuerstürme entfachen zu können. Kurz gesagt kamen sie zu den folgenden Ergebnissen aufgrund ihrer wissenschaftlichen Ausbildung und Erfahrung. Zunächst fanden sie heraus, daß der Abwurf vieler Bomben über einem großen Gebiet bessere Ergebnisse zeitigte als der Abwurf vieler Bomben über einem kleinen Gebiet, und daß man sie am besten nach den Gesetzen des Zufalls abwarf. Zweitens mußte man hochexplosiven Sprengstoff hinzufügen, um die Feuerwehren am Einsatz zu hindern. Drittens waren die richtigen Zeitabstände einzuhalten, um die Feuerwehren daran zu hindern, die einzelnen Brände zu isolieren, so daß sich die verschiedenen Ausläufer der Brände zu einem Großfeuer vereinigen konnten. Allmählich lernten diese Wissenschaftler, Feuerstürme zu erzeugen, wenn der Wind richtig stand. In Tokio begannen bei einem Feuersturm die Asphaltstraßen zu brennen, als die Temperatur

auf 760 Grad Celsius gestiegen war. Die Feuerwehren, auf die die Japaner so stolz waren, wurden durch den Einsatz wissenschaftlicher Methoden außer Gefecht gesetzt und waren nicht mehr in der Lage, auf diese große Anzahl von Bränden zu reagieren. Also nahmen die Frauen ihre Kinder und sprangen in die Kanäle, von denen Tokio durchzogen wird, um sich vor der Hitze zu retten. Aber das Wasser in den Kanälen kochte, und die Menschen wurden zu Zehntausenden zu Tode gekocht. Und all das war in diesem Fall vorausgeplant als erwünschter Effekt des Bombenabwurfs.

Dann wandten sich die Experten – schließlich war Hitler ein Teufel, gegen den alles erlaubt war – weiteren Vernichtungsmethoden zu, so daß der Einsatz der Atombombe schließlich nicht einmal mehr ein moralisches Problem darstellte, zumal sich hier etwas mit einer einzigen Bombe erreichen ließ, wozu man vorher tausend Bomben benötigt hatte.

Die wissenschaftlich vorbereitete Ausrottung von 600 Millionen Menschen

Zu Beginn der 50er Jahre sahen die Kriegspläne der NATO, die ich beschrieben habe, genau so aus wie heute, nur waren sie auf das Modell des Zweiten Weltkrieges zugeschnitten. Das heißt, Hauptziele für Atomwaffen waren Städte. Zunächst ein Dutzend Städte im Jahre 1946 (das waren alle Bomben, die wir damals hatten), 1947 dann 40 Städte, und im Jahre 1950 schließlich 70 Städte – mehr Bomben hatten wir damals nicht. Dann stellte man fest, daß die NATO groß sein mußte, weil es ihre Aufgabe war, Rußland das anzutun, was wir Deutschland im Zweiten Weltkrieg angetan hatten. Und das reichte noch nicht. Nach den Vorhersagen ging man schließlich davon aus, daß mehrere zehn Millionen Menschen umkommen würden. Das bewegte sich noch im Rahmen des Zweiten Weltkrieges, in dem Rußland allein 20 Millionen Menschen verloren hat. Und diese Zahl sollte allein durch Atomwaffen erreicht werden. Vielleicht haben Sie von dem Manöver „Carte Blanche" gehört, das im Jahre 1955 abgehalten wurde. In diesem Manöver ging man von der einseitigen Verwendung taktischer Atomwaffen aus, ohne daß die russische Seite entsprechend antwortete, und die Deutschen stellten hinterher schockiert fest, daß in diesem Manöver 1,7 Millionen Deutsche umgekommen waren. Dabei handelte es sich um Atomwaffen. Mehrere zehn Millionen Tote gehören zur Größenordnung von Kilotonnen, nicht von Megatonnen. Als ich die Kriegspläne der USA im Jahre 1960 und 1961 zu Gesicht bekam, dachte ich, es handle sich in erster Linie um einen Vergeltungsplan. Aber da die Russen in Wirklichkeit gar nicht in der Lage waren, uns zuerst anzugreifen, war es tatsächlich ein Plan zur Ausführung des ersten Schlages. Wie war ich da hineingeraten? Dafür gibt es viele Gründe, es reicht jedoch, hier einen anzuführen: wie viele andere wurde ich belogen. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß wir eine solche Überlegenheit besaßen und daß wir tatsächlich mit dem Plan eines Präventivschlages arbeiteten. Damals war ich unwissend, so daß man sagen könnte, ich war damals weniger verantwortlich als ich es heute wäre. Nach jenem Plan sollten nicht mehr wie noch 1955 mehrere zehn Millionen Menschen umgebracht werden, sondern allein in Rußland und China 325 Mil-

lionen Menschen – wobei die Tatsache noch nicht berücksichtigt wird, daß durch den vom Wind herangetragenen Fall-out auch die meisten Bewohner Finnlands, Österreichs, Jugoslawiens, Afghanistans, Pakistans und Japans umkommen und je nach der Windrichtung bis zu 100 Millionen Menschen Opfer eines sowjetischen Gegenschlages würden. Es hat sich erwiesen, daß unsere Militärs, unsere Präsidenten und die Leiter unserer großen Unternehmen in Ihrem Lande ebenso wie in meinem in der Lage sind, vor den Auswirkungen ihrer eigenen Entscheidungen die Augen zu verschließen. Vielleicht würde ein großer Teil der Menschheit überleben, aber rund 600 Millionen würden umkommen. Das ist kein Zweiter Weltkrieg mehr, das sind hundertmal sechs Millionen Tote, hundert Holocausts einer wissenschaftlich vorbereiteten und durchgeführten Ausrottung von 600 Millionen Menschen.

Wir werden keine braven Bürger sein . . .

Ich bin der Meinung, die Führer unserer Gesellschaft und diejenigen, deren Karriere von wissenschaftlichem oder militärischem oder politischem Prestige abhängt, sind sämtlich auf die Probe gestellt worden. Wir haben keine Zeit, darauf zu warten, daß sie ihre Einstellung ändern und sich klar darüber werden, was menschliches Leben auf der Erde wirklich bedeutet. Es gibt andere Beispiele, denen wir folgen können, Beispiele von Menschen beider Geschlechter und aller Altersgruppen, die sich oft genug überaus tapfer verhalten haben, wenn sie die Wahrheit erfuhren. Und ihre Macht war eine andere als die Macht eines Schahs, dessen Folterknechte mit amerikanischen Waffen ausgerüstet und mit amerikansichem Geld bezahlt waren. Und es stellen sich auch in den Vereinigten Staaten immer mehr Intellektuelle und sogar Bürokraten wie ich die Frage: was kann ich gegen den Krieg tun, wenn ich bereit bin, dafür auch ins Gefängnis zu gehen? Und sobald diese Frage gestellt wird, verändert sie das eigene Leben. Sie erweist sich als wirklich subversive Frage. Während des Vietnamkrieges hat Noam Chomsky erklärt, es sei die Verantwortung der Intellektuellen, die Wahrheit auszusprechen und die Lüge zu entlarven. Leute Ihres Alters haben mir nicht gezeigt, wo der richtige Weg in der Vietnamfrage lag, sondern sie haben mir klargemacht, was ich tun konnte, wenn ich bereit war, ein Risiko auf mich zu nehmen. Damals wurde mir deutlich, daß ich natürlich für den Rest meines Lebens ins Gefängnis gehen würde, wenn das Anprangern der Lüge das erfordern würde – 7000 Seiten mit Dokumenten der Lüge.

Ich glaube, daß in meinem Lande viele Leute die Lektionen des Vietnamkrieges nicht vergessen haben, obwohl uns Reagen andere Lektionen erteilt. Sie wissen, daß man beim nächsten mal im Mittleren Osten und in anderen Teilen der Welt mit atomaren Waffen drohen wird. Aber wir haben auch etwas anderes gelernt: wie wir unser Handeln nach anderen Werten ausrichten können. Ich glaube, daß wir noch eine Chance haben. Ich bin sehr beeindruckt von den Dingen, die sich in England abspielen und in anderen Teilen Europas, in Skandinavien und vor allem in Deutschland im Zusammenhang mit Aktionen wie dem Krefelder Appell, mit dem Schmidt aufgefordert wird, seinen Irrtum

einzusehen und zum Beispiel zu begreifen, daß man eine Gesellschaft nicht auf den Weg der Vernichtung und der Katastrophe führen darf, nur weil man vermeiden will, einen Fehler zuzugeben. Auch wenn man sein Prestige bewahren will, selbst wenn man in seinem Amt bleiben und seine Partei an der Macht halten will, darf man die Politik des Völkermordes und des Selbstmordes nicht unterstützen. Und denjenigen Amerikanern, die aus Vietnam nichts gelernt haben und bereit sind, in El Salvador und anderswo die gleichen Irrtümer erneut zu begehen, werden viele andere Amerikaner dasselbe sagen, was auch Sie, so hoffe ich, Ihren Politikern sagen werden: Wir werden keine braven Bürger sein, auf gar keinen Fall! Kritikloser Gehorsam gegenüber Befehlen ist eine menschliche Eigenschaft, die wir überwinden müssen und überwinden können. Ich danke all denen, die sich intensiv und mutig mit der Rolle Ihres Landes in der NATO auseinandersetzen und voll und ganz für eine Veränderung eintreten. Ich glaube, die Beherrschung El Salvadors durch die USA wird nicht mehr lange andauern, denn der Widerstand in meinem Lande wird schließlich Erfolg haben. Das heißt nicht, daß wir alle gleich erfolgreich dabei sein werden, den Konsequenzen zu entrinnen, die unsere Wissenschaftler für uns vorbereitet haben. Aber wir haben eine Chance, und darin liegt unsere Verantwortung, hier müssen wir alle handeln.

Volker Götz

Wir lassen uns nicht verkaufen

Mieterrechte beim Verkauf von Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, Sozialwohnungen, Werkswohnungen.
prv-aktuell. Kleine Bibliothek
Band 223. 136 Seiten, DM 10,–

Was kann der Mieter tun, wenn der Eigentümer die Wohnung verkaufen will? Das Buch behandelt alle Fragen, die bei einer geplanten Wohnungsveränderung entstehen.
Unter Verzicht auf juristisches Kauderwelsch bietet das Buch praktische Hilfen durch Beispiele, Musterbriefe und Ratschläge im Mieterkampf.

Pahl-Rugenstein

Staatliche Haushaltspolitik gegen kommunale Handlungsfähigkeit

Von Dieter Eißel und Heinz Zielinski

1. Kommunen in der Zange zwischen Bürger und Zentralstaat

Eine Analyse der Auseinandersetzungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zeigt, „daß von einer Tendenz zur Einschränkung der kommunalen Handlungsautonomie gesprochen werden kann"[1]). Diese Einschränkung kommunaler Handlungsmöglichkeiten steht im Widerspruch zur Verfassung, die in Artikel 28 vorschreibt: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln" (Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG). Der Verlust an Autonomie folgt dabei aus einer staatlichen Strategie, die in Reaktion auf allgemeine Bedingungen der Kapitalakkumulation und Krisenhaftigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung alle politischen Aktivitäten von Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten einer umfassend funktionalisierten Wachstums- und Konjunkturpolitik zentralisiert. Gesamtwirtschaftliche, regionale und sektorale Daten sind demzufolge auf eine einheitliche staatliche Handlungsorientierung festgelegt. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, die Gemeindefinanzreform, das Gesetz zur mittelfristigen Finanzplanung, die Änderungen des Art. 104 des GG zugunsten einer Beteiligung des Bundes an hoheitlichen Funktionen der Länder sind wichtige Stationen der Funktionalisierung aller öffentlichen Haushalte im Interesse eines konjunkturgerechten Verhaltens, das auf der Zentralebene der politischen Entscheidungsfindung festgelegt wird. Alle diese Gesetze und Maßnahmen beeinträchtigen die materielle Handlungsfähigkeit der Kommunen beträchtlich. Dennoch hat die Koordination des öffentlichen Haushaltsgebarens keine sichtbaren Erfolge bei der ökonomischen Krisenbekämpfung. Die seit Anfang 1974/75 hohe Zahl der Arbeitslosen und die gleichzeitigen Probleme der hohen Inflationsraten und in letzter Zeit der unausgeglichenen Außenbilanz zeigen, daß nahezu alle Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verfehlt werden.

In den Verlautbarungen des Bundesministers für Finanzen und auch in den meisten Pressemitteilungen zum Thema Kommunalfinanzen wird betont, daß die Gemeinden durch die Finanzreform, die nun seit über zehn Jahren in Kraft ist, erhebliche Gewinne zu verzeichnen hätten. Ihre finanzielle Situation sei gegenwärtig besser als zu Anfang der Reform von 1969. Das sei Folge der wachsenden staatlichen Zuweisungen, die allein von 1970 bis 1979 von 2 Mrd. DM auf 10,1 Mrd. DM stiegen.

1) Vgl. M. Rodenstein, Konflikt zwischen Bund und Kommunen, in: R. R. Grauhan (Hrsg.): Lokale Politikforschung 2, Frankfurt/M./New York 1975, S. 310; vgl. auch J. Jacob, H. Zielinski, Kommunale Identität, in: H. Zielinski (Hrsg.), Lokale Politik zwischen Eigenständigkeit und staatlicher Abhängigkeit, Königstein 1980; vgl. auch C. Offe, Zur Frage der Identität der „kommunalen Ebene", in: R. R. Grauhan, a.a.O.

Sicherlich wird auch als weitere positive Folge der Gemeindefinanzreform zu bewerten sein, daß die direkte Beteiligung der Gemeinden an der Einkommenssteuer im Tausch gegen die Beteiligung des Bundes an der Gewerbesteuer den Kommunen einen wachsenden Gewinn brachte (1970: 1,2 Mrd. DM; 1979: 4,5 Mrd. DM). Schließlich trugen auch die Beteiligungen des Bundes an Mischfinanzierungen bei Krankenhäusern und Gemeindeverkehr zu wachsenden Einnahmen der Gemeinden bei (1979: +3,5 Mrd. DM)[2]). In bestimmten Bereichen könnte darüber hinaus darauf verwiesen werden, daß – wie beim Austausch von Steueranteilen der Einkommenssteuer (ESt) und der Gewerbesteuer (GewSt) – ein gewisser interkommunaler Ausgleich zwischen reicheren Gemeinden aufgrund hoher Dichte an Gewerbeansiedlungen und armen Gemeinden stattfand. Gleichzeitig muß jedoch festgestellt werden, daß das durch die Reform offiziell gleichermaßen anvisierte Ziel des Abbaus von prozyklischem Gemeindeverhalten als Folge sehr konjunkturabhängiger Einnahmequellen bislang nicht in Sicht ist. Es hat sich z. B. gezeigt, daß die ESt gleichermaßen den Schwankungen der Konjunktur unterliegt wie die wesentlich durch die Gemeinden autonom gestaltbaren Gewerbesteuern.

Das höhere Wachstum der kommunalen Einnahmen aus Zuschüssen und Steuerbeteiligungen höherer Politikebenen (Bund, Länder) sagt allein aber noch nichts über die materielle Handlungsfähigkeit aus, solange eine Relativierung durch gleichfalls gestiegene Auf (= Aus-)gabenbereiche fehlt. Betrachtet man die gerade in den 70er Jahren gestiegenen kommunalen Aufgaben im Bereich der sogenannten sozialen Infrastruktur (Krankenhaus, Kindergarten, Schule), in den gestiegenen Aufgaben der Sozialleistungen, im Bereich von Rehabilitation und Resozialisation, so ergibt sich per Saldo eine wachsende Lücke zwischen kommunalem Handlungsbedarf und zentralstaatlicher Zuweisungspraxis. Diese Schere vergrößert sich, wenn man die berechtigten Forderungen von aktiven Bürgern nach humaner Gestaltung der Wohnumwelt, nach Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) u.ä. hinzurechnet. Ohne hier auf den zukünftigen Bedarf an kommunalen Dienstleistungen und Investitionen in den kommenden Jahren einzugehen (siehe dazu weiter unten), läßt sich daher summarisch ein wachsendes Defizit an materiellen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen feststellen. Der politische Preis der Einschränkung kommunaler Autonomie als Folge der zunehmenden zentralstaatlichen Zuteilung von finanziellen Ressourcen ist aus diesem Grunde zu hoch. Die Partizipationschancen der Bürger, die – wie die wachsende Zahl und Bedeutung der Bürgerinitiativen zeigt – in zunehmendem Maße die Ohnmacht gegenüber staatlichen Aktivitäten überwinden[3]), finden dadurch weniger Spielraum. Berechtigte Forderungen an den Staat, die sich legitimerweise an die Adresse der Kommunen richten, treffen auf eine eingeschränkte materielle Handlungsfähigkeit der Adressaten.

In der politischen Auseinandersetzung und bei Forderungen an die Kommu-

2) Vgl. Bundesministerium der Finanzen (BMF) (Hrsg.), Finanzbericht 1981, Bonn, Dezember 1980, S. 136f.
3) Vgl. etwa R. Günter/R. Hasse, Handbuch für Bürgerinitiativen, Westberlin 1976, S. 185.

ne, die auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen im regionalen Raum gerichtet sind, sollten die Prioritätsentscheidungen und letztlich auch der systematische Stellenwert des „Steuerstaates" (Goldscheid) berücksichtigt und in Gegenstrategien einbezogen werden. D.h., der Hintergrund der beklagten Finanzmisere in den Kommunen ist systembedingt. Er ergibt sich aus der von O'Connor unter Rückgriff auf die von Goldscheid während des Ersten Weltkriegs gemachten finanzsoziologischen Aussagen. Zentral sind zwei Feststellungen:

1. Die defizitäre Lücke zwischen dem Zuwachs an staatlichen Handlungsaufgaben zugunsten der Herstellung allgemeiner Akkumulationsbedingungen und Sozialisierung der Folgen der Privatökonomie einerseits und den gering dimensionierten materiellen Ressourcen andererseits verweist auf das Dilemma des „Steuerstaates". Er hat zur finanziellen Bewältigung seiner Aufgaben keine eigenen Wertquellen zur Verfügung, sondern ist auf die privat organisierte Wertschöpfung angewiesen, die er jedoch möglichst nicht belasten soll. Nur in Phasen hoher Wachstumsraten mag es gelingen, den daraus erwachsenden Konflikt zwischen Handlungsbedarf und Entzugseffekt durch staatliche Umverteilung zu Lasten der Akkumulation auf einer niedrigen Schwelle zu halten[4]).

2. Die über Steuern vermittelten sekundären Verteilungseffekte des Staates folgen keineswegs irgendwelchen ökonomischen, technokratisch durch Finanz-Experten zu bewältigenden Sachgesetzlichkeiten – wie man uns z.Z. fortwährend plausibel machen möchte. O'Connor stellt zutreffend klar, daß die „Finanzierung über Steuern" eine Form ökonomischer Ausbeutung und damit ein Problem für die Klassenanalyse ist[5]). Das bedeutet, daß die sekundäre Verteilung der gesellschaftlichen Wertschöpfung auch immer eine Frage der politischen Interessenrepräsentanz ist. Die Argumentationskette: Krise/Rezession = kein Geld für Reformen oder notwendige Sozialausgaben greift deshalb zu kurz. Dies gilt für die Haushaltsentscheidungen auf Bundes- und Länderebene und für die Kommunen. Wenn zum Beispiel eine internationale unheilige Allianz von Rüstungsindustriellen und reaktionären Politikern per NATO-Beschluß durchsetzen kann, daß eine reale Steigerung von 3% pro Jahr für Rüstung a priori festgelegt wird, dann vermindern sich notwendigerweise die fiskalischen Ressourcen für andere Bereiche. Ähnliches gilt für die Gestaltung von Subventionen und Steuerprivilegien, die hierzulande eher als Folge des Unternehmereinflusses in der Politik zu werten sind denn als Effekt gesamtgesellschaftlicher „Rationalität" im Dienste der Konjunkturförderung[6]).

Die Proritätensetzung auf zentraler Ebene und die Gestaltung der staatlichen Transferzahlungen und Steuergesetze verändern auch die Bandbreite staatlicher Zuweisungen und Gewährleistungen kommunaler Einnahmen. Der

4) Vgl. hierzu R. R. Grauhan/R. Hickel, Krise des Steuerstaates? in: „Leviathan", Sonderheft 1/1978.
5) J. O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/M. 1974, S. 244.
6) Zur Kritik s. die Memoranden der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik".

Kampf für eine Durchsetzung alternativer Verwendung staatlicher Umverteilungsmassen und deren Aufbringung darf sich von daher nicht auf die Kommunen beschränken. Eine Auseinandersetzung mit den kommunalen Finanzspielräumen unter den schon eingeschränkten Bedingungen staatlicher Gestaltungseinflüsse muß dennoch mit den Details dieser Ebene rechnen. Dies zeigt sich z. Z. an vielfältigen Schwierigkeiten, die grüne und alternative Listen im Alltagsgeschäft der kommunalen Politik haben.

2. *Entwicklung der Kommunalfinanzen im Zeichen konjunkturpolitisch verfehlter Konsolidierung*

Im Vergleich zu Bund und Ländern haben die Gemeinden mit Abstand die geringsten Finanzierungssalden. Im Durchschnitt der Jahre 1978–1980 liegen die entsprechenden Minusbilanzen bei den Kommunen bei –3,4 Mrd. DM, auf Länderebene bei –16,8 Mrd. DM und beim Bund bei –27,9 Mrd. DM Defizit zwischen Ein- und Ausgaben (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Entwicklung der öffentlichen Haushalte

Gebietskörperschaft	Ausgaben in +/–% gegen Vorjahr			Einnahmen in +/–% gegen Vorjahr			Finanzierungssaldo in Mrd. DM		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Bund	+10,0	+7,2	+ 6	+8,9	+8,8	+ 6	–26,5	–26,1	–27,5
Länder	+ 9,2	+8,6	+ 9,5	+6,9	+7,9	+ 5,5	–12,4	–14,6	–23,5
Kommunen	+ 8,3	+9,3	+10	+8,3	+6,5	+11	– 1,5	– 4,8	– 4
Öffentl. Gesamtetat	+ 9,3	+8,1	+ 8	+7,8	+7,3	+ 6,5	–39,5	–46,1	–55,5

Quelle: BMF: Finanzbericht 1981.

Allerdings zeichnet sich beim kommunalen Finanzierungssaldo ein leicht steigender Trend ab, der sich auch 1981 fortsetzen wird, denn für 1981 wird mit einem Negativ-Zuwachs beim Finanzierungssaldo von –6,0 Mrd. DM gerechnet[7]).

Die niedrige Kreditaufnahme der Gemeinden folgt einer Strategie des Abbaus der zumindest bis Mitte der 70er Jahre relativ hohen Zinsbelastung der kommunalen Haushalte (siehe Tabelle 2). Im Bestreben, „solide" Haushalte unter kameralistischen Gesichtspunkten durchzusetzen, haben die Kommunen in wachsendem Umfang verzichtet, ihre zunehmenden Aufgaben im Bereich von klassischen und neuen Investitionen (Verkehrsberuhigung, Modernisierung, ÖPNV, soziale Dienste, Fernwärmeversorgung u.ä.) durch die Aufnahme von Krediten finanziell abzusichern. Mit einer Nettokreditaufnahmequote von 3,1% lagen die Gemeinden erheblich unter dem Niveau von Bund (12,5%) und Ländern (6,7%).

7) Nach H. Karrenberg/E. Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1981, in: „Der Städtetag", 2/1981, S. 56.

Tabelle 2

Zinsausgaben und Nettokreditaufnahme in den öffentlichen Haushalten

Jahr	*Relative Zinsbelastung*[1]) *In %*			*Nettokreditaufnahmenquote*[1]) *In %*		
	Bund	*Länder*	*Gemeinden (Gv)*	*Bund*	*Länder*	*Gemeinden (Gv)*
1961	*1,5*	*1,9*	*2,9*	*4,3*	–	*8,0*
1965	*1,7*	*1,4*	*3,3*	*1,8*	*5,2*	*10,6*
1970	*2,7*	*2,2*	*4,2*	*0,8*	*2,6*	*6,1*
1975	*3,3*	*2,7*	*5,2*	*18,7*	*11,6*	*6,7*
1979	*5,5*	*4,2*	*4,3*	*12,5*	*6,7*	*3,1*

1) Anteil jeweils an den Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge.
Quelle: Statistisches Bundesamt; BMF; Deutscher Städtetag.

Eine falsche betriebswirtschaftliche Sicht, die öffentlich vor allem von CDU/CSU propagiert wird, hat einer Verteufelung der öffentlichen Kreditaufnahmen Vorschub geleistet. Unter den gegenwärtigen Wachstums- und Konjunkturbedingungen in der BRD ist jedoch eine derartige Politik der Verschuldungsabstinenz aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verfehlt. Die rezessionsbedingte Unterauslastung des Produktionspotentials (Arbeitslose, Maschinen) bedeutet einen Verzicht auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Hierdurch wird nicht nur der mögliche Lebensstandard in der Bundesrepublik unter dem möglichen Nievau gehalten; fiskalisch betrachtet, entgehen den öffentlichen Haushalten somit auch mögliche vermehrte Steuereinnahmen und die Chancen zum Abbau der hohen Belastung durch Sozialausgaben infolge der Arbeitslosigkeit. Nicht zuletzt bedeutet der Verzicht auf zusätzliche Nachfrageimpulse durch kreditfinanzierte öffentliche Haushaltspakete eine Minderung der Möglichkeiten, die negative Außenbilanz zu korrigieren. „Es ist eine Fehlkonstruktion unserer Konjunktur- und Wachstumspolitik, daß gerade die Gemeinden in der heutigen Situation ihre Investitionen nicht genügend ausdehnen können, obwohl durch eine solche Zurückhaltung, volkswirtschaftliche Verluste in beträchtlicher Größenordnung entstehen"[8]).

Sicherlich ist die wachsende Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte ein Problem, doch erstens müssen von diesen Belastungen keine restriktiven Wirkungen auf die zukünftige Gesamtnachfrage ausgehen, da es sich hierbei lediglich um Umverteilungen von den Steuerzahlern über die öffentlichen Haushalte an die Gläubiger handelt und damit noch keine Schmälerung des volkswirtschaftlich verfügbaren Nachfragepotentials per se gegeben ist.

8) R. Thoss, Notwendigkeit und Möglichkeit steigender Staatsverschuldung, in: C. Schäfer/H. Tofaute (Hrsg.): Beschäftigungssichernde Finanzpolitik, Frankfurt/M./New York 1981, S. 84 f.; vgl. mit ähnlicher Argumentation: R. Hickel, Notwendigkeit und Grenzen der Staatsverschuldung, in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), Das Staatsschuldenproblem, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1980; vgl. H. Füllenkemper, in: „WSI-Mitteilungen", 7/1979.

Zweitens ist in der finanzwissenschaftlichen Diskussion die Zinsbelastung kein Tabu mehr. So haben Schmölders[9]), Oberhauser[10]), Dürr und Neuhauser[11]) nachgewiesen, daß eine staatliche kreditfinanzierte Ausdehnung der Nachfrage zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Insolvenzen über zinslose Notenbankkredite als beste Form des deficit spending zu nutzen wäre[12]).

Die Kommunen, die etwa zwei Drittel der staatlichen Sachinvestitionen durchführen, haben ihren Verschuldungsspielraum zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Auslastung des Produktionspotentials nicht genutzt. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wuchs die Verschuldung mit +20,7% sogar langsamer als die Einnahmen (+36,3%). Während in der ersten Hälfte der 70er Jahre die kommunalen Investitionen noch zu über 20% durch Kredite finanziert wurden, sank diese Quote im letzten Jahrfünft unter zehn Prozent. Die verfehlte antizyklische Ausgabenpolitik der Gemeinden ist daher nur zum Teil zu erklären durch Besonderheiten kommunaler Verschuldungsmöglichkeiten, die sich aus einer strengeren Aufsicht durch die Länder (Schuldendeckelverordnung) und aus der gesetzlichen Verpflichtung ergibt, Investitionen in der Regel durch die Überschüsse des Verwaltungshaushalts zu decken und Kredite nur als Subsidiärfinanzierungsmittel aufnehmen zu dürfen. Diese Begrenzung der Möglichkeiten kommunaler Verschuldung auf unabdingbare Restfinanzierung von Investitionsvorhaben hat jedoch einen größeren Spielraum, als häufig unterstellt, zumal wenn man bedenkt, daß die Eigenbetriebe der Kommunen von derartigen Auflagen nicht erfaßt werden, folglich deren Verschuldung nicht den Gemeinden angelastet wird.

3. Hintergründe der kommunalen Finanzmisere

a) Gebühren

Die Einnahmen der Gemeinden sind im wesentlichen durch die drei großen Blöcke Steuern, Gebühren und Zuweisungen bestimmt. Betrachtet man deren jeweilige Entwicklung (siehe Tabelle 3) unter den Fragestellungen nach Stetigkeit bzw. Konjunkturanfälligkeit, Autonomie und Größenordnung, so zeigen sich folgende Merkmale. Lediglich die Gebühren sind im Sinne der Verstetigung und damit Planungssicherheit eine positiv zu beurteilende Einnahmequelle der Kommunen. Da Gebühren auf einkommensschwache Gruppen ähnlich negativ wirken wie indirekte Steuern, da sie keine sozialen Staffelungen enthalten, ergibt sich aus Sicht der betroffenen Bürger die Frage nach der Belastung des individuellen Einkommens. Niedrige Kostendekkungsgrade der kommunalen Leistungen sind aus Sicht der ärmeren Bevölkerungsteile ein Einkommensvorteil. Betrachtet man die Entwicklung und

9) G. Schmölders, Finanzpolitik, Berlin ^{3}1970, S. 405.

10) A. Oberhauser, Die konjunkturpolitische Koordinierung der öffentlichen Finanzwirtschaften, in: H. Haller (Hrsg.), Probleme der Haushalts- und Finanzplanung, in: „Schriften des Vereins für Socialpolitik", N.F. 52 (1969).

11) In: Th. Pütz (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, Bd. II, Stuttgart 1975, S. 45, 136.

12) Vgl. hierzu auch die Argumentationen der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik". Zusammenfassung der Positionen bei R. Hickel, a.a.O., S. XCVff.

Struktur der Gebühren, so läßt sich insgesamt feststellen, daß die Gemeinden wohl kaum über den derzeitig schon erreichten hohen Stand der Gebührenbelastung hinausgehen können. Vor allem in der Abfall- und Abwasserbeseitigung, die zusammen über drei Viertel der kommunalen Gebühreneinnahmen ausmachen, liegt der Kostendeckungsgrad bei rund 90%. Lediglich im Kultur- und Bildungsbereich (VHS, Theater, Museen, Musikschulen) und bei Bädern liegen die Kostendeckungsgrade zwischen 6,5% (Museen) und maximal 24,6% (Musikschulen)[13]).

Hinzu kommt, daß eine fiskalische „Behandlung" von Bildungs- und Sportmöglichkeiten in Widerspruch zur intendierten Nutzung geraten könnte und die Bürger mit ungewünschter Abstinenz reagieren.

Tabelle 3

Gemeindeeinnahmen, in Mrd. DM

Jahr	*Steuern*	*Gebühren*	*Zuweisungen*	*Kredite*	*Sonstige*	*Zusammen*
1970	*16,68*	*9,26*	*15,14*	*5,83*	*14*	*60,91*
1975	*30,29*	*16,88*	*28,46*	*10,99*	*23,15*	*109,77*
1979	*41,25*	*22,63*	*27,41*	*9,63*	*24,26*	*135,18*
1980	*47,40*	*24,60*	*32,20*	*9,80*	*27,05*	*151,05*
1981	*47,20*	*26,80*	*40,50*	*10,50*	*28,60*	*153,60*

b) Verlust kommunaler Steuerautonomie

Die kommunalen Realsteuern-Einnahmen stellen den wichtigsten autonomen Bereich der Gemeindefinanzen dar. Die Gewerbesteuer als Hauptbestandteil ist ebenso den Konjunkturschwankungen unterworfen wie der den Gemeinden zustehende Anteil an der Einkommsteuer. Ähnliches gilt für die staatlichen Zuweisungen, da sie erstens an die Verbundmasse gekoppelt sind, die wiederum durch die konjunkturreagiblen ESt, MWSt und Körperschaftssteuer gespeist wird, und zweitens die Zuweisungen für die Länder Konsolidierungsinstrumente sind, in Rezessionsphasen also gekürzt werden[14]). Beide Einnahmequellen sind zunehmend unter (zentral-) staatliche Kontrolle geraten, die Gemeinden sind in hohem Maße aus der Entscheidungsebene herausgedrängt worden. Die Verluste kommunaler Finanzhoheit haben auch geringere Partizipationsmöglichkeiten der Bürger zur Folge und gehen mit Demokratieverlusten einher.

Die mit konjunkturellen und sozialen Zielen begründeten Reformen, vor allem der Einkommen- und Gewerbesteuer, haben die Finanzhaushalte der Kommunen in den letzten Jahren mit großen Defiziten konfrontiert, ohne daß die von der Bundesregierung anvisierten Ziele der Investitions- und Nachfra-

13) Vgl. Gemeindefinanzbericht 1981, a.a.O., S. 71.
14) Vgl. Gemeindefinanzbericht 1981, a.a.O., S. 61f.

gebelebung unter kreislauftheoretischen, konjunkturpolitischen und sozialen Aspekten angemessen waren und praktisch erreicht werden konnten[15]).

„Die Finanzpolitik wird den Unternehmersektor von 1975–1981 um rund 40 Mrd. DM entlastet haben. Die Stichworte Abschreibungserleichterungen, Verlustrücktrag, Vermögenssteuersenkung, Investitionszulage, wiederholte Gewerbesteuerentlastungen, Abschaffung der Lohnsummensteuer zeigen, was sich zu den rund 40 Mrd. DM addiert"[16]).

Der Freibetrag der Gewerbesteuer wurde seit 1974 viermal erhöht: bis 1974 betrug er 7200,– DM, ab 1975 15000,– DM, ab 1978 24000,– DM, ab 1980: 36000,– DM. Bei der Gewerbekapitalsteuer wurde die Freigrenze (bis inklusive 1977 auf 6000,– DM) ab 1.1. 1979 auf 60000,– DM (Zehnfache), bei Umwandlung in Freibetrag ab 1981 gegenüber 1977 sogar auf das Zwangzigfache, nämlich 120000,– DM, angehoben.

Es gibt keinen anderen Bereich, der steuerlich so entlastet wurde. Zu diesen steuerlichen Entlastungen kommen noch erhöhte regionale Investitionszulagen von 7,5% auf 8,75%), aufgestockte ERP-Existenzgründungsprogramme, erweiterte Zuschüsse für Forschung und Entwicklung und vielfältige Subventionsmaßnahmen, die oft sehr unübersichtlich sind. Als Folge staatlicher Steuerbefreiung für das Unternehmerlager, die im Bereich der Gewerbesteuer auf Kapital und Ertrag dazu führt, daß seit 1975 statt 63,7% ab 1979 nur noch 38,1% der Gewerbebetriebe (nach Berichtskreis des Städtetages) Steuern dieser Art zu zahlen hatten und die Lohnsummensteuer ganz wegfiel, hat sich ein Kassenloch von etlichen Mrd. DM ergeben (nach den Steerreformen 1974 bis 1977 für 1978 = 4,5 Mrd. DM). Rechnet man die finanziellen Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1979 zusammen, so zeigen sich für 1981 Haushaltsmehrbelastungen der Kommunen von 3546 Mio. DM und für 1982 3737 Mio. DM. Eingerechnet sind dabei: Reformen der Einkommen- und Gewerbesteuer, die insgesamt zu Mindereinnahmen von 6,3 Mrd. DM (1981) und 6,8 Mrd. (1982) führen werden. Nach Abzug der Ausgleichsleistungen (ESt +1%; Absenkung GWSt-Umlage um 1/3, dann bleiben immerhin noch Löcher von 1,8 Mrd. DM und 1,9 Mrd. DM) und Berücksichtigung der Verluste durch den geänderten Finanzausgleich summieren sich die Verluste zu 3 Mrd. DM (1981) und 3,2 Mrd. DM (1982). Hinzu kommt, daß die Mehrwertsteueranhebung den Kämmereihaushalt (Endverbraucher bei Bauleistungen z. B.) inflationär aufzehrt. 1981 werden dies 510 Mio. DM sein und 1982 540 Mio. DM. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1981 wird die seit Mitte der 70er Jahre betriebene Politik der Steuerpakete fortgesetzt. „Unter vollständiger Berücksichtigung der mittelbaren kommunalen Mindereinnahmen über den Steuerverbund im kommunalen Finanzausgleich belaufen sich damit die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes auf die kommunalen Einnahmen (. . .) auf insgesamt 3,5 Mrd. DM, das sind über 21% des Gesamtvolumens von 16,4 Mrd. DM. Auf Bund und Länder entfallen da-

15) Zur Kritik vgl. die Memoranden der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik".
16) R. Klein/E. Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1979, in: „Der Städtetag", 2/1979, S. 3.

gegen 7,0 bzw. 5,9 Mrd. DM".[17]) Jenseits der Frage nach sozialer und konjunkturpolitischer Effizienz dieser Maßnahmen, die – bis auf die Aufstockung des Kindergeldes – nicht überwiegend den bedürftigen unteren Einkommensgruppen zugute kommen, ist diese ungleiche Lastverteilung zuungusten der Gemeinden nicht tolerierbar[18]).

Tabelle 4

Entwicklung der kommunalen Finanzstruktur, Anteil in %[1]

Einnahmeart	*1961*	*1971*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*	*1980 s)*	*1981 s)*
Steuern (netto)	*39,1*	*28,5*	*29,9*	*32,6*	*35,4*	*34,1*	*32,4*	*33,5*	*32,5*
darunter:									
Gewerbesteuern (netto)	*27,9*	*11,8*	*12,2*	*13,4*	*14,6*	*14,2*	*13,2*	*13,8*	*13,0*
Einkommensteueranteil		*11,4*	*12,8*	*13,6*	*15,1*	*14,3*	*13,8*	*14,5*	*14,5*
Entgelte	*17,4*	*16,7*	*19,7*	*21,2*	*21,3*	*21,3*	*20,6*	*20,2*	*21,5*
davon:									
Gebühren	*14,6*	*14,6*	*16,7*	*18,0*	*18,3*	*18,5*	*17,8*	*17,4*	*18,5*
Beiträge	*2,8*	*2,1*	*3,0*	*3,2*	*3,0*	*2,8*	*2,8*	*2,8*	*3,0*
Zahlungen Land/Bund	*23,5*	*25,3*	*28,1*	*27,6*	*27,4*	*28,9*	*29,4*	*29,8*	*27,9*
davon:									
für laufende Zwecke	*17,4*	*17,4*	*17,8*	*17,6*	*19,0*	*19,9*	*19,9*	*20,1*	*19,5*
für Investitionen	*6,1*	*7,9*	*10,3*	*10,0*	*8,4*	*9,0*	*9,5*	*9,7*	*8,4*
Nettokreditaufnahme[2])	*7,3*	*11,5*	*6,7*	*4,8*	*2,4*	*2,6*	*3,1*	*3,0*	*3,1*

s) Schätzung (für 1980 4. Quartal geschätzt). [1]) Gemessen an den Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge. [2]) Am Kreditmarkt und beim sonstigen öffentlichen Bereich.
Quelle: Statistisches Bundesamt; BMF; Deutscher Städtetag.

1961 konnten die Kommunen noch 39,1% ihrer Einnahmen aus Steuern, darunter 27,9% aus Gewerbesteuern, finanzieren; die Finanzreform brachte ihnen zwar einen Anteil an der Einkommensteuer, das restliche Steuereinkommen (netto) in eigener Regie ging jedoch bis 1980 auf 14,5% zurück. 1981 wird der Steueranteil an den kommunalen Einnahmen insgesamt bei 32,5% liegen, 14,5% der Einnahmen sind dem Anteil an der Einkommensteuer geschuldet[19]).

Der Abbau kommunaler Finanzhoheit wird dabei keineswegs mit dem Preis einer stetigeren Einkommensquelle versüßt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat empfohlen, das angestrebte antizyklische Finanzgebaren der Gemeinden über einen veränderten Auszahlungsmodus der Länder zu bewerkstelligen. Durch eine zeitliche Verschiebung von Finanzzuweisungen aus einem besonderen Fonds konnten die Einnahmequellen der Kommunen antizyklisch verändert werden[20]). Im

17) Nach eba., S. 84.
18) Gemeindefinanzbericht 1981, a.a.O., S. 59.
19) Nach Gemeindefinanzbericht 1981, a.a.O., S. 78.
20) Vgl. Gutachten des Sachverständigenrates 1980/81, Bundestagsdrucksache 9/17, S. 162ff., insbesondere Ziffer 363.

Hinblick auf die kommunale Autonomie und die Größenordnung der kommunalen Anteile an den Verbundsteuern ist dieser Vorschlag jedoch kaum positiv zu bewerten.

Reformbedürftig ist auch die Orientierung des kommunalen Finanzausgleichs an den z. Z. geltenden Schlüsselzahlen der Zuweisungen, weil diese Festlegung die in den letzten Jahren nachweisbare Stadtflucht der einkommensstarken Bevölkerung in das Umland (Eigenheimbau) und die im Kernbereich verbleibenden Rentner vernachlässigt und besonders in Großstädten die Schere zwischen notwendigen Sozialleistungen und dem verfügbaren Anteil am Steueraufkommen vergrößert.

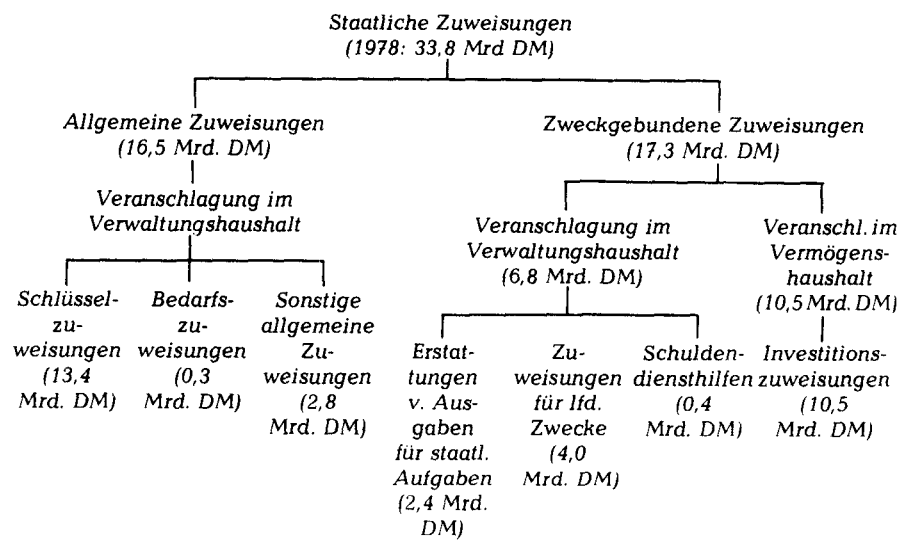
Angesichts der gekennzeichneten Entwicklung ist der Rückgang des kommunalen Anteils an den gesamten Steuereinnahmen logische Folge. Lag dieser Satz 1977 noch bei 14,1, so beträgt er 1981 (geschätzt) 13,6%. Während das Steueraufkommen des Bundes von 1977 bis 1981 um durchschnittlich 26,9% und bei den Ländern um 25,2% wuchs, hatten die Gemeinden mit 21,0% zugleich die niedrigste Zuwachsrate.

c) Steuerung der kommunalen Investitionen über Zuweisungen

Wirksamstes Instrument des Staates zur Gestaltung der Gemeindefinanzen sind die Zuweisungen. Die „laufenden Geschäfte" und Investitionen konnten von den Gemeinden mit eigenen Finanzmitteln nicht geleistet werden. Dies verdeutlicht das folgende Schaubild.

Schaubild

Das System der Zuweisungen



Quelle: BMF, Finanzbericht 1981, S. 133.

Betrachtet man den Zeitraum von 1970–1978, so zeigt sich, daß zwei Drittel der speziellen Leistungen des Bundes nach Art. 104a Abs. 4 GG für Zwecke des Gemeindeverkehrs transferiert wurden. 6,8 Mrd. DM bzw. 30% galten der Krankenhausfinanzierung und nur 1,2 Mrd. DM bzw. 5% der Städtebauförderung. Mit Hilfe dieser Zuweisungspolitik setzen der Zentralstaat und die auf dieser Politikebene stärker repräsentierten Großindustrieinteressen (Automobilfirmen) zum Beispiel die Orientierung auf den Individualverkehr zu Lasten des Ausbaus des ÖPNV und der Bundesbahn als lästigen Konkurrenten durch. Dies kostet den Steuerzahler beträchtliche Belastungen. Folgt man den Zahlenangaben von Eppler[21]), so werden insgesamt im öffentlichen Bereich (Straßenbauverwaltung, Polizei, Justiz, Technische Überwachung u.ä.) ca. 140000 Menschen beschäftigt, um mit administrativen Tätigkeiten dieses Wachstumsfeld abzusichern. Für die alternative Gestaltung der kommunalen Finanzen bedeutet die über die Bundesbeteiligungen/Zuweisungspraxis abgestützte zentralstaatliche Priorität der Verkehrsplanungen nicht nur einen Verzicht auf autonome Gestaltung der Verkehrspolitik (z.B. Radfahrwege statt autogerechter Stadt), sondern engt auch den Spielraum ein für wichtige andere Aufgabenfelder kommunaler Investitionspolitik. So hat das Deutsche Institut für Urbanistik in einer Studie über den kommunalen Investitionsbedarf bis 1990 herausgestellt[22]), daß neue „Zukunftsaufgaben" vor allem im Bereich der Stadterneuerung und in der Wohnungsmodernisierung zu Lasten der klassischen Bereiche als Bedarf befriedigt werden müssen. Rechnet man den Ersatzbedarf für soziale Infrastrukturmaßnahmen und wichtige Verkehrsinvestitionen (Verkehrsberuhigung, Lärmschutz, Radwege etc.) hinzu, so zeigt sich zugleich, daß das häufige Gerede von der Bedarfssättigung nicht haltbar ist[23]).

Neben dem zu kritisierenden prozyklischen Trend hat die Zuweisungspraxis auch fördernde Wirkung für inflationäre Entwicklungen. So hat die durch den Bund initiierte Ausweitung der staatlichen Investitionsnachfrage in den Jahren 1978 bis 1980 mit zu Baupreissteigerungen geführt, die den beabsichtigten Mengeneffekt z.T. wieder absorbierten. Von 18,6 Mrd. DM nominaler Bauinvestition in den Jahren 1978 bis 1980 verblieb mit nur ca. 6 Mrd. DM realem Zuwachs an kommunalem Bauvolumen lediglich ein Drittel der Summe mengenwirksam[24]).

Zusammenfassend kann man festhalten, daß die Zuweisungen zwar eine offensichtliche Stärkung der kommunalen Kassen bewirken, die Entscheidungshoheit der Gemeinden jedoch einengen. Zweckgebundene Zuweisungen sind zudem für die kommunalen Finanzentscheidungen in einem weiteren Sinne einschränkend. „Da (. . .) auch von den Kommunen Mittel aufgebracht werden müssen, wird mit solchen Investitionen der Haushalt der Kom-

21) E. Eppler, Wege aus der Gefahr, Reinbek 1981, S. 55f.
22) Deutsches Institut für Urbanistik/Deutscher Städtetag, Kommunaler Investitionsbedarf bis 1990, Berlin/Köln 1980.
23) So auch C. Schäfer, Der zukünftige Bedarf an staatlichen und privaten Investitionen, in: C. Schäfer/H. Tofaute, a.a.O., S. 167.
24) Gemeindefinanzbericht 1981, a.a.O., S. 76.

munen längerfristig gebunden und ihr finanzieller Spielraum für andere Aufgaben eingeschränkt."[25]) 1980 wird der Anteil der Zahlungen von Bund und Ländern, darunter die meisten zweckgebunden, über 1/4 ausmachen. „Die zum Wesen der kommunalen Selbstverwaltung gehörende steuerliche Eigenständigkeit und damit die Fähigkeit, örtliche Aufgaben nach örtlichen Bedürfnissen zu lösen, nimmt tendenziell ab."[26])

Die entscheidenden Vorgaben kommunaler Finanzpolitik werden durch wirtschaftliche Faktoren und staatliche Politik im Rahmen des Steuer- und Haushaltsrechts geliefert werden. Es ist jedoch verfehlt, die kommunale Ebene nur als Vollzugsorgan zu kennzeichnen. Denn Gemeinden ihrerseits treten auch in der Form des „Steuerstaates" auf. Das heißt, daß sie vor allem bei Infrastrukturausgaben Mittel bereitwilliger dort einsetzen, wo sie durch öffentliche Leistungserbringung dem privaten Unternehmensbereich Zugeständnisse machen, die dieser gern mitnimmt. Kommunen ihrerseits erwarten dadurch Impulse für die örtliche Wirtschaftsentwicklung, indem über die Anreize Arbeitsplätze geschaffen, mehr Umsatz realisiert und höhere steuerliche Abschöpfungen zugunsten der Gemeindehaushalte ermöglicht werden. Zu diesen Anreizen zählen auch Verlustzuweisungen in Form von Steuererleichterungen, Abtreten billigen Baulandes oder niedrige Hebesätze für Gewerbesteuern. Eine ähnlich fiskalisch orientierte Kommunalpolitik hat sich in der Bodenpolitik und in der Stadtentwicklungspolitik durchgesetzt. Die Umgestaltung der Innenstädte vorwiegend zu Kapitalumschlagsplätzen wurde von den Gemeinden stark forciert. In der öffentlichen, v.a. kommunalen Baulandproduktion haben die meisten Gemeinden wenig getan, die soziale Komponente voranzutreiben. Insbesondere im Wohnungsbau haben sie Haus- und Grundbesitzer, vermögende und einkommensstarke Stadtbewohner begünstigt, in Form von Infrastrukturleistungen und durch die Kommunalplanung. In der Sanierungspolitik hat diese Linie hervorstechende Nachteile für Problemgruppen und niedrige Einkommensbezieher gebracht. Die Durchsetzung der kommunalen Anreizpolitik vollzieht sich in den kommunalen Gremien und nicht beim Bund oder in den Ländern.

4. Anmerkungen zu Alternativen

Alternativen bei der staatlichen Neugestaltung der Gemeindefinanzen haben vor allem zwei Ziele zu berücksichtigen: Zum einen die allgemeine Erhöhung autonomer Finanzmittel zu Lasten der übergeordneten Gebietskörperschaften, vor allem der Länder; zum anderen eine an Bedarfskriterien zusätzlich orientierte Zuweisungspraxis, die bei Reduzierung der Zweckbindung Mittel selektiv einsetzt. Ein Beispiel für eine solche Politik gibt jetzt NRW, das ungebundene Zuweisungen plus Härtefonds für diejenigen Kommunen verteilt, die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind.

Eine globale Stärkung der kommunalen Haushalte kann durch eine Zurück-

25) M. Rodenstein, a.a.O., S. 316.
26) Gemeindefinanzbericht 1979, a.a.O., S. 73.

nahme der enormen Gewerbesteuerentlastungen der Betriebe erfolgen, die durch zentralstaatliche Steueränderungsgesetze durchgesetzt wurden. In kommunaler Selbstbestimmung können dabei die Hebesätze erhöht werden. Langfristig ist jedoch die Tatsache, daß durch die Gewerbesteueränderungen mehr als die Hälfte aller Betriebe von entsprechenden Steuern befreit wurden, durch eine Reformierung zu ändern, die in der Tendenz das Äquivalenzprinzip zwischen den Leistungen der Kommune im Infrastrukturbereich und den Steuerleistungen der Betriebe wiederherstellt. Eine zweite gewichtige Maßnahme globaler Stärkung kommunaler Finanzen ist die Anhebung des Ateils an der Einkommensteuer auf 18%. Hiermit würden auch entsprechende Beschlüsse der Parteien zur Kommunalpolitik in die Tat umgesetzt. Die höhere Abschöpfung von Steuereinnahmen des Bundes und der Länder durch die Gemeinden ist dabei durch eine Umschichtung der staatlichen Ausgaben zu Lasten des Rüstungshaushalts und durch den Abbau von Subventionen zu erreichen, die lediglich Mitnehmereffekte potenter Unternehmen (z. B. im Rahmen der F & E-Förderung und der Regionalförderung) und eine unnötige, am Umsatz orientierte Forderung von Großagrariern darstellen[27]).

Allerdings ist bei der Verteilung der kommunalen Anteile an der Einkommensteuer sicherzustellen, daß der Schlüssel besser als bisher tatsächliche Problemlagen, Sozialaufwendungen und Wanderungsbewegungen in Abhängigkeit von der jeweiligen Einwohnerzahl und deren Einkommen berücksichtigt.

Nicht zuletzt müssen im Sinne der bereits vorgetragenen Argumente und Möglichkeiten die Verschuldungsspielräume der Kommunen vergrößert werden, um den dargestellten Verzicht an Auslastung des Produktionspotentials in der Krise nicht zu wiederholen. Vor allem zur Sicherung der nötigen Investitionsmittel für die dringend erforderlichen Bauleistungen im sozialen Mietwohnungsbau, bei der Modernisierung und Erhaltung der Städte sind neue Wege der Aufbringung und Organisation der Finanzen zu beschreiten. Hier bieten sich Fonds an, die durch nicht tilgbare und unverzinsliche Zwangsabgaben finanziert werden und mit deren Hilfe und unter Beteiligung von betroffenen Bürgern die „Zukunftsinvestitionen" adäquat bewältigt werden können.

27) Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik", Memorandum. Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 215ff.

Das Märchen vom entsorgten Atommüll

Von Helmut Hirsch

Vorbemerkung

Die grundlegende – und oft genug auch aufdringlich ausgesprochene – Prämisse kapitalistischer Technologiepolitik „Jedes technisch/naturwissenschaftliche Problem ist durch gezielte Forschung und Entwicklung planmäßig lösbar" erweist sich nirgends so deutlich als Ideologie und hohle Prahlerei wie bei der Atommüllproblematik. Ebenso läßt sich aus der Art und Weise, in der Regierung und Industrie mit diesem Problem umgehen, leicht ersehen, welches Prinzip hier tatsächlich waltet, nämlich: „Jedes technisch/naturwissenschaftliche Problem ist durch geeignete Definitionen und Vorgaben auf politischer Ebene hinwegdiskutierbar".

In der Folge wird diese These anhand eines übergreifenden und dreier konkreter Beispiele belegt. Weiterhin wird diskutiert, welche Konsequenzen sich daraus für den Kampf gegen die technologische Fehlentwicklung „Atomenergie" ziehen lassen, insbesondere auch für Naturwissenschafter, die als solche einen Beitrag zu diesem Kampf leisten wollen[1]).

Problemlösung per Dekret

Um der zunehmend kritisch gewordenen Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß die verantwortlichen Politiker die Probleme der sog. „Entsorgung" von Atomkraftwerken sehr ernst nehmen, wurde im Jahre 1976 das Atomgesetz (AtG) novelliert. In dem neuaufgenommenen § 9a wurde die Entsorgungspflicht für Betreiber von kerntechnischen Anlagen festgelegt; eine knappe, aber bei vernünftiger Auslegung durchaus hinreichende Vorschrift. Denn schließlich wurde der Begriff „Entsorgung" eigens dafür geprägt, sämtliche nach der Entladung des Kernbrennstoffs aus dem Reaktor noch nötigen Schritte bis zur sicheren Isolierung der Abfälle von der Biosphäre für die erforderlichen Zeiträume mit einem Wort zu bezeichnen. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Bundesregierung dieses Problem nicht allzu verkrampft sah und auch bereit war, im Vollzug des Atomgesetzes auf die Bedürfnisse der Betreiber sowie auch auf Rückschläge bei der Verwirklichung des „Entsorgungskonzepts" Rücksicht zu nehmen.

Im Juni 1977 erließ der Bundesinnenminister – offiziell zu dem Zweck, den bundeseinheitlichen Vollzug des § 9a AtG zu sichern – die „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke". Tatsächlich wurde damit der § 9a

1) Weitere Informationen zur Sache können z. B. folgenden Publikationen entnommen werden: H. Hatzfeldt, H. Hirsch/R. Kollert (Hrsg.), Der Gorleben-Report, Frankfurt/M. 1979; Öko-Institut Hannover (Hrsg.), Probleme und Risiken der Endlagerung radioaktiver Abfälle oder: Entsorgung heute, die Sorgen morgen, Öko-Bericht Nr. 9, Hannover 1980; Öko-Institut Freiburg (Hrsg.): Atom-Müll, Öko-Magazin Bd. 1, Bonn/Fellbach 1980; Gruppe Ökologie Hannover, BBU (Hrsg.), ... auch keine Zwischenlösung! Probleme und Risiken der „Zwischenlagerung" von Atommüll, Hannover 1981.

unterlaufen – an die Stelle der gesicherten „Entsorgung" trat die Vorsorge für die Entsorgung, die so definiert war, daß die AKW-Betreiber und die Nuklearindustrie damit leben konnten (siehe Kasten 1). Für Kraftwerke, die vor der 1. Teilbetriebsgenehmigung stehen, wurde so die – bei korrekter Interpretation – im Begriff „Entsorgung" enthaltene Isolation radioaktiver Stoffe für Millionen von Jahren auf eine sechsjährige Zwischenlagerung, also ein Provisorium, reduziert.

Obwohl rd. zwei Jahre später klar wurde, daß man aufgrund schwerwiegender technischer Mängel – sie wurden u.a. auf den „Gorleben-Hearings" in Hannover im Frühjahr 1979 publik gemacht[2]) – sowie des massiven Widerstands der betroffenen Bevölkerung das integrierte Entsorgungskonzept nicht plangemäß würde verwirklichen können, setzte die Bundesregierung angesichts dieser Unsicherheiten Bau und Betrieb von Atomkraftwerken keineswegs aus, sondern revidierte stattdessen kurzerhand die „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge" auf eine Weise, die auch weiterhin den Ausbau des Atomprogramms ermöglicht (siehe Anhang 1).

Die so „gewonnene" Zeit wurde und wird von Behörden und Betreibern nun genutzt, die offenen technischen Probleme im einzelnen einer „Lösung" zuzuführen. In der Folge wird an drei Beispielen aufgezeigt, wie eindeutig negative Befunde durch Uminterpretation und Änderung von Rahmenbedingungen übergangen werden können.

„Es ist sicher – weil wir es sagen!"

Eignung des Salzstocks Gorleben-Rambow als Endlager: Vor Beginn des Standortuntersuchungsprogramms Gorleben bestand – zumindest nach außen hin – bei Behörden und Wissenschaftern der offiziellen Institutionen ein ausgeprägter Optimismus bezüglich der „Eignungshöffigkeit" dieses Standorts[3]), der bis zu kategorischen Aussagen über angeblich gegebene positive Eigenschaften reichte. So erklärte 1978 Prof. H. Venzlaff von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, daß sich der Gorlebener Salzstock in den letzten 100 Millionen Jahren im wesentlichen nicht mehr verändert habe; letzte geringfügige Aufstiegsbewegungen hätten im Tertiär, immer noch vor einigen Millionen Jahren, stattgefunden[4]).

Diese Behauptung wurde schon durch die bis Mai 1981 vorliegenden Bohrergebnisse klar widerlegt, aus denen eine Fortsetzung des Aufstiegs praktisch bis in die Gegenwart, und jedenfalls noch weit in die Quartär-Zeit hinein er-

2) Niedersächsische Landesregierung (Hrsg.), Rede-Gegenrede, siebenbändige Dokumentation zu den Gorleben-Hearings, Hannover 1979 (Bd. 1 und 2 wurden in einer Neuauflage vom Deutschen Atomforum 1979 in einem Band herausgebracht).

3) Vgl. z. B. Grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums. Beurteilung und Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission, 20. 10. 1977, Kapitel VIII (veröffentlicht in: Entsorgungsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 8/1281 v. 30. 11. 1977).

4) H. Venzlaff, Tieflagerung radioaktiver Abfälle aus geologischer Sicht, in: „atomwirtschaft-atomtechnik", Nr. 7–8 (Juli/August), 1978, S. 335–338.

sichtlich ist. Eine ganze Reihe weiterer negativer Befunde wurden auf einer Mitte Mai als Zwischenbilanz angesetzten Diskussionsveranstaltung in Lüchow z.T. von Wissenschaftern vorgetragen, die an dem offiziellen Standorterkundungsprogramm mitgewirkt hatten, z.T. von Referenten, die von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg nominiert worden waren. Offen blieb die Frage nach den Einflüssen quartärer Tektonik im Norddeutschen Raum. Nach Meinung von Prof. E. Grimmel, Universität Hamburg, ist die Region um Gorleben tektonisch instabil und schon allein deshalb als Standort für ein Endlager ungeeignet[5]).

Trotz aller negativen Befunde soll nun das Standorterkundungsprogramm in Gorleben fortgesetzt werden. Der durch verspätetes Handeln selbstgeschaffene Zeitdruck, unter dem die Befürworter des Atomprogramms heute stehen, gestattet ihnen offenkundig nicht, die mehr als zwei Jahre, die in Gorleben bisher „investiert" wurden, abzuschreiben. Nach den Vorgaben der Regierungschefs von Bund und Ländern hat das bundesdeutsche Endlager noch vor Ablauf der 90er Jahre betriebsbereit zu sein[6]) – ein Ziel, das schon heute nur noch dann erreicht werden kann, wenn von der Eignung des Gorleben-Rambower Salzstocks ausgegangen wird.

Die Antwort auf die negativen Befunde des Standorterkundungsprogramms zeichnet sich in Andeutungen von Wissenschaftern offizieller Institutionen bereits ab: Ist der Salzstock selbst weniger gut geeignet, müssen einfach die Eigenschaften der einzulagernden Abfallprodukte entsprechend modifiziert werden[7]). Ganz abgesehen von der prinzipiellen Erwägung, daß dadurch die Entscheidung über Eignung oder Nichteignung des Salzstocks völlig unkontrollierbar wird (die Eignungskriterien werden im nachhinein angesichts der Ergebnisse festgelegt!), wird dabei auch eine wichtige Vernetzung vergessen: Die Eigenschaften der Abfallprodukte werden sehr wesentlich von den der Endlagerungen vorausgehenden Entsorgungsschritten (z.B. Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung) beeinflußt; sie sind nicht frei wählbar. Durch die heute vor der Wiederaufarbeitung eingeplante verlängerte Kühlzeit der abgebrannten Brennelemente z.B., die durch verstärktes Abklingen der Radioaktivität verfahrenstechnische Probleme mildern soll, steigt der Anteil von Americium-241 und seiner Folgeprodukte im Abfall (die zu dessen Langzeittoxizität den Hauptanteil liefern) auf ein Mehrfaches[8]).

Aufgrund der parzellierten Denkweise der Atomspezialisten, bei der jedes Problem für sich gelöst werden soll und ein Problem vergessen wird, sobald es

5) E. Grimmel, Die Kontroverse um den Salzstock Gorleben-Rambow, Gruppe Ökologie, Hannover 1981.
6) Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979, Pkt. 7.
7) Vgl. z.B. K. Kühn, Kurzstudie zu drei Fragen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Endlagerung radioaktiver Abfälle von K. Kühn (Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung München, Institut für Tieflagerung), Antwort zu Frage 3 (veröffentlicht in: Protokoll der Öffentlichen Anhörung der Arbeitsgruppe „Strahlenschutz und Reaktorsicherheit" des Deutschen Bundestages am 23. Juni 1980).
8) Berechnungen dazu sind z.B. im Bericht KfK-2170, „Zur Problematik der sicheren Beseitigung alpha-haltiger Abfälle aus Wiederaufarbeitung und Brennelementefertigung am Beispiel des Langzeitverhaltens hochaktiver Gläser", Kernforschungszentrum Karlsruhe, Juli 1975, enthalten.

aus dem Kästchen des eigenen Spezialbereichs hinausgeschoben wurde, werden derartige Verknüpfungen bisher nicht sehr ernst genommen. Ebensowenig ernst genommen wird offenbar die nach wie vor offene Kontroverse der „offiziellen" Geologie mit Grimmel: Die weiteren Arbeiten des Untersuchungsprogramms sind so ausgelegt, daß sie zur Klärung der Rolle der quartären Tektonik im norddeutschen Raum so gut wie nichts beitragen können.

Lagerung von flüssigen hochaktiven Abfällen in Wiederaufarbeitungsanlagen: Jahrelang hatte die Nuklearindustrie die Zwischenlagerung der in Salpetersäure gelösten Spaltprodukte und Aktiniden des HAW-Stroms (der den Großteil der bei der Wiederaufarbeitung abgetrennten radioaktiven Abfälle enthält) in großen, gekühlten Stahltanks als „Stand der Technik" und sichere Lösung hochgelobt. Eine Verfestigung und Stabilisierung dieser Abfälle durch Verglasung sei zwar nach Jahren erforderlich und werde auch durchgeführt werden; Zeitdruck bestehe jedoch keiner[9]).

Noch auf den Gorleben-Hearings erklärte am 2. April 1979 der Direktor der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe, W. Schüller, zu dem Vorschlag, auf eine Zwischenlagerung von HAW in flüssiger Form zu verzichten und die Verglasung direkt an den Wiederaufarbeitungsprozeß anzuschließen, dabei handele es sich „keineswegs um eine Alternative mit Wiederaufarbeitung, sondern um eine mathematisch verklausulierte Ablehnung der Wiederaufarbeitung durch Aufschiebung in die Unendlichkeit"[10]).

Ebenfalls auf den Gorleben-Hearings wurde von unabhängigen Wissenschaftlern unwiderlegt gezeigt, daß bei dieser Zwischenlagerung von Abfällen in flüssiger Form Großunfälle eintreten könnten, bei denen hunderttausende Quadratkilometer radioaktiv verseucht werden[11]). Selbst der Wiederaufarbeitungsbefürworter Albrecht forderte daraufhin in seiner Regierungserklärung vom 16. Mai 1979 die Ausschaltung dieser Risikoquelle bei der zukünftigen Planung.

Und in der Tat: Anfang 1980, also weniger als ein Jahr nach Schüllers Ausspruch bei den Gorleben-Hearings, stellte die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), von der u.a. die Gorleben-Pläne stammen, bei der Antragstellung für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen ein „Neues Konzept" vor, bei dem für den flüssigen hochaktiven Abfall nur ein winziges betriebliches Pufferlager und eine Koppelung der Verglasung an den Wiederaufarbeitungsprozeß vorgesehen war[12]).

„Es ist sicher – weil wir es sagen!" – anders kann die DWK der besorgten und betroffenen Bevölkerung von Nordhessen kaum begründen, warum so plötz-

9) Eine Zusammenfassung zu diesem Thema gibt Handling and Storage of High-Level Radioactive Liquid Wastes Requiring Cooling, IAEA Technical Report Nr. 191, Wien 1979.
10) „Rede-Gegenrede", Ausgabe des Deutschen Atomforums, S. 279R (vgl. Anm. 2).
11) Bericht der „Gorleben International Review", Kapitel 3.7. (in: Rede-Gegenrede, Ausgabe der Niedersächsischen Landesregierung, Bd. 4, (vgl. Anm. 2).
12) J. Mischke, Stand der Wiederaufarbeitungsprojektierung und WA-350-Konzept, in: „atomwirtschaft-atomtechnik", (März) 1981, S. 193–197.

lich die starke und unmißverständliche Äußerung Schüllers keine Gültigkeit mehr haben sollte.

Dazu kommt noch, daß die Entwicklung von Verfahren zur Abfallverglasung in der Bundesrepbulik Deutschland ein Musterbeispiel für Fehlplanung und Scheitern bei der Einhaltung vorgegebener zeitlicher Ziele ist: So sollte z. B. das als erstes 1965 in Angriff genommene VERA-Verfahren (eine Weiterentwicklung des französischen AVM (Atélier de vitrification Marcoule)-Verfahrens) nach Plänen von 1973 schon 1976 zur Verfügung stehen[13]; 1977 hatte sich das Datum für die „heiße" Inbetriebnahme auf 1986 verschoben[14]. In diesem Jahr beschloß das Bundesministerium für Forschung und Technologie eine Umorientierung auf das seit 1973 entwickelte PAMELA-Verfahren[15]. Nach dem Planungsstand von 1979 will die DWK zwei Demonstrations-Verglasungsanlagen errichten; eine nach dem AVM-Verfahren (das aufgrund der Schwierigkeiten mit den deutschen Verfahren als Referenzverfahren für das Entsorgungszentrum Gorleben vorgesehen war), die andere, als back-up, nach dem PAMELA-Verfahren. Beide Anlagen sollen Mitte der 80er Jahre ihren Heißbetrieb aufnehmen[16]. Dies entspricht wohl auch noch dem derzeitigen Stand der Planung und beweist den ungebrochenen Optimismus der DWK, sonst aber nichts; vor allem ist bemerkenswert, daß das pannengeplagte AVM-Verfahren immer noch der Weisheit letzter Schluß ist.

Sollte man gezwungen sein, Glas als Endlagerprodukt ganz aufzugeben – kritische Stimmen mehren sich[17] –, wären weitere Verzögerungen die Folge. Je größer aber diese Verzögerungen, desto länger die Zeitspanne der Zwischenlagerung flüssiger Abfälle in Tanks und desto größer Inventar und damit Katastrophenpotential der Tanklager.

Zwischenlagerung von abgebrannten Kernbrennstoffen in Transportbehältern: Bis zu den Gorleben-Hearings war die einzige Methode, die in der Bundesrepublik Deutschland zur Zwischenlagerung von abgebranntem Kernbrennstoff praktiziert und auch für die Zukunft ins Auge gefaßt wurde, die Lagerung in Wasserbecken. Im „Entsorgungszentrum Gorleben" sollten nach der ursprünglichen Planung 3000 t Brennstoff in 6 großen Pools kompakt (d. h. dicht gepackt) gelagert werden. Auch hier war es erst der Kommentar der unabhängigen und kritischen Wissenschaftler bei den Herarings, der den längst überfälligen Denkanstoß gab. Sie identifizierten die Lagerbecken als – neben den Tanks mit flüssigem HAW – zweite große Risikoquelle der Wiederaufar-

13) Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe, 1974 (Stand: 17. 7. 1973), S. 223.

14) „Systemstudie radioaktive Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland", Bd. 2, „Technologie und Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Beseitigung radioaktiver Abfälle", im Auftrage des BMFT (Kennzeichen KWA 1214) erstellt von Fa. NUKEM, Hanau, Oktober 1977, S. 108.

15) F. Baumgärtner (Hrsg.), Chemie der nuklearen Entsorgung, Teil III, München 1980, S. 188.

16) F. Baumgärtner, ebd., S. 189–190.

17) Vgl. z. B. J. C. Dran et al., Radioactive Waste Storage Materials: Their alpha-Recoil Aging, in: „Science", 209, September 1980, S. 1518–1520; und E. H. Hirsch, A New Irradiation Effect and Its Implications for the Disposal of High-Level Radioactive Waste, in: ebd., S. 1520–1522.

beitungsanlage und zeigten für Unfälle bei Kühlungsversagen ähnlich drastische Konsequenzen wie bei den HAW-Tanks.

Diese Kritik – der sich Ministerpräsident Albrecht auch in diesem Falle anschloß – löste einen der bemerkenswertesten kurzfristigen Stimmungswandel aus, die sich durch Zitate aus Nuklearindustrie, -forschung und -behörden im einzelnen belegen lassen (siehe Anhang 2). Wie aus Anhang 2 ersichtlich, trat in diesem Falle W. Schüller auf den Hearings als Vorkämpfer eines neuen Konzepts auf, das noch Monate vorher von der Betreiberseite als unpraktikabel abgetan worden war. Weiterhin sei darauf hingewiesen, mit welcher Mühelosigkeit die Reaktorsicherheitskommission – immerhin das höchste Beratergremium des Innenministers in kerntechnischen Fragen, der seinerseits wieder die oberste Instanz bei atomrechtlichen Genehmigungen ist – binnen 19 Monaten in ihrer Position einen Schwenk um 180 Grad vollführte. Etwas weniger verwunderlich wird diese Flexibilität vielleicht, wenn man sich vor Augen führt, daß Reaktorsicherheitskommission und Strahlenschutzkommission am 20. Oktober 1977 die „grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit" des Entsorgungszentrums dekretiert hatten (siehe Anhang 1), anhand eines Sicherheitsberichts, von dem sich nach massiver Kritik auf den Gorleben-Hearings die Verfasserin DWK selbst mit dem Hinweis distanzieren mußte, er sei „nicht ausführlich genug und teilweise oberflächlich"[18]).

Die Errichtung zweier großer Zwischenlager (je 1500 t Brennstoff) bei Gorleben und Ahaus nach dem neuen Transportbehälter-Verfahren ist das nächste Ziel der Nuklearindustrie[19]); die erste Einlagerung könnte rd. ein Jahr nach Baubeginn erfolgen. So rasch wird in der Bundesrepublik Deutschland ein Konzept aus dem Versuchs – in das Stadium der großindustriellen Anwendung katapultiert – jedenfalls auf dem Papier.

Bleibt nur die Resignation?

Zwei Schlußfolgerungen lassen sich drekt aus den dargestellten Beispielen ziehen:

Erstens: Im Rahmen der kritischen, wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist es unabhängigen Wissenschaftern möglich, durch das Aufzeigen negativer Befunde aus eigener Arbeit oder durch Katalysatorwirkung auf die an den offiziellen Untersuchungen beteiligten Wissenschaftler zur Verbreitung von Informationen beizutragen, die ungünstig für die von offizieller Seite verfolgten Konzepte sind. Es ist sogar möglich, Konzeptänderungen auf technischer Ebene zu bewirken.

Zweitens: Die Hauptstoßrichtung der Entwicklung kann allein dadurch jedoch nicht in nennenswerter Weise geändert werden. Änderungen, die die Probleme nicht beseitigen, u.U. aber verschleiern, sind stets zur Hand; bis sich

18) Auf den Gorleben-Hearings verteilte Presseerklärung der DWK vom 2. April 1979.
19) Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Beitrags (18. Juni 1981) stand der Baubeginn für das Zwischenlager Gorleben unmittelbar bevor.

die unabhängige Kritik wieder mit diesen auseinandergesetzt hat, kann es den Betreibern gelingen, durch rasche, gezielte Investitionen weitere „Sachzwänge" zu schaffen.

Bei der hier näher betrachteten Atommüllproblematik ist die Möglichkeit, unerprobte und fragwürdige Konzepte durch Definition auf politischer Ebene zur „Lösung" hochzustilisieren, besonders leicht gegeben. Das Versagen eines Konzepts kann sich nämlich im wesentlichen nur auf zwei Arten äußern:

Entweder fehlt die direkte Rückkoppelung, weil, wie bei der Erhöhung von Krebs- und Mutationsraten z. B. durch radioaktive Abgaben im sog. „Normal"betrieb von Wiederaufarbeitungsanlagen und Zwischenlagern, langjährige, regional breit gestreute Datenerfassung erforderlich wäre, um genaue Aussagen über die Auswirkungen zu gestatten – und daran haben Betreiber und Verfechter des Atomprogramms kein Interesse. Außerdem würde selbst die beste Statistik tragfähige Ergebnisse erst liefern, nachdem eine große Zahl von Effekten bereits eingetreten ist. Noch problematischer ist die Situation bei der Endlagerung – die Auswirkungen einer Fehleinschätzung, die 10000 Jahre nach der Einlagerung zu radiaktiver Verseuchung von Grundwasser für Jahrhunderttausende führt, sind heute prinzipiell nicht feststellbar.

Oder – und dies ist die zweite Möglichkeit, wie sich eine Fehleinschätzung bei der Planung von Atommüllanlagen äußern kann – das Versagen eines Konzepts kann erst dann klar belegt werden, nachdem eines der katastrophalen Ereignisse eingetreten ist, die ursprünglich dadurch hätten verhindert werden sollen, daß auf die Fehlerhaftigkeit des Konzepts hingewiesen wurde.

Nach einem Kühlungsversagen mit anschließender Freisetzung von hunderten Millionen Curie radioaktiver Stoffe aus einem großen HAW-Tank z. B. oder nach dem Einsatz von Atomwaffen durch eine Militärdiktatur, der eine „zivile" Wiederaufarbeitungsanlage verkauft worden war, sind zweifellos Zusammenhänge klarer geworden – doch um einen Preis, den niemand freiwillig in Kauf nehmen wird.

Die Konsequenz, die sich für unabhängige Wissenschafter ergibt, die außerhalb der herkömmlichen wissenschatlichen Institutionen eine Kontrollfunktion ausüben wollen, ist dennoch nicht die Resignation. Unter Einhaltung der üblichen Spielregeln der wissenschaftlichen Diskussion ist es unmöglich, effektiv technologischen Fehlentwicklungen gegenzusteuern – daher ist es erforderlich, diese Spielregeln zu brechen!

In erster Linie bedeutet dies für die ökologisch orientierte Wissenschaft eine enge Zusammenarbeit mit der politischen Massenbewegung, die in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen Ländern – innerhalb und außerhalb der etablierten Parteien – gegen die Atomtechnologie und für andere Ziele des Umwelt- und Lebensschutzes kämpft. Diese Zusammenarbeit ist mehr als ein Mittel, dessen sich die ökologische Wissenschaft fallweise nach Gutdünken bedienen kann – sie ist eine Notwendigkeit, der zu jeder Zeit Rechnung zu tragen ist.

Nur durch eine Doppelstrategie auf politischer und wissenschaftlicher Ebene ist die Möglichkeit gegeben, technologische Fehlentwicklungen ganz zu stoppen und nicht nur, sie durch Verbesserungen im Detail vielleicht etwas erträglicher zu machen. Dabei ist die Arbeit auf der rein wissenschaftlichen Ebene von großer Bedeutung, weil sie die Identifizierung von Schwachstellen und das Erarbeiten von Argumentationshilfen gestattet.

Anhang 1

Die wichtigsten Bestimmungen der „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" des Bundesinnenministeriums für die 1. Teilerrichtungsgenehmigung

Version vom 6. Mai 1977	*Version vom 29. Februar 1980*
a) Vorauswahl eines oder mehrerer grundsätzlich geeigneter Standorte für das Entsorgungszentrum	*a) Vorauswahl eines oder mehrerer grundsätzlich geeigneter Standorte für ein externes Zwischenlager, soweit nicht eine Zwischenlagerung am Standort des Kernkraftwerks gewährleistet ist, oder für eine Wiederaufarbeitungsanlage*
b) Positives Urteil von RSK und SSK über die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums	*b) Positive Beurteilung der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der Zwischenlagerung von bestrahlten Brennelementen in externen Zwischenlagern über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren durch RSK und SSK*
c) Einleitung des Genehmigungsververfahrens durch Antrag auf 1. Teilerrichtungsgenehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage (Brennelemente-Eingangslagerbecken) als Bestandteil des Entsorgungszentrums mit Antragsunterlagen, die die Basis für ein vorläufiges Gesamturteil über das gesamte Entsorgungszentrum bilden	*c) Fortführung des laufenden Planfeststellungsverfahrens sowie Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung des Endlagers*

Zu a) An die Stelle einer Möglichkeit (Entsorgungszentrum) treten deren drei (Zwischenlagerung extern oder beim Kraftwerk oder Wiederaufarbeitungsanlage), von denen wahlweise nur eine erfüllt werden muß.

Zu b) An die Stelle eines positiven Urteils über alle im Entsorgungszentrum zusammengefaßten Funktionen (das RSK und SSK übrigens prompt am 20. Oktober 1977 lieferten) tritt das Urteil über eine einzige Funktion (wobei nicht einmal der Schein gewahrt blieb: Die RSK *hatte* dieses Urteil bereits am 19. September 1979 veröffentlicht!).

Zu c) An die Stelle konkreter Fortschritte bei der Realisierung aller im Entsorgungszentrum zusammengefaßten Funktionen treten allgemeiner formulierte Fortschritte bei einer einzigen Teilfunktion.

Anhang 2

Chronik der Äußerungen von Reaktorsicherheitskommission und Betreiberseite zum Konzept der Lagerung in Transportbehältern

15. 2. 1978	*Reaktorsicherheitskommission: „Ein inhärent sicheres System (Naturumlauf) wird ohne Einbußen beim Schutz gegen Einwirkungen von außen als nicht realisierbar angesehen."* [a]
Juni 1978	*K. L. Huppert, GWK (Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, Karlsruhe): „Es wird wiederholt behauptet, daß Trockenlagerung abgebrannter Brennelemente eine Option für Zwischenlagerung oder sogar Endlagerung abgebrannter Brennelemente ist, aber diese Methode wurde noch nicht als machbar demonstriert."* [b]
27. 9. 1978	*DWK: „Naturkühlung kann im Brennelementeeingangslager (des Entsorgungszentrums) nicht realisiert werden, da dann kein ausreichender Schutz gegen Einwirkungen von außen möglich wäre."* [c]
23. 1. 1979	*DWK (auf die Frage, welche inhärent sicheren Optionen zur Brennelementelagerung betrachtet würden): „Die derzeitige Planung für das Entsorgungszentrum sieht keine Optionen für das Brennelementelager vor."* [d]
30. 3. 1979	*W. Schüller, GWK (auf den Gorleben-Hearings): „Allein die Tatsache, daß in erheblicher Zahl Brennelemente von einigen Tonnen in trockenen Behältern transportiert werden, zeigt, daß man ohne jede Zwangskühlung Brennelemente lagern kann. Dieses Konzept ist im Detail durchgearbeitet."* [e]
Sommer 1979	*DWK veröffentlicht Kurzbeschreibung des jetzt auch in Gorleben und Ahaus vorgesehenen „Castor"-Konzepts* [f]
19. 9. 1979	*Reaktorsicherheitskommission: „... die für die trockene Lagerung bestrahlter Brennelementebündel in Transportbehältern erforderlichen sicherheitstechnischen Maßnahmen (sind) realisierbar."* [g]

Noch im Bericht der International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (INFCE) von 1980 wird die Trockenlagerung in Transportbehältern bei den „Konzepten in Entwicklung" angeführt [h].

a) „Sicherheitstechnische Fragestellungen zum Entsorgungszentrum – Stand der Beratungen der RSK und der SSK, empfohlene FuE-Arbeiten und Untersuchungen, Geschäftsstelle der Reaktorsicherheitskommission, 15. 2. 1978: TP 1, Nr. 2.

b) „Storage of Spent Fuel Elements – Proceedings for the NEA Seminar", OECD/NEA, Madrid, Juni 1978, S. 28.

c) Nach dem unveröffentlichten Protokoll des Gesprächs zwischen Vertretern der „Gorleben International Review" und der DWK am 27. 9. 1978 in Hannover (in Händen des Autors).

d) „Antworten zu Fragen der ‚Gorleben International Review'", DWK, unveröffentlichtes Manuskript (in Händen des Autors), 23. 1. 1979: Antwort zu F 12/78 (i).

e) „Rede-Gegenrede", Dokumentation der Niedersächsischen Landesregierung, Hannover 1979: Band 1, 3. Tag, S. 23.

f) „Transportbehälterlager – Die trockene Lagerung von ausgedienten Brennelementen", DWK, Hannover 1979.

g) „Sicherheitstechnische Realisierbarkeit der trockenen Lagerung abgebrannter Brennelementebündel aus Leichtwasserreaktoren in Transportbehältern (Trockenlager)", Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission, 148. Sitzung, Bonn, 19. 9. 1979.

h) Bericht der INFCE (veröffentlicht von IAEA, Wien 1980), Arbeitsgruppe 4, Kapitel 4.2.2.5.

Medienkritik

LIEBE UND POLITIK

„Lisa und Tshepo", ein Fernsehfilm von Erika Runge, wurde am Mittwochabend (1. Juli) um 20.15 Uhr gesendet. Er hat einen Untertitel, der, da er offenbar nicht ironisch gemeint ist, demonstrativ wirkt: *„Eine Liebesgeschichte"*. Tshepo ist ein Südafrikaner, der in der Bundesrepublik politisches Asyl gefunden hat. Eigentlich wollte er Arzt werden, nun lernt er Autoschlosser. Er hat eine weiße Freundin, die als Sekretärin in einem jener Konzerne arbeitet, deren Filialen in Südafrika auf Kosten der schwarzen Mehrheit florieren.

Die Figurenkonstellation läßt erkennen, was der Film will. „Durch ihren farbigen Freund lernt Lisa Probleme Südafrikas kennen", so formuliert es der Klappentext der Fernseh-Zeitschrift. Diese Probleme werden im Film gezeigt: Dokumentaraufnahmen aus Südafrika, Gespräche in der Gruppe der Exilafrikaner, eine Sitzung ihrer Organisation unter der Leitung eines durchreisenden Kaders, schließlich ein Lichtbildervortrag Tshepos.

Lisa hört zu und schaut hin auf diese ferne Realität, aber sie tut es nur, weil sie Tshepo liebt. Sie sieht, erlebt und fühlt zwar den bundesdeutschen Biederrassismus, den Eltern und Bekannte ihrem Liebhaber gegenüber zeigen. Hier ist der Film konkret, werden Angst und Peinlichkeit *inszeniert,* und Lisa erscheint als eine sich wehrende Frau. Aber sie merkt bald, daß ihre Liebe von der Unterdrükkung in jenem anderen Land, das sie eigentlich nicht interessiert, viel mehr bedroht ist.

Praktisch erfährt sie diese Bedrohung in der politischen Arbeit ihres Freundes, und ihre Liebe scheitert an der sich aus dem Engagement ergebenden Trennung. Zu dieser politischen Arbeit hat Lisa keinen Zugang, weil sie nichts damit zu tun haben will, daß Tshepo einer Widerstandsorganisation angehört, nicht wissen will, welches die Bedingungen und Ziele ihrer Arbeit sind. Für sie hat dieser politische Kampf nur einen Aspekt, nämlich den, daß er ihre Liebe gefährdet. Erika Runge, die Dokumentaristin, hat sich für das Genre des Spielfilms und für eine Liebesgeschichte nicht ohne Grund entschieden. Mit der Spielhandlung und durch sie sollen größere Zuschauerkreise über den staatlichen Terror in der *befreundeten* Republik Südafrika aufgeklärt werden, als es mit einem Dokumentarfilm gelingen könnte. Mit der indifferenten, uninformierten Lisa sollte der indifferente, uninformierte Zuschauer etwas lernen, so wie Lisa durch die Liebe, sollte der Zuschauer durch die Liebesgeschichte dazu gebracht werden, sich mit einem Thema zu beschäftigen, das beide normalerweise nicht interessieren würde.

Vielleicht wollte die Autorin dadurch, daß sie ihre Identifikationsfigur selber nichts lernen läßt, vermeintlichen Klischees entgehen, oder aber es stimmt, was gerüchteweise verlautete: daß nämlich „Lisa auf Wunsch eines WDR-Verantwortlichen am Schluß genauso unpolitisch und verständnislos bleiben" mußte, „wie sie es von Anfang war" (Frankfurter Rundschau vom 1. 7.). Ob Fehler der Autorin oder besonders geschickte Zensur: an der Unzulänglichkeit der Figur Lisa scheitert das ganze Konzept, sie droht die gegenteilige der beabsichtigten Wirkung hervorzurufen. Denn so gibt Lisa ihr Desinteresse, ihr Mißtrauen der politischen Aktion gegenüber weiter, und ihre Verständnislosigkeit legitimiert und bestärkt die der Zuschauer.

Statt von der Liebesgeschichte ausgehend das eigentliche Thema ins *Spiel* (und nicht nur in einige hölzerne Reden und Dialoge) zu bringen, wird die südafrikanische Unterdrückung auf einen Konflikt zwischen Pflicht und Neigung reduziert. Revolutionäre Disziplin wird zum nicht einmal tragischen Liebes-Hemmnis, denn Lisa setzt nicht, wie ihre klassischen Vorgängerinnen, ihre Tränen ein, um den Geliebten festzuhalten, sondern ihre sogenannten *weiblichen Waffen:* aber wenn schon, dann nicht Antigone, sondern Bérénice, entsagendes Härm-Weib.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Zum Japan-Problem

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Eines der wichtigsten wirtschaftlichen Diskussionsthemen in den Massenmedien ist die „japanische Herausforderung", die angebliche Bedrohung der internationalen Position der Bundesrepublik durch die wachsende japanische Konkurrenz.

Tatsächlich gehört Japan zu den aufstrebenden kapitalistischen Industrieländern. Angesichts sich verengender Wachstumsspielräume im Kapitalismus muß eine solche Entwicklung in den „etablierten" Ländern des Kapitals als Bedrohung der eigenen Position empfunden werden. Allerdings ist der aufsteigende Trend Japans im Kräftegefüge des Imperialismus keine neue Erscheinung. Es sei daran erinnert, daß schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre das „japanische Modell" in der Diskussion der Bundesrepublik eine große Rolle gespielt hatte – damals ging es um die Popularisierung von staatsmonopolistischen Regulierungsstrategien. Klaus v. Dohnanyi, ehemaliger Ford-Manager, später Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Bildungsminister und heute Bürgermeister von Hamburg, verfaßte ein Buch mit dem Titel „Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit" (vgl. „Blätter", 5/1970, S. 542ff.), in dem der Bundesrepublik die Übernahme des japanischen Organisationsmodells empfohlen wurde, das durch unmittelbar unternehmerische Funktionen des Staates gekennzeichnet ist.

Auch heute ist ein Blick auf die tatsächlichen Dimensionen der handelspolitischen „Bedrohung" durch Japan nützlich. Über einzelnen Exporterfolgen darf nicht übersehen werden, daß die Bedeutung Japans sowohl für den Inlandsmarkt als auch für die wichtigsten Exportmärkte der Bundesrepublik in Westeuropa noch immer vergleichsweise gering ist. Allerdings fällt das wachsende Ungleichgewicht im Japanhandel ins Auge, das sowohl gegenüber der Bundesrepublik als auch gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten existiert.

Tabelle 1

Handelsbilanzsalden der EG mit Japan[1])

	1970			*1980*			*Importanteil in %*[2])
	Export	*Import*	*Saldo*	*Export*	*Import*	*Saldo*	
BRD	535	560	− 25	2 184	5 372	− 3 188	3,1
Großbr.	355	323	+ 32	1 381	4 163	− 2 782	3,1
Frankreich	154	191	− 37	1 052	2 697	− 1 645	1,9
Italien	128	223	− 95	684	1 238	− 554	1,1
Belgien/ Luxemburg	85	116	− 31	339	1 377	− 1 038	1,7
Niederlande	85	142	− 57	330	1 429	− 1 099	1,9
Dänemark	27	79	− 52	285	416	− 131	2,1
Irland	10	15	− 6	37	251	− 214	2,7
EG insges.	1 378	1 649	−271	6 292	16 943	−10 651	5,0[3])

1) In Mrd. Dollar.
2) Anteile an den Gesamtimporten.
3) Ohne EG-internen Handel.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 11/1981, S. 5/5.

Charakteristisches Merkmal der japanischen Exporterfolge ist die starke Konzentration auf wenige Produkte. Das Ifo-Institut bemerkt dazu: „Ein rundes Dutzend, in Großserien hergestellter Warengruppen erbringt praktisch die gesamten Ausfuhrerlöse Japans." („Ifo-Schnelldienst", 11/1981, S. 6.)

Beunruhigend für einige westdeutsche Exporteure ist dabei die Tatsache, daß die japanischen Exporterfolge auf Gebieten sichtbar werden, auf denen die Bundesrepublik bisher eine starke Stellung hatte. Während der Anteil von „Massenprodukten" der Textilindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie und der chemischen Industrie zurückgeht, nimmt die Bedeutung von Elektronik und Kraftfahzeugen zu.

Tabelle 2

Struktur der japanischen Exporte in die EG[1])

	1965	*1970*	*1977*
Elektrotechnik	*8,3*	*15,6*	*23,4*
KFZ	*2,3*	*5,5*	*21,3*
Wasserfahrzeuge	*7,1*	*12,1*	*12,0*
Feinmechanik/Optik	*8,5*	*6,5*	*10,1*
Chemie	*16,2*	*13,5*	*7,4*
Maschinenbau	*6,2*	*9,0*	*7,1*
Eisen/Stahl	*5,3*	*11,5*	*4,4*
Textilien	*10,8*	*5,0*	*2,1*

1) Anteile am japanischen Export in %.
Quelle: Ebd., S. 6.

Die Ursachen für die – immer noch relativ kleinen – japanischen Exporterfolge sind vielfältig, wobei, wie das Ifo-Institut bemerkt, „der vielzitierte Kostenvorsprung beim Produktionsfaktor Arbeit keineswegs der entscheidende ist" (ebd., S. 7).

Wichtig für die gegenwärtige Diskussion in der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß das „Modell Japan" keineswegs auf „marktwirtschaftlichen" Prinzipien basiert. Die Staatsverschuldung ist dort besonders hoch, sie erhöhte sich zwischen 1974 und 1979 um 325 Prozent. (BRD +117 Prozent.) Die auch in Japan gegenwärtig sichtbaren Rezessionserscheinungen, die allerdings bisher lediglich das Wachstum vermindert haben, waren für die japanische Regierung Anlaß zu stimulierenden Konjunkturmaßnahmen. Während hierzulande trotz rückläufiger Produktion und stark ansteigender Arbeitslosenzahlen die Wirtschaftspolitik immer noch auf Restriktionskurs ist, hat der Rückgang der japanischen Wachstumsrate auf etwa fünf Prozent die Regierung dazu veranlaßt, ein „Konjunkturbelebungspaket" zu verabschieden. Hauptbestandteile dieses „Pakets" sind die Ausweitung öffentlicher Arbeiten und eine Senkung des Diskontsatzes durch die Notenbank. Diese Maßnahmen werden ergriffen trotz eines hohen Defizits in der Leistungsbilanz, trotz hoher Staatsverschuldung und trotz fast vollständiger Abhängigkeit von Rohstoffeinfuhren.

Wichtiges Merkmal des japanischen Kapitalismus ist der hohe Konzentrationsgrad im Außenhandel, etwa 50 Prozent der japanischen Exporte werden von neun großen Handelsunternehmen abgewickelt. Weiterhin ist die enge Verflechtung von Staat und Unternehmen bemerkenswert, die vor allem über die Unternehmerverbände vermittelt wird. Die Exporterfolge bei bestimmten Produkten sind oft auf gezielte Marketing-Maßnahmen zurückzuführen, die der Staat in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen entworfen und durchgeführt hat.

Während den Unternehmern und der Fachpresse diese Tatbestände durchaus bekannt sind, wird in der Öffentlichkeit der ausgeprägt staatsmonopolistische Charakter des „Modells Japan", seine „staatswirtschaftliche" Ausrichtung gegenwärtig unterschlagen. Dies paßt nicht in das Konzept der „Marktorientierung", das in der Bundesrepublik als ideologische Grundlage für Maßnahmen

des Sozialabbaus im Mittelpunkt steht. Anknüpfend an eine verbreitete „Staatsverdrossenheit" hofft man hierzulande, unter dem Deckmantel neoliberaler Theorien sozialreaktionäre Maßnahmen breiten Bevölkerungskreisen schmackhaft machen zu können. In dieser Situation ist es wichtig, den „staatswirtschaftlichen" Charakter des in der aktuellen Diskussion wichtigen „japanischen Modells" zu unterstreichen.

Ohne Illusionen über den „sozialen" Charakter des japanischen Kapitalismus zu verbreiten, kann so deutlich gemacht werden, daß es auch im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gibt, daß die Hochzinspolitik, die Einschränkung öffentlicher Investitionen, die Verminderung sozial orientierter Staatsausgaben nicht die einzig mögliche Orientierung darstellen.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa!" vom 23. Juni 1981

(Wortlaut)

Die Initiatoren des Krefelder Appells haben in einer Erklärung zur verstärkten Unterschriftensammlung gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen aufgerufen. Sie teilten zugleich mit, daß am 21. November d. J. in Dortmund das zweite Forum der Krefelder Initiative stattfinden wird. D. Red.

Am 14. 5. 1981 hat die Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa", gestützt auf über 800 000 Bürger, den Bundeskanzler aufgefordert, die Genehmigung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf deutschem Boden zurückzuziehen. Seitdem hat sich die Lage weiter verschärft, weil,

1. der Bundeskanzler sein Versprechen, bei Präsident Reagan auf einen schnellen Verhandlungstermin zu drängen, nicht gehalten hat;

2. der amerikanische Präsident und seine engsten Mitarbeiter keinen Zweifel daran gelassen haben, daß sie die Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa für wichtiger halten als Verhandlungen;

3. die USA inzwischen auch die Produktion von Neutronenwaffen eingeleitet haben;

4. die UdSSR einschneidende Gegenmaßnahmen angekündigt hat;

5. das Verständnis des amerikansichen Präsidenten auf den Präventivschlag Israels gegen ein Kernkraftwerk im Irak auf eine bedenkliche Disposition zur präventiven Gewaltanwendung schließen läßt.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung ist der Widerstand gegen jede „Nachrüstung" nicht nur in den Niederlanden und in Belgien, sondern auch in Großbritannien und in unserem Land weiter gewachsen.

des Sozialabbaus im Mittelpunkt steht. Anknüpfend an eine verbreitete „Staatsverdrossenheit" hofft man hierzulande, unter dem Deckmantel neoliberaler Theorien sozialreaktionäre Maßnahmen breiten Bevölkerungskreisen schmackhaft machen zu können. In dieser Situation ist es wichtig, den „staatswirtschaftlichen" Charakter des in der aktuellen Diskussion wichtigen „japanischen Modells" zu unterstreichen.

Ohne Illusionen über den „sozialen" Charakter des japanischen Kapitalismus zu verbreiten, kann so deutlich gemacht werden, daß es auch im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gibt, daß die Hochzinspolitik, die Einschränkung öffentlicher Investitionen, die Verminderung sozial orientierter Staatsausgaben nicht die einzig mögliche Orientierung darstellen.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa!" vom 23. Juni 1981

(Wortlaut)

Die Initiatoren des Krefelder Appells haben in einer Erklärung zur verstärkten Unterschriftensammlung gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen aufgerufen. Sie teilten zugleich mit, daß am 21. November d. J. in Dortmund das zweite Forum der Krefelder Initiative stattfinden wird. D. Red.

Am 14. 5. 1981 hat die Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa", gestützt auf über 800 000 Bürger, den Bundeskanzler aufgefordert, die Genehmigung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf deutschem Boden zurückzuziehen. Seitdem hat sich die Lage weiter verschärft, weil,

1. der Bundeskanzler sein Versprechen, bei Präsident Reagan auf einen schnellen Verhandlungstermin zu drängen, nicht gehalten hat;

2. der amerikanische Präsident und seine engsten Mitarbeiter keinen Zweifel daran gelassen haben, daß sie die Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa für wichtiger halten als Verhandlungen;

3. die USA inzwischen auch die Produktion von Neutronenwaffen eingeleitet haben;

4. die UdSSR einschneidende Gegenmaßnahmen angekündigt hat;

5. das Verständnis des amerikansichen Präsidenten auf den Präventivschlag Israels gegen ein Kernkraftwerk im Irak auf eine bedenkliche Disposition zur präventiven Gewaltanwendung schließen läßt.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung ist der Widerstand gegen jede „Nachrüstung" nicht nur in den Niederlanden und in Belgien, sondern auch in Großbritannien und in unserem Land weiter gewachsen.

Mehr als eine Million Deutsche bekennen sich jetzt zum Krefelder Appell und immer mehr kommen hinzu! Auch im Zentrum des Evangelischen Kirchentages in Hamburg stand das entschiedene „Nein" von weit über Hunderttausend Christen zum „Nachrüstungsbeschluß". Immer offensichtlicher erweist sich diese verhängnisvolle Fehlentscheidung als politisch nicht durchsetzbar. Der Krefelder Appell hat mit der Forderung, die Zustimmung zur Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa zurückzuziehen, eine auf den jetzt entscheidenden Sachverhalt ausgerichtete Orientierung gegeben und mit der Aufforderung zur Unterschriftensammlung eine demokratische Willensäußerung ermöglicht, deren Ergebnis die Bundesregierung nicht mehr lange ignorieren kann.

Der Jahresbericht 1981 des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Stockholm (SIPRI) stellt fest, daß sich die Gefahr eines „europäisierten" Nuklearkrieges vergrößert und die einzige Hoffnung in der wachsenden Friedensbewegung in Westeuropa liegt.

Wir rufen deshalb dazu auf, die Unterschriftensammlung verstärkt fortzusetzen und das zweite Forum der Krefelder Initiative am 21. November 1981 in Dortmund in der Westfalenhalle zu einer machtvollen Manifestation gegen den Wahnsinn des nuklearen Wettrüstens zu machen.

Warum ich den Krefelder Aufruf unterstütze Schreiben von Prof. D. Helmut Gollwitzer an Oberst a.D. Josef Weber vom 25. April 1981

(Wortlaut)

Lieber Herr Weber!

Warum ich den Krefelder Aufruf unterstütze?

Der Atomtod bedroht uns alle. Also müssen uns alle recht sein, von links bis rechts und von rechts bis links, die sich zusammentun, um den Rüstungswahnsinn zu beenden.

Glotz' Warnung vor dem Krefelder Aufruf macht nicht diesen, sondern die Abrüstungsbekenntnisse der SPD unglaubwürdig.

Die heute in unserem Lande gegen den Brüsseler Beschluß aufstehen, sind der wache Teil unserer Bevölkerung, der Teil, auf den eine sozialliberale Koalition, die ihren Namen verdient, sich stützen müßte.

Die Bonner Regierung mit ihrem gegenwärtigen Kurs mag friedenswillig sein, friedensfähig ist sie nicht. Friedensfähig ist nur, wer abrüstungsfähig ist, und dies nicht mit Worten, sondern mit Taten.

An die Stelle des Brüsseler Doppelbeschlusses, bei dem der 2. Teil nur das Alibi für den 1. Teil abgibt, muß der einfache Beschluß treten: abrüsten, keinen Zentimeter weiter aufrüsten, verhandeln statt aufrüsten.

Unser Ziel: durch Mobilisierung der Bevölkerung es so weit zu bringen, daß die Bundesregierung – wie einst Albrecht in Hannover zum Gorlebenprojekt – ihren amerikanischen Auftraggebern mitteilen muß: der „Nachrüstungs"-Beschluß ist in der Bundesrepublik politisch nicht durchsetzbar.

Mit dem Wunsche einer wirkungsvollen Pressekonferenz am 14. 5.

Ihr gez. Helmut Gollwitzer

Dieter Lattmann: Warum ich den Krefelder Appell unterstütze

(Wortlaut)

1. Das Wort „Nachrüstung" verharmlost, was tatsächlich geschieht: Das Wettrüsten in West und Ost steigert die Kriegsgefahr.

2. Wenn die vorhandenen Atomwaffen ausreichen, um die Menschheit fünfzehnmal zu vernichten, geht es bei der Diskussion über Nachrüstung um das sechzehnte Mal.

3. Wer die Wirkung der A, B, C-Waffen kennt und dennoch behauptet, die Bevölkerung der Bundesrepublik könne einen Krieg mit diesen Waffen überleben, ist kein Realist.

4. Bisher funktionierte die Abschreckung, doch niemand weiß, wie lange noch. Immer mehr Menschen können nicht weiter glauben, daß immer mehr Atomraketen auf deutschem Boden immer mehr Sicherheit bedeuten.

5. Der Krefelder Appell wird von Hunderttausenden in der Bevölkerung getragen, nämlich von Mitgliedern aller Parteien im Bundestag, von der Friedensinitiative in den Kirchen, von unabhängigen Bürgern, von Angehörigen der Gewerkschafen und Verbände, der Schumacher-Gesellschaft und der Heinemann-Initiative, von Grünen, Alternativen und natürlich der Friedensgesellschaft. Den Appell ablehnen, weil *auch einige Kommunisten* ihn mittragen, ohne ihn vorherrschend zu beeinflussen, entspricht reaktionärer Tradition. Als einmal dem Bundestag sechzehn kommunistische Abgeordnete angehörten, ging die Demokratie dadurch keineswegs zugrunde.

6. Die neue Friedensbewegung paßt in kein Links-rechts-Schema, sie geht alle an.

7. Die Behauptung, die Sowjetunion sei stärker als der Westen gerüstet, entspricht nicht den Tatsachen. Die Wirtschaftskraft und folglich die Rüstungsmöglichkeiten der USA und der NATO-Staaten sind dem Warschauer Pakt überlegen.

8. Heute gibt es zum erstenmal mit einem Grad an Gewißheit neben dem Pazifismus des Gefuhls und der religiösen wie sittlichen Überzeugung auch den Pazifismus der Klugheit und der rechnerischen Vernunft – für ihn kennt das Grundgesetz noch keine Formulierung, aber seinem Geist nach gewiß Handlungsspielraum.

9. Diese Entschiedenheit zur Friedenspflicht kann niemand, außer er sei böswillig oder töricht, ins Lager der Weltfremdheit verweisen und als Phantasterei abtun. Denn sie beruht auf der Kenntnis alles vernichtender Waffen wie auf Ergebnissen der Friedensforschung. Sie zu ignorieren, wäre deswegen – vor allem unter Politikern – ein Mangel an Intelligenz wie an Menschlichkeit.

10. Die neue Friedensbewegung ist nicht so kurzsichtig, einseitige sprunghafte Abrüstung zu fordern. Sie erkennt jedoch in der stufenweisen Abrüstung beider Supermächte und ihrer Paktstaaten unsere einzige langfristige Lebénsaussicht.

11. Entweder werden die Industrienationenen lernen, ohne Kriege zu leben, oder es besteht die konkrete Gefahr, daß wir uns alle gegenseitig umbringen. Das ist das wirklich Neue auf der Welt. Niemals zuvor wurde Menschen aus eigener Machtvollkommenheit eine so absolute Grenze gesetzt.

12. Deswegen sollten die Kirchen den Krieg ächten und nicht nur die Politiker zur Ächtung der Atomwaffen auffordern, wie es der Papst in Hiroshima getan hat.

13. Alle Rechenexempel, die Experten uns vormachen, indem sie nur begrenzte Anwendung der Vernichtungswaffen mutmaßen, schließen vielerlei aus: den Irrationalismus ideologischer Systeme in Ost und West, den Zynismus mächtiger Greise in der Politik, die Tollwut der Diktatoren und die Wahrscheinlichkeit technischer Katastrophen.

14. Es ist verständlich, daß der Sinneswandel so vieler Menschen auf jede herkömmliche Politik und ihre Politiker beunruhigend wirkt. Aber sie sollten ihn nehmen als das, was er ist: nicht als

Antiamerikanismus, sondern als Ausdruck vitaler Lebensinteressen in unserem Land wie überall in Europa in West und Ost. Das Umdenken erfordert soviel Nüchternheit wie politische Phantasie.

15. Der Frieden kann nur noch durch den Frieden verteidigt werden. Die soziale Spannung zwischen Nord und Süd wird niemand lösen, ohne in allen Gegensätzen zwischen Ost und West dennoch Frieden zu halten.

Bonn, 14. Mai 1981

Kölner Anzeigenaktion gegen NATO-Mittelstreckenraketen

(Wortlaut)

In den letzten Monaten haben engagierte Bürger in der Lokalpresse verschiedener Städte der Bundesrepublik Großanzeigen publiziert, um gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu protestieren. Inzwischen hat diese Aktionsform mit berufsspezifischen Anzeigen neue Kreise erschlossen. Als Beispiel dokumentieren wir im folgenden vier Anzeigen aus der Kölner Presse. D. Red.

Kölner Lehrer gegen Nato-Mittelstreckenraketen

Der Nato-Ministerratsbeschluß vom Dezember 1979, nach dem in Westeuropa, insbesondere auch in der Bundesrepublik, über 500 moderne amerikanische Mittelstreckenraketen bzw. Marschflugkörper stationiert werden sollen, stellt eine ernste Gefahr für den Frieden in unserem Land dar, vor der wir nicht schweigen dürfen.

Wir protestieren auf diesem Wege gegen die Stationierung von Cruises missiles- und Pershing-II-Raketen,

- **weil eine sogenannte „Nachrüstung" auf Grund eines längst ausgewogenen atomaren Kräfteverhältnisses zwischen den Supermächten (das sofortige, wirksame Abrüstungsschritte erlaubte) nicht gerechtfertigt ist. Im Gegenteil würde der aberwitzige Rüstungswettlauf zwischen Nato und Warschauer Pakt weiter vorangetrieben,**
- **weil die neuen Waffen als zielgenaue Erstschlagwaffen eine deutliche Herabsetzung der atomaren Kriegsschwelle bedeuten und den Atomkrieg wieder „führbar" machen sollen,**
- **weil die Bundesrepublik auf diese Weise zum sicheren Schauplatz eines atomaren Infernos wird.**

Aus unserer Verantwortung für die Jugend und die Zukunft unseres Landes heraus, aus tiefer Besorgnis über die Bedrohung des Friedens in Europa appellieren wir an die Bundesregierung, alles zu unternehmen, um die Installierung der neuen Waffensysteme in Westeuropa zu verhindern. Statt dessen müssen unverzüglich ernstgemeinte und konkrete Schritte zur Rüstungskontrolle und Abrüstung gerade in Europa ergriffen werden.

Hocker, Reinhard, GEW-Vorsitzender Köln; Ratzki, Anne, Schulleiterin; Oberhäuser, Christine, stellv. Vors. GEW Köln; Bilz, Brigitte, GEW-Vorstand Köln; Dölscher, H.-Jürgen, Schulpfarrer; Adamski, Rita, Rektorin; Malchow, Helga, stellv. Vors. GEW Köln; Kleinken, Bernd, Schulpsychologe; Sander, Norbert, Dipl.-Theologe; Hoppe, Rainer, stellv. Personalratsvorsitzender b. Kultusminister; Nicols, Madeleine, Personalratsvorsitzende beim RP Köln; Oetz, Otto, Landesvorstandsmitglied der GEW; Lehmbruck, Heinz, Vorstand GEW Köln; Schlotterose, Klaus; Kerstin, Bert; Frünsen, Jutta; Stroth, Angelika; Windhold, Gabi; Peter, Martina; Dressen, Dieter; Peesvaard, Klaus; Siebrecht, Brigitte; ter Horst, Ansgar; Boecker, Helmut; Jäger, Rolf; Reinert, Wolfgang; Fischer, Klaus; Ruprecht, Hermann M.; Budde, Margret; Seyppel, Sybille; Mefing, Christa; Lessfuß, Ulrich; Thiede, Ulrike; Baars, Johannes; Kohlrausch, Erhard; Richert, Peter; Hammes, Eberhard; Hunsack, Friedrich; Williams, Wolfgang; Grünter, Michael; Gehringer, Dieter; Rost, Bernd; Felber, Richard; Hesse, Waltraud; Grützmacher, Gerd; Kellershohn, Ursula; Pelzkill, Birgit; Schlüter, Christa; Reppand, Harald; Rut, Barbara; Bleier, Helga; Hoffmann, Elke; Hövel, Walter; Aachen, Marie; Arndt, Margret; Bennemann, Hiltrud; Benze, Walter; Boneau, Astrid; Bretzke, Nina; Damen, Rudolf; Döring, Jürgen; Dombrowski, Herbert; Eckold, Ursula; Eschbach, Hemma; Franke, Dieter; Gentsch, Gabriele; Grouls, Dorothee; Hasis, Sigrid; Hasstacher, Marie-Luise; Havers, Peter; Hennen, Elisabeth; Hennes, Karl-Heinz; Hilger, Beate; Höffgen, Kurt; Hoppe, Claudia; Jacob, Michael; Janssen, Bert; Kluins-Klugnies, Heinz; Jobs, Manfred; Klemmer, Anodlika; Knobbauch, Hennette; Kotter, Werner; Kröger, Richard; Dr. Lilienthal, Jutta; Lutz-Kaderait, Jutta; Marcello, Rainer; Messonne, Klaus; Meyer, Klaus; Müsch-Scholemann, Ursula; Ochsmann, Friedr.-Wilh.; Pattberg, Michael; Patzack, Bernd; Pehl, Horst-Robert; Phillips, Helmut; van Remmen, Anne; van Remmen, Hans-Dieter; Raab, Doris; Schartmann, Irene; Schetter, Inge; Schlang, Gerd; Schmidt, Magdalene; Schneider, Horst; Schoiemann, Dorothee; Struth, Achim; Vahrenhorst, Waltraud; von der Line, Marianne; Dr. de Voss, Eva-Maria; Winterberg, Franziska; Zeses, Ulrich; Blumenthal, Vera; Glömann, Wifried; Krauss, Jutta; Töpfer, Elisabeth; Gwosdz, Hans; Lehmacher-Höfige, Hermann; Naumann, Wolfgang; Ratsch-Weinhardt, Gerhard; Wedig, Jens; Westermann, Hildegard; Rohde, Susanne; Oeter, Ulrike; Kaltan, Wolfgang; Malchow, Detlef; Knifller, Elvira; Wüllner, Manfred; Vogt, Rosmarie; Radusch, Manfred; Vogt, Gabriele; Zwenner, Gisela; Jany, Rita; Conrads, Gerhard; Wasser, Erhard; Nick, Gertraud; Brandenburg, Gudrun; Zimmermann, Wolfram; Giese, Marlene; Alers, Werner; Meschede, Ortrud; Josties, Monika; Strempel, Hannes; Agner-Horn, Hanna; Gramberg, Barbara; Grahsel, Petra; Gilbert, Klaus; Wüfling, Rolf-Dieter; Gurshi, Uschi; Höbl, Petra; Esser, Gisela; Fögner-Gerbitz, Hildegard; Kebbelius, Walter; Weber, Reinhold; Riebschläger, Gerd; Hüffelmann, Kurt; Greff, Birgit; Tsatsmalidis; von Neubeck; Kauta, Angelika; Weinberger-Brümmer, Silke; Bornkessel, Bernd; Domke, Monika; Lutz, Helga; Klein, Hans-Peter; Schulte, Fritz; Thelen, Gertrud; v. Hejmann, Gabriele; Greitmann, Gabriele; Suelens, Robert; Vaupel, Wolfgang; Vaupel, Susanne; Behne, Reinhard; Weiß-Biehne, Greta; Gröschel, Beate; Hebing, Elisabeth; Dahlberg, Georg; Klumps, Jurgen; Reckmann, Lipa; Schultz, Dorothea; Goergen, Edith; Reifenrath, Friedhelm; Dittmayer, Margret; Aras, Eva; Kramer, Barbara; Brandt, Dieter; Kemper, Horst; Krautner, Wolfgang; Rehbein, Hubert; Schuld, Gaby; Kraft, Adelinde; Klähr, Dorothea; Gürtler, Bernd; Borgmann, Martene; von Koerber, Giv; Dr. Hermes, Ina; Biermann, Christine; Tangerding, Matthias; Röder, Renate; Kurek, Sylvia; Lehmann, Susie; Pülk, Cornelia; Husch, Frank; Kliemann, Monika; Deeters, Edita; Stratmann, Marianne; Loeper, Klaus; Jellmann, Rainer; Gläser-Malchow, Gabriele; Bujard-Berten, Viola; Lochner, Dieter; Botterbusch, Angelika; Gymnich, René; Sturm, Werner; Rommerskirchen, Annette; Anton, Jörg; Bollmann-Junck, Maria; Junck, Man fred; Böck-Haag, Kerstin; Albert, Barbara; Kulbach, Renate; Könneke, Beate; Klein, Heinz-Georg; Wübbels, Hermann; Schneider, Gisela; Müller, Ali; Schramm, Johannes; Kahmen, Dietmar; Kaiser, Astrid; Gégenfurtner, Gaby; Asmuth, Gabriele; Etscheid, Manfred; Pütz, Ursula; Schmengler, Joachim; Dittrich, Volker; von Koerber, Irene; Liebertz, Ch.; Kersting, Friedel; Jasirow, Jurgen; Lehmbruck-Klein, Helga; Klusemann, W.; Papadopoulos, U.; Klingenberg-Krüger, Ch.; Schlack, Detlef; Bühe, Renate; Hänsel, Rudi; Gebauer, Inga; Becker, Georg; Schmidla, Gisela; Steinhausen, Georg; Böhling, Gottfried; Brandenburg, Harald; Küsgen, Ute; Flohr, Peter; Furth, Dorothee; Gronswald, Anne; Haltenberg, Francis; Haltenberg, Kurt; Hombach, Hildegard; Jarosch, Wolfgang; Kübler, Norbert, GEW-Geschäftsführer; Knechtges, Thomas; Krause, Birgit; Mayer-Augustin, Cornelie; Müller, Jutta; Neumann-Schreiber, Heike; Nurtsch, Gerhard; Quester, Gaby; Rösgen, Sigrid; Thelen, Horst; Vollmeyer-Helm. Ingrid; Wittenberg-Kohler, Doris; Kihler, Reinhard.

Verantwortlich: Helga Malchow, Köln

„Kölner Stadt-Anzeiger" v. 21. 5. 1981

Wir, die unterzeichnenden

KÖLNER PFARRER/INNEN, PRESBYTER/INNEN UND KIRCHLICHEN MITARBEITER/INNEN

stellen uns an die Seite derer, die **gegen die Nachrüstung** mit Mittelstreckenraketen protestieren. Wir haben erlebt, daß das „Gleichgewicht des Schreckens" den unverantwortlichen Rüstungswettlauf in Ost und West vorangetrieben hat.

Wir haben die große Sorge, daß durch die Einführung der neuen Waffen ein begrenzter Atomkrieg in Deutschland als führbar und verantwortbar erscheint.

Als Christen treten wir dafür ein, selber einen ersten Schritt zur Abrüstung zu wagen. Deshalb sind wir für einen Verzicht auf die geplante Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

Jan Broekema • Brigitte Blum • Helmut Friedrich • Andrea Cill • Volker v. Eckardstein • Otmar Baumberger • Werner Dümling • Elisabeth Giesen • Martin Giesen • Dieter Endemann • Hansjürgen Hoffken • Klaus Jennes • Hans Martin Karwehl • Gertrud Kegel • Uwe Keßler • Ingeborg Otto • Dieter Pohl • Kurt Pommer • Renate Röver • Bernd Roggemann • Christian Schiemann • Helmut Schlüter • Aina Seidenstricker • Eberhard Viertel • Jörg Wilhelm • Heike Köbler • Uwe Loeper • Andreas Hellriegel • Helga Leßmann • Rudiger Becker • Margot Midasch • Marianne Mengel • Willi Briant • Helga Schlapka • Michael Kühne • Marianne Prolingheuer • Hans Prolingheuer • Antje Prolingheuer • Regina Weigel • Brunhild Riewer • Brigitte Stroh • Jochen Streiter • Karl-Heinz Becker • Adalbert Blümmel • Manfred Dörr • Erich Frehse • Dietrich Grütjen • Uwe Kaiser • Wolfgang Pöttgen • Helmut Ruhrberg • Michael Wegner • Matthias Wilke • Angelika Ruchlinski • Aaghe Dijkhuis • Paul Leigemann • Erna Becker • Theodor Becker • Ute Kühnst • Ria Makein • Waltraud Scheidler • Cornelia Oetermann • Dietlinde Lück • Regina Sarnow • Christel Böhle • Rosemarie Zöch • Anita Zöch • Eva-Maria Bartz • Manfred Reape • Dietmar Jendreyzik • Matthias Reinhardt • Helmut Schmale • Gudrun Schmale • Ulrich Apel • Giselheid Bahrenberg • Otto Bauer • Wiebke Beyer • Hans Georg Bierbass • Helmut Binsfeld • Hubert Böke • Helene Knudsen-Böke • Gerd Borse • Karl-Werner Bühler • R. Chao • Gerhard Conrads • Helmut Goebel • Lenore Peltzer • Eva-Maria Dannhauer • Karin Ellinger • Gertrud Esch • Eva-Maria Fischer • Till Gast • Ulrich Gelessus • Helmut Gewecke • Oskar Greven • Susanne Greven • Regina Kulpe • Ursula Gross • Heide Grupe-Neumann • J. Griesemann • Eerke Hamer • Wolfgang Gringmuth • Georg Heilinger • Dorothee Heine • Gerhard Worms • Reinhold Heinemann • H. Herrmann • Erhard Himmeröder • Hartwig Hohlfeld • Heinrich Hülser • Martin Huneke • W. Karius • Ingrid Kleine-Horst • H. Klement • Brigitte Konig • Anna Kuhn • Hartmut Lauffs • M. Lermer • Manfred Licht • Hans Georg Limberg • Ursula Loh • Johannes Loh • Cecilie v. Lüttichau • Peter Lungershausen • Ingrid Scharfer • Ulrike Wolz-Weber • Rieto Marttunen • Werner Marx • Eckart Mennicken • Dorothee Mester • Elisabeth Müller-Schwefe • Wolfgang Petkewitz • Jurgen Pilzecker • Thomas Piepenbring • Elisabeth Pohl • Johanna Pohle • Hartmut Pohlmann • Michael Posthaus • C. Radke • Horst Reinhardt • Gunilla Roman • Wolfgang Roemeier • Gisela Irene Rosenthal • Hans Christian Rusteberg • Viktor Sallentien • Heidrun Schmid • Reta Schmitz • Helmut Schneider • H. Siebecke • Jürgen Seippel • Christoph Spering • Doris Steilner • Edeltraud Trotner • Hanelore Tortemeyer • Lothar Voigt • Friedrich Karl Weber • Ingrid Wieners • Gertrud Wirges • Heinz Wirges • Gerhard Wolff • S. Ziebell • Gabriele Koye • Hanne Brüggelmann • Michael Konejung • Walburga Sprang • Helene Eisenet • Ursel Fries • Karl Heinz Voss • Ursula Voss • Martha Berer • Hildegard Gippert • Robert Pieper • Magda Lips

Verantwortlich: Jochen Streiter, Köln

„Kölner Stadt-Anzeiger" v. 17./18. 6. 1981

RESERVISTEN VERWEIGERN ÖFFENTLICH

Ehemalige Soldaten gegen die Nato-Rüstung

Wir, Reservisten der Bundeswehr, wenden uns an alle Menschen in dieser Stadt.

Wir wurden zur Bundeswehr eingezogen, um als Soldat „Dienst für den Frieden zu leisten". Uns wurde gesagt, die defensive Strategie und Bewaffnung der Bundeswehr diene dem Erhalt des militärischen Gleichgewichts und somit der Abschreckung. Das atomare Patt sollte nach dem Motto funktionieren: Wer als erster angreift, stirbt als zweiter.

Mit dem Nato-„Nach"rüstungsbeschluß erweist sich diese Konzeption als makabrer Wahnsinn. Die geplanten atomaren Angriffswaffen Pershing II und Cruise missile sind Teil einer Strategie, Ziele in der Sowjetunion so schnell und so genau zu treffen, daß ihr wenig Zeit und Waffen bleiben, zurückzuschlagen. Gleichgültig, ob man die Sowjetunion für aggressiv hält oder nicht, muß sie sich unter diesen Umständen überlegen, einem solchen Schlag zuvorzukommen. Ziel dieses Präventivangriffs aber wäre die Bundesrepbulik, weil sie den Hauptatomwaffenträger der USA darstellt. Dies bedeutete die endgültige Zerstorung Deutschlands und Europas.

Mit unseren Wehrpässen und -nummern in einen soichen Wahnsinn hineinverplant zu sein, können wir vor unserem Gewissen nicht mehr verantworten. Am 27. Juni werden wir gemeinsam unsere Wehrpässe zurückgeben und öffentlich erklären, daß wir uns verweigern.

OGefr	Altekoster, Bernd	Fr	Exner, Peter	OGefr	Jaudszins, Waldemar	ER	Meder, Klaus	Gefr	Schnelting, Ludwig
FW	Altenrath, Thilo	Gefr	Fehrensen, Bernd	OGefr	Jenkner, Herbert	HGefr	Meiners, Hans	Gefr	Schnieber, Lothar
StUffz	Backhaus, Detlef	Gefr	Feiler, Klaus	Stabsarzt	Dr. Kafer	ER	Meitzer, Klaus	ER	Schon, Jurgen
ER	Bauland, Fred	MHD	Fischer, Heinz	Gefr	Kaletsch, Werner	Gefr	Menrath, Uwe	HGefr	Schramm, Udo
OGefr	Baumann, Franz-Paul	MHD	Fischer, Michael	HGefr	Kasper, Klaus-Dieter	Gefr	Meschede, Stefan	OGefr	Schramm, Hermann
ER	Becker, Georg	HGefr	Fleischhauer, Axel	ER	Kleyboldt, Jossek	ER	Mialkas, Bernd	HGefr	Schulte-Uebbing, Jorg
Gefr	Becker, Friedhelm	OGefr	Frischkorn, Guido	Gefr	Knorr, Arnold	Gefr	Muller, Alfons	OGefr	Schumacher, Winfried
Gefr	Becker, Tobias	Gefr	Gärtner, Michael	Gefr	Knote, Dietmar	Lt	Muller, Eckhard	ER	v. Schorlemer, Rudolf
OGefr	Behrend, Axel	Gefr	Geck, Thomas	OGefr	Koch, Lothar	ER	Müller, Konni	Lt	Seeler, Ralf
Uffz	v. d. Benken, Stefan	Lt	de Giorgi, Johannes	StUffz	Konrad, Alexander	Gefr	Oster, Friedel	Gefr	Simon, Manfred
Lt	Beuchel, Norbert	Gefr	Goldau, Helmut	Matrose	Krämer, Norbert	Gefr	Otten, Klaus	ER	Sonnenschein, Willi
PzSch	Biekup, Martin	OGefr	Gutowsky, Peter	Gefr	Kramer, Ulrich	OGefr	Peters, Eckhard	Gefr	Speck, Heinz
OGefr	Blasius, Joachim	OGefr	v. Hagen, Rainer	Lt	Laermanns, Matthias	ER	Pestemer-Plotner, Richard	HGefr	Staehlander, Axel
ER	Boor, Bernd	Gefr	Haas, Frank	Gefr	Lange, Peter	Gefr	Pfennig, Gunter	OGefr	Stang, Wolfgang
ER	Bramhoff, Michael	ER	Hallerbach, Norbert	Gefr	Laska, Georg	Gefr	Post, Christian	HGefr	Staudt, Hans-Peter
OGefr	Buchel, Ralf	Gefr	Hanemann, Peter	Fr	Legewie, Franz	Uffz	Raeder, Joachim	Gefr	Stein, Andy
OGefr	Bujak, Thomas	Gefr	Hartwig, Ottmar	Lt	Lehr, Gunther	Gefr	Romczykowski, Bernd	ER	Steinhauser, Georg
OGefr	Burgey, Thomas	OGefr	Heinlein, Joachim	Gefr	Ley, Rolf	OGefr	Sartora, Ralf	Gefr	Thiele, Jens
Uffz	Cieslok, Joachim	HGefr	Heinz, Harald	ER	Lichtenfels, Edmund	Gefr	Sauerwein, Herbert	ER	Tietig, Walter
ER	Claußnitzer, Lothar	OGefr	Hentschel, Uli	ER	Loschke, Manfred	ER	Dr. Schäfer, Egon	OGefr	Torkler, Thomas
ER	Daubeneck, Klaus	HGefr	Hinzmann, Manfred	Gefr	Maiggraf, Reinhart	HGefr	Scherrer, Jost	ER	Volker, Franz
OGefr	Daum, Rüdiger	OGefr	Holler, Michael	Lt	Marschall, Klaus	Gefr	Schlaak, Detlef	Gefr	Voglinski, Siegfried
Gefr	Dorando, Max	Gefr	Holtz, H. W.	OGefr	Martens, Thomas	ER	Schmidt, Reiner	HGefr	Weingran, Christian
OLt	Deyke, Bernhard	Gefr	Hungerland, Udo	ER	Mauel, Thomas	OGefr	Schmieder, Steffen	HGefr	Waschulewski, Bernd
OGefr	Erdmann, Frank	Fr	Jansen, Uwe	Gefr	Mauheimer, Stephan	OGefr	Schneider, Walter	Gefr	Ziemens, Axel

Abkürzungen: PzSch: Panzerschütze, Gefr, OGefr, HGefr: Gefreiter, Ober-, Hauptgefreiter. Fr: Fahnrich. Uffz, StUffz: Unteroffizier, Stabsunteroffizier, FW: Feldwebel, Lt, OLt: Leutnant, Oberleutnant; ER: Ersatzreservist; MHD: ziviler Katastrophendienst

Verantwortlich: Friedhelm Peiffer, Glasstraße 65, 5000 Köln 30

„Kölner Stadt-Anzeiger" v. 24. 6. 1981

Mittwoch, 1. Juli 1981

DER ATOMTOD BEDROHT UNS ALLE!

Kölner Journalisten, Schriftsteller und Künstler gegen Mittelstreckenraketen

Im Dezember 1979 wurde in Brüssel die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa beschlossen. Sie reichen bis weit auf das Territorium der Sowjetunion. Damals wurde eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet, die mit der angeblichen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion begründet wird. Experten sagen jedoch, daß insgesamt zwischen den Militärblöcken ein annäherndes Gleichgewicht herrscht.
Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles bedeutet: Westeuropa wird zu einer vorgeschobenen Raketenbasis für die USA. Damit sind Westeuropa und insbesondere die BRD Schauplatz eines zukünftigen atomaren Krieges.

DER ATOMTOD BEDROHT UNS ALLE!

Gegen diese Entwicklung hat sich schon eine Million Bundesbürger mit ihrer Unterschrift unter den „Krefelder Appell" gewandt. Rund 15 000 Sozialdemokraten richteten in der „Bielefelder Erklärung" einen Abrüstungsappell an die Bundesregierung. Die DGB-Jugend kündigte bundesweit Aktionen für Frieden und Abrüstung an.

Wir Kölner Journalisten, Schriftsteller und Künstler wollen dazu unseren Beitrag leisten und bitten alle Mitbürger, die wachsende Friedensbewegung zu unterstützen.

Wir fordern: Beendet das Wettrüsten in Ost und West!
Keine neuen Atomraketen in Europa!
Sofortige Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen!
Verwendung der Rüstungsmilliarden zur Beseitigung des Hungers und der Not in der Welt!

Thomas Agthe, Journalist; Klaus Antes, Autor; Gisela Arndt, Redakteurin, Aysim Atsiz-Alpmann, Redakteurin

Hans-Jochen Baumel, Journalist; Werner Balsen, Journalist; Lajos Barta, Bildhauer; Inga Basler, Redakteurin; Vera Becher, Cutterin, Hildegard Becker, Redakteurin; Matthias Becker, Künstler; Christel Becker-Rau, Bildjournalistin; Hans-Willy Bein, Redakteur; Gerd Berger, Journalist; Karl J. Berger, Maler; Reinhold Billstein, Redakteur; Volker Blumenthaler, Komponist; Reinhard Boeckh, Journalist; Reinhold Bohmer, Journalist; Jork Bohnk, Redakteur; Inge von Bonninghausen, Journalistin; Harry Boseke, Schriftsteller; Axel Bornkessel, Journalist; Ingmar Brantsch, Lehrer und Schriftsteller; Hans-Peter Breuch, Journalist; Fritz Brauer, Journalist; Rolf Bringmann, Journalist; Hermann Broermann, Maler; Wolf-Dietrich Brucker, Redakteur; Hanno Bruhl, Regisseur; Ludwig Brundiers, Dramaturg; Christhart Burgmann, Redakteur; Brigitte Burgmer, Malerin; Dietrich Busch, Journalist

Alexander von Cube, Journalist

Brigitte Dannehl, Bildende Künstlerin u. Lehrerin; Hans Diedenhofen, Journalist; Anne Dorn, Autorin; Charles Durr, Autor; Werner Dutsch, Redakteur

Dieter Eidmann, Bildhauer; Uwe Erichsen, Schriftsteller

Anne-Marie Fabian, Autorin, Walter Fabian, Publizist; Gunther Faure, Journalist; Hermann Feldhoff, Redakteur; Lothar Fend, Redakteur; Annette Fick, Knut Fischer, Journalist; Thomas Fischer, Journalist; Uschi Flacke, Liedermacherin; Wilhelm Flues, Redakteur

Aragorn Gatter, Liedermacher; Jürgen Gatz; Beatrix Geisel, Redakteurin; Bert Gerhards, Journalist; Winfried Gipp, Redakteur; Alexander Goeb, Redakteur; Ulrich Gogel, Musiklehrer; Hermann Gottfried, Maler; Jorg Goralewski, Redakteur; Gorgonzola, Maler u. Bildhauer; Karin Graf, Übersetzerin; Willi Grandrath, Journalist; Harald Gröhler, Schriftsteller; Dieter Grospitz, Journalist; Edith Grosa, Malerin; Jens Gutschmidt, Redakteur.

Bernd Hacklander, Schriftsteller; Jens Hagen, Schriftsteller; Ulrich Harbecke, Redakteur; Jurgen Hassel, Redakteur; Kay Hecht, Redakteur; Joachim Heck, Journalist; Michael Hednch, Redakteur; Jorg Heimbrecht, Journalist; Karl-Heinz Heinemann, Redakteur; Ilse Henin, Malerin; Ulrich Hetscher, Journalist; Niels Hopfner, Autor; Dieter Hoss, Schriftsteller; Rudiger Hoffmann, Journalist; Curt Hondrich, Redakteur; Dieter Horky, Maler; Norbert Husson, Journalist; Gerd Humbach, Fotograf; Helga Humbach, Journalistin

Dorothee Joachim, Malerin; Roland Johannes, Redakteur; Ernst Jürgens, Filmemacher.

Peter Kaczmarek, Grafiker; Friedrich Kahler, Schriftsteller; Heinrich Kallrath, Redakteur; Johann M. Kamps; Manfred Katzer, Künstler, Jochen Kaufmann, Redakteur; Johannes Kaul, Journalist; Ingmar Keller, Redakteur; Lorose Keller, Schauspielerin; Christiane Keppler, Redakteurin; Irmgard Keun, Schriftstellerin; Klaus Keuter, Redakteur; Ulrike Klatte, Redakteurin; Erwin Klein, Journalist; Peter Kleinert, Journalist; der Jahrgang 1980 der „Kölner Schule – Institut für Publizistik e. V."; Rosemarie Koenig; Ursula Korte-Groten, Malerin; Nikos Kostopoulos, Redakteur; Hans Krämer, Grafiker; Klaus Kreimeier, Journalist; Susanne Kreitz, Redakteurin; Carla Kretschmer, Redakteurin; Monika Kringels-Kemen, Redakteurin; Hans Gerd Krogmann, Schriftsteller; Gabriele Krone, Journalistin; Hettie Krueger, Autorin; Ingo Kummel, Galerist; Karl-Friedrich Küppers; Monika Kuhnen-Bartholomé, Malerin; Sven Kuntze, Redakteur; Axel Kutsch, Redakteur.

Ingo Lang, Redakteur; Ralf Otto Lang, Autor; Peter Lauster, Schriftsteller; Arnold Leifert, Schriftsteller; Petra Lidschreiber, Redakteurin; Marianne Lienau, Redakteurin; Theo Löbbert, Redakteur; Rick E. Loef, Kunstmaler.

Hans Hermann Maas, Redakteur; Erika Machenbach, Künstlerin; Abram Maenner, Journalist; Ottried Mahnke, Maler u. Grafiker; Alwin-Georg Maibach, Redakteur; Waltraud Markmann-Kawinski, Malerin u. Schriftstellerin, Reinhard Matz, Fotograf; Walter Maus, Redakteur; Peter Memeth, Journalist; Joachim von Mengershausen, Redakteur; Helmut Merker, Redakteur; Ludwig Metzger, Journalist; Monica Minzlaff, Redakteurin; Uwe Möller, Journalist; Gert Monheim, Redakteur; Manfred Moser, Maler; Klaus Müller, Redakteur; Ulrike Muller-Haupt, Redakteurin; Rudiger Münchenhagen-Buchin, Journalist; Andres Mury, Dramaturg.

Egon Netenjakob, Autor; Dorothea Neukirchen, Filmemacherin; Dietmar Nowrzyn, Maler u. Grafiker.

Christa Oberbremer, Redaktionsassistentin; Hajo Oberhettinger, Journalist; Hans-Gunther Obermaier, Maler; Dieter Oeckl, Filmemacher; Martin Oetten, Redakteur; Hans-Georg Ossenbach, Redakteur.

Peter Pauls, Redakteur; Max Paulus, Bildhauer u. Maler; Martina Petrik, Cutter-Assistentin; Monika Piel, Redakteurin; Enrico Platter, Redakteur; Helga Poche, Redakteurin; Lota Ponitka, Schriftsteller u. Illustrator; Helmut Postel, Dramaturg.

Edith Queiser, Redakteurin; Hans R. Queiser, Journalist.

Wolfgang Rau, Journalist; Wilfried Reichart, Redakteur; Frieder Reininghaus, Journalist; Christiane Reymann, Redakteurin; Ingrid Rosenstock; Peter Ruchel, Redakteur; Imme Rupprecht, Schreiberin; Michael Rupprecht, Journalist.

Dieter Saldecki, Redakteur; Margret Sander, Bildende Kunstlerin, Christiane Schaefer, Redakteurin; Axel Scheibchen, Schriftsteller; Hartmut Schergel, Redakteur; Karlpeter Schickendantz, Journalist; Wolfgang Schiffer, Schriftsteller/Dramaturg; Anita Schiffer-Fuchs, Fotografin; Horst Schiffmann, Redakteur; Karin Schiffmann, Rolf Schmelzer, Journalist; Klaus Schmidt, Journalist; Monika Schmidt, Redakteurin; Petra Schmidt, Praktikantin; Holger Schmitt, Redakteur; Waltraud Schmitz-Bunse, Schriftstellerin/Redakteurin; Konstanz Schmölder, Journalist; Walter Schmühl, Redakteur; Erasmus Schöfer, Schriftsteller; Rudolf Alfons Scholl, Bildender Künstler; Dietrich und Katharina Schubert, Filmemacher; Eitel-J. Schwarzer, Maler; Ulrike Schweitzer, Redakteurin; H. J. Schyle, Redakteur; Ursula Sedlack, Redakteurin; Burkhard von Seggern, Redakteur, Angelika Siefert, Malerin; Kurt Sippel, Redakteur; Dieter Sperrer, Redakteur; Jo André Stallmeyer, Kunstmacher; Robert Stauffer, Schriftsteller; Heidi Steinhaus, Redakteurin; Horst Stolzenberg, Redakteur; Rainer Stuhlmann; Sigrid Stuhlmann; Vilma Sturm, Journalistin.

Yoash Tatari, Filmemacher; Jürgen Thebrath, Redakteur; Ralf Theurer, Chefredakteur; Jupp Tietz, Journalist; Marianne Tralau, Kunstmacherin.

Cornelie Unger, Redakteurin.

Günter Wallraff, Autor; Bernhard Weber, Musiker; Dieter A. Weimer, Redakteur; Regina Weitz, Autorin; Dieter Wellershoff, Schriftsteller; Heinz Wetz, Redakteur; Johannes Wickert, Professor; Martin Wiebel, Redakteur; Sigrid Willms; Gerd Wollschon, Schriftsteller; Saskia Wollschon, Lehrerin; Jürgen Wolter, Journalist; Wulle Konsumkunst, Künstler.

Friedrich Zimmermann, Journalist; Walter Zöller, Journalist.

Verantwortlich: Jochen Kaufmann

Bitte ausschneiden und ausgefüllt einsenden:

1. Ich unterstütze das Anliegen der Anzeige „Der Atomtod bedroht uns alle! – Kölner Journalisten, Schriftsteller und Künstler gegen Mittelstreckenraketen" ☐
2. Ich bin an einer Mitarbeit in der Friedensbewegung interessiert und bitte um Informationsmaterial ☐

Name, Vorname: .....

Beruf: .....

Straße: .....

Wohnort, Telefon: .....

An: Jochen Kaufmann, Kleiststraße 10, 5000 Köln 30

„Kölner Stadt-Anzeiger" v. 1. Juli 1981

„Verhandeln und Vertrauen schaffen – gerade jetzt" Eine Initiative von FDP-Mitgliedern

(Wortlaut)

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Jungdemokraten, Werner Lutz, und sein Vorgänger, Christoph Strässer, sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende Thilo Schelling haben mit dem nachstehend dokumentierten Aufruf eine FDP-interne Initiative gegen den „Nachrüstungs"-Kurs in Gang gebracht, der sich bisher über 1000 Unterzeichner, überwiegend FDP-Funktionsträger, angeschlossen haben. D. Red.

1. Die augenblickliche Situation des Wettrüstens macht den Menschen in Europa Angst. Sie ist gegenüber den anderen Menschen der Welt und ihren Problemen (z.B. Hunger) ein Verbrechen.

2. Das Verhältnis der einander feindselig gegenüberstehenden Blöcke ist gekennzeichnet
– vom grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber der anderen Seite,
– der ebenso grundsätzlichen Aussage, man selbst sei natürlich friedliebend,
– sowie einer wirtschaftlich ruinösen Hochrüstung (allein 1981/82 ist der Rüstungsetat der USA um 32 *Milliarden* Dollar gesteigert, das Sozialbudget nimmt zugleich um 40 Milliarden Dollar ab).

Angesichts des umfangreichen Registers von Interventionen beider Blöcke in die innere Angelegenheit anderer Länder hat keine Seite der anderen etwas vorzuwerfen.
Im Verhältnis der beiden Blöcke gibt es im Westen Überlegungen, ökonomisch durch Aufrüsten den Gegner in Probleme zu bringen. Eine Strategie des „Kaputtrüstens" darf es nicht geben – sie ist lebensgefährlich.

3. Die weltstrategische Situation war und ist geprägt durch das Vorhandensein der Abschreckungskonzeption.
Durch die räumliche Entfernung zwischen Sowjetunion und USA und die dadurch gegebenen Vorwarnzeiten, ist keine Seite in der Lage, die andere Seite ohne das Risiko eigener Vernichtung zu vernichten.
Die gleiche Fähigkeit zum interkontinentalen Atomgegenschlag ist die einzig wirksame Garantie nach der Abschreckungskonzeption.

4. Die Besonderheit der europäischen Situation ist von folgenden Umständen geprägt:
– auch ohne Einsatz interkontinentaler Waffen konnte West-Europa bisher ständig mit mehrfacher Vernichtungskapazität ausgelöscht werden;
– Europa ist zwar atomar zerstörbar, aber nicht atomar verteidigbar. Jeder Atomkrieg bedeutet für Europa die totale Zerstörung. Dies noch umso mehr, als auch jedes „zivile" Atomkraftwerk zugleich Atomwaffenziel ist;
– eine isolierte Betrachtungsweise Ostblock: Westeuropa ist unzulässig. Relevant ist nur eine Gegenüberstellung der Gesamtblockkapazitäten. Jede andere Sichtweise verwischt die tatsächlichen Kräfteverhältnisse;
– ein isoliertes Abschreckungskonzept Ostblock: Westeuropa ist wegen fehlender Vorwarnzeiten nicht denkbar.
Auch eine Verbunkerung neuer Zweitschlagwaffen ist nicht möglich, da der SS-20 gerade die Fähigkeit der Vernichtung harter (= verbunkerter) Ziele unterstellt wird.

Aus der vorstehenden Einschätzung ergeben sich folgende Handlungsschritte:

5. Es muß von beiden Seiten *vorbehaltlos verhandelt* werden! Jede Vorbedingung, die gestellt wird, führt schon deshalb zum Scheitern der Verhandlungen, weil beide Seiten unterschiedliche Analysen der bestehenden Situation haben.
Wer dies weiß und gleichwohl Vorbedingungen stellt, setzt sich dem Verdacht aus, das Scheitern der Verhandlungen bewußt herbeiführen zu wollen.

6. Selbst wenn die Sowjetunion im Mittelstreckenbereich überlegen wäre, so könnte die militärische Antwort nur eine strategische sein, d.h. nur das interkontinentale Gleichgewicht kann eine Abschreckungsfunktion haben.

Aus dieser Verantwortung dürfen die USA nicht entlassen werden, auch wenn sie dies wollen.

7. Jede Stationierung von Raketen, die die Sowjetunion bis hinter den Ural vernichten können, bedeutet, daß ein „isolierter Krieg" zwischen West- und Osteuropa möglich wird.
Westeuropa wäre durch solche Waffen mit der Fähigkeit ausgestattet, einen Vernichtungsschlag gegen die Sowjetunion zu führen, dem diese mangels Vorwanrzeiten, wie sie zwischen SU und USA bestehen, nicht mehr mit einem Gegenschlag antworten könnte.
Dies wäre nur mit der Stationierung solcher Raketen auf Kuba vergleichbar.
Bei dem oben bereits dargestellten Mißtrauen ist es zweitrangig, ob diese Fähigkeit zum Vernichtungsschlag genutzt wird, wichtig ist nur, wie sie der Gegner vorher wertet.
Eine Stationierung von Raketen mit Reichweiten tief in die Sowjetunion hinein lädt die Sowjetunion geradezu zum Präventivschlag (vorbeugenden Schlag) in krisenhaft zugespitzten Situationen ein.

8. Ergänzend zur Abrüstungsverhandlung sind konkrete Schritte zur Vertrauensbildung im Sinne der KSZE-Schlußakte umgehend zu ergreifen. Solche möglichen Schritte sind im F.D.P.-Wahlprogramm zur Bundestagswahl exemplarisch aufgeführt.
Sie allein sind in der Lage, den Grundsatz des gegenseitigen Mißtrauens zu überwinden.

Die Entspannungspolitik ist ohne Alternative. Sie ist nicht gescheitert, sondern muß sich gerade jetzt erst bewähren.

Unterstützungserklärungen unter Angabe der Funktion in der FDP erbeten an: DJD, Bundesgeschäftsstelle, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

Antrag der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Bonn vom 15. bis 17. Juni 1981 zur Friedens- und Sicherheitspolitik

(Wortlaut)

Wir fordern den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß

– ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen und zu kontrollieren (miteinander reden statt gegeneinander rüsten); in diese Verhandlungen müssen die betroffenen europäischen Staaten als eigenständige, gleichberechtigte Verhandlungspartner einbezogen werden;

– der NATO-Beschluß über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa schnellstens rückgängig gemacht wird;

– die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;

– keine Neutronenwaffen in der Bundesrepublik stationiert werden;

– der Rüstungsetat offengelegt wird und zugunsten sozialer Investitionen und mehr Entwicklungshilfe gesenkt wird;

– schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird.

Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich der Ablehnungsfront der belgischen, dänischen, niederländischen und norwegischen Sozialdemokraten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen anzuschließen.

Resolution des Jungsozialisten-Bundeskongresses in Lahnstein vom 26. bis 28. Juni 1981: „Für eine wirkliche Friedenspolitik"

(Auszug)

Auf ihrem diesjährigen Bundeskongreß verabschiedete die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD einstimmig einen umfangreichen Antrag „Für eine wirkliche Friedenspolitik", in dessen Zentrum die nachstehend dokumentierten Forderungen stehen. D. Red.

. . .

Unter dem Eindruck der Notwendigkeit einer Neuformulierung der europäischen, und insbesondere der bundesdeutschen Sicherheitspolitik ergeben sich unter Einbeziehung der innenpolitischen Entwicklungen und der zunehmenden Emanzipationsbestrebungen in der Dritten Welt für Sozialisten und Sozialdemokraten Konsequenzen, die die Gefahren der neuen amerikanischen Politik zu mindern vermögen und Perspektiven im europäischen Dialog aufzeigen, im Bewußtsein, daß ein neuer Kalter Krieg verbunden mit einer ständig zunehmenden nuklearen Bedrohung die Lebensbedingungen der Völker in Europa bis ins Unerträgliche verschlechtern würde.

Für die Jungsozialisten ergeben sich daraus folgende Forderungen:

– Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa auf politischem, militärischen und ökonomischen Gebiet;

– Für die 108 atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und für die 96 atomaren Marschflugkörper Cruise Missiles, deren Aufstellung auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorgesehen ist, wird die Bundesregierung aufgefordert, gegenüber der NATO einen Stationierungsverzicht für die Bundesrepublik zu erklären.

– Sofortiger Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen, wie den Ausbau der Startplätze.

– Die Bundesregierung soll sich innerhalb der NATO für eine Aufhebung des sogenannten „Nach"-Rüstungsbeschlusses vom 12. 12. 1979 und für die sofortige Aufnahme von Rüstungsbegrenzungsverhandlungen im Bereich atomarer Mittelstreckenwaffen einsetzen.

Eine gute Ausgangsbasis für solche Verhandlungen stellt das Angebot der UdSSR gegenüber den NATO-Staaten dar, während eines Moratoriums beidseitig auf die weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen zu verzichten und diesen Zeitraum für Abrüstungsverhandlungen zu nutzen.

– Darüberhinaus soll die Bundesregierung verstärkt ihren Einfluß auf die US-Regierung geltend machen, damit das bereits 1979 mit der UdSSR abgeschlossene SALT-II-Abkommen von den USA ratifiziert wird.

– Die Bundesregierung soll ebenfalls darauf drängen, daß auch keine neuen seegestützten Waffensysteme eingeführt werden.

– Konkrete Fortschritte in der MBFR-Verhandlungen in Richtung auf einen ersten Verhandlungsabschluß ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Schätzungen der Zahl von Soldaten in beiden Paktsystemen.

Für den mitteleuropäischen Reduzierungszeitraum haben die MBFR-Verhandlungen nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Das Stocken der Verhandlungen und die bisherige Nichteinigung über die Definition dessen, „was wie gezählt wird", ist politisch verursacht und muß politisch aufgebrochen werden.

Politisch ist dafür ein Prozeß realer Truppenreduzierung auf beiden Seiten zu beginnen, der vom Abzug fremder Truppen und der Reduzierung verbleibender Truppen gekennzeichnet ist.

Für das Gebiet der Bundesrepublik fordern die Jungsozialisten daher:

Den Abzug einer amerikansichen Panzerdivision.
Den Abzug von 1000 nuklearen Sprengköpfen taktischer Art, die für die hier stationierten Waffensysteme gebraucht werden.

- Erklärung der Bundesregierung und der Regierung der DDR, die eigenen Truppen in entsprechendem Maße zu verringern, wie aufgrund der MBFR-Einigung die stationierten Truppen der USA und der UdSSR aus dem Reduktionsraum zurückgezogen werden;
- uneingeschränkter Verzicht auf die Neutronen-Waffe;
- Ziel einer atomwaffenfreien und gleichgewichtet militärisch-verdünnten Zone in Mitteleuropa;
- Aufbau eines europäischen Gleichgewichts innerhalb der NATO gegen die USA.

Für die innerparteiliche Diskussion fordern die Jungsozialisten den Parteivorstand auf, eine breite Aufklärung der Bevölkerung und eine wirksame Widerstandskampagne gegen die Verwirklichung der NATO-Aufrüstungspläne zu organisieren.

. . .

Erklärung der DGB-Gewerkschaftsjugend für Entspannung, Abrüstung, Frieden

(Wortlaut)

Am 8. April 1981 veröffentlichte die Bundespressestelle des DBG eine Erklärung der DBG-Gewerkschaftsjugend, deren Wortlaut wir nachstehend dokumentieren. D. Red.

Die Gewerkschaftsjugend des DGB fordert die Bundesregierung und alle verantwortlichen politischen Kräfte in unserem Land auf, sich mit aller Kraft für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt einzusetzen. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben. Die Mitgliedschaft in der NATO darf in diesem Zusammenhang nicht so verstanden werden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der Weltpolitik einer Führungsmacht unterzuordnen und deren Sicherheitsideologie zu übernehmen hat. Die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesregierung sind vielmehr verpflichtet, sich im westlichen Bündnis gegen jede Politik zu wehren, die zu immer größeren Rüstungsanstrengungen und verstärkter Konfrontation zwischen Ost und West führt. Sie haben demgegenüber die Aufgabe, Alternativen aufzuzeigen und einer weltweiten Politik des Friedens zum Durchbruch zu verhelfen.

Die einzige realistische Chance für eine Politik des Friedens sieht die DGB-Gewerkschaftsjugend derzeit in der Fortsetzung der Entspannungspolitik und von Verhandlungen. Sie fordert daher, die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion genau zu prüfen und zum Anlaß für weitere Überlegungen im Sinne von Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsabbau zu nehmen. Eine pauschale Ablehnung dieser Vorschläge stellt unserer Auffassung nach eine weitere Belastung der bisherigen Entspannungspolitik dar, wir fordern den Beginn von Gesprächen ohne Vorbedingungen.

Eine Politik des Friedens ist darüber hinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich. Die Gewerkschaftsjugend bekräftigt daher ihre Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Auch die Sowjetunion muß sich nicht nur an ihren Worten, sondern insbesondere an ihren Taten messen lassen.

Mit dem Präsidentenwechsel in den USA ist der Frieden nicht sicherer geworden. Im Gegenteil:
– Die Pläne für eine internationale Eingreiftruppe zur Sicherung von Rohstoffquellen in fremden Staaten sind offenbar weit gediehen.
– Für einige amerikanische Politiker gibt es offensichtlich wichtigere Dinge als den Frieden. Für sie steht die weitere Aufrüstung der europäischen NATO-Partner mit atomaren Waffen fest. Damit wird das Verhandlungsangebot im Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 unglaubwürdig.
– Die politischen Vorbereitungen für die Aufhebung des Verbots der Produktion der Neutronenbombe wurden begonnen. Welche Konsequenzen soll der Bau dieser Waffe haben, die die Gefahr eines begrenzten Atomkrieges selbst nach Einschätzung von Militärexperten wesentlich erhöht?

Die Gewerkschaftsjugend erwartet von allen politischen Verantwortlichen, diese Fragen öffentlich zu klären und sich einer solchen Politik nicht unterzuordnen. In der Europäischen Gemeinschaft muß auch im Bereich der Abrüstung, der Entspannung und der Friedenssicherung eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige, an europäischen Interessen orientierte Politik entwickelt werden. Daß dies möglich ist, zeigt die Entwicklung einer eigenständigen Position der EG zur Situation in Nahost.

Die Gewerkschaftsjugend wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß die Politik der Entspannung fortgesetzt und weiterentwickelt wird und nicht weiter zu einer Politik der kontrollierten Aufrüstung verkommt. Gleichzeitig fordert sie einen konsequenten Abbau des Rüstungsexports, denn der Export von Waffen ist unvereinbar mit einer Politik der Friedenssicherung.

Überlegungen, das Fach Wehrkunde an den allgemeinbildenden Schulen einzuführen, lehnt die Gewerkschaftsjugend ebenso entschieden ab, wie sie schon immer den Wehrkundeunterricht in der DDR verurteilt hat. Äußerungen von Politikern über zuviel „Pazifismus in der Jugend" zeigen darüber hinaus eine bedenkliche Tendenz auf. Gerade die arbeitende Jugend muß sich dagegen zur Wehr setzen.

Zur Vorbereitung des Antikriegstags der Gewerkschaftsjugend am 1. September 1981 werden in den kommenden Monaten vielfältige Aktionen durchgeführt, um folgende Forderungen Geltung zu verschaffen:
– Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen.
– Sofortige Ratifizierung von SALT II.
– Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.
– Keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa.
– Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe.
– Keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme.
– Konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbots.
– Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften.
– Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr.
– Parallel dazu schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen und Friedensdiensten.
– Ausbau der Friedensforschung und Einführung des Faches »Friedenserziehung« in den allgemeinbildenden Schulen.

Erklärung der Klausurtagung der Gustav-Heinemann-Initiative in Bonn am 12. Juni 1981 zur Sicherheitspolitik

(Wortlaut)

Auf Einladung der Gustav-Heinemann-Initiative e.V. haben Wissenschaftler und Politiker, unter ihnen Erhard Eppler und der Landesvorsitzende der SPD-Saarland, Oskar Lafontaine, im Rahmen einer Klausurtagung in Bonn am 12. Juni 1981 zum NATO-„Doppelbeschluß" vom 12. Dezember 1979 und zur aktuellen Sicherheitspolitik eine Stellungnahme verabschiedet, die wir im folgenden dokumentieren.

Der Trägerkreis dieser Tagung, die Gustav-Heinemann-Initiative e.V., wurde Ostern 1978 ins Leben gerufen. Die Initiative fühlt sich – so die Gründungserklärung – mit Gustav Heinemann den „besten Traditionen des liberalen Bürgertums, des demokratischen Sozialismus und christlicher Weltverantwortung" verpflichtet. Die Initiative führt in unregelmäßigen Abständen – bisher dreimal – Tagungen zu gesellschaftspolitischen Themen durch. D. Red.

I.

Die politische Atempause der 70er Jahre ist ohne greifbare Erfolge in der Abrüstung zu Ende gegangen. Rüstungskontrollverhandlungen haben Aufrüstungsprozesse nicht entscheidend beschnitten, sie haben sie zum Teil gefördert oder nachträglich legitimiert.

Seit Beginn der 80er Jahre ist die Kriegsgefahr gewachsen. Die Spannungen zwischen den beiden Weltmächten haben sich rasch verschärft. Waffentechnische Neuerungen (zielgenauere Raketen mit kleineren, mehrfachen Sprengköpfen etc.) lassen manchen Politikern und Militärstrategen Atomkrieg begrenzbar, damit führbar, möglicherweise gewinnbar erscheinen.

II.

Das qualitative und quantitative Wettrüsten, das sich in jüngster Zeit in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß beschleunigt, erhöht die Labilität des Abschreckungssystems und steigert die Vernichtungsgefahr für die Bundesrepublik in Krisen- und Spannungssituationen. Deshalb ist eine grundsätzliche Neuorientierung der Sicherheitspolitik geboten.

III.

Friedenssicherung ist nicht an das Gleichgewicht der Rüstungen gebunden. Da Gleichgewicht von jedem anders gemessen wird und eine Einigung über Gleichgewichte sich meist als unmöglich erweist, führt das Streben nach einem Gleichgewicht der Waffen zu verstärkter Rüstung. An die Stelle einer technokratisch verstandenen Gleichgewichtsformel könnte vorläufig das Prinzip einer Stabilität durch minimale Abschreckung treten. Dazu reicht ein geringer Teil der vorhandenen Atomwaffen.

IV.

Keine Region der Welt ist durch einen begrenzten Atomkrieg stärker bedroht als Europa. Nirgendwo sind schon heute mehr Atomwaffen konzentriert als hier.

Diese Gefahr wird erhöht durch den Beschluß der NATO vom 12. 12. 1979. Die Bedrohung sowjetischer Zentren von deutschem Boden aus kann zu einem vorbeugenden Schlag der Sowjetunion mit der Folge der Auslöschung führen. Diese Entwicklung läßt sicherheitspolitische Gegensätze zwischen den USA und Europa deutlich werden.

V.

Landgestützte Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden sind militärisch, politisch und moralisch nicht zu verantworten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, auf die Aufhebung des sog. Nachrüstungsbeschlusses vom 12. 12. 1979 hinzuwirken.

VI.

Die Sowjetunion ist aufgefordert, die Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen nicht über den numerischen Bestand der ausgesonderten SS-4/5-Gefechtsköpfe hinauszuführen.

VII.

Obwohl es seit Jahren ein ausreichendes luft- und seegestütztes Gegengewicht gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen gibt, modernisieren die USA – unabhängig vom Brüsseler NATO-Beschluß – ihre Atomwaffen in und um Europa (Trident, see- und luftgestützte Marschflugkörper, nukleare Gefechtsfeldwaffen). Diese Modernisierungen sind ebenso wie die bereits laufende oder geplante Modernisierung der seegestützten Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs (letztere soweit die NATO betroffen) in die Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen.

VIII.

Die Entscheidungsträger in der Bundesrepublik sind aufgefordert, eine Diskussion über alternative Formen der Sicherheitspolitik in die Wege zu leiten. Die Diskussion ist unter Einbeziehung der Friedensbewegung öffentlich zu führen. Diskussion und Alternativen haben sich konzeptionell am Auftrag und Willen des Grundgesetzes zu orientieren, „dem Frieden zu dienen" und alles zu unterlassen, was auch nur „geeignet ist, den Frieden zu stören".

In diesen Zusammenhang gehören die Vorschläge von nach Bewaffnung und Struktur ausschließlich defensiven Streitkräften ebenso wie Pläne für atomwaffenfreie Zonen in Europa.

Die Teilnehmer der Tagung haben sich bei ihrer Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses insbesondere von folgenden Überlegungen leiten lassen, die der ergänzenden Information dienen sollen:

1. Das Risiko eines nuklearen Angriffskrieges gegen die NATO ist auch ohne die sogenannte Nachrüstung kalkuliert untragbar. Selbst im schlimmsten Fall, dem gelungenen Versuch eines Teilentwaffnungsschlages gegen die ortbaren Nuklearsysteme der NATO, bliebe den NATO-Staaten noch genügend Potential für alle militärischen Optionen gegenüber der Sowjetunion.

2. Die Diskussion über die sog. Nachrüstung wurde im zeitlichen Umfeld des Dezemberbeschlusses 1979 von offizieller und quasi-offizieller Seite auf der Basis von fragwürdigen, wechselnden, zum Teil grob manipulierten Daten geführt (Bestandsangaben der SS-20, Zuwachsraten, Qualitätsmerkmale).

3. Das U-Boot gestützte Nuklearpotential Frankreichs und Großbritanniens sowie das dem europäischen NATO-Kommando unterstellte Potential der USA wird in den kommenden Jahren erneuert bzw. modernisiert. Die Gefechtskopfzahl wird sich voraussichtlich um ein Vielfaches erhöhen. Gleichwohl ist von offizieller Seite niemals auch nur der Versuch unternommen worden, die vermuteten und öffentlich hervorgehobenen Zuwachsraten der SS-20 gegen diese Modernisierungen der NATO zu verrechnen. Im Gegenteil: Der unabhängig von der sog. Nachrüstung durchgeführte Modernisierungsprozeß der genannten NATO-Staaten ist in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

4. Wesentlich deutlicher als bei der sowjetischen SS-20 handelt es sich bei der amerikanischen Pershing II und den neuen Marschflugkörpern wegen ihrer außerordentlich hohen Treffgenauigkeit um besonders bedrohliche Waffensysteme für den Einsatz gegen militärische Einrichtungen. Anders auch als die sowjetischen Mittelstreckenraketen werden die neuen NATO-Systeme nicht nur das Territorium der Bündnispartner der anderen Supermacht treffen können, sondern die Supermacht, d. h. die Sowjetunion, selbst. Mehr noch: In Reichweite der NATO-Systeme liegen eine ganze Reihe militärischer Einrichtungen mit strategischer Bedeutung wie ICBM-Stellungen, Kommandozentralen, Führungsbunker etc. Das strategische Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten wird somit durch die sog. Nachrüstung von europäischem Boden aus durch – im Sinne von SALT nicht-strategisches – Potential zum Nachteil der Sowjetunion unterlaufen.

5. Im Ernstfall verkürzt sich – nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa – die Vorwarnzeit drastisch auf wenige Minuten. In Krisen- und Spannungszeiten können Ent-

scheidungen und Handlungen also nur noch dann in einem relativ rationalen Sinne gefällt und durchgeführt werden, wenn sie nach vorab festgelegten typischen Mustern, d.h. vorprogrammiert ablaufen. Zum Programmschema im Abschreckungssystem gehört jedoch die ständige Orientierung und Vorbereitung der eigenen Abwehrbereitschaft am denkbar schlimmsten Fall (worst case), zukünftig also an der technischen Fähigkeit zum (teil-) entwaffnenden Erstschlag. Aus der Sicht der Gegner gilt es, diesem Erstschlag. Aus der Sicht der Gegner gilt es, diesem Erstschlag zuvorzukommen. Zukünftig werden also beide Seiten unter Präemptionszwang stehen, d.h. mit hoher Wahrscheinlichkeit (auch ohne ernsthafte eigene Absichten) ständig mit dem Gedanken eines Präemptiv- oder Präventivkrieges spielen. Vorrangige Ziele für die Sowjetunion wären insbesondere die auf deutschem Boden stationierten landgestützten Pershing II mit entsprechenden Folgen für die Zivilbevölkerung.

6. Das im NATO-Doppelbeschluß enthaltene Verhandlungsangebot muß in mehrfacher Hinsicht als problematisch angesehen werden: Die Zeitdauer bis 1983 ist nach allen Erfahrungen als zu kurz angesetzt zu betrachten, und selbst dieser kurze Zeitraum ist bislang nicht genutzt worden. Verhandlungen und Vereinbarungen sollen ferner als SALT III geführt und beschlossen werden, SALT II ist aber von den USA nicht ratifiziert worden. Der Verhandlungsgegenstand läßt darüber hinaus für die Sowjetunion wichtige Bereiche wie die sog. vorgelagerten Nuklearmittel der USA (FBS) unberücksichtigt. Und schließlich ist das Angebot in traditioneller Weise nur auf numerische Fragen ausgerichtet; es wird in keiner Weise den Problemen aus der Veränderung der Qualitätsmerkmale der Potentiale gerecht.

7. Nukleare Erstschlagswaffen und Entwaffnungssysteme destabilisieren. Grundsätzlich muß erkannt werden, daß destabilisierende Rüstungsmaßnahmen einer Seite nicht durch destabilisierende Reaktionen der anderen Seite aufgehoben werden können. Im Gegenteil stellen beide Maßnahmen – jede einzeln für sich – das Abschreckungssystem insgesamt in Frage. Der Verzicht auf eine Selbstgefährdung durch Destabilisierung kann also, logisch und rational betrachtet, keine einseitige Vorleistung zugunsten der anderen Seite sein, sondern liegt vorrangig im eigenen Interesse. An die Stelle destabilisierender Maßnahmen muß die Suche nach alternativen Formen der Sicherheits- und Friedenspolitik treten.

Die Unterzeichner:

Volker Rittberger; Christiane Rajewski; Gert Krell; Reinhard Spilker; Klaus Vack; Werner Lutz; Olaf Mösche; Wolfram Wette; Peter Schlotter; Johano Strasser; Hermann Brungs; Andreas Buro; Dieter Lutz; Ulrich Albrecht; Oskar Lafontaine; Norbert Aust; Klaus Dorner; Herbert Wulf; Erhard Eppler; Stephan Tiedtke; Willi Piecyk; Erwin Müller; Rudolf Maerker; Dieter Senghaas; Wolf-Dieter Narr.

Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation „Für ein atomwaffenfreies Europa"

(Wortlaut)

Am 11. Juni 1981 stellte die Bertrand-Russell-Friedensstiftung ihren „Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa" in Bonn der Presse vor. Teilnehmer der Pressekonferenz waren u. a. der Beauftragte der Bertrand Russell Peace Foundation für die Bundesrepublik, Rudolf Bahro, General a. D. Gert Bastian, Petra Kelly, Jo Leinen, Vertreter der Inernationalen Liga für Menschenrechte und Vertreter von britischen und französischen Friedensbewegungen. Nachstehend der Aufruf der Russell-Foundation im Wortlaut. D. Red.

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und

Krieg in der „Dritten Welt" bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf.

Seit über fünfundzwanzig Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettrüsten ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophischen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue „einsatzfähigere" Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines „begrenzten" Atomkrieges gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnte. Die zunehmende Verbreitung von Kernkraftwerken und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Rsiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, in dem das Wettrüsten von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkriegs aufgewachsen und haben sich an die Bedrohungen gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht des Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa, gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedensten Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.

Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen.

Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (Cruise Missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Wir müssen damit anfangen, so zu handeln, als ob ein vereintes, neutrales und friedliches Europa bereits existierte.

Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem „Osten" oder „Westen", sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein; wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten, indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden anstiften.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von zielbewußten und phantasievollen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigenden Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgreifen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe.

„Frieden schaffen ohne Waffen" Aufruf zur zweiten bundesweiten Friedenswoche vom 15. bis 21. November 1981

(Wortlaut)

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der mehr als 50 Millionen Menschenleben kostete, hat es 127 Kriege gegeben, an denen 88 Staaten beteiligt waren. Ihre Gesamtdauer betrug mehr als 369 Jahre. Sie forderten 32 Millionen Opfer.

Etwa eine Milliarde Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika hungern, viele davon ständig an der Grenze zum Tode. Sie sterben nicht erst am Krieg, sie sterben schon an der Rüstung, die weltweit jährlich 500 Milliarden Dollar verschlingt. Das sind mehr als 100 Millionen DM stündlich.

Wir leben in einem Land, das sich einst schwor: „Nie wieder Krieg!", einem Land mit den dritthöchsten Militärausgaben, einer schnell wachsenden Zuwachsrate an Rüstungsexporten und der größten Atomwaffen-Dichte der Erde, einem Land, das – so Helmut Schmidt – nur um den Preis seiner Zerstörung zu verteidigen ist. Die Bundesregierung befürwortet jedoch den Plan der USA, neue Mittelstreckenraketen hier zu stationieren, obwohl diese Waffen die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges vergrößern.

Bisher gilt der Satz: Die Angst, die ich meinem Gegner mache, sichert meinen Frieden. Dagegen wächst die Erkenntnis: Die Angst, die ich dem Gegner nehme, gewährleistet meine eigene Sicherheit. Deshalb treten wir für kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte ein.

Wir dürfen den Frieden nicht einigen wenigen „Experten" überlassen. Nur durch die Beteiligung möglichst vieler Menschen dieses Landes an der Meinungsbildung in Fragen von Rüstung und Abrüstung ist eine Veränderung der augenblicklichen Situation denkbar. Das heißt: Wir müssen uns stärker unseres Friedensauftrages bewußt werden, über Formen und Möglichkeiten nichtmilitärischer Friedensstärkung nachdenken, uns der Frage stellen, wie Frieden ohne Waffen geschaffen werden kann. In diesem Sinne muß es zu einem gemeinsamen Handeln aller Menschen kommen.

Eine Möglichkeit dazu bietet die zweite bundesweite Friedenswoche unter dem Motto FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN, die die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden initiieren. Landeskirchen, Kirchengemeinden, Jugendorganisationen, Schulen, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Seniorenkreise. . ., kurz: alle sind aufgefordert, sich an den Aktivitäten vom 15. bis 21. November 1981 in der ihnen möglichen Form zu beteiligen, sei es mit Gottesdiensten, Veranstaltungen, Aktionen, Ausstellungen, Unterrichtseinheiten oder gar durch die Organisation einer Friedenswoche vor Ort. Wir regen als gemeinsame bundesweite Aktionsform die Durchführung von lokalen Friedensmärschen am Samstag, dem 21. November 1981, an. Wir rufen dazu auf, sich vor allem mit der brennenden Frage der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in unserem Land zu beschäftigen. Wir bieten dazu einen „Vorschlag" an, der sich gegen ihre Stationierung wendet und eine entsprechende Selbstverpflichtung enthält.

Anhang: Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik! – Ein Vorschlag zur Auseinandersetzung

Die Zeit drängt

1983 beginnt mit der Stationierung von neuen atomaren Waffensystemen eine weitere Phase der Aufrüstung in Westeuropa. 108 Pershing-II-Raketen und 464 Marschflugkörper (Cruise Missiles) sollen stationiert werden, die meisten davon in der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat der NATO-Rat am 12. Dezember 1979 beschlossen, verbunden mit dem Auftrag an die USA, mit der UdSSR Verhandlungen über diese neuen Mittelstreckenraketen zu führen. Erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen sind dringend nötig, bisher aber leider nicht in Sicht.

Müssen wir „nach"rüsten?

Die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa wird damit begründet, das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West werde mit der Einführung von SS-20-Raketen durch die Sowjetunion erheblich gestört. Die SS-20 soll die alten sowjetischen Raketen SS-4 und SS-5 ablösen. Gegenüber ihren Vorgängern handelt es sich zweifellos um eine deutlich verbesserte Mittelstreckenrakete. Aber: die SS-20 ändert nichts an der Tatsache, daß die Sowjetunion mit diesen Waffen nur die europäischen Verbündeten der USA bedroht und nicht die USA selbst. Entsprechend bedroht die NATO von Westeuropa aus schon jetzt die Verbündeten der UdSSR mit Mittelstreckenraketen, aber nicht die UdSSR selbst. Bislang haben weder die USA noch die UdSSR Mittelstreckenraketen auf dem Boden ihrer jeweiligen Verbündeten stationiert, die bis in

das Gebiet einer der beiden Großmächte reichen. Die neuen US-Mittelstreckenraketen aber schaffen eine neue Situation: sie werden den westlichen Teil der Sowjetunion erreichen können. Die Pershing II sogar in einer Flugzeit von noch nicht einmal 7 Minuten. Das bedeutet: der NATO-Ratsbeschluß stellt eine neue und zusätzliche Bedrohung für die UdSSR dar. Es entsteht eine ähnlich bedrohliche Zuspitzung wie in der Kuba-Krise 1962. Mit einer entsprechenden Antwort der UdSSR ist deshalb zu rechnen.

Die neuen Waffen machen uns nicht sicherer

Das Gegenteil ist der Fall. Jede technische Verbesserung der Atomwaffen steigert die Unsicherheit. Die neuen Waffen werden immer treffsicherer und können gezielter eingesetzt werden. Dadurch meint man den Schaden begrenzen zu können, die Hemmungen, Atomwaffen einzusetzen, werden geringer. Zugleich sind die neuen Waffen immer schwerer von den Warn- und Abwehrsystemen zu erfassen. So erwarten westliche Militärs, daß die Sowjetunion nicht ohne weiteres Marschflugkörper selbst bauen und sich vorerst auch nicht gegen sie schützen könne. Durch diese technischen Entwicklungen wächst auf beiden Seiten die Angst vor einem Überraschungsschlag. Zugleich wächst auch die Bereitschaft, notfalls diesen ersten Schlag selbst zu führen. Die militärischen Möglichkeiten für einen solchen „Erstschlag" werden vorbereitet.

Hauptzielgebiet der Atomwaffen: unser Land

Wenn ein Krieg in Europa ausbricht, ist die Bundesrepublik Deutschland das erste Ziel der Atomraketen der UdSSR. Wenn größere militärische Verbände eindringen, wird unser Land auch zum Zielgebiet für den atomaren Gegenschlag der eigenen Bündnispartner. Nach einem Atomkrieg ist es nicht mehr bewohnbar.

Die Zerstörungskraft der schon gelagerten Atomwaffen ist unvorstellbar

„In einem weltweiten Nuklearkrieg würde mehr Zerstörungskraft als je im gesamten Zweiten Weltkrieg freigesetzt werden, und zwar in jeder Sekunde des langen Nachmittags, den man für den Abschuß und Abwurf aller Raketen und Bomben benötigen würde; in jeder Sekunde würde ein Zweiter Weltkrieg stattfinden, und in den ersten Stunden würden mehr Menschen getötet als in allen Kriegen der Geschichte zusammen". (Präsident Carter in seiner letzten Fernsehansprache.) Nur 76 Sprengköpfe genügen, um drei Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik auszulöschen. Allein in Westeuropa aber lagern mehr als 7000.

Aus all diesen Gründen wehren wir uns gegen die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland.

Jeder muß anfangen, vor seiner eigenen Tür zu kehren!

Wenn wir uns entschlossen gegen die neuen Atomwaffen wenden, werden wir politischen Einfluß gewinnen und die Stationierung verhindern helfen. Anlaß zur Hoffnung gibt der starke Widerstand in Belgien, den Niederlanden und Großbritannien. Auch in den Kirchen wächst der Widerstand gegen die atormaren Waffen: „Es gibt schlechthin keinen Wert, und sei er noch so hoch, der um den Preis von einigen hundert Millionen Toten verteidigt werden dürfte oder müßte", sagt das im Auftrag der evangelischen Kirchen der DDR herausgegebene Glaubensbuch „Aufschlüsse"; wir müssen deshalb „zu bedingungslosen Gegnern der modernen Massenvernichtungsmittel" werden. In den Niederlanden hat der Interkirchliche Friedensrat mit seiner Kampagne gegen die Stationierung von Atomwaffen eine große Breitenwirkung erzielt. Die Synode der Niederländisch-Reformierten Kirchen hat im November 1980 nicht nur die Anwendung, sondern auch den Besitz von und die Drohung mit atomaren Waffen aus christlicher Verantwortung abgelehnt. Auch in der Bundesrepublik haben mehrere Synoden die Notwendigkeit von begrenzten Vorleistungen in der Abrüstung betont.

Unsere Forderung „Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik" meint einen ersten Schritt zur Abrüstung

Jede allgemeine Forderung nach Abrüstung und Ächtung der Atomwaffen wird unglaubwürdig, wenn wir nicht in der Lage und bereit sind, diesen ersten konkreten Schritt zu tun. Wir stellen unsere Forderung in der Erwartung, daß die UdSSR ihrerseits mit wirksamen Schritten zur Abrüstung antwortet.

Krisen der Entspannung dürfen uns nicht irre machen

Der NATO-Ratsbeschluß beschleunigt nicht nur den Rüstungswettlauf, sondern erhöht auch die Spannungen zwischen West und Ost. Deshalb ist der Stationierungsbeschluß auch gegen die gerade für unser Land notwendige Entspannungspolitik gerichtet. Entspannungsgegner treiben uns in eine neue Phase des Kalten Krieges und schüren Angst, Mißtrauen und Kriegsbereitschaft. Wir setzen dagegen auf die wachsende Einsicht, daß es ohne Frieden kein Überleben gibt. Wir wissen, daß viele Menschen mit uns bereit sind, der Politik der Bedrohung Einhalt zu gebieten. Wenn wir Entspannung wollen, müssen wir uns gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen wenden.

Deshalb bitten wir Sie um Ihre Mitarbeit

Wir wenden uns gerade auch an die Mitbürger, die meinen, auf eine militärische Verteidigung nicht verzichten zu können. Wir können nicht länger die Verantwortung für den Frieden allein Politikern und Militärfachleuten überlassen.

Überall darüber reden

Machen Sie die neuen US-Mittelstreckenraketen überall zum Thema: zu Hause, unter ihren Bekannten und Freunden, an Ihrem Arbeitsplatz, in der Schule und Universität, in Ihrer Kirchengemeinde, in den Gruppen und Vereinen, deren Mitglied Sie sind, in der Partei, die Sie wählen, an dem Ort und in der Stadt, in der Sie leben. . . überall. Den Politikern muß deutlich werden, daß große Teile der Bevölkerung die atomare Aufrüstung nicht wollen und nicht hinnehmen werden. Wenn Sie nicht zustimmen können, überdenken Sie doch noch einmal, was jedes Ihrer Argumente wert ist. Bitte, prüfen Sie, ob die neuen Waffen nicht all das zu zerstören drohen, was sie verteidigen sollen. Wir sind zum Gespräch mit Ihnen gern bereit.

Helft die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen!
Beginnen wir damit auch in der Bundesrepublik!
Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik!

Sich selbst verpflichten

Wir laden Sie ein, folgende Verpflichtung einzugehen:

Ich werde nach meinen Kräften und Möglichkeiten dazu beitragen, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Lande zu verhindern. Ich bin bereit, überall in meiner Umgebung die Frage der Atomwaffen zur Diskussion zu stellen. Ich will mich über diesen ersten Schritt für weitere kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen.

Kontaktanschrift: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12, Telefon: (030) 310261

Appell des Obersten Sowjets an die Parlamente und Völker der Welt vom 23. Juni 1981

(Wortlaut)

In einer Ansprache vor dem Obersten Sowjet der UdSSR unterbreitete der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets und Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, den im folgenden dokumentierten Aufruf, der an alle Länder appelliert, sofort in „ehrliche, gleichberechtigte Verhandlungen ohne irgendwelche Vorbedingungen" einzutreten, um eine „neue Runde des nuklearen Raketenwettrüstens" zu verhindern. D. Red.

Über die gewachsene Kriegsgefahr und das nie dagewesene Ausmaß des Wettrüstens beunruhigt, wendet sich der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Parlamente und Völker der Welt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat sich zu diesem Appell entschlossen, da sich zum 40. Mal der Tag des Überfalls des Hitlerfaschismus auf unsere Heimat jährt. Das sowjetische Volk neigt sein Haupt vor dem Andenken der im Kriege gefallenen 20 Millionen Landsleute. Der zweite Weltkrieg brachte der ganzen Menschheit unermeßliches Unglück und Leid. Wir ehren das Andenken aller, die ihr Leben im Kampf gegen die Aggression und für den Weltfrieden gegeben haben.

Die Geschichte hat eine strenge Lektion erteilt. Die Völker zahlten einen allzu hohen Preis dafür, daß es nicht gelungen war, den Krieg zu verhindern und rechtzeitig die heraufgezogene Gefahr zu bannen. Man darf nicht zulassen, daß sich die Tragödie wiederholt. Man muß und man kann alles tun, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

Unsere Erde ist ohnehin bereits mit Massenvernichtungswaffen überfüllt. Doch die Aufrüstung geht weiter, immer raffiniertere und tödlichere Waffen werden entwickelt. Es werden Abschußrampen für Hunderte neuer Kernraketen in Westeuropa vorbereitet. Man will die Menschen an den verbrecherischen Gedanken gewöhnen, daß der Kernwaffeneinsatz zulässig wäre.

Die politischen Spannungen werden angeheizt. Erneut wird auf die Erlangung militärischer Überlegenheit gesetzt. Man gebraucht die Sprache der Drohungen. Offen werden Ansprüche auf Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker erhoben. Und all das wird mit der groben Erfindung einer „sowjetischen militärischen Bedrohung" getarnt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR erklärt feierlich: Die Sowjetunion bedroht niemanden, strebt keine Konfrontation mit irgendeinem Staat in West oder Ost an. Die Sowjetunion strebte und strebt nicht nach militärischer Überlegenheit. Sie war kein Initiator neuer Runden im Wettrüsten und wird es auch nicht sein. Es gibt keine Waffenart, die sie nicht bereit wäre, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und gemäß einer Vereinbarung mit anderen Staaten zu begrenzen und zu verbieten.

Die Gewährleistung des Friedens war, ist und bleibt das oberste Ziel der Außenpolitik des Sowjetstaates. Darauf ist das vom XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschlossene Friedensprogramm für die achtziger Jahre gerichtet. Es umfaßt Maßnahmen zur Einschränkung sowohl der Raketen- und Kernwaffen als auch der konventionellen Waffen, enthält Vorschläge für die Regelung der bestehenden und für die Verhütung neuer Konflikte und Krisensituationen und ist vom Streben nach Vertiefung der Entspannung und nach Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern aller Kontinente getragen. Es bringt die Bereitschaft der Sowjetunion zum Ausdruck, in allen aktuellen Fragen des Friedens und der Sicherheit zu verhandeln und sich zu jeglichen konstruktiven Ideen anderer Staaten verständnisvoll zu verhalten. In unserem Atomzeitalter sind der Dialog und Verhandlungen für alle gleichermaßen notwendig, so wie alle Frieden, Sicherheit und den Glauben an die Zukunft brauchen. Es gibt jetzt keinen vernünftigeren Weg zur Lösung der strittigen Fragen, wie scharf und kompliziert sie auch sein mögen, als Verhandlungen. Keine einzige bestehende Gelegenheit darf ausgelassen werden. Die Zeit wartet nicht!

Mit jedem Tag, der für Verhandlungen verloren geht, wächst das Risiko eines Kernwaffenkonflikts. Zur Seite geschoben wird die Lösung der dringlichen Probleme, die vor jedem Volk und vor allen Völkern stehen. Die Zeit wartet nicht!

In unseren Tagen stürzen all jene, die mit ihren Handlungen das Wettrüsten anheizen und auf der Welt die Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln weiter vorantreiben, die für die Anwendung von Gewalt zur Lösung der strittigen Fragen zwischen den Völkern eintreten oder einfach die Augen vor den Gefahren verschließen, die heute über der Welt schweben, die Menschheit faktisch in den Abgrund.

Der Oberste Sowjet der UdSSR wendet sich an die gesetzgebenden Organe aller Länder mit dem Appell, sich entschieden für Verhandlungen einzusetzen, die die Verhinderung einer neuen Runde des nuklearen Raketenwettrüstens zum Ergebnis haben, und ehrliche, gleichberechtigte Verhandlungen ohne irgendwelche Vorbedingungen oder Versuche des Diktats einzuleiten.

Der Oberste Sowjet der UdSSR hofft, daß sein Appell mit aller Aufmerksamkeit erörtert wird, so wie es dieser wichtigsten, brennendsten Frage der Gegenwart gebührt. Der Oberste Sowjet ist sicher, daß die Parlamente über die notwendigen Rechte und Autorität verfügen, um auf dem Verhandlungswege eine wirksame Eindämmung des Wettrüstens sowie eine Abrüstung zu erreichen. Der Oberste Sowjet wird seinerseits auch weiterhin seinen Beitrag bei der Schaffung einer solchen Atmosphäre leisten, die es ermöglicht, im Ergebnis von Verhandlungen positive Resultate zu erzielen.

Der Frieden ist ein Allgemeingut der Menschheit und in unserer Zeit die erste Voraussetzung für ihr Bestehen. Nur mit vereinten Anstrengungen kann und muß er erhalten und zuverlässig geschützt werden.

Regierungsabkommen zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 23. Juni 1981

(Wortlaut)

Am 23. Juni 1981 haben sich in Paris die Delegationen der Sozialistischen Partei und der Französischen Kommunistischen Partei auf ein politisches Abkommen geeinigt, auf dessen Grundlage die Regierungsneubildung unter Beteiligung von vier Ministern der PCF vollzogen wurde. Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut des Abkommens. D. Red.

Am Tage nach der Parlamentswahl vereinbarungsgemäß zusammengetreten, beglückwünschen sich die Vertreter der Sozialistischen Partei und der Französischen Kommunistischen Partei zur Entscheidung, die das französische Volk getroffen hat, als es am 21. Juni die Ergebnisse der Wahl vom 10. Mai dadurch bestätigte, daß es der Mehrheit des Präsidenten auch eine breite Mehrheit in der Nationalversammlung gab.

Die Bedingungen sind damit geschaffen, um den Wandel zu verwirklichen, den das Land erwartet.

Um zu gemeinsamen Richtlinien für eine Regierung zu gelangen, haben die beiden Parteien das Wesentliche ihrer Diskussion auf Punkte konzentriert, die bei ihren vorangegangenen Treffen noch offengeblieben waren.

Im Bewußtsein der Pflichten, die ihnen die Situation diktiert, erklären sich die beiden Parteien entschlossen, die neue Politik zu fördern, für die die Französinnen und Franzosen gestimmt haben, als sie François Mitterrand zum Präsidenten der Republik wählten. Die beiden Parteien werden dies in der Nationalversammlung im Rahmen der Mehrheit tun, die sich nun konstituiert hat. Sie werden dies in uneingeschränkter Solidarität in der Regierung tun. Sie werden dies in den lokalen und regionalen Körperschaften, in den Betrieben, bei Respektierung der selbständigen Funktionen der Institutionen und der Parteien, tun. Unter Bekräftigung ihrer eigenen Identität und ihrer jeweiligen Grundposition nehmen sie zu diesem Zweck auf allen Gebieten als Grundlage die durch das Land getroffene Entscheidung und die in der Diskussion beiderseits bestätigten Übereinstimmungen.

Die Politik des Wandels, die bereits durch die ersten Regierungsmaßnahmen in Gang gesetzt wurde, wird fortgesetzt. Die Verpflichtungen werden gehalten. Dieser Wandel wird, wie er begonnen hat, auf demokratischem Wege, ausgehend von dem durch die Direktwahl zum Ausdruck gebrachten Willen, vollzogen.

Dieser Wandel beinhaltet vor allem die in den nächsten Monaten zu ergreifenden neuen Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit und zur Anhebung des Lebensstandards für die am meisten Benachteiligten. Er wird sich in Etappen fortsetzen, und zwar in einem Rhythmus der Veränderungen, der die Krisensituation ebenso berücksichtigt wie die notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichte und die Tatsache, daß die Wirtschaft Frankreichs nach außen offen ist.

Im gleichen Geist denken die beiden Parteien, daß nach Abschluß der laufenden Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der Unternehmerseite alsbald die Gesetzgebung zur Verkürzung der Arbeitszeit vorbereitet werden müßte. Wenn dann der gesetzliche Rahmen fixiert ist, müßten auf Initiative der Regierung neue Verhandlungen beginnen, um Branche für Branche, bei Bedarf auch nach Betrieben, die Modalitäten und den Zeitplan der Verwirklichung zu präzisieren.

Die beiden Parteien sind der Meinung, daß die Ausweitung des öffentlichen Sektors eine Garantie für die Effektivität und die Demokratisierung der Planung sein wird. Sie erklären ihre Übereinstimmung darüber, daß die Ausweitung und die Modalitäten der Organisation des öffentlichen Sektors in Übereinstimmung mit den Vorschlägen erfolgen, wie sie am 10. Mai ratifiziert wurden.

In der gegenwärtigen Situation des Landes werten die beiden Parteien als notwendig die Ausarbeitung eines auf zwei Jahre bemessenen Plans der Wiederbelebung, der die Bedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung und für einen effektiven Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schafft. Sie werden eine Politik der Minderung der sozialen Ungerechtigkeiten unterstützen. Sie werden für die Garantie und die Ausweitung der Freiheit wirken, für die Entwicklung der Rechte der Werktätigen, für die Demokratisierung des nationalen Lebens.

Die beiden Parteien werden das internationale Wirken Frankreichs – bei Respektierung seiner Allianzen – für den Frieden und für die schrittweise Abrüstung mit dem Ziel der gleichzeitigen Auflösung der militärischen Blöcke unterstützen, bei Sicherung des Kräftegleichgewichts in Europa und in der Welt und der Sicherheit jedes einzelnen Landes. In diesem Geiste sprechen sie sich dafür aus, daß schnell internationale Verhandlungen aufgenommen werden über die Begrenzung und Reduzierung der Waffen in Europa. Diese Verhandlungen müssen vor allem die Präsenz sowjetischer „SS-20"-Raketen und den Beschluß zur Stationierung der amerikanischen „Pershing-II"-Raketen betreffen.

Die beiden Parteien werden für die Achtung der Selbstbestimmung der Völker, der Solidarität der Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, für das Recht jedes Landes auf seine Sicherheit wirken. Sie betrachten diese Prinzipien als universelle Werte.

Aufgrund dieser Prinzipien bekräftigen sie das Recht des afghanischen Volkes, sein Regime und seine Regierung zu wählen, und sprechen sich für den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und die Beendigung jeglicher ausländischer Einmischung aus. Die durch die Abkommen von Camp David getroffene Situation zur Kenntnis nehmend, bekräftigen sie das Recht Israels und aller Staaten der Region auf Existenz und Sicherheit und gleichzeitig das Recht des palästinensischen Volkes auf eine Heimat. Die beiden Parteien werden aktiv die Teilnahme Frankreichs an der EG unterstützen, an seinen Institutionen und an seiner gemeinsamen Politik, bei Respektierung seiner Handlungsfreiheit und seiner legitimen Interessen. Sie werden die gemeinsame Politik auf sozialem Gebiet untersützen, für die Verteidigung der Landwirtschaft und der bedrohten Sektoren, für die Vitalität der Forschung und der Spitzenindustrien.

Die beiden Parteien haben die Entwicklung der Situation in Polen erörtert und hoffen, daß dieses Land und sein Volk selbst den Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Erneuerung zu einem guten Ende führen, den sie in Angriff genommen haben. Sie drücken – sowohl auf

wirtschaftlichem wie auch auf politischem Gebiet – ihre Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt aus, die – wie in Salvador und Nicaragua – für ihre nationale Emanzipation, ihre Entwicklung und ihre demokratische und soziale Befreiung kämpfen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 8/1981 der „Blätter" wird am 17. 8. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Walter FABIAN, geb. 1902 in Berlin, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, langjähriger Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", lebt in Köln; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u. a. 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** *Martin AX*, geb. 1959 in Hamburg, studiert in Hamburg Politikwissenschaft; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Ulrich ALBRECHT*, geb. 1941; Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen auf dem Gebiet der internationalen Politik, besonders zu Rüstungs- und Militärfragen. *** *Daniel ELLSBERG*, geb. 1931 in Chicago, Professor für internationale Studien in Cambridge/Mass., ehemaliger militärpolitischer Berater Kennedys, 1971 wegen Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere" angeklagt, 1973 freigesprochen. *** *Dr. Dieter EISSEL*, geb. 1945, Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen, Mitglied der Memorandum-Gruppe/Finanzpolitik. *** *Dr. Heinz ZIELINSKI*, geb. 1947, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Gießen, Mitglied der Memorandum-Gruppe/Kommunalpolitik. *** *Dr. Helmut HIRSCH*, geb. 1949 in Wien, Studium der Physik und Mathematik an der Universität Wien, Hauptarbeitsgebiete: Atommüllprobleme, Forschungs- und Technologiepolitik der Gruppe Ökologie – Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes Bürgerinititativen Umweltschtuz (BBU); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 7/81
Pahl-Rugenstein Verla
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-314278-01-01 ***** 753
DIEDENHOFEN
ADOLF

NEUHAUSWEG 22

4170 GELDERN 1

Von allen in der Zei ...internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Dr. Walter FABIAN, geb. 1902 in Berlin, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, langjähriger Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", lebt in Köln; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u. a. 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** *Martin AX*, geb. 1959 in Hamburg, studiert in Hamburg Politikwissenschaft; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Ulrich ALBRECHT*, geb. 1941; Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen auf dem Gebiet der internationalen Politik, besonders zu Rüstungs- und Militärfragen. *** *Daniel ELLSBERG*, geb. 1931 in Chicago, Professor für internationale Studien in Cambridge/Mass., ehemaliger militärpolitischer Berater Kennedys, 1971 wegen Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere" angeklagt, 1973 freigesprochen. *** *Dr. Dieter EISSEL*, geb. 1945, Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen, Mitglied der Memorandum-Gruppe/Finanzpolitik. *** *Dr. Heinz ZIELINSKI*, geb. 1947, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Gießen, Mitglied der Memorandum-Gruppe/Kommunalpolitik. *** *Dr. Helmut HIRSCH*, geb. 1949 in Wien, Studium der Physik und Mathematik an der Universität Wien, Hauptarbeitsgebiete: Atommüllprobleme, Forschungs- und Technologiepolitik der Gruppe Ökologie – Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes Bürgerinititativen Umweltschtuz (BBU); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.